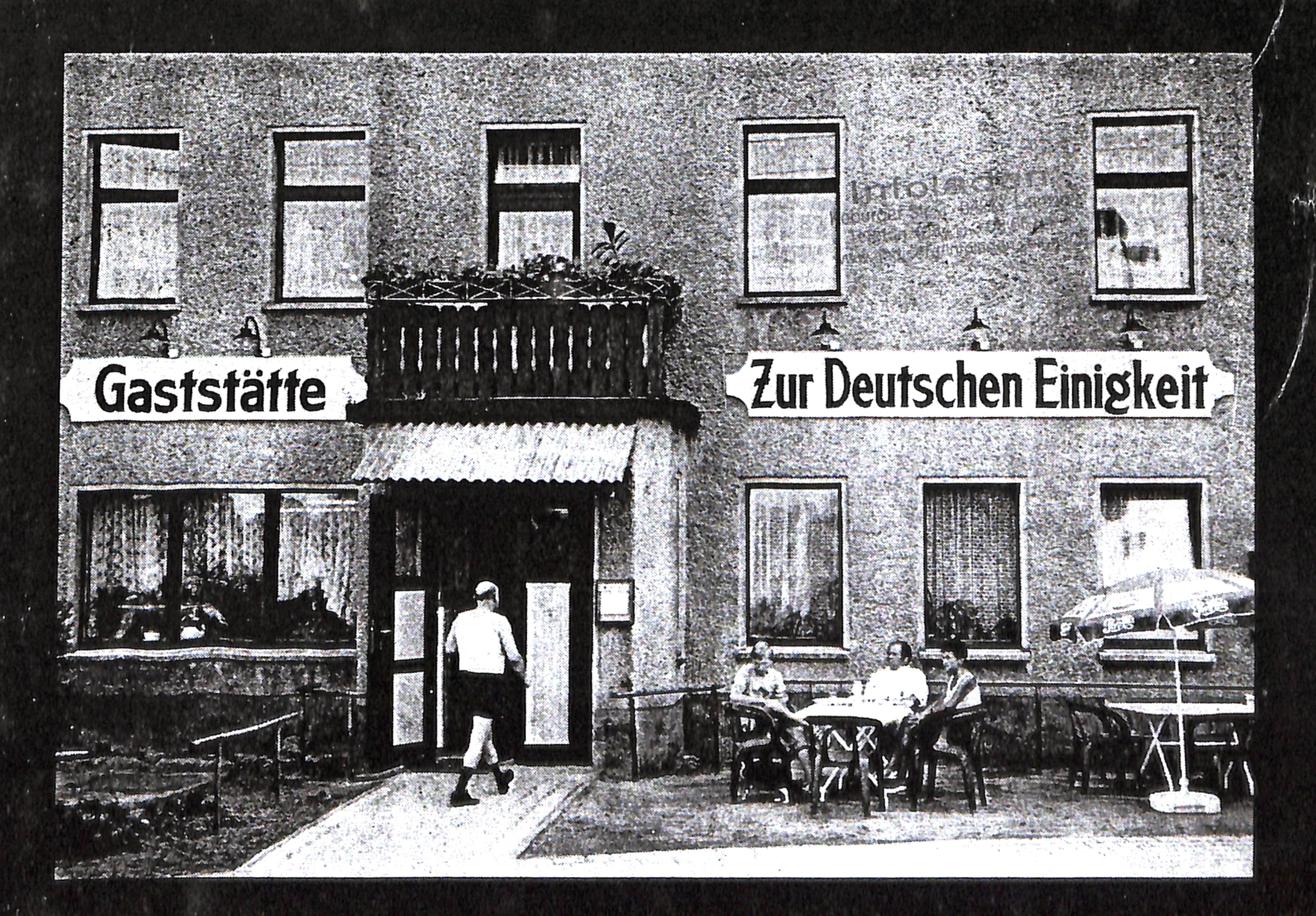
BAHAMAS
Nr. 8 Dez. 1992/Jan. 1993 6 DM
Zirkular der Gruppe K

Zur Hölle Deutschland

Texte zur Entwicklung Großdeutschlands





Editorial

"Bahamas", was soll das? Auf die Bahamas wollte man uns im KB im April 1990 schicken, als wir die Kampagne "Nie wieder Deutschland" mittrugen und unsere Kritik an der PDS als einem links-nationalen, reformistischen Projekt vortrugen. Seither hat die innenpolitische Entwicklung die Perspektive "ab auf die Bahamas" aktualisiert. Schneller als wir mit "Nie wieder Deutschland" befürchtet haben, haben sich innen- wie außenpolitisch die Konturen eines nationalistischen, rassistischen und expansiven großdeutschen Reichs herausgebildet.

Radikale Deutschland-Kritik, Antinationalismus und die Kritik einer Linken, die ihre reformistische Massenpolitik unter veränderten Bedingungen unverändert fortsetzt, theoretische Aufarbeitungen zur Imperialismustheorie, Antisemitismus, Rassismus sowie zu den linken Faschismustheorien, Kritik des "traditionellen Marxismus", des "Marxismus-Leninismus" sowie seines Fortlebens als radikalisierter Sozialdemokratismus, wie wir ihn zuletzt im KB erlebt haben, gehören zu den Aufgaben, die wir uns gestellt haben. Die Analyse der ökonomischen, politischen und gesellschaftlichen Tendenzen bei der Herausbildung der neuen deutschen Weltmacht ist uns ein wichtiges Vorhaben. Die nachholende Erarbeitung nicht dem traditionellen Marxismus entstammender Theorieansätze ist Teil unserer Arbeit. Beliebigkeit ist dabei allerdings nicht unser Ding. Das Ziel einer nichtreformistischen, radikalen, antikapitalistischen, kommunistischen Linken erachten wir als "Tagesaufgabe". Nicht gerade wenig, wir rechnen auch eher mit mehr Tagen.

Die "Bahamas" werden von der Gruppe K herausgegeben, einem kleinen Zirkel, der überwiegend aus ehemaligen Mitgliedern des KB besteht. Bis Juli 1991 haben wir als autonomer Redaktionsteil den "ak" (ehemals "Arbeiterkampf") mit herausgegeben. Die Zusammenarbeit der beiden ehemaligen KB-Flügel erwies sich als inhaltlich nicht mehr tragfähig. Die "Bahamas" bezeichnen wir bewußt als "Zirkular", um ihren provisorischen Charakter zu betonen. Bis zur Nummer 7 war sie als "Bahama-News" ein interner Rundbrief der Mitglieder und FreundInnen der Gruppe K. Provisorisch ist dies Zirkular sowie sein Name deswegen, weil wir nicht von uns aus ein neues Zeitungsprojekt starten wollen und können. Ein solches gemeinsames Projekt von Personen, Gruppen und Zirkeln der antinationalen Linken halten wir für unbedingt zu erarbeiten. Dafür sind wir offen. So lange es für uns nichts Besseres gibt, vertreiben wir das "Bahamas"-Zirkular mit den von uns erarbeiteten Beiträgen und linken Diskussionen, und wünschen uns Kontakt und Veröffentlichung von Artikeln und Papieren aus anderen Gruppen sowie von einzelnen, die unsere inhaltlichen Bezugspunkte für der Diskussion und Kritik wert erachten. Kontaktaufnahme bitte unter der untenstehenden Adresse.

Die "Bahamas" werden vorerst alle 2-3 Monate erscheinen.

Redaktionsschluß für die nächste Ausgabe: 12. Februar 1993

Schwerpunktthema: die Entwicklung der deutschen Außenpolitik nach der Wiedervereinigung, Osteuropa, EG/Maastricht. Der Krieg in Jugoslawien.

Technisches: Bitte Texte und ihre Länge (am besten die Zeichenzahl) vorher ankündigen. Texte auf Diskette senden. Wir können WORD, Word perfect, Wordstar bearbeiten, bitte keine Formatierungsbefehle benutzen.

Impressum:

Herausgeberin: gruppe k
Redaktion: Karolinenstraße 21 Hs.2, 2000 Hamburg 36,
Tel.: 040/438846,
Bürozeiten: Mo - Do 17.30 - 19 Uhr

Preis: Einzelheft 6 DM (nur Vorauskasse in Briefmarken oder auf unser Konto: S. Roisch/K. Dreyer, Hamburger Sparkasse, BLZ 200 505 50, Kto.: 1228/122386).
Für 5 Hefte gibt es ein Heft gratis dazu!

V.i.S.d.P.: B. Schulz
Gesamtherstellung: Eigendruck im Selbstverlag

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Inhalt

Abobestellung

Hiermit bestelle ich ..... Exemplare der *Bahamas* ab Nummer ..... Das Abo gilt für jeweils drei Ausgaben, verlängert sich automatisch und ist jederzeit schriftlich kündbar. Ich bitte um Rechnungsstellung (2 DM mehr je Rechnung) / Ich zahle per Einzugsermächtigung (viel besser!)

Adresse:
Name: .... Strasse: .... Ort.: ....

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich S. Roisch / K. Dreyer jeweils den Preis für drei Nummern der *Bahamas* (zur Zeit 18 DM) im Voraus von meinem Konto abzubuchen.
KontoinhaberIn: .... Kontonummer: ....

Bank: .... Bankleitzahl: ....

Ort/Datum: .... Unterschrift:: ....

Deutscher November 1992

Deutsche Feier, autonome Eier und linke Selbstberuhigungen

9. November 1938: *"Die jüdische Mordtat an dem deutschen Gesandschaftsrat in Paris löste in allen Kreisen der Bevölkerung helle Empörung aus; allgemein wurde ein Einschreiten der Reichsregierung erwartet. Die gegen das Judentum gerichteten gesetzlichen Maßnahmen fanden deshalb vollstes Verständnis. Um so weniger Verständnis brachte der Großteil der Bevölkerung für die Art der Durchführung der spontanen Aktion gegen die Juden auf; sie wurde vielmehr bis weit in Parteikreise hinein verurteilt. In der Zerstörung von Schaufenstern, von Ladeninhalten und Wohnungseinrichtungen sah man eine unnötige Vernichtung von Werten, die letzten Endes dem deutschen Volksvermögen verlorengingen. ... Auch die Befürchtung wurde laut, daß bei den Massen auf solche Weise der Trieb zum Zerstören wieder geweckt werden könnte. Außerdem ließen die Vorkommnisse unnötigerweise in in Stadt und Land Mitleid mit den Juden aufkommen."*
(Aus dem Lagebericht eines Regierungspräsidenten an seinen Innenminister)

Es schreibt sich unter dem Eindruck der Meldung vom Wochenende 22./23. November über fünf Morde nicht leicht über das, was in diesem Staat, seinem Volk und seiner Linken abgeht. Drei verbrannte Türkinnen in Mölln, ein Mann, der von Skins totgetrampelt und angezündet wurde, weil sie ihn für einen Juden hielten, in Wuppertal, eine erstochene "linke Zecke" aus der Ostberliner Hausbesetzerszene, ein niedergestochener 15-jähriger Roma in Essen, symbolisieren in brutaler Form und entmenschlichtem Inhalt — alles undeutsche Opfer —, was die wiedervereinigte deutsche Nation seit drei Jahren zur Herstellung ihrer Volksgemeinschaft beschworen hat, und was einige ihrer Mitglieder mit zunehmender Hemmungslosigkeit glauben vollenden zu müssen In nur dem organisierten Nazi-Terror gegen Juden vergleichbarer (nicht gleicher) Form eskaliert seit 1990, seit fünfzehn Monaten (Hoyerswerda) verschärft, der faschistische Terror, — begleitet von einer öffentlichen Asylmißbrauchsdebatte. Während allerorten neue SA-Banden entstehen und sich ungeniert und medienwirksam zur Schau stellen (können), registrieren "Terroristenbekämpfer" und Experten für "innere Sicherheit" unorganisierten Terror, parlieren über soziale Motive Jugendlicher und finden es nicht verwunderlich, daß die Opfer und Symbole angeblichen "sozialen Frusts" eindeutig rassistisch und faschistisch identifizierbar sind: Flüchtlinge, Nichtdeutsche, Juden, "Zigeuner", Behinderte, Obdachlose und häufiger auch Linke. Der Grund für dieses Gewährenlassen? Zwischen "Randalierern" und Mördern, großen Teilen des politischen Establishments und der Bevölkerung gibt es einen gemeinsamen inhaltlichen Konsens, der sich am ehesten in der Parole der Republikaner ausdrückt: "Deutschland zuerst".

Übertriebener "Alarmismus", wo doch gerade erst Hunderttausende gegen Rassismus und für das Asylrecht demonstriert haben?

Die Berliner Demo vom 8. November

Und dabei "hätte es so schön sein können" (Erich Rathfelder am Tag nach der Demo in der TAZ). Mehr als eine halbe Million Menschen hatten an den beiden Wochenenden zuvor für das "anständige Deutschland", für die Guten hier im Lande, für Menschenwürde und Asylrecht in "ziviler Heiterkeit" (Klaus Hartung) demonstriert. Wenn nicht, ja, wenn nicht zwei völlig verschiedene Ereignisse dieses Bild befleckt und die "Schande für Deutschland" erneut augenfällig gemacht hätten. In dem einen Fall die Eier von Berlin, im anderen die Morde von Mölln. Die einen, die effektiven Eierwerfer, haben nicht nur nachhaltig die Reklameinszenierung für das Ausland, sondern auch die volksgemeinschaftliche Befindlichkeit von regierenden und regierten Demokraten und die Selbstberuhigung des eher "linken" Teils dieser Gesellschaft — hier demonstriert die "schweigende Mehrheit", das "bessere Deutschland" — gestört. Die anderen, die Mörder von Mölln, haben brutal in Erinnerung gerufen, daß sich der deutsche Rassismus und Antisemitismus trotz "liebenswerter" Großdemonstrationen nicht nach dem Muster der alten, nationalistischen BRD-Friedensbewegung wegdemonstrieren läßt, schon gar nicht in der Aktionseinheit von vielen sehr wohlmeinenden Menschen mit Rassisten und den Staatsrassisten, weil der Rassismus mittlerweile als organisierter Faschismus mit ideeller Basis in der Bevölkerung verankert ist.

Aufgeregt waren die Reaktionen auf die Berliner Eier, eine Aufregung von einem Ausmaß, wie sie *keine* reale oder versuchte Mordaktion gegen Nichtdeutsche bis dahin erzeugt hatte. Diejenigen, die heute ein Konsens eint, nämlich, daß das "Problem" der Flüchtlinge eine *nationalverträgliche Lösung* braucht, schrien am lautesten auf. Und das meint nicht nur die als Regierungslenker bewährten Volksparteien CDU und SPD, die FDP und die rechtsextremistische CSU, das meint auch erhebliche Teile des alternativen und linken Spektrums. Das größte Anti-Eier-Gegeifer kam von der TAZ und den Grünen (Konrad Weiß: "Linksfaschismus", Werner Schulz: erhob "Dienstaufsichtsbeschwerde" gegen die Berliner Polizeiführung wegen Versagens gegen Eierwerfer), die sehr wohl wissen warum. Nicht nur sind sie an Überlegungen zur "Lösung" der "Flüchtlingsfrage" beteiligt: ob Cohn-Bendit gleich nach Hoyerswerda Grundgesetzänderung forderte, oder Parteisprecher Ludger Volmer in seinem Offenen Brief an den SPD-Parteitag die "gesellschaftspolitischen Probleme der Zuwanderung" anerkennt und sie künftig "einer Regelung" und nicht dem Selbstlauf überlassen" will, oder Rupert von Plottnitz in Hessen die Aufnahme von Flüchtlingen "in geschlossene Lager befürwortet", weil dann die Abschiebung "direkt aus den Lagern möglich wäre". Sondern die Grünen tragen heute bereits direkte "Lösungsmitverantwortung" in der "Ausländerpolitik" als Regierungszuständige in Hessen und Bremen (Senatorin Helga Trüpel: "Die Linke hat den Asylmißbrauch zu lange geleugnet"). Die Grünen sahen damit zu Recht auch ihren Anteil am staatstragenden Rassismus mit Eiern bekleckert.

Wenn Erich Rathfelder in der TAZ ("Der Traum ist aus") die Zerstörung der Volksgemeinschaft gegen den Rechtsextremismus *und* die Verhinderung jener Weizsäcker-Worte zur Asyldebatte beklagt, mit denen dieser "die richtigen Signale" gesetzt hätte, "um der gesamtgesellschaftlichen Diskussion wieder Halt und Boden zu verleihen", so hat er damit exakt die Richtigkeit der Eierwürfe herausgearbeitet. Nehmen wir den präsidialen Wortsülze-Produzenten Weizsäcker beim Wort. Daß "wir uns heute hier versammelt haben, weil uns unser Land am Herzen liegt. Und weil wir uns um *Deutschland* sorgen", war sein erster Satz, der auf das "Rationale" (Rathfelder) in der Asyldebatte hinsteuerte. "Jetzt müssen wir mit den neuen Herausforderungen fertig werden, mit der Zuwanderung und dem Asyl *einerseits und andererseits* mit der extremistischen Gewalt". Er will beides nicht "vermischen oder gar gleichsetzen", aber er will es dennoch in Abhängigkeit voneinander bringen. *Dieses* "einerseits und andererseits", und nicht die vielfach geäußerten Proteste gegen "Überspitzungen" und "Hemmungslosigkeiten" der Regierenden in der Asyldebatte, war der *tragende Konsens* der Berliner Demo, unter dem das übliche Meinungsspektrum sich zusammenfand, bei deutlichem Übergewicht eines vor zehn bis zwanzig Jahren demonstrationserprobten Potentials, das sich offenkundig für den heutigen deutschen Staat tragend hält, und ihn nicht mehr in Frage stellt. Was hatte ihnen ihre Überfigur Weizsäcker zu empfehlen? "Weil wir für den massenhaften Zustrom bisher keine brauchbaren Rechtsregeln haben, sondern nur das Asyl, preßt sich nun alles durch dieses dafür gar nicht geschaffene Asylnadelöhr", also jene so oft beschworene *Ursache* des Rechtsextremismus. Zwar will Weizsäcker die "armen Menschen" nicht als "Asylbetrüger beschimp-

fen", doch "haben wir Politiker die dringliche Pflicht, ein System zu schaffen, das die Zuwanderung steuert und begrenzt und zugleich das *wahre* Asylrecht schützt".

Was aber ist das anderes, als die Behauptung, daß die "Probleme der Deutschen" eine äußere Angelegenheit sind? Was ist das anderes als ein Plädoyer für das Kopfgeldabkommen der Bundesrepublik mit Rumänien zur Deportation der Roma und Sinti? Was ist das anderes, als das sich rational, aufgeklärt und vernünftig gebende Konzept von Zuwanderung als zu steuerndes Mittel für den Arbeitskräftebedarf der deutschen Wirtschaft, die Einteilung in nützliche und nutzlose Ausländer, die wie beispielsweise Roma und Sinti in diesen Kapitalverwertungsprozeß nicht hineinpassen? Und so etwas soll nicht mit Eiern und Trillerpfeifen beantwortet werden?

Die überwiegende Mehrzahl der Demonstranten hätte doch für das Asylrecht, für den Erhalt des Artikel 16GG demonstriert, wollen uns auch heillos verwirrte Restlinke jenseits der "Zivilgesellschafter" als positives Moment der Demo einreden. Nun wissen wir sehr wohl zwischen jenen Scharfmachern und der Vielzahl derjenigen zu unterscheiden, die meinen, Erhalt des Artikel 16GG sei die richtige Antwort auf den Rassismus. Doch sollte Linken die derzeitige *Realität des Artikel 16GG* — Grenzen dichtmachen, die ihn aushebelnden Asylverfahrensregeln und "Rückführabkommen" — Anlaß genug sein, mit jenen reformistischen Befürwortern einer Ausländerbegrenzung anders zu rechten, als Nachsicht zu üben, weil sie ja noch nicht für das Allerschlimmste einträten. Wundern tut es eigentlich nicht, daß es die sich an nahezu jedem Massenauflauf berauschenden Zeitungen "SOZ" und "ak" sind, die sich von der Störung dieser "antifaschistischen Massenkundgebung mit beschränkter Haftung" (SOZ) distanzierten und die "höchst unerfreulichen Bilder" beklagten, daß Weizsäcker "hinter Polizeischildern für die Toleranz plädieren" mußte ("ak — analyse und kritik"), dem die Berliner Demo "eine äußerst zwiespältige Angelegenheit" war. Er beklagt auch, daß "Masse nicht alles ausmacht, gerade wenn die Inhalte darunter leiden". Doch akzeptiert er den dominanten, staatstragenden, "gemäßigten" Rassismus, der den Boden für die heutigen Faschisten bereitet, mit der Notwendigkeit von "Einheitsfront und linker Bündnispolitik" gegen seine schlimmere Variante. Die "SOZ" wirft den Autonomen gar "eine neue Art von Sozialfaschismustheorie" vor und phantasiert davon, die "bündnispolitische Sprachlosigkeit zwischen Gewerkschaften und Autonomen" zu überwinden.

Nun interessiert die Massen und die Träger solcher Demonstrationen zwar herzlich wenig, was "SOZ" und "ak" schreiben. Ihr Einfluß auf "Volks-" oder "Einheitsfront" — wie VSP und Ex-KB ihre Diskussion um die Großdemos titulieren — ist in etwa so stark, wie diese unsere Zeilen auf selbige zersetzend wirken. Hier setzt sich das linke Trauerspiel seit der Wiedervereinigung fort. Eine Linke, die, wenn sie von "Inhalten" spricht, sich noch nicht einmal einen Begriff von dem zu erarbeiten versucht, was in dieser Gesellschaft vor sich geht, und die zu Front-Ladenhütern der alten Arbeiterbewegung greift, die mit der heutigen Wirklichkeit nichts mehr zu tun haben. Vernachlässigenswert erscheint ihnen, daß der die Berliner Demo einigende inhaltliche Konsens sich ausgerechnet in Weizsäcker personalisiert hat. Daß er Repräsentant der den Faschismus mittragenden Kontinuität des Konservatismus auf der einen, und salbungsvoller Präsidentenrhetorik für deutsche "nationale Identität" auf der anderen Seite ist, tritt in den Hintergrund. Daß es einen Zusammenhang zwischen seinen "Gemeinschaftsanstrengungen zur Vollendung der inneren nationalen Einheit" und der Arbeit an einem "gemäßigten" rassistischen Konsens unter Einschluß des "rot-grünen" Spektrums gibt, wird nicht einmal problematisiert.

Die autonomen Eier haben die Außenwirkung dieser volksgemeinschaftlichen Feier gestört, das war der größte Erfolg dieser Demo. Dies gilt auch dann noch, wenn die WerferInnen sich in ihrer Eiererklärung über die Motive der DemonstrantInnen in einer Weise geäußert haben, die in wesentlichen Teilen durchaus "ak" und "SOZ" entsprechen. In autonomenüblicher, großsprecherischer Manier behaupten sie, die Eier hätten die Trennung "zwischen den Herrschenden aus Bonn, egal ob Kohl, Engholm oder Weizsäcker, und den Menschen, die diese Politik nicht mehr mittragen wollen", deutlich gemacht. Auf sie trifft das gleiche zu, wie auf den kleineren Teil der linken Berliner DemonstrantInnen, die für andere Inhalte auf die Straße gegangen sind: entscheidend für die Demo-Wirkung war zum Glück nicht ihr subjektives Wollen, sondern die "objektive" Funktion ihres Agierens. Das meint, sie alle können heilfroh darüber sein, daß die Eier dem Trägerkreis der Demo seine Show gestohlen haben, sonst wären sie nämlich alle unter den großen Konsens der deutschen "Ausländerfreundlichkeit" subsumiert worden.

Die Bonner Demo vom 14. November

Aber ganz anders sei doch die Bonner Demo vom 14. November zum SPD-Parteitag zu werten? Insofern ja, als die Bonner Demonstranten sowohl oppositionell auftraten, als auch ein konkretes Interventionsziel hatten: Einflußnahme auf die Beschlußfassung der SPD zur Grundgesetzänderung. Doch gerade daran gemessen hat sich das SPD-Interventionsbündnis von Beginn an blamiert. Nicht nur, daß jedem Sehenden die Bedeutung der Großdemonstration als Katalysator für die Herstellung sozialdemokratischer Geschlossenheit hätte vorab deutlich werden können — alle SPD-Flügel trafen sich in der "Mitte" auf der gemeinsamen Grundlage, Flüchtlinge abzuschieben und die Einwanderung nach dem wirtschaftlichen Nutzen zu regeln —, nein, die Aufrufer für Bonn haben selbst vorab deutlich gemacht, daß sie die nachhaltigen Veränderungen und Entwicklungen der BRD-Demokratie gar nicht begriffen haben. "Ein Kurswechsel der SPD, ihr freiwilliger Verzicht auf Opposition in substantiellen Fragen, würde den *zivilisatorischen Prozeß* umkehren, der nach 1968 mit dem Anspruch 'mehr Demokratie wagen' begann." Was sagt man dazu hinterher? Ist nun der "zivilisatorische Prozeß" umgekehrt? Ist den AutorInnen der grundlegende gesellschaftliche und politische Wandel der letzten zehn Jahre gar nicht aufgefallen? Dabei ist bereits die Themenstellung des SPD-Parteitags Ausdruck der Existenz einer ganz "anderen Republik", als die vergangenheitsfixierten Bonner Aufrufer suggerieren. Ging es früher, wie verzerrt auch immer, um "Entspannungspolitik", "soziale Gerechtigkeit" und Reformen, so rangen die SPD-Flügel 1992 um die rechte bzw. "linke" Ausgestaltung dreier vereinheitlichter Ziele: die Vollendung der Volksgemeinschaft (Herstellung der "nationalen Einheit", Engholm), Ausländer raus (Asyldebatte), Ausgestaltung des neuen deutschen Imperialismus (Blauhelm-Debatte). Hierauf statt mit radikaler Opposition mit "Druck von links" auf die SPD reagieren zu wollen, zeigt nicht nur Verwirrung, sondern auch die Nutzlosigkeit solcher Orientierungen auf.

Während in Berlin die Eier die adäquate Antwort waren, ist es in Bonn die Absage an jeden Versuch gewesen, dem staatlichen Rassismus ein reformierendes Basteln an Alternativkonzeptionen entgegenzusetzen, das unterhalb der Grundgesetzänderung eine breite Basis in der SPD hat. Dazu war auch in Bonn nur ein kleiner Teil der Linken bereit. Das ist eine bittere Erkenntnis. Demgegenüber erleben wir die "massenpolitische" Restlinke beim Beschwören der "Erfolge" (ak) im Kampf gegen das Atomprogramm und die Nachrüstung (wo, außer in der massenhaften Mobilisierung, sind die bitte schön gewesen?) als Perspektive im Kampf gegen den Rassismus. Ganz so, als wenn man jetzt schon sagen würde: den Rassismus werden wir zwar nicht verhindern, nicht einmal in den eigenen Reihen, aber wir waren viele...

Noch krasser die "SOZ", die im Gefolge des rheinischen Frohsinns der 100.000, die am 54. Jahrestag der Reichspogromnacht "geschichtsbewußt" ein multikulturelles Volksfest in Köln feierten, einen "antirassistischen" (Anführungszeichen von der SOZ) Willy Millowitsch (Alaaf) feiert. War das mit "Nie wieder Deutschland" gemeint? Die "SOZ" will auf dieser Art Massenmobilisierung — auf Berlin, Bonn und Köln — "dauerhafte antirassistische Strukturen" und "wirksame Koordination" aufbauen. Alles wie gehabt — zuletzt im Golfkrieg, als die aus verschiedenen Motiven erfolgte Angstmobilisierung als neue "Anti-Kriegsbewegung" abgefeiert wurde —, nur das Thema gewechselt.

Das Thema aber ist ernster, als solche linken Massen-Spielereien über "Antirassismus", der keiner ist. Daß heute überhaupt, aus welchem schlechten "nationalen Gewissen" auch immer, solche Mobilisierungen erfolgen, mag ein — wenn auch geringer — Schutz für die möglichen Opfer faschistischen Terrors sein. Sich darüber nur zu erheben, verbietet sich einfach deswegen für uns, weil es weit und breit keine Perspektive gibt, daß die Linke und die antirassistische "Bewegung" im notwendigen

Maß dies zusammen mit ImmigrantInnen leisten könnte. Die relativ wenigen, die solche Arbeit machen, werden tendenziell zwischen Aktivismus und Sozialarbeit aufgerieben. Umgekehrt aber auf die "Masseninitiative" zu vertrauen, heißt die derzeitigen Mobilisierungsmotive zu verkennen. Zwischen denjenigen, die heute den Straßenterror praktizieren, und den demonstrierenden Friedensmassen gibt es nämlich ein Verbindendes: die Meinung, daß wir "unseren Reichtum" nicht mit "allen auf der Welt" teilen können. Insofern kann ernsthafter Antirassismus gar nicht darauf hoffen, die "Massen" durch den Appell an ihre Interessen zu gewinnen, weil er gar nicht ihrem materiellen Interesse entspricht. Er muß sich stattdessen gegen Staat, Kapitalismus und diese Gesellschaft richten und kann die "Massen" nur als Subjekte erreichen, die sich dieser Interessenslogik entziehen, weil sie ihren barbarischen Charakter erkennen. Das heißt: linke antirassistische Intervention muß sich gegen das herrschende Bewußtsein auch solcher demonstrierenden Massen richten. Sie wird, sie muß minoritär sein. Daß dies keine besonders rosige Perspektive ist, wissen wir auch. Daß die Alternative dazu aber das "mit den Wölfen heulen" auf reformerischer Grundlage ist, kann Linke auch nicht beruhigen.

Die Morde von Mölln

"Meine Herren — und da wende ich mich besonders an meine Parteigenossen — es handelt sich hier für mich und für uns alle gar nicht darum, dem Juden mehr oder weniger etwas Gutes oder Nichtgutes anzutun, den Juden mehr oder weniger zu schützen. Der Jude ist mir hierbei völlig gleichgültig. Nicht gleichgültig ist mir hierbei das Ansehen der Partei im Volke und das ganze Ansehen des Volkes dem gesamten Ausland gegenüber."
(Aus der Rede von Hermann Göring über "Die Judenfrage" am 6. Dezember 1938)

Die Möllner Morde haben wiederum eine andere Reaktion hervorgerufen. Dem staatlichen Rassismus droht der mit der Asyldebatte jahrelang forcierte "völkische Zerstörungstrieb" kontraproduktiv zu werden. Nicht nur die Negativreaktionen im Ausland, auch die Ziele der Mörder waren so nicht gemeint. In diesem Fall hat sich der exekutierende Rassismus Opfer gewählt, die als ArbeitsimmigrantInnen dem deutschen Kapitalismus erhalten bleiben sollen. Prompt reagiert die größte aller Koalitionen, "die Öffentlichkeit", einmütig empört, setzt Opel (10% türkische Arbeiter) 100.000 DM Belohnung auf Ergreifung der Täter aus, reißt Terroristenjäger Generalbundesanwalt Stahl, zwei Tage nach dem vermutlich von Linken verübten Sachanschlag auf die Hamburger juristische Fakultät, auch das Möllner Mordverfahren an sich. "Gefahr für die innere Sicherheit", — der selbe Stahl, der vier Wochen zuvor "Frust, Perspektivlosigkeit, auch Auflehnung gegen die Eltern" als Grund für die Anschläge sah, demgegenüber "das Rechtsextremistische und Neonazistische nur symbolhaft aufgesetzt" sei. Da schreibt Jürgen Gottschlich in der TAZ: "In Rostock konnten die Möchtegern-Mörder *wenigstens noch* mangelnde Hygiene ins Feld führen, worauf werden die Killer in Mölln verweisen?". So tief verinnerlicht ist der staatstragende Rassismus bereits, daß selbst in seiner Ablehnung die gewünschte Differenzierung in unerwünschte, nutzlose Kostenträger und für unser aller Wohlstand gebrauchte "Gastarbeiter" zum Tragen kommt. Gottschlich ist damit auf der Linie des FAZ-Kommentators Eckhard Fuhr, der das Bedrohliche in Mölln darin sieht, daß "nicht ein Asylbewerberheim Ziel des Angriffs war, also nicht ein *sozialer Brennpunkt*, an dem sich die Konflikte der Zuwanderung verdichten."

Der nach Mölln allseits erfolgende Ruf nach der starken Hand des Staates und die Reduzierung des Rassismus auf einige organisierte Neonazis, deren Erstarken monatelang gefördert worden ist, selbst dieses Kalkül soll noch im Sinne der "Lösung der Flüchtlingsfrage" genutzt werden. So berechtigt die tiefe Betroffenheit und Empörung nach den Möllner Morden ist, so wenig darf sie den Blick dafür verstellen, daß eine Mehrheit mittlerweile "Deutschland den Deutschen" fordert, und darf nicht zur Entlastung der staatlichen Brandstifter führen. Die Antwort der CDU auf Hoyerswerda im September 1991 war Generalsekretär Rühes Schweinekampagne, bundesweit die SPD an den Pranger zu stellen, sie verhindere durch Verweigerung der Grundgesetzänderung den Ausländerstopp. Die Antwort der SPD auf Rostock im August 1992 waren ihre Petersberger Ausländerbegrenzungsbeschlüsse. Es waren nicht nur CSU-Stoiber, der vor der "durchrassten" deutschen Gesellschaft warnte, und sein Parteikollege "V 2"-Riedl, der in München "asylantenfreie Zonen" forderte, die den Rassismus anheizten. "Was das Volk denkt, muß nicht falsch sein", kommentierte Engholm die Asyldebatte. "Ich habe Verständnis für Ärger über das Verhalten einiger Asylbewerber", war seine erste Reaktion auf die Rostocker Pogrome. Und es sind nicht nur CDU-Politiker, sondern die SPD-Bürgermeister Bernrath, Böhme, Becker sowie allen voran der Münchener Kronawitter, der angesichts "Asylmißbrauchs" vor einem "Volksaufstand" warnte, die angeheizt haben. Nicht nur Skins nahmen den "Asylmißbrauch" beim Wort, auch "Bürgerwehren" und "Bürgerinitiativen" gegen Containerdörfer in gutsituierten Wohnvierteln, die Flüchtlinge "nicht verkraften" und Tag um Tag bestätigt bekamen, daß sie "überfordert" sind. Das Pendant zum außerinstitutionellen brutalen Überfall von vier Faschisten auf eine Behindertenklasse in Stendal ist das institutionelle Flensburger Gerichtsurteil, das wegen des Anblicks Behinderter beim Essen im Speisesaal die "Reiseleistung mit Mängeln behaftet" sah und deshalb den Klägern Schadenersatz zuerkannte. Diese Liste ließe sich fast endlos fortsetzen.

Das Problem des Rassismus und der Faschisierung in der Bevölkerung ist nicht seine Randständigkeit, sondern seine Herkunft aus dem Zentrum der Gesellschaft. Sie sind ein im weitesten Sinne (das meint nicht unmittelbarer, schon gar nicht unmittelbarer sozialer) Reflex auf die Entwicklung des produktivistischen Kapitalismus, der seine Produzenten zunehmend barbarisiert, und die deutsche Antwort auf das selbstgesteckte Ziel, "ein Volk" zu sein. Mit der Wiedervereinigung wurde die Nation und das sie tragende deutsche Staatsvolk neu konstituiert und — durchaus gegenläufig zu seinen notwendig aufrechtzuerhaltenden ökonomischen Funktionen, d.h. auch unter Einschluß von Arbeitsimmigranten und nichtdeutschen Wanderarbeitern — homogenisiert. Nationalismus, Antisemitismus und Rassismus, konstitutiv für Staaten und insofern "abrufbar", wurden "oben" wie "unten" staatstragend. Die Themen der bundesdeutschen Rechten, "Ausländer", Rassismus, Deutsche Mark, Europakrise, "Krankheiten", Drogen, "Mafia", die Nation, der Geschichtsrevisionismus, sind keine randständigen, sondern zentrale deutsche Themen der letzten Jahre. Fast ohne Opposition läuft zudem die Debatte um neue deutsche Größe und Expansion, meist "mehr Verantwortung Deutschlands in der Welt" genannt.

Vor diesem Hintergrund ist das tausendstimmige, Faschismus und Rassismus verharmlosende, im günstigsten Fall unpolitische Gerede linker Sozialpädagogen und Sozialarbeiter von den leidgeprüften deutschen Jugendlichen, die nur ihren Frust abreagierten, der Einsatz für sozialarbeiterische Erziehungsprojekte mit Skins, die in Ostdeutschland nicht selten zu Treffpunkten und Brutstätten der Faschisten geworden sind, eine zu bekämpfende Absurdität. Wer wie Autonome zu Rostock behauptet, "die rassistische Gewalt hatte eine Komponente von sozialem Protest gegen den Staat" und daraus für die Linke die Forderung ableitet, "auf die Probleme der ständig wachsenden Gruppe der Ausgegrenzten *bessere Antworten als den Rassismus anzubieten*" (die Kieler Autonomen-Zeitung "Atze"), spielt mit dem "nationalrevolutionären" Feuer. Die andere Variante, seine Politik sozial zu begründen, vollzieht sich im "ak". Seit mehreren Nummern wird — mittlerweile nicht unwidersprochen — unter dem Stichwort der Abkehr von der sektiererischen Politik der "offenen Grenzen" das Einschwenken auf die Probleme der deutschen Nation vorbereitet. Nach der positiven Anerkennung des deutschen Selbstbestimmungsrechts wird das Asylrecht als untaugliches "Nadelöhr" für Zuwanderung bezeichnet. Deutsch-sozial wird — vorsichtig formuliert — angemerkt, daß es für alle, Deutsche wie Flüchtlinge, das Beste wäre, wenn deutsche Arbeitsplätze doch wohl zuerst den Deutschen zustünden.

Die antinationale Linke muß massiver und deutlicher als bislang ihren Verständigungsprozeß über eine antikapitalistische Politik gegen Rasse, Staat und Nation in die Auseinandersetzung tragen, denn schon droht ihren Resten der nächste Schlag durch eine "Volksfront für Ausländerfreundlichkeit" und ein Netzwerk antirassistischer Initiativen mit genau dieser Stoßrichtung, die einen erneuten Scherbenhaufen hinterlassen werden.

Heiner Möller

Bonn ist nicht Weimar!

Nicht Gleichsetzung — aber Vergleich

Die Junge Union verschickte an ihre Kreisverbände Vordrucke, wie künftige Anschläge auf Flüchtlinge routinemäßig zu verurteilen sind: als "Eine Schande für uns alle". Das ist die Art, wie sich Bürokraten verhalten, wenn das Ungeheuerliche Alltag geworden ist. Offen bleibt, ob die christliche Basis ohne Vordruck von oben erklären würde, der Terror sei "nützlich für uns alle".

Heuchelei war auch angesagt, als sich am 8. Oktober die Bundestagsparteien über die *un*gesetzliche Flüchtlingsvertreibung von Rostock empörten (und einer beschleunigten gesetzlichen Abschiebung den Vorzug gaben). Neu an dieser "aktuellen Debatte" war, daß fast alle RednerInnen die Parallele zum deutschen Faschismus vor oder nach 1933 zogen.

Am weitesten ging dabei Innenminister Seiters: "Wir Deutschen wissen aus dem leidvollen Teil unserer Geschichte, daß Extremismus, Haß und Gewalt immer in Unheil und Verhängnis geendet haben." Die Parallele stimmt: Die erste Hälfte des Jahrhunderts war davon geprägt, daß Deutsche "mit Haß und Gewalt" über Fremde herfielen — und jetzt geht es wieder los. Entlarvend war nur, daß Seiters gegen den deutschen Massenmord an Fremden nur *ein* Argument einfiel: Für *die Deutschen* endete er, 1918 und 1945, "in Unheil und Verhängnis"; was Deutsche vor dem Zusammenbruch Anderen antaten, blieb außer Betracht.

Andere Bundestagsredner betonten die Parallelen zur Zeit *vor* 1933. SPD-Sprecher Vogel: "Für uns Ältere... werden da böse Erinnerungen wach: nicht — noch nicht — an die Pogromnacht 1938 — das ist eine unzulässige Gleichsetzung —, aber... an die frühen 30er Jahre...". Ebenso erinnerte CDU-Sprecher Biens an die "Spätzeit der Weimarer Republik", und nur die FDP-Sprecherin Schmalz-Jacobsen widersprach plakativ: "Bonn ist nicht Weimar."

Egal, wie falsch die Parallelle gezogen oder negierend weggewischt wurde: Seit den jüngsten rassistischen Umfrageergebnissen und Terrorakten ist die Frage, ob mit der Wiedervereinigung zum Vierten Reich das Dritte Reich näherrückte, allgemein in der öffentlichen Debatte.

Für die antinationalistische Linke, die schon beim Zusammenbruch der DDR "Nie wieder Deutschland!" gefordert hatte, stellt sich nicht die Frage nach dem Ob; sondern: wie und mit welcher Geschwindigkeit sich die rassistischen und chauvinistischen Grundmuster "deutscher Politik" wiedereinstellen.

Mich interessierte deshalb dies: Wo und wann finden sich Parallelen zur jetzigen Situation, daß hier lebende "Fremde" nicht nur mehrheitlich abgelehnt (52%: "Deutschland den Deutschen"), sondern alltäglich auf Straßen bedroht, geschlagen oder sogar ermordet werden — und nicht einmal in ihren Unterkünften sicher sind?

Und: wo gibt es historische Parallelen dazu, daß in den Massenmedien offen alltäglich Pogromstimmung gemacht wird mit bedrohlichen "Asylantenfluten" und "Ausländerkriminalität", wo Medien und staatstragende Parteien die Nichtdeutschen oder Minderheiten (hier: das "Asylantenproblem") zur Schicksalsfrage der Nation erklärten, während die Staatsmacht selbst beim Kampf gegen den faschistischen Mob scheinbar auf verlorenem Posten steht.

Der ohnmächtige Staat

Beginnen wir mit letzterem: Im August 1992 durfte die Nation mitansehen, wie die Polizei zuerst dem Lichtenhagener Mob zuschaute, um ihm dann gänzlich das Feld zum Sturm auf das Flüchtlingsheim zu überlassen. Das ist deutsche Tradition: Im September 1931 riefen auf dem Kurfürstendamm in Berlin 1.500 Nationalsozialisten in Sprechchören "Juda verrecke!" und "Deutschland erwache!", sie überfielen jüdisch aussehende Personen, verprügelten sie und traten sie mit Stiefelabsätzen. "Die Polizei griff erst sehr spät ein, so daß die nationalsozialistischen Schläger ihren Terror längere Zeit unbehelligt ausüben konnten. Darüber, daß es sich um eine planmäßig vorbereitete Aktion der Berliner SA handelte, konnte nach Lage der Dinge kaum ein Zweifel bestehen." (1)

1931 war es allerdings noch möglich, daß der verantwortliche Polizeipräsident entlassen wurde. Während in Rostock nirgends von Rücktritt die Rede war. Auch sonst ähneln sich die juristischen Nachspiele: 1932 wurde der Nazi-Anführer des Straßenterrors, Graf Hellberg, freigesprochen, ein Teil der 34 Mitangeklagten erhielt Bagatellstrafen. Die heutige Justiz reagiert entsprechend. Selbst bei Mord an Ausländern erkennt sie auf eher geringfügige Haftstrafen und setzt sie nicht selten zur Bewährung aus.

Als es in den 70er Jahren um die RAF ging, wurden die Morde an der deutschen Elite nicht unter drei- bis viermal lebenslänglich geahndet, selbst die Mitgliedschaft in einer "terroristischen Vereinigung" oder auch nur deren Unterstützung führte bereits zu langjährigen Haftstrafen.

Auch das hat Weimarer Tradition. Die unterschiedliche Behandlung von Mordtaten ist dabei eine Seite. Kennzeichnender noch ist, wie der Staat generell auf die "Herausforderungen von rechts und links" reagiert. Zur Zeit der RAF wurde durch die Einführung und strikte Anwendung von Anti-Terrorgesetzen dieser "Angriff auf den Staat" politisch bekämpft. Neo-Nazis, Skins, Wehrsportgruppen etc. werden dagegen nicht als staatsfeindliche "kriminelle Vereinigungen" behandelt; sondern es wird immer betont, daß es sich um "normale Kriminelle" handle — wohinter die Vorstellung steht, daß die politischen Ziele dieser Gruppen nicht als staatsgefährdend eingestuft werden. Das leuchtet ein, da doch das Ziel der Neonazis, das Land von Flüchtlingen und Ausländern zu reinigen, allemal nicht in Widerspruch zur Politik des Staates steht.

In Weimarer Zeit bestand dasselbe Grundmuster. Damals waren es in erster Linie die Paragraphen 86 StGB (Vorbereitung des Hochverrats) und 7 Nr. 4 Rep SchG (Republik-Schutz-Gesetz), die den Staat schützen sollten. Letzteres bestrafte, "wer an einer geheimen oder staatsfeindlichen Verbindung (§128, 129 des STGB), die die Bestrebung verfolgt, die verfassungsmäßig festgestellte republikanische Staatsform des Reiches oder eines Landes zu untergraben, teilnimmt. Praktische Anwendung fanden diese Artikel fast ausschließlich gegen Kommunisten. Nicht ein Nazi wurde wegen Hochverrats angeklagt, und so konnte sich Goebbels 1932, als gegen ihn ein Verfahren eingeleitet wurde, im Tagebuch mokieren: "Von meinem Rechtsanwalt erfahre ich, daß man... die Absicht hat, mein seit drei Jahren schwebendes Hochverratsverfahren nun endlich durchzuführen. Hoffentlich kommen die Talarträger nicht zu spät, und ich bin nicht etwa gar Minister, wenn der Termin stattfindet." (2)

Ganz anders verfuhr der Weimarer Staat, wo es um den "Hochverrat" von Kommunisten ging. Da wurde beispielsweise ein KPD-Mieterobmann im Juli 1926 ohne Verzug wegen Hochverrats verurteilt. In der Begründung hieß

es: "Die KPD verfolgt auch mit dem Eingreifen in die Mieterbewegung und deren Organisation letzten Endes ihre hochverräterischen Pläne, indem sie dadurch die Mieter zu sich hinüberziehen und ihren Bestrebungen gefügig zu machen sucht..." (3)

In der oben zitierten Bundestagsdebatte forderte Seiters eine Reihe neuer "Antiterrorgesetze": "den Tatbestand des Landfriedensbruchs zu ergänzen", "Vorfeldaufklärung durch den Verfassungsschutz", "Personen zur Verhinderung von Straftaten in Gewahrsam zu nehmen" und ein "begrenztes Demonstrationsverbot". Auch das hat Weimarer Tradition. Damals wurden Demonstrationsverbote erlassen und der "Rechtsstaat" mit Notverordnungen abgebaut, wobei zur "Beschleunigung" rechtsstaatlicher Verfahren "Sondergerichte" ermöglicht wurden, die dasselbe Ziel verfolgten wie die heutigen "verbesserten Abschiebemöglichkeiten" für Flüchtlinge. In der Notverordnung von 1932 hieß es über die Sondergerichte: "Ihre Urteile sind keinem Rechtsmittel unterworfen und deshalb sofort mit ihrer Verkündigung rechtskräftig und vollstreckbar." Das ist identisch mit dem, was mit der "Reform" des Asylrechts heute angestrebt wird.

Die von der CDU und Seiters geforderten "Antiterrorgesetze" haben nichts, aber auch gar nichts mit dem Kampf gegen Faschismus zu tun. Da haben sich die bürgerlichen Parlamentsparteien seit Weimar nicht geändert. Am Tag nach den Notverordnungen des 9. August 1932 meldete die größte Hamburger Tageszeitung, der "Anzeiger", in der Titelzeile: "Notverordnung gegen den Terror in Kraft" — und direkt darunter als zweitwichtigste Meldung: "Vor der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler". Das war der bürgerliche Kampf gegen Rechts: mit Anti-Terrorgesetzen den Polizeistaat aufrüsten und gleichzeitig mit der NSDAP über eine Koalitionsregierung verhandeln.

"Gegen den Extremismus von links und rechts" ist eine der beliebtesten Thesen der "gemäßigten" Bonner Parteien, und die außerparlamentarische Linke hat sich oft über diese Gleichsetzung von braun und rot empört. Die Wahrheit aber ist, daß die bürgerliche Politik immer einseitig gegen links vorgeht und die "nationalistische Opposition" im Grunde als ihresgleichen ansieht, also nicht deren Ziele bekämpft, sondern nur deren "Übersteigerung". In der Bonner Debatte wurde entsprechend oft vor "übersteigertem Nationalismus" gewarnt, und genau das signalisiert, warum bürgerliche Parteien mit ihrem gemäßigten Nationalismus regelmäßig als "hilflose Antifaschisten" agieren.

Auch da ist die Parallele zu Weimar aufschlußreich. Die Parteien der Hamburger Regierungskoalition (SPD und bürgerliche Parteien) wandten sich zur Bürgerschaftswahl am 27. September 1931 mit folgendem Aufruf an die WählerInnen:

"Gefahr droht von links und rechts... Die Ziele der Kommunisten sind eindeutig und klar; Zerstörung von allem und jedem, um auf den Trümmern ein Abbild der Sowjetrepublik aufzurichten... Ist der Trennungsstrich zwischen staatserhaltenden und staatszerstörenden Parteien nach der linken Seite fast von selbst gegeben, so ist es umso schwieriger, aber auch umso wichtiger, diesen Trennungsstrich mit aller Schärfe auch nach rechts zu ziehen. Nicht nur weil sich die Gegensätze berühren,... vielmehr deshalb, weil den Kern dieser Bewegung ein Gefühl und ein Glaube bildet, der uns allen heilig ist: eine brennende Vaterlandsliebe und ein unerschütterlicher Glaube an Deutschlands Zukunft." (4)

Und weil den Senatsparteien wegen ihrer "brennenden Vaterlandsliebe" kein inhaltliches Argument gegen die Nazis einfiel, fanden sie zum Schluß nur dieses Motiv, um das Böse zu entlarven: "Hitler ist der Wegbereiter Moskaus!"

Die hetzenden Massenmedien

Mit dem 3. Oktober 1990 ist die Nation wieder zentraler Bezugspunkt staatlicher Politik geworden. Daß damit zwangsläufig die Abgrenzung gegen oder die Diskriminierung von Ausländern und den "Fremden" zum Kernbestand "nationaler Politik" gemacht ist, wird gern verschwiegen. Verschwiegen wird auch, daß Staat und Volk gleichermaßen den Prozeß der Renationalisierung vorantreiben. Als Mittlerorgan zwischen beiden fungieren die Massenmedien. Mal Staatsorgan, mal "Volkes Stimme", bereiten sie den Boden dafür, was hier und dort an "nationaler Interessenvertretung" gefordert ist.

Seit mindestens einem Jahr vergeht kein Tag, an dem nicht über das "Asylproblem", "Wirtschafts- oder Scheinasylanten", "ausländische Bandenkriminalität", marodierende "Roma-Kinder" oder die "Grenze der Belastbarkeit" der deutschen Kommunen und Steuerzahler berichtet wird. Und es steht außer Zweifel, daß dieses systematische Schüren von Fremdenfeindlichkeit in Rostock und anderswo seine "Volksempfänger" gefunden hat, die die erzeugte Stimmung ins Pogrom umsetzten. Gibt es auch dazu Weimarer Parallelen?

Ja und nein. Bei der Durchsicht normaler bürgerlicher Zeitungen Hamburgs der Jahrgänge 1931/32 fand ich weder allgemein feindliche Artikel gegen Nichtdeutsche, noch solche, die die Bevölkerung auf einen menschenverachtenden Antisemitismus, wie er 1933 Staatsdoktrin wurde, eingestimmt hätten. Wer nach Parallelen sucht, wie Pogrome gegen Fremde publizistisch vorbereitet werden, wird nur fündig bei den Presseorganen der "nationalen Opposition", von den Deutschnationalen, dem Stahlhelm, den Nazis selbst.

Ute Gerhard hat dies vor einem Jahr dokumentiert, indem sie Hetzartikel der Bild von 1991 mit solchen im Naziblatt "Rote Erde" von 1931 abglich; z.B.:

"Asylanten..., warum wohnen sie zum Teil in Villen und Hotels?" (Bild-Zeitung, 4.8.1991) — "Juden wohnen in Palästen, Deutsche in alten Eisenbahnwagen." (Rote Erde, 18.7.1931); "Im Strom der Asylanten schwimmen viele Verbrecher mit... Augenfällig: deren 'Spezialisierung'. Kriminelle Jugoslawen gehen anders vor als Polen, Albaner, Bulgaren, Türken." (Bild, 14.8.1991) — "Vorsicht! Jüdische Gauner gehen um... Hier haben wir wieder den typischen Juden. Er rechnet mit der Naivität der deutschen Arbeiter und Handwerker und versucht, die augenblickliche Lage gewinnbringend für sich auszunutzen, dadurch, daß er den Leuten ihre letzten Spargroschen abgaunert." (Rote Erde, 18.7.1931) (5)

Statt der Bild-Zeitung könnte man übrigens ebenso "gut" den Spiegel als Vergleichsobjekt zur Nazi-Presse vor 1933 heranziehen. Eine kleine Auswahl von Spiegel-Titeln 1991/92: Mafia: "Mordserie sowjetischer Gangsterorganisationen in Berlin"; "Kriminalität: Chinesen-Mafia mordet in Deutschland"; "2 Millionen Ostzuwanderer?", Roma-Kinder im Karoviertel, "Kapituliert die Polizei?"

Unter dem Gesichtspunkt rassistischer Stimmungsmache finden sich mithin nur insofern Parallelen zu Weimar, als damals allein die Nazi-Medien die Drecksarbeit verrichteten; heute tun das die demokratisch-staatstragenden Blätter.

Das klatschende Volk

Analog ist der Sachverhalt in Bezug auf das Volk selbst. Fremdenfeindlichkeit, Antisemintismus gab es selbstredend auch vor 1933; die Nazis mußten sie nicht verordnen. Aber ob Zustände wie in Rostock — wo der faschistische Mob in die Wohnungen der "Fremden" eindrang, während der deutsche Spießbürger Beifall klatschte, wo überall in Deutschland Ausländer gejagt und ermordet werden — auch schon die Weimarer Zeit prägten, muß bezweifelt werden. Um weder in die eine oder die andere Richtung zu beschönigen, greife ich auf Darstellungen Dritter zurück. In einer zweibändigen Dokumentation über "Die Juden in Hamburg zur Zeit der Weimarer Republik" wird über antisemitischen Straßenterror im Juli 1932 berichtet:

"In den letzten Wochen ist es in erschreckend häufigen Fällen zu täglichen — besser nächtlichen — Belästigungen jüdischer Passanten durch uniformierte Nationalsozialisten, besonders im oberen Teil der Grindelallee gekommen. Fast jede Nacht ereignen sich Überfälle und Anrempeleien... In der Fröbelstr. wurden zwei junge jüdische Kaufleute überfallen und durch Stockhiebe verletzt... Zwei jüdische Studenten wurden... von 30 uniformierten Nazis überfallen... Auch in der Nähe des Gemeindehauses in der Johnsallee erfolgten einige nächtliche Über-

fälle... Mehrfach versuchten Nationalsozialisten auch schon, gewaltsam in das Haus einzudringen, so daß man das Überfallkommando zu Hilfe rufen mußte." (6)

Für Berlin, wo mit Abstand die meisten deutschen Juden lebten, wird von zwei größeren Terroraktionen der Nazis gegen Juden berichtet, bei der Reichstagseröffnung 1930 und anläßlich des jüdischen Neujahrsfestes 1931. Insgesamt aber ist (angesichts der heute täglichen rassistischen Ausschreitungen) das Fazit über die "von Gewalt und Terror geprägte Endphase von Weimar" überraschend: "Violent Nazi demonstrations against Jews were rare before Hitler came to power." (7)

Daß der Alltag in Weimarer Zeit vergleichsweise erträglich war, zeigen auch Berichte jüdischer SchülerInnen. Sie wurden, wenn die eigene Erinnerung nicht beschönigt, mit aggressivem Rassenhaß, wie er heute für zahllose ausländische SchülerInnen zum Alltag gehört, erst nach der "Machtergreifung" konfrontiert:

"Ilse Oppenheim... hatte 'vorher' — 'vorher' bedeutet immer vor 1933 — viele Freundinnen, die sie besuchten, mit ihr spielten und mit ihr lernten. 'Plötzlich war alles aus. Wenn ich morgens in die Klasse kam, rümpften sie die Nase: Ja, was stinkt denn da so? Ah, das jüdische Schwein, das immer Knoblauch frißt'!" (8)

"Edith Königsberger aus Ems fragte sich, warum man sie eigentlich haßte, warum Klassenkameradinnen, manche von ihnen ehemalige Freundinnen, in der Schule das Lied vom Judenblut, das vom Messer spritzt, sangen... und sie erzählt, wie sie zu Hause vor dem Spiegel stand und überlegte, inwiefern sie anders aussähe als ihre Schulkameradinnen. Ihre Bank und die ihrer jüdischen Mitschülerinnen waren mit den Worten 'Jude' und 'Judenschwein' beschmiert." (9)

Insgesamt scheint der Eindruck richtig, daß das für heute typische rassistische Zusammenspiel von Staatspolitik, geschürtem "Volkszorn" und organisiertem Mob erst nach 1933 Realität wurde. In einer vor kurzem erschienen Untersuchung über "Die Deutschen und die Judenverfolgung im Dritten Reich" wird dazu wie folgt geurteilt:

"Sofort nach der Reichstagswahl vom 5. März 1933 kam es überall in Deutschland zu schweren Ausschreitungen gegen Juden... Erstmals wurde die typische Methode der nationalsozialistischen Judenpolitik sichtbar: Scheinbar spontaner, in Wahrheit organisierter und gesteuerter Druck 'von unten', sollte die Notwendigkeit erweisen, 'von oben' gesetzlich regelnd einzugreifen." (9)

Diese Bestandsaufnahme deckt sich weitgehend mit dem, was derzeit abläuft. Insgesamt war allerdings Antisemitismus nach der "Machtergreifung" Angelegenheit des NS-Staates, der jetzt seine "Handlungsfähigkeit" bewies und mit "legalen" Methoden, von der "Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" bis zu den Nürnberger Gesetzen, die rassistische Neuordnung betrieb. Der private Alltag der Juden blieb davon einstweilen verschont:

"Obwohl es nach dem 30. Januar 1933 hier und dort vorgekommen war, daß SA-Leute in Wohnungen von Juden eindrangen und diese 'durchsuchten' und gelegentlich auch verwüsteten,... so waren doch 'Einzelaktionen' gegen Juden offiziell untersagt. Mit dem organisierten Novemberpogrom hörte dann jegliche Zurückhaltung auf." (10)

"Bis zum Herbst 1938 konnte man sich... arrangieren, konnte die Realität der judenfeindlichen Politik.. zu ignorieren versuchen... Die Inszenierung der 'Reichskristallnacht', der auf staatliche Initiative entfesselten und ausgeübten rohen Gewalt gegen Juden... bedeutete auch einen Wendepunkt im Bewußtsein und Verhalten gegenüber Juden." (11)

Der Novemberpogrom blieb, wenn man vom Test der Boykottaktion im Frühjahr 1933 absieht, die einzige Gelegenheit, bei der das Regime die Judenfeindschaft und die Bereitschaft zu physischer Gewalt gegen die jüdische Minderheit öffentlich exzessiv demonstrierte. Dagegen waren viele Bürger einig, daß diese Art der 'Lösung der Judenfrage' zu brutal, zu pöbelhaft, zu unzivilisiert war." (12)

Nach Auswertung der in Strafprozessen nach 1945 gemachten Zeugenaussagen über die "Kristallnacht in Hessen" urteilt der Autor, "daß nicht allein organisierte Schlägertrupps und der 'Mob' die Gewalttaten begangen, sondern 'Teile der Bevölkerung' nicht nur sensationslüstern zugeschaut, sondern sich aktiv daran beteiligt hätten." (13)

Hier also, im Pogrom '38, ist das, was sich in Rostock ereignete, von bedrückender Identität. Das zeigen auch die folgenden Berichte über betroffene Kinder:

"In der Nacht vom 9. zum 10. November wurden die Kinder vom Geräusch von zerschellendem Porzellan und Glas aus dem Schlaf gerissen. Als sie auf den Flur stürzten, sahen sie ihre verängstigten Eltern inmitten einer Horde von SA-Leuten stehen, die systematisch und mit vom Haß verzerrten Gesichtern die Wohnung kurz und klein schlugen... Die Beschreibung dieser Szenen, 50 Jahre später geschrieben und veröffentlicht, muten an wie Dantes Inferno." (14)

Und in dem, kurz vor Rostock, erschienenen Buch schrieb dazu der Autor: "Heute, ein halbes Jahrhundert später, mutet es umso erschreckender an, wenn man die Worte einer 39jährigen rumänischen Mutter, einer Asylbewerberin aus Hoyerswerda, vom September 1991 liest: 'Meine Kinder liegen nachts mit offenen Augen im Bett und weinen. Sie verstehen nicht, was in ihrer Straße passiert." (16)

Es geht, abschließend gesagt, nicht darum, die Vorgänge in Rostock, Greifswald oder im "zivilisierten Westen" historisch korrekt zu verorten. Geschichte wiederholt sich nie in derselben Weise. Auch wäre es total daneben so zu tun, als steckten wir schon mittendrin im Faschismus. Das wäre, unter vielerlei Gesichtspunkten, beschönigend und desorientierend. Aber mit dem Titel "Bonn ist nicht Weimar" sollte kenntlich gemacht werden, daß bestimmte Phänomene, öffentliche Fremdenhetze, offene Gewalt und demonstrativer Beifall für rassistische Täter, mit nichts anderem identisch sind als mit völkischem Rassismus, wie er nach 1933 Volk und Staat insgesamt prägte.

Hannah Ahrendt hat in einem Vortrag über "Die persönliche Verantwortung unter der Diktatur" zurecht darauf verwiesen, daß das Besondere der NS-Diktatur im Grundkonsens von Staat und Volk bestand, daß Verbrechen legal sein können. Sie schreibt:

"Ich bin immer noch der Ansicht, daß diese frühe moralische Desintegration der deutschen Gesellschaft (erg. mit der Gleichschaltung), die für einen Außenstehenden kaum erkennbar war, eine Art Generalprobe für den völligen Zusammenbruch dieser Gesellschaft darstellte, der dann während der Kriegsjahre sich ereignen sollte." (16)

Was Hannah Ahrendt in Bezug auf die vom Volk 1933 sofort nachvollzogene Gleichschaltung anspricht, gilt m.E. auch für den Zusammenbruch des Rechtsempfindens, wie wir es derzeit in Bezug auf die Menschenrechte von Flüchtlingen erleben. Der Faschisierungsprozeß ist nur zum geringeren Teil an staatlichen Transformationen ablesbar; der Mainstream findet im Volk statt. Gradmesser ist die Verrottung von Moral, die Verrohung der Volksgemeinschaft. Das Erschreckende von Rostock usw. ist, daß wir, nach Maßstäben der Moral, längst über Weimarer Maßstäbe hinaus sind.

Christian Schmidt

Anmerkungen:

1) Heinrich Hannover, Elisabeth Hannover-Drück, Politische Justiz 1918-1933 (Hamburg 1977); S. 283
2) ebenda, S. 281
3) ebenda, S. 229
4) Werner Jochmann, Nationalsozialismus und Revolution. Ursprung und Geschichte der NSDAP in Hamburg 1922-1933; S. 342
5) Franfurter Rundschau, vom 19.10.91
6) Ina Lorenz, Die Juden in Hamburg zur Zeit der Weimarer Republik. (Hamburg 1987); S. 1066f
7) Donald L. Niewyk, Socialist, Anti-Semite, and Jew. (Baton Rouge 1971); S. 146
8) Ursula Büttner (Hrsg.) Die Deutschen und die Judenverfolgung im Dritten Reich. (Hamburg 1992); S. 91
9) ebenda, 90f
10) ebenda, 71f.
11) ebenda, 79
12) ebenda, 57
13) ebenda, 58
14) ebenda, 43
15) ebenda, 97
(16) zit. nach: konkret 6/91

Die "Asyldebatte"

Munition für den rassistischen Terror

Werde das bislang geltende Grundrecht auf Asyl nicht abgeschafft, drohe dem Staat Handlungsunfähigkeit. Sollte die SPD einer "Änderung" nicht zustimmen, gelte es einen "Staatsnotstand" abzuwenden — zumindest aber müsse über ein "Asylsicherungsgesetz" nachgedacht werden, denn durch den "ungehinderten Zustrom" von Flüchtlingen sei "ein sozialer Notstand" gegeben.

Solche Aussagen sind der aktuelle Höhepunkt einer rassistischen "Asyldebatte" um die Abschaffung des Artikel 16, die in den letzten Monaten von führenden Politikern aller Parteien mit zunehmender Aggressivität geführt wurde. Eine Allparteienkoalition nahm nach dem Einzug rechtsextremer Parteien und Listen in Länder- und Kommunalparlamente originäre Themen und Forderungen rechtsextremer Gruppierungen auf, und rückte sie mitten ins Zentrum einer breiten politischen Debatte. Das Wort vom "Staatsnotstand" scheint deshalb keinesfalls zufällig gewählt, weist es doch auf die historische Parallele der Notverordnungspolitik in der Weimarer Republik hin und betont die Nähe zum rechten Diskurs.

Im Verbund mit einer einheitlichen Medienfront, die "anschwellende Asylantenfluten" mit stereotypen Wiederholungen bebilderte, und keinerlei kritische Fragen und Überlegungen zuließ, ist nicht nur rechte Ideologie transportiert und vervielfältigt worden, sondern auch die dazugehörigen "handlungsrelevanten" Praktiken. Sichtbarste Höhepunkte waren die pogromartigen Übergriffe gegen AusländerInnen, Flüchtlinge, EinwandererInnen von Hoyerswerda bis Rostock/Lichtenhagen.

Bereits 1978 wurde von "Asylmißbrauch" gesprochen. Seither wird die "Asyldebatte" mit Regelmäßigkeit neuaufgelegt. Dabei wurde eine Vielzahl von Verwaltungsvorschriften und Gesetzen erlassen, die das Asylrecht massiv einschränkten. Gezielt setzte die Politik auf Abschreckung durch Verschlechterung der Lebensbedingungen für Flüchtlinge und auf eine beschleunigte Abschiebepraxis. Immer wieder wurde versucht, die Grenzen durch Abkommen oder Visumszwang dicht zu bekommen, und die Fluchtmöglichkeiten aus bestimmten Ländern (z.B. aus dem Iran) wurden dem Asylgrundrecht zum Trotz höchst effektiv beschnitten. Dennoch war der Erfolg — betrachtet man nur die Ebene der Kanalisierung und Reduzierung der Flüchtlingszahlen — auf Dauer eher gering. Die Anzahl der Flüchtlinge, die Asyl suchten, stieg in den letzten Jahren weiter an, die Zahl der de-facto-Flüchtlinge, die, obwohl nicht anerkannt, hier leben, ist hoch.

Die Reglementierung der Zuflucht nach Deutschland und Einschränkung des Rechtes auf Asyl ließe sich dennoch auf der Ebene der Gesetze und Erlasse weiter fortführen. So hat denn die Regierungskoalition bereits angekündigt, "den Zustrom von Asylbewerbern nach Deutschland mit einer einfachen Gesetzgebung des Bundestages einzudämmen, falls sich die SPD nicht zu einer Änderung des Grundgesetzes bereit finden sollte."

Zur Frage steht vor diesem Hintergrund, inwieweit die "Debatte" um die Abschaffung des Rechts auf Asyl tatsächlich auf konkrete Ziele (Einschränken der Flüchtlings"ströme") ausgerichtet ist. Alternativ dazu soll untersucht werden, ob nicht eine politische Rechtsformierung letztlicher und eigentlicher Grund für die forcierte breite gesellschaftliche Debatte ist. Es ist immerhin nicht von der Hand zu weisen, daß selbst eine Grundgesetzänderung unter den politischen Akteuren mit weitaus geringerem Diskussionsaufwand hätte bewerkstelligt werden können — von der SPD und von Teilen der Grünen (z.B. Cohn-Bendit) wurde schon vor Jahresfrist signalisiert, im Zuge der EG-Harmonisierung und in Verbindung mit einem Einwanderungsgesetz sei ein solcher Schritt akzeptabel.

Nationwerdung und "Asyldebatte"

"Deutschland den Deutschen" — dieser Anspruch wird nach einer jüngsten Umfrage von 51% aller Befragten geteilt. Damit ist eine originär faschistische Parole zum common sense geworden. Solch völkische Ideologie existiert seit dem Bestehen der BRD, sie war — auch wenn zeitweilig schamhaft in den Hintergrund gedrängt — immer vorhanden und wurde seit der Wiedervereinigung offensiv gefördert. In rasantem Tempo begann sich die neue deutsche Identität, die deutsche Nation, das deutsche Volk (falls es denn je "Beschädigungen" gegeben hatte) wiederherzustellen, und dies war nicht dem Einfluß rechtsradikaler Gruppen geschuldet, sondern offizielle Staatspolitik.

Doch das Projekt "deutsche Einheit" entwickelte sich nicht zur Zufriedenheit der Betroffenen, es ist von Problemen und inneren Widersprüchen durchzogen. Während die Ostdeutschen darauf brannten, sich in ihrer Wunschnation voll und ganz einzubringen, mit neuem Selbstwertgefühl als richtige Deutsche auftraten und entsprechenden Wohlstand und angemessene Sicherheit verlangten, waren die Westdeutschen mißtrauisch darauf bedacht, das eigene Wohlergehen nicht zugunsten der Brüder und Schwestern zu gefährden. Gab es also beim Prozeß des "Zusammenwachsens" bereits im Ansatz Probleme, so gewannen diese noch dadurch an Bedeutung, daß das prophezeite "Wirtschaftswunder" ausblieb. Für viele Ostdeutsche wurde dies binnen kurzem zu einem regelrechten Schockerlebnis. Ihre wirtschaftliche und soziale Situation verschlechterte sich, und es steht zu erwarten, daß große Teile Ostdeutschlands auf den Status der ehemaligen "Zonenrandgebiete" abrutschen. Für die Westdeutschen stehen nach den Solidarabgaben neue Steuererhöhungen an, der kurzfristige, vereinigungsbedingte Konjunkturschub geht auch hier in eine Rezession über. All das aber machte den Prozeß der Nationwerdung nur aggressiver. In der gesellschaftlichen Realität ist allerdings das Kollektive, das "Deutsch sein", nicht identisch mit gleichen Lebensverhältnissen. Stattdessen "findet sich" die Nation in offenen und nächtlichen Gewaltaktionen, rassistischen Attacken und Ausgrenzungen gegen Fremde auf der Straße, die sich einer wachsenden Zustimmung von applaudierenden Bürgern gewiß sein können. Die staatliche "Asyldebatte", wirkte als Katalysator für eine nationalistische Verarbeitung der Probleme des deutschen Volkes.

"Diese Vorschrift meint mit Volk das deutsche Volk"

Bereits im Grundgesetz sind völkischer Rassismus und Ausgrenzung der Anderen festgeschrieben. Grundlage und ideologische Konstante ist die dortige Definition des "deutsch-sein". Noch heute gilt das (kaum veränderte) Reichs- und Staatsangehörigengesetz von 1913,

wo das Abstammungsprinzip festgelegt ist und nur Blutsdeutsche als Staatsangehörige zugelassen werden. Darüberhinaus stellt das Grundgesetz den Inhabern deutscher Staatsangehörigkeit eine zweite Gruppe von "sonstigen Deutschen" zur Seite. Zu diesen zählt, wer "als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling in den Gebieten des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31.12.1937 Aufnahme gefunden hat" (GG Artikel 116.1). Das Vertriebenengesetz zieht den Kreis der hiervon Betroffenen noch weiter: als "sonstige Deutsche" gelten alle im Zweiten Weltkrieg umgesiedelten oder vertriebenen Deutschen. (Deutschland hält damit eine erhebliche Anzahl von "deutschen Stützpunkten" in anderen Ländern — überwiegend im Osten Europas — aufrecht, über die ökonomisch und politisch im Bedarfsfall Einfluß genommen werden kann.)

Die so definierte "unentrinnbare Schicksalsgemeinschaft" wurde auch zum Hauptstützpfeiler gegen die Argumentation, faktisch ein Einwanderungsland geworden zu sein. Als Ende der 50er Jahre in den westeuropäischen Industriestaaten der Arbeitskräftebedarf durch die ansässige Bevölkerung nicht mehr gedeckt werden konnte, wurde in der BRD ein "Gastarbeitersystem" etabliert, das durch eine hochoffizielle Anwerbemaschinerie der Bundesanstalt für Arbeit, gestützt auf Anwerbeverträge, die gesündesten und kräftigsten Männer und Frauen vorwiegend aus den Ländern des Mittelmeerraums und der Türkei ins Land holte. Anfang der 70er Jahre, mit der Wirtschaftskrise, wurde diese "Maschinerie" gestoppt, und für Maßnahmen zur "Rückführung" umfunktioniert.

Die zu diesem Zeitpunkt manifeste Erfahrung, daß MigrantInnen begannen, sich auf län-

Die gesetzliche Aushöhlung des Asylrechts

De facto ist das Grundrecht auf Asyl heute schon vollständig ausgehöhlt, per Gesetz oder Abkommen mit anderen Ländern (Rumänien oder Bulgarien).

Als Lehre aus dem Nationalsozialismus wurde in der Bundesrepublik das Grundrecht auf Asyl (Artikel 16, Absatz 2: "Politisch Verfolgte genießen Asylrecht") als Rechtsanspruch des Flüchtlings, des Einzelnen auf Asyl uneingeschränkt formuliert. Über Artikel 19.4 wird den Flüchtlingen eine individuelle Rechtsweggarantie gewährt, die zugleich unter einen "Verfahrensvorbehalt" gestellt ist, der den Rechtsanspruch "gemäß den gesetzlichen Bestimmungen" regelt. (1) In den Anfangsjahren der BRD paßte diese Geste auch in den herrschenden Zeitgeist, denn es kamen zunächst (etwa bis Mitte der 70er Jahre) fast ausschließlich Flüchtlinge aus dem Osten, die der "kommunistischen Zwangsherrschaft" entflohen waren. Sie zu integrieren, schaffte keine inneren Konflikte, sondern demonstrierte "demokratische Großzügigkeit".

Als immer mehr Menschen aus Ländern der sog. Dritten Welt in die Bundesrepublik flüchteten, wurde das Asylrecht durch Gesetzgebung, behördliche und polizeiliche Erlasse eingeschränkt, d.h. der "Verfahrensvorbehalt" wurde bestimmend für die Asylpraxis. Bereits 1975 beklagten Politiker den "massenhaften Asylmißbrauch", geändert hatten sich aber nicht die Zahlen (1969 kamen etwa 11.600 Flüchtlinge; 1970 etwa 8.600; 1974 etwa 9.500) sondern die Herkunft der Bewerber. Diese Entwicklung setzte sich fort, und parallel dazu steigerten sich auch die restriktive Gesetzgebung und die aggressiven Töne (1977 wurden etwa 14.000 Anträge gestellt; 1979 etwa 40.000; 1980 fast 93.000).

Offene Einschränkungen wurden spätestens 1978 wirksam: auf Initiative der CDU/CSU mit Zustimmung der sozialliberalen Regierungskoalition trat das erste "Gesetz zur Beschleunigung der Asylverfahren" in Kraft. Bereits im August 1980 folgte die zweite "Beschleunigungsnovelle", die das Widerspruchsverfahren der abgelehnten Bewerber einschränkte, gekoppelt an die Maßgabe, sie schneller abschieben zu können. Im gleichen Jahr wurde der Visumszwang für die Länder erlassen, aus denen die meisten Flüchtlinge kamen. Zugleich diente als Abschreckung ein einjähriges Arbeitsverbot für Asylbewerber, das 1981 auf 2 Jahre und 1987 auf 5 Jahre ausgeweitet wurde. (Ab Januar 1991 galt dann wieder das einjährige Arbeitsverbot, ab Juli 1991 entfiel es ganz.)

Obwohl die Zahl der Flüchtlinge nach 1980 wieder zurückging (1984 etwa 35.000) wurde die "Politik der Abschreckung" beibehalten. Im August 1982 trat ein eigenständiges "Asylverfahrensgesetz" in Kraft, das aus dem Ausländergesetz ausgegliedert wurde. Es beinhaltet massive Einschränkungen für das Leben der Flüchtlinge (Zwangsverteilung in die Bundesländer, Sammellagerunterbringung als Regelfall), erweiterte die Abweisungsgründe und sollte wiederum die Abschiebung beschleunigen.

Ab 1985 stiegen die Flüchtlingszahlen wieder an — auf etwa 73.000. Die Bundesregierung erklärte, daß die "Aufnahmekapazitäten" jetzt erschöpft seien und machte propagandistisch Stimmung, daß immer mehr Menschen "nur aus wirtschaftlicher Not" kämen, sich aber auf politische Verfolgung beriefen.

Anfang 1990 legte Innenminister Schäuble einen "Entwurf einer Flüchtlingskonzeption" vor, in dem er die Flüchtlinge in drei Gruppen einteilte: "sehr viele Wirtschaftsflüchtlinge, viele Gewaltflüchtlinge, wenige politisch Verfolgte". Als "Lösungsansatz", da "aus übergeordneten politischen Gründen an dem Prinzip der Nichteinwanderung festzuhalten ist", favorisierte er ein "Regionalisierungskonzept", d.h. den Flüchtlingen solle eine Perspektive in einem anderen Land angeboten werden.

Das Asylverfahrensgesetz, das am 1. Juli 1992 in Kraft trat, kann vorläufig als Schlußpunkt dieser jahrelangen Entwicklung betrachtet werden. Das Gesetz schreibt vor, daß Flüchtlinge bis zu einer ersten Entscheidung über ihren Antrag zwingend in Sammellagern (sog. Zentralen Anlaufstellen — ZAST) leben müssen. Die Gründe für den Asylantrag müssen unmittelbar nach der Flucht genannt werden, spätere Angaben werden nicht berücksichtigt. Klagen gegen eine Ablehnung werden auf eine Instanz beschränkt. Die Rechtsmittelfristen sind derart kurz, daß das Versäumen der Fristen offensichtlich beabsichtigt ist. Jeder Asylsuchende wird erkennungsdienstlich behandelt. Insgesamt geht es bei diesem Gesetz um den Versuch, die Verfahren zu verkürzen und eine schnelle Abschiebung durchzusetzen, denn während des Verfahrens haben Flüchtlinge ein de-facto-Aufenthaltsrecht, dürfen also nicht abgeschoben werden.

Trotz all dieser Einschränkungen und Schikanen sind in den letzten Jahren die Flüchtlingszahlen weiterhin angestiegen: 1990 auf etwa 193.000; 1991 auf etwa 256.000, für 1992 wird die Anzahl offiziell auf etwa 400.000 bis 500.000 hochgerechnet.

Das Ergebnis der oben beschriebenen Einschränkungen war zum einen eine drastische Verschlechterung der Lebensbedingungen der Flüchtlinge zum anderen eine immer niedrigere Anerkennungsrate: wurden 1971 noch etwa 57% anerkannt, so waren 1980 nur noch 12%; 1989 etwa 5%; 1990 etwa 3,4%. Das heißt der hier lebende, in Asylverfahren anerkannte Anteil der Flüchtlinge, ist fast vernachlässigenswert gering. Der entscheidende Teil lebt in Unsicherheit, als Bewerber oder auf "Duldung" — als de-facto-Flüchtling gemäß der Genfer Konvention.

Anmerkung:

(1) In anderen Staaten, auch in der "Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte", ist das Asylrecht in der Regel von Seiten des souveränen Staates aus formuliert, der Asyl gewährt. "Jeder Mensch hat das Recht, in anderen Ländern vor Verfolgung Asyl zu suchen und zu genießen." Allgemeine Erklärung der Menschenrechte 10.12.1948)

gere Sicht in der Bundesrepublik niederzulassen, war zugleich auch die Geburtsstunde der "Ausländerpolitik". Je nach Konjunktur und Bedarf bewegte sich diese Politik fortan zwischen den "Lösungen" rauswerfen, begrenzen und assimilieren. Die Souveränität des deutschen Staates, den Zuzug unabhängig von einem Einwanderungsgesetz steuern zu können, wurde als Prämisse nie in Frage gestellt. In jeder Phase wurde der Grundsatz aufrechterhalten, daß die Bundesrepublik kein Einwanderungsland sei.

Dies widersprach keineswegs den ökonomischen und politischen Erfordernissen, denn aufrechterhalten wurde ja nur die "deutsch- völkische Ideologie", nicht verzichtet wurde aber darauf, "Ausländer" als Arbeitskräfte zu beschäftigen, oder mit ihrer Geburtenrate die deutsche Bevölkerungsstatistik auszugleichen. Damit wurde zugleich eine gesellschaftliche Aufspaltung erreicht: Die völkische Zugehörigkeit zum Deutschtum wirkte sich gegenüber Nicht-Deutschen als absolutes Privileg für Bürgerrechte sowie gesellschaftliche und soziale Anerkennung aus. Dagegen werden Nicht-Deutsche in jeder Hinsicht diskriminiert und ausgegrenzt.

Das Anknüpfen an die völkische Definition von "deutsch" wurde auch in den diversen Urteilen zur "Ausländer"gesetzgebung zum entscheidenden Argumentationsstrang. So heißt es in der Begründung des Bundesinnenministeriums für den 1988 vorgelegten "Ausländergesetzentwurf", daß es "um das Selbstverständnis der Bundesrepublik als eines deutschen Staates" gehe. Einwanderung bedeute "den Verzicht auf die Homogenität der Gesellschaft, die im wesentlichen durch die Zugehörigkeit zur deutschen Nation bestimmt wird. (...) Die gemeinsame deutsche Geschichte, Tradition, Sprache und Kultur verlöre ihre einigende und prägende Kraft. Die Bundesrepublik Deutschland würde sich nach und nach zu einem multinationalen und multikulturellen Gemeinwesen entwickeln, das auf Dauer mit den entsprechenden Minderheitenproblemen belastet wäre. Schon im Interesse der Bewahrung des inneren Friedens, vornehmlich aber im nationalen Interesse, muß einer solchen Entwicklung bereits im Ansatz begegnet werden." (Kommentar zum Entwurf für ein Gesetz zur Neuregelung des Ausländerrechts, Stand 1988)

Auch im Streit um die Einführung des kommunalen Wahlrechts gilt die Gnade der deutschstämmigen Geburt als Rechtsgrundlage für den Ausschluß Nicht-Deutscher von bürgerlichen Rechten. Im Oktober 1990 erklärte das Bundesverfassungsgericht das kommunale Wahlrecht für Ausländer für verfassungswidrig. In der Begründung des Urteils heißt es: "Diese Vorschrift meint mit "Volk" das deutsche Volk. Damit erfaßt der Begriff des Volkes in den Gemeinden und Kreisen nur deren deutsche Einwohner. Das schließt die Gewährung eines Kommunalwahlrechts an Ausländer aus." Und weiter: "Ist also die Eigenschaft als Deutscher nach der Konzeption des Grundgesetzes der Anknüpfungspunkt für die Zugehörigkeit zum Volk als dem Träger der Staatsgewalt, so wird auch für das Wahlrecht, durch dessen Ausübung das Volk in erster Linie die ihm zukommende Staatsgewalt wahrnimmt, diese Eigenschaft vorausgesetzt." (FR 13.11.90)

Triumphierend kommentiert die FAZ die Urteilsbegründung: "Mit diesen Urteilen sollte eigentlich die verschwommene, Grenzen verwischende, Absichten mit dem Mittel des Wortes fördernde Rede von den "ausländischen Mitbürgern" aufhören. Die hier lebenden Ausländer sind Gäste — gerngesehene Gäste mit gefestigten Rechten, aber sie bestimmen nicht mit über das Schicksal des Volkes, das ihnen Gastrecht gewährt. (...) Fürs erste gilt: Die Deutschen sind in Deutschland 'das Volk'." (FAZ 2.11.90)

Die "Asyldebatte" wird zu dem Zweck geführt, diese Betonung des völkischen Deutschtums wiederzubeleben, sie als unumstrittene Grundlage des Staatswesens durchzusetzen.

Abschaffung des Artikel 16 — nur ein Baustein in der Kanalisierung der Fluchtbewegungen

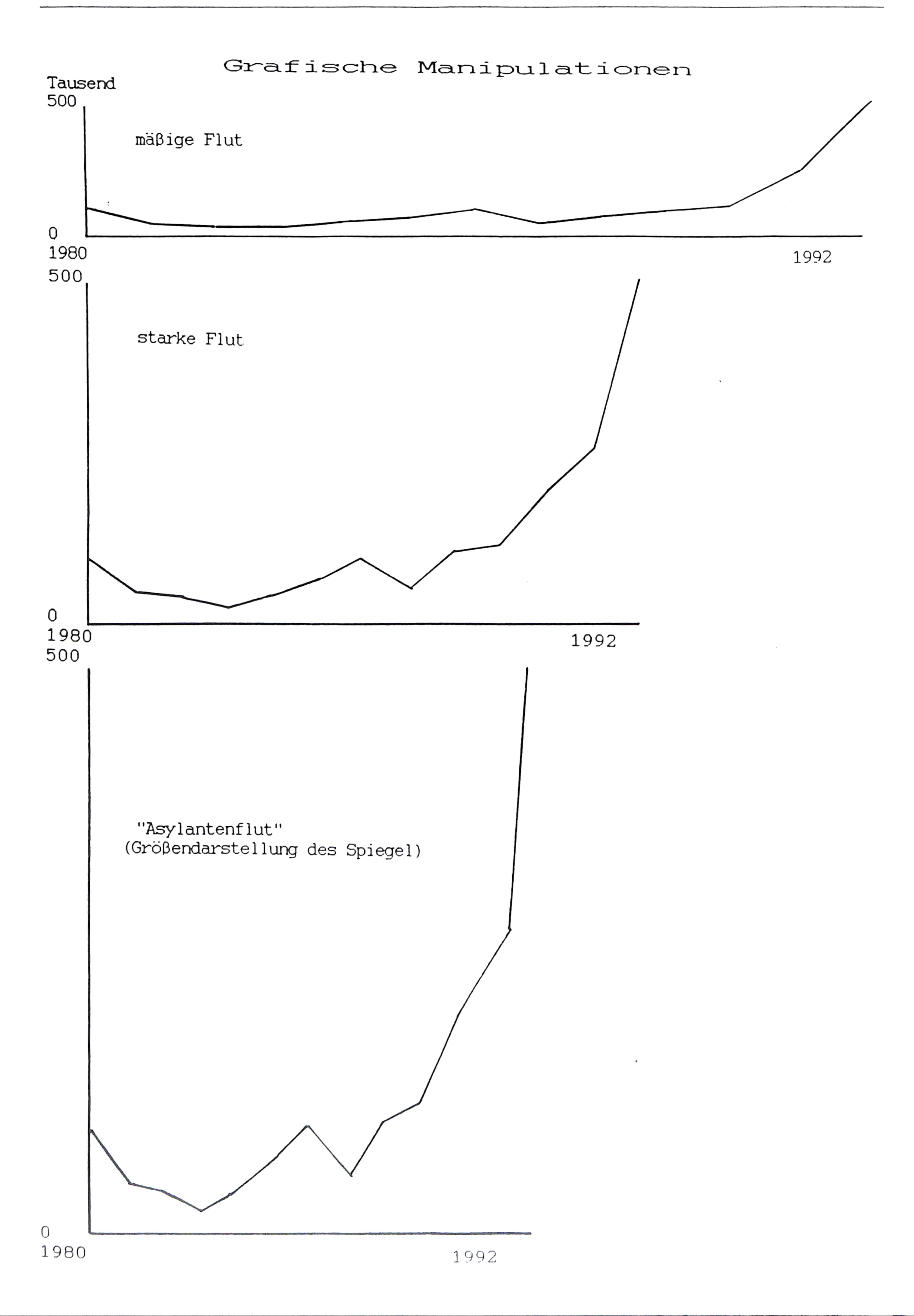
Solch ideologische Motive, die hinter der Debatte um das "Asylrecht" stehen, werden in der Öffentlichkeit wenig ausgebreitet. Argumentiert wird hingegen mit dem "Sachzwang" des wachsenden Zuwanderungsproblems, das durch naturhafte Katastrophenmetaphern wie "Flut" und "Schwemme" zu einem Faktum aufgebaut wird, das nicht mehr hinterfragbar ist. Es wurde bereits darauf hingewiesen, daß in der Geschichte der Bundesrepublik zahllose Vorschriften und Gesetze eingeführt wurden, die das Asylrecht de facto außer Kraft gesetzt haben. Ein Weg, der auch in Zukunft fortgesetzt werden dürfte.

Dem massiven Trommelfeuer der rassistischen Meinungsmache ist daher die Frage entgegenzustellen, was eine Abschaffung des Artikel 16 verändern würde? Eine genauere Untersuchung dieser Frage zeigt, daß die reale Entwicklung von Flüchtlingsbewegungen wie auch ihre Kanalisierung nicht in erster Linie durch eine Änderung des Grundgesetzes beeinflußt wird.

Sieht man sich die Entwicklung der Flüchtlingszahlen an, so fällt auf, daß sich die Herkunftsländer verändert haben: immer mehr Flüchtlinge kommen aus Osteuropa, immer weniger aus den typischen "Entwicklungsländern" oder Armutsregionen. Nach den Zahlen vom Januar bis Oktober dieses Jahres kommen 76 Prozent aller Flüchtlinge aus Jugoslawien (104.337), aus Rumänien (89.674) und aus Bulgarien (22.082). Dem stehen 60.000 Flüchtlinge aus afrikanischen und asiatischen Ländern sowie aus der Türkei (ein Drittel davon) gegenüber — das ist ein Anteil von lediglich 15 Prozent an der gesamten Flüchtlingszahl. Diese Tendenz verdeutlicht noch einmal, daß es einen eindeutigen Zusammenhang zwischen Fluchtgründen und Asylbegehren gibt. So fliehen die jugoslawischen Flüchtlinge vor einem Bürgerkrieg, an dessen Entstehen die Politik der Bundesrepublik maßgeblichen Anteil hatte. Diese Fluchtgründe werden durch eine Grundgesetzänderung nicht reduziert — vielmehr verspricht die mit der "Renationalisierung" verbundene deutsche Außenpolitik vermehrt solche Fluchtgründe zu produzieren.

Mit Abschaffung des Artikel 16 und z.B. dessen Ersatz durch die Genfer Flüchtlingskonvention wäre das Individualrecht auf Asyl und dessen gerichtlich einklagbarer Rechtsanspruch aufgehoben. Die Entscheidung darüber, wer als Flüchtling anzuerkennen wäre, läge damit ausschließlich in der Verantwortung der Exekutive, sprich des Behörden- und Polizeiapparats. Wenn ein juristischer Weg zwischengeschaltet ist, liegt ein Nachteil für den deutschen Staat in der Regel darin, daß es ein geringes Maß an Nicht-Berechenbarkeit geben kann. So haben sich z.B. Richter geweigert, in Sammellagern Urteile zu fällen. Zudem erkennen Gerichte eher eine höhere Anzahl Flüchtlinge an als das Bundesamt. Der Unterschied relativiert sich allerdings vor dem Hintergrund der sowieso minimalen Asyl- Anerkennungsquoten. Ein realer "Nachteil" ist aus staatlicher Sicht auch, daß Flüchtlinge — solange ihr Verfahren vor Gericht läuft — einen Aufenthaltsstatus haben, sich ihre Abschiebung also dadurch herauszögert. Andererseits sind aber die Formulierungen der Genfer Flüchtlingskonvention, die in Alternative zum Grundgesetz diskutiert werden, teilweise weitergehend als das Asylgrundrecht. So verbietet die Genfer Flüchtlingskonvention, auch bei Nichtanerkennung des Asylbewerbers, daß der Flüchtling in ein Land zurückgewiesen wird, in dem ihm Repression droht. Ein ganz erheblicher Anteil der hier lebenden Flüchtlinge sind sogenannte de-facto-Flüchtlinge, die aufgrund der Genfer Flüchtlingskonvention geschützt sind. (1) Für die Abschiebung dieser Gruppe gäbe es auch bei Grundgesetzänderung keine legale Möglichkeit.

Zu einem ähnlichen Ergebnis kam auch eine Studie, die von der Justizministerin Leutheusser-Schnarrenberger vorgestellt wurde: "Unabhängig von jeder Grundgesetzänderung wird Deutschland durch internationales Recht verpflichtet bleiben, für jeden Asylsuchenden ein Prüfungsverfahren durchzuführen. Listen von Ländern, in denen politische Verfolgung von vornherein ausgeschlossen wird und von deren


Grafische Manipulationen
Tausend
500
mäßige Flut
0
1980
1992
500
starke Flut
0
1980
1992
500
"Asylantenflut"
(Größendarstellung des Spiegel)
0
1980
1992

Bürger daher keine Asylanträge entgegengenommen werden, sind unzulässig."

Die Änderung des Asylrechts, so die Mitteilung aus dem Justizministerium, kann also das angestrebte Ziel — umgehende Abschiebung der Flüchtlinge zumindest aus bestimmten Ländern — nicht ermöglichen. Dennoch ist von allen großen Parteien gerade dieses Ziel anvisiert. Die CDU/CSU fordert deshalb die Einführung von "Länderlisten", der SPD-Parteitagsbeschluß begnügt sich derzeit noch damit, für diese Flüchtlinge beschleunigte oder vereinfachte Verfahren einzufordern. (2) Vollständig kann dieses Ziel jedoch nur erreicht werden, wenn weitere "Hindernisse", wie die Gültigkeit der Genfer Flüchtlingskonvention, aus dem Weg geräumt werden. Derzeit beginnen im Europaparlament im Rahmen der EG-Harmonisierung die Verhandlungen über eine gemeinsame europäische Asyl- und Einwanderungspoltik. Die Abschaffung des Artikel 16 erweist sich auch vor diesem Hintergrund *faktisch* als nur ein Schritt unter vielen.

"Asyldebatte" und Rechtsentwicklung

Die auf Grundgesetzänderung konzentrierte "Asyldebatte" zielt also nur im Nebeneffekt auf konkrete Ergebnisse, erreicht dagegen vor allem eine beschleunigte ideologische Rechtsentwicklung. Antisemitismus und Rassismus sind strukturierend für die deutsche Gesellschaft, wurden wachgehalten und sind abrufbar. Daß ein breites Kollektiv jetzt bereit ist, beides zu diesem Zeitpunkt in Gewalt umzusetzen, daß diese Aktionen Zulauf und Zustimmung erfahren, ist nicht zufällig und nicht spontan entstanden.

Die Änderung des Asylparagraphen im Grundgesetz wurde von Kanzler Kohl und dem damaligen Innenminister Schäuble im September des letzten Jahres zu dem Zeitpunkt offensiv in die öffentliche Debatte gepuscht, als die Gewaltaktionen und rassistischen Angriffe gegen Flüchtlinge und "anders" aussehende Menschen mit dem Angriff auf das Ausländerwohnheim in Hoyerswerda einen ersten Höhepunkt erreichten. Die "Debatte" wird seitdem ausnahmslos von allen Politikern mit dem Ziel geführt, nicht den Rechtsextremismus oder den täglichen Rassismus als Problem zu definieren, sondern die "besorgniserregende Entwicklung der Asylbewerberzahlen". Eine breite Stimmung der Akzeptanz in der Bevölkerung für die Anschläge — oder zumindest für deren Ziel: "Ausländer raus" — wurde so stabilisiert, der öffentliche Diskurs dadurch immer weiter nach rechts verschoben.

Auch in der SPD hatten zu diesem Zeitpunkt führende Poltiker — z.B. Willy Brandt und Helmut Schmidt — einen betont nationalen, völkisch argumentierenden Kurs eingeschlagen. Dennoch war die Partei, zumal an der Basis, auf ein solches Politikmuster noch nicht eingeschworen — was sich u.a. im Festhalten an der Position ausdrückte, den Asyl-Grundrechtsparagraphen 16 erst im Zuge einer EG- Harmonisierung zu verändern.

Mit dem Ziel, eine Zwei-Drittel-Mehrheit für eine kurzfristige Grundgesetzänderung durchzusetzen, inszenierte die CDU/CSU eine populistische Kampagne, durch die die SPD auf den nationalistischen Zug gezwungen werden sollte. Die Mobilisierung des rassistischen Mobs funktionierte bestens: Pogrom in Rostock-Lichtenhagen, das einhellige Vorgehen der Kleinstadt Goldberg/Mecklenburg gegen die Einrichtung einer Flüchtlingsunterkunft, der Schulstreik in Hamburg-Ohlstedt gegen Container auf einem Schulhof sowie unzählige ähnliche Aktivitäten können und müssen als Bestandteil einer *auch* inszenierten Kampagne begriffen werden.

Zwei Beispiele für die gezielte Anheizung des Mobs durch CDU/CSU: Im September 1991 wandte sich der damalige CDU Generalsekretär Rühe in einem Schreiben an die kommunale Ebene, die für die Unterbringung der Asylbewerber verantwortlich ist. Er forderte dazu auf, in den entsprechenden Gremien, die Grundgesetzänderung zum Thema zu machen. Dies war vor allem an die SPD Kommunalpolitiker gerichtet, die aufgefordert wurden, ihre Führung "zur Vernunft zu bringen". Beigefügt sind dem Anschreiben diverse "Mustervorlagen" mit Argumentationen, Resolutionen, Presseerklärungen etc.

Im Oktober startete die CSU in Bayern eine Anzeigenkampagne gegen die Verteidigung des Artikels 16. Unter der Überschrift "Die ewig Gestrigen" werden "dem Volk" die Namen von SPD- und FDP-Politikern bekanntgegeben, die sich gegen eine Änderung des Grundgesetzes aussprechen. Es folgt die Frage: "Ist Ihr Volksvertreter dabei? Dann sollten Sie sich das merken bis zur nächsten Wahl."

Der Druck auf die SPD führte schnell in Richtung des gewünschten Ergebnisses — zu den Petersberger Beschlüssen im August 92 und zu den noch darüberhinaus reichenden Forderungen von Lafontaine. Nach den Parteitagen der FDP im Oktober und der SPD im November gibt es in der Bundesrepublik eine große Koalition für die Änderung des Grundgesetzes. SPD-Bundesgeschäftsführer Blessing faßte zusammen: "Mit einem Ja zur Grundgesetzänderung betreibe man keine Anpassung an die CDU, sondern eine Anpassung an die Realität." Diese "Realität" aber wurde und wird auch durch die immer zahlreicherwerdenden "Populisten" in der SPD hergestellt: Lafontaine fordert die Grundgesetz-Radikallösung, Schmidt geißelt die Überfremdung und Kronawitter spricht gar vom drohenden "Bürgerkrieg", wenn die Flüchtlinge nicht schnell und effektiv ausgesperrt würden.

Wie man es dreht und wendet — bei allen offiziellen Politiker- Bedenken, daß möglicherweise durch rechtsradikale Ausschreitungen auch das Gewaltmonopol des Staates außer Kraft gesetzt wird; bei allen Bedenken, daß das "deutsche Ansehen" im Ausland Schaden erleidet: die Ausschreitungen wurden von Politikern quer durch die großen Parteien gern gesehen. Die forcierte "Asyldebatte" von oben und der rassistische Mob auf der Straße hatten ein gemeinsames Ziel: (schlechte) Ausländer raus! Erst — so die Argumentation — wenn der "Asylmißbrauch" beseitigt sei, würde es gelingen, den Rechtsradikalismus einzudämmen. Angestrebt wird, daß die Grenzen gegenüber Flüchtlingen noch dichter abgeschottet werden, daß legal oder illegal einreisende Flüchtlinge schnell und ohne rechtliche Hindernisse abgeschoben werden können. Wie erfolgreich dieser Weg sein wird, dem u.a. die Existenz der Genfer Flüchtlingskonvention entgegensteht, wie erpresserisch Deutschland mit seinen Nachbarstaaten umgehen kann, wieviel Rücksicht auf das Ansehen im Ausland genommen werden muß, wie rücksichtslos im Kontext von Großdeutschland Ansprüche vorzubereiten und durchsetzbar sind, darüber läßt sich derzeit nur spekulieren.

Die Abschaffung des Grundrechts auf Asyl ist einer von vielen Schritten auf dem Wege dahin. Weitere Angriffe auf die Genfer Flüchtlingskonvention und die Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte werden folgen, Versuche von Deutschland aus neue — rechte — Normen für Europa zu setzen. Aber eines ist sicher: der Weg im Inneren für eine solche internationale Machtpolitik Deutschlands wird durch eine völkische nationalistische Mobilisierung geebnet — und die "Asyldebatte" hat daran maßgeblich Anteil.

Gabriele Becker

Anmerkungen:

(1) Nach der Genfer Flüchtlingskonvention, der Europäischen Menschenrechtskommission und den Artikeln 1 und 2 der Grundgesetzes ist die Bundesrepublik verpflichtet, diese Flüchtlinge zu dulden, auch wenn ihr Asylantrag abgelehnt wurde. 1988 lebten in der BRD 800.000 Flüchtlinge, davon waren 200.000 Asylbewerber, 240.000 anerkannte Flüchtlinge und deren Angehörige und 300.000 sog. de-facto- Flüchtlinge. Die sog. de-fakto-Flüchtlinge machen etwa 30 bis 40 Prozent aller Flüchtlinge aus.

(2) Die CSU will den Rechtsweg durch sog. Beschwerdeausschüsse ersetzen, die CDU schlägt vor, daß die abgewiesenen Asylbewerber ein Gerichtsverfahren von jenseits der Grenze betreiben. Die SPD hält derzeit noch am individuellen Grundrecht fest, den Rechtsweg will sie den Asylbewerbern offen halten, d.h. keine pauschale Abweisung, sondern ein beschleunigtes Abschiebeverfahren.

"Nation ohne Territorium" (1)

Roma sind schuld, wenn Deutsche Faschisten werden.

Roma waren das Angriffsziel des Rostocker Pogroms. Sie und alle anderen hier lebenden Roma und Sinti sahen sich mit massiver Hetze und Ausgrenzung konfrontiert, die sie als absoluten Gegensatz zum Deutschen aufbaute.

Die Besorgnis um das "Ansehen Deutschlands im Ausland" hinderte Politiker nicht daran, sich in diffamierendster Weise zu den Rostocker Angriffen zu äußern: die Pogrombürger wurden in Schutz genommen; ihnen wurde eine "Problemlage" attestiert, die durch die Nachbarschaft mit den Roma provoziert wurde; ähnliche Bevölkerungsaktionen überall dort, wo Roma leben, wurden prophezeit. Der christdemokratische Ministerpräsident Mecklenburg-Vorpommerns, Seite, erklärte: "'Wenn Sie Sinti und Roma nach Bonn schicken würden, in bestimmte Viertel, zu bestimmten Leuten, dann wäre das Problem in ein paar Tagen gelöst.'"(Der Spiegel, Nr.37, 7.9.92), und der Schweriner Landtag sprach von "'kriminellen Zigeunern, die in Rostock auf der Wiese kampiert und das Umfeld verunreinigt'" hätten. (FR, 3.9.92) Seite machte deutlich, um welches "Problem" es (ihm) geht: Sinti und Roma aus Deutschland rauszuhalten.

Auf allen Ebenen der Gesellschaft verankerte sich die Überzeugung, daß die Anwesenheit von Roma zwangsläufig zu Ablehnung, Haß und Pogromstimmung führen würde, und die Kieler DVU konnte sich auf diese allgemeine rassistische Haltung beziehen. Sie forderte Regierungsmitglieder und Abgeordnete des Landtags auf, "die von den Rostocker Krawallen betroffenen Asylbewerber, 'insbesondere Zigeuner', in ihren Wohnungen aufzunehmen. Dies gelte vor allem für jene Politiker, die Deutschland als Einwanderungsland erklärten". (FR, 9.9.92) Über die Mobilisierung aller rassistischen Klischees, die Roma betreffen können, wurden sie als die Gruppe definiert, der der Zugang nach Deutschland mit allen Mitteln verwehrt werden soll.

Vergeblich versuchte Romani Rose, der Vorsitzende des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, öffentliche Distanzierungen von den obersten Repräsentanten dieses Staats zu der Hetzkampagne zu erwirken; in einem Offenen Brief an den Bundeskanzler protestierte er gegen die "öffentliche Verteufelung der rumänischen Flüchtlinge im Zusammenhang mit den Gewaltüberfällen in Rostock, Cottbus, Dresden, Leipzig, Augsburg und anderen Städten" und gegen die "Pauschal-Diffamierungen" durch die Politiker. (FR, 3.9.92)

Romani Rose und seine Organisation wurden nicht zur Beteiligung an der großen Schau deutscher Betroffenheit, der Weizsäcker-Demo am 8.11. in Berlin, eingeladen.

"Ordnung und Sauberkeit"

Angriffe und Brandanschläge, Pogrome und Morde werden gegen alle Flüchtlinge, ImmigrantInnen oder anders aussehende Menschen verübt. Die ideologischen Muster aber, die in der Propaganda benutzt werden, stellen eine Hierarchisierung der rassistisch diskriminierten Minderheiten her, in der die Roma ganz unten stehen. Während in der eigentlichen 'Asyldebatte' der sogenannte "Mißbrauch" in den Mittelpunkt gestellt wird, findet gegen die Roma eine regelrechte Kampagne statt. Wie ist dieser besondere Haß, diese besondere Hervorhebung zu erklären?

Roma und Sinti sind von einer spezifischen Art des Rassismus betroffen, der in seinen Mechanismen eher dem Antisemitismus vergleichbar ist. Ihre jahrhundertealte Existenz als Minderheit in Deutschland (und in Europa) und die Besonderheit, daß ihre Gemeinschaften nicht in einem Nationalstaat verfaßt sind, sind grundlegende Elemente dafür, daß "Zigeuner" zu einer Art "Gegenrasse" konstruiert werden, über die sich die betont völkische Definition von 'deutscher Nation' vollzieht.

Zu einer solchen "Gegenrasse" erklärte der nationalsozialistische Antisemitismus die Juden, denen zusätzlich die Qualität des "Übermenschen", der "Weltverschwörung", zugewiesen wurde. Auch die "Zigeuner" galten als "Gegenrasse", allerdings mit der zusätzlichen Qualität des "Untermenschen", an deren Ausgrenzung und Vernichtung sich die "Volksgemeinschaft" konstituierte. Wenn heute die Propagierung völkischer Denkweisen einerseits und die besondere Hetze gegen die Roma und Sinti andererseits zusammentreffen, ist das kein Zufall: zu auffällig ist, wie ihnen der extreme Gegensatz zu den als deutsch geltenden "Tugenden" wie Ordnung, Ehrlichkeit, Fleiß und Sauberkeit zugeschrieben wird.

Diese Kampagne hat nicht erst mit Rostock begonnen, sondern schon 1990, als der damalige Kanzlerkandidat Lafontaine seine (noch spektakuläre) Propagierung der Länderlisten mit der schnell anwachsenden Flüchtlingsgruppe der Roma und der wachsenden Pogromstimmung in der deutschen Bevölkerung (besonders: Hagen, NRW) begründete. Der damals mit dem Aufreißertitel "Die Zigeuner" erschienene "Spiegel" Nr.36, 3.9.90, operierte bereits mit denselben ideologischen Bildern, an die nach Rostock von Medien und Politikern wieder angeknüpft wurde: Lärm, Schmutz, Bettelei, Diebstahl, das "Sozialverhalten der Fahrensleute" sei die "Hauptursache für die Zigeuneraversionen von Bürgern wie Behörden", noch dazu "soll bei Roma, die nach Deutschland ziehen, die tödliche Immunschwäche Aids diagnostiziert worden sein" (Spiegel 36/90) — ein sprechendes Symbol für die Bedrohung der deutschen Vorstellung von Kultur und Zivilisation, die mit Roma assoziiert werden soll, und für den Vernichtungswillen, der aus der Gleichsetzung spricht.

Daß diese Muster des Gegenbilds auch bei der intellektuellen "Elite" Deutschlands verankert sind, zeigte die (mittlerweile auf Protest eingestampfte) Studie des Wissenschaftlers Wolf Oschlies. In seinem "Bericht des Bundesinstituts für Ostwissenschaftliche Studien Nr.33/1992" bezeichnete er rumänische Roma als "arme, unterprivilegierte und wenig zivilisierte Neuankömmlinge" ohne "Kulturzeugnisse", die "hier das öffentliche Leben mit Bettelei, Verbrechen, Prostitution und Asozialität (..) belasten".

Die meisten dieser ideologischen Bilder beruhen auf (ur)alten rassistischen Einstellungen gegenüber Roma und Sinti und mobilisieren (ur)alte Irrationalitäten. Im Oktober 1992 hatten sich in Jork (bei Hamburg) Geschäftsleute, die sicher nicht der Schwarzen Magie anhängen, dazu entschlossen, Reisigbesen (auch ein Symbol für die "Sauberkeit" der Deutschen und den "Schmutz" der Roma) vor ihre Geschäfte zu stellen, um Roma und Sinti vom Betreten ihrer Läden abzuschrecken. So wie diese alten Muster reaktiviert wurden, wurden auch alte Umgangsweisen wieder selbstverständlich: Roma sind immer eine Gruppe, niemals Einzelpersonen; gegen Roma gilt Sippenhaft; Roma sind eine Gruppe, *über die* gesprochen wird, über deren Schicksal von irgendwelchen oberen Stellen entschieden wird, die unter "Sondergesetze"

(so bezeichnete Beate Klarsfeld das Abkommen mit Rumänien) fallen.

Flüchtlingsbekämpfung

Nur einen Monat nach den Rostocker Angriffen wurde ein Abkommen zwischen Deutschland und Rumänien geschlossen, das es erlaubt, vermeintlich rumänische Flüchtlinge (Illegale und abgelehnte Asylsuchende) auch dann nach Rumänien abzuschieben, wenn sie kein Ausweispapier besitzen, d.h. auch wenn ihre Staatsangehörigkeit nicht zweifelsfrei feststeht. Im Vorwege war ein "Rückkehrförderungs- und Reintegrationsprogramm zugunsten rumänischer Asylantragsteller" in Höhe von 30 Mio. DM über 3 Jahre vereinbart worden, das die rumänische Regierung wohl davon überzeugen sollte, auch das zweite Abkommen zu unterzeichnen. (Bisher hatte Rumänien sich geweigert, Flüchtlinge ohne geklärte Identität aufzunehmen.) Anfang November folgte ein ähnliches Abkommen mit Bulgarien, Verhandlungen laufen mit Rest-Jugoslawien und der CSFR. Diese Abkommen, die in der internationalen Presse weithin als "Deportations-Abkommen" bezeichnet wurden, ermöglichen es, Roma-Flüchtlinge, die zum größten Teil keine Papiere haben, nach kürzester Zeit (nach Ablehnung ihrer Asylanträge im Schnellverfahren) aus Deutschland abzuschieben, selbst wenn die Konstruktion der Länderlisten "verfolgungsfreier Staaten", zu denen die Hauptherkunftsländer der Roma zählen sollen, nicht durchgesetzt werden sollte. Durch die Verträge besteht aber auch die Gefahr, daß die Grauzone der Halblegalität, in der die BGS-Grenzer an den polnischen und tschechoslowakischen Grenzen ohnehin operieren, erweitert wird und rumänische und bulgarische Flüchtlinge zurückgeschoben werden, bevor sie einen Antrag stellen konnten (vgl. dazu taz, 30.10.92).

Als weitere Steigerung der Flüchtlingsabwehr lancierte Innenminister Seiters die Überlegung, die Grenztruppen an den Grenzen nach Polen und zur CSFR durch Bundeswehrsoldaten zu verstärken (FR, 23.11.92). Obwohl auch dieser Vorstoß verfassungsmäßig nicht abgesichert ist — dazu müßte die Behinderung von Flüchtlingen bei der Einreise als "Verteidigungsauftrag" definiert werden —, könnte das die nächste Offensive bei der Errichtung der "Festung Deutschland" sein.

Deportation nach Osteuropa

Daß die Roma in Rumänien, Bulgarien, Ex-Jugoslawien, in abgeschwächter Form in Polen, Ungarn und der CSFR diskriminiert wurden und werden, daß sie nicht als Minderheit anerkannt werden oder ihre Minderheitenrechte nicht ausformuliert werden, daß sie am Rande des Existenzminimums leben müssen, daß sie, besonders in Rumänien, Opfer von Pogromen sind, wird nicht ernsthaft bestritten. Karin Reemtsma von der "Gesellschaft für bedrohte Völker" berichtet in ihrer Untersuchung über Rumänien von 20 bekanntgewordenen Pogromen in den letzten zwei Jahren, deren Ziel immer die vollständige Vertreibung der Roma gewesen sei (dokumentiert in: FR, 3.9.92); die "Zeit" vom 18.9.92 zählt "20, vielleicht 25 solcher blutigen Vertreibungen (...) im vergangenen Jahr". "Eindeutig", so der "Spiegel" Nr.37, 7.9.92, "gehören die Zigeuner zu den Verlierern des Zusammenbruchs der kommunistischen Regime" und seien einer "immer gewalttätigeren Welle von Rassismus und Nationalismus ausgesetzt". Rudko Kawczynski, Vorsitzender der Rom & Cinti Union Hamburg und einer der Vorsitzenden des Europäischen Romaparlaments, spricht von einer "furchtbaren Verfolgungswelle in den ehemaligen sozialistischen Staaten Osteuropas", von "Kristallnacht in jedem kleinen Dorf" (taz, 29.8.92).

Bestritten wird, daß Roma in osteuropäischen Ländern von staatlicher Seite verfolgt werden — das ist in den engen Grenzen des bestehenden deutschen Asylrechts die Grundlage für die Ablehnung ihrer Asylanträge und damit die Grundlage für die massenhafte Abschiebung infolge der neuen Abkommen.

Tatsächlich scheint eine organisierte staatliche Verfolgung der Roma schwer nachzuweisen zu sein (so wird auch der rumänische Soziologe Nicolae Gheorghe, selbst ein Rom, in der "Zeit" vom 18.9.92 zitiert: "'Offiziell keine Verfolgung.'"), obwohl sich Repräsentanten von Staat und Kirche (Bürgermeister und Priester) selbst als Initiatoren an den Pogromen beteiligen und sich bis heute niemand vor Polizei oder Staatsanwaltschaft für seine Mittäterschaft verantworten mußte. Faktisch sind Roma also Vogelfreie.

Keine Minderheitenrechte für Roma und Sinti in Deutschland

Deutschland hat es immer abgelehnt, Konsequenzen aus seiner historischen Verantwortung gegenüber den Roma und Sinti abzuleiten.

Bereits mit der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs über Entschädigungsleistungen für vom Nazifaschismus verfolgte Roma und Sinti wurde der Grundstein für die Fortschreibung rassistischer Behandlung gelegt. 1956 befand der BGH, daß von einer Verfolgung der Roma und Sinti aus rassistischen Gründen erst ab März 1943 gesprochen werden könne; Deportation, Lagerhaft, Zwangssterilisation, Verstümmelung und Tod vor diesem Datum seien als "sicherheitspolitische Maßnahme" anzusehen (und folglich nicht entschädigungsfähig). Von bundesdeutschen Gerichten war meist erfolgreich versucht worden, konkrete Maßnahmen gegen Roma und Sinti vor 1943 als kriminalpolizeiliche Prävention darzustellen. Erst 1963 erfolgte eine (teilweise) Revision dieses Urteils, als viele der Verfahren schon abgeschlossen waren.

Den hier lebenden Roma und Sinti verweigert die Bundesregierung systematisch die Anerkennung als Minderheit und der Minderheitenrechte. Seit Jahren blockiert die BRD Projekte des "Europäischen Sozialfonds zur Förderung der Zigeuner in der Bundesrepublik Deutschland" (siehe: Bericht des Untersuchungsausschusses Rassismus und Ausländerfeindlichkeit im EP, veröffentlicht 23.7.90), erst im März dieses Jahres stimmte der deutsche Vertreter in der UN-Menschenrechtskommission gegen eine Resolution zum Schutz der Roma: erstens gäbe es keine Minderheit der Roma und Sinti in Deutschland, zweitens könnte die in der Resolution formulierte Verpflichtung der Regierungen, den "Schutz" und die "Sicherheit" zu gewährleisten, als Zahlungsverpflichtung verstanden werden. (vgl. FR, 6.3.92)

Eine Anerkenntnis der Besonderheiten der Roma-Kultur und der Besonderheit der Verfolgung und Diskriminierung ihrer Menschen — wofür Deutschland eigentlich prädestiniert gewesen wäre — würde auch das Bewußtsein nach sich ziehen, daß ein eigenständiges Aufenthaltsrecht für Roma und Sinti, das die Asylantragstellung überflüssig macht, geschaffen werden muß. Deutschland hat sich aber für die andere Prädestination entschieden, nämlich den Traditionsstrang der Ausgrenzung und des Gegenbilds zum Deutschen wiederaufzunehmen. So sind die aus Osteuropa flüchtenden Roma mit rassistischer Ausgrenzung und Haß durch die Bevölkerung und einer Flüchtlingspolitik konfrontiert, die alle Möglichkeiten zu ihrer Abschiebung sucht.

Ingrid Timm

(1) Der Roma National Congress fordert die Anerkennung der Roma als "Nation ohne Territorium". Damit würde ihnen ermöglicht, sich auf die Genfer Flüchtlingskonvention zu berufen.

Antisemitismus und Revisionismus

Durch den öffentlich sichtbaren Antisemitismus wird die Tatsache, daß Jüdinnen und Juden hier leben, ins Bewußtsein der nicht-jüdischen Deutschen zurückgeholt. Fast hatten sie ihre "jüdische Frage" in der Inszenierung verordneter Schuldbekenntnisse öffentlichkeitswirksam bearbeitet, das museale Erinnern als Totstellreflex auf die deutsche Geschichte geübt, ihre routinierte Zerknirschheit und glatt abgespulte Betroffenheit in Anbetracht der schweren, unbewältigbaren Erinnerungen unter Beweis gestellt.

Fast, aber nur fast, sollte der so hart "erarbeitete" Schlußstrich, die ritualisierte Gedenkstundenabsolution gelingen. Wenn da nicht "das Gespenst des Antisemitismus" wäre, "die Schatten der Vergangenheit", die "ewig mahnenden Juden". Die überraschende Überraschung der Regierenden und das überraschende Entsetzen der Teile der Bevölkerung, die die Trauer und Erinnerung an die Verbrechen des NS-Faschismus nicht nur den Überlebenden und deren Nachkommen überlassen hat, hält den Mythos immer noch aufrecht, der da lautet: Nach 1945 fiel die neue Demokratie vom Himmel, die den "Unrechtsstaat" ablöste und Faschismus und Antisemitismus hat es seitdem nicht mehr gegeben. Abgesehen von den paar alten NPDlern und ewiggestrigen Männern in dunklen Hinterzimmern, die in ihren grausigen, jedoch bedeutungslosen Erinnerungen schwelgen ...

Brandaktuelles

Zwei Tage nach dem Beginn des ersten Pogroms in der Nachkriegsgeschichte Deutschlands in Rostock versuchen Neonazis in Berlin das Denkmal für die deportierten Berliner Jüdinnen und Juden an der Putlitz-Brücke zu sprengen, die Gedenkplatte zerbirst. Die später festgenommenen Täter begründen den Anschlag damit, daß sie "was gegen Ausländer und Juden machen wollten". (1)

Eine Serie von Schändungen jüdischer Friedhöfe im ganzen Land beginnt, die mit der Zeit um 1990 verglichen werden kann. Stuttgart, Berlin, Karlsruhe, München, Wuppertal ... Drohbriefe, Terroranrufe, Einschüchterungsversuche gegen jüdische Gemeinden und Einzelpersonen nehmen zu, Aktivitäten der Gemeinden müssen unter Dauerpolizeischutz durchgeführt werden. (2)

Israels Ministerpräsident Itzhak Rabin besucht Mitte September die Bundesrepublik. Er warnt in der Gedenkstätte des ehemaligen Konzentrationslagers Sachsenhausen eindringlich vor dem Wiedererstarken der neofaschistischen Kräfte und ruft die Regierung und die Bevölkerung zu Zivilcourage und entschlossenem Handeln auf. Auch der Besuch des Berliner Denkmals an der Putlitzbrücke steht auf seinem Programm. Zeitungen und auch der Tagesthemensprecher U.Wickert kündigen Rabins Stellungnahme zur Entwicklung in Deutschland unter dem Motto: "Die Juden lesen uns die Leviten" an. Nach dem Staatsbesuch berichtet eine kleine Zeitungsmeldung, daß die Staatskarosse mit einem Hakenkreuz beschmiert worden ist. (3)

Ignatz Bubis, der neugewählte Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, verurteilt die Asyldebatte und fordert die Politik, Polizei und Justiz auf, mit aller Härte gegen die Überfälle auf Flüchtlinge und Flüchtlingsunterkünfte vorzugehen. Der Streit um die Grundgesetzänderung sei ein "Nebenkriegsschauplatz" und laufe auf "ein Handeln gegen die Opfer" hinaus. In zahlreichen Interwiews nimmt er zur aktuellen Situation Stellung. Seit Monaten versäumten Politiker und Staatsanwälte, gegen die rassistischen Gewalttäter vorzugehen. Manchmal könne der Eindruck entstehen, daß die Regierung die jetzige Situation gewollt provoziert habe. Er benennt den Zusammenhang zwischen Rassismus und Antisemitismus und warnt davor, daß Juden wieder auswandern müßten. Die Bundesregierung weist die "Vorwürfe" zurück. Sie brauche sich nicht vorhalten zu lassen, daß sie etwas versäume, kontert Regierungssprecher Dieter Vogel. (4)

Die Täter des Brandanschlags auf die jüdische Baracke des ehemaligen KZ Sachsenhausen zielen bewußt und direkt. Als eine Aktion zur aktiven Spurenbeseitigung dokumentiert er schonungslos, daß den Tätern der offizielle rasante Kurs der Umschreibung der deutschen Geschichte noch zu langsam geht und daß der Schlußstrich wörtlich zu nehmen ist, im Sinne von: kein Stein soll auf dem anderen bleiben, der die Erinnerung an den Faschismus bewahrt und erwecken könnte. Der Ort der nationalsozialistischen Verbrechen soll beseitigt werden, die Opfer, die Überlebenden öffentlich verletzt und gedemütigt und ins unsichtbare Aus gedrängt. Das mit dem Verbrennen der Orte der Erinnerung die Erinnerung nicht verbrannt werden kann — diese Realität steht wieder im öffentlichen Raum. Der Außenminister eilt nach drei Tagen vor Ort, um den Ruf Deutschlands in der Welt zu retten; wo das Staatsoberhaupt Kanzler Kohl bleibt, fragen sich nicht nur US-amerikanische Zeitungen. (5) In Kohls späterer Stellungnahme wird der Antisemitismus mit keinem Wort erwähnt und wird sich nicht schützend vor die hier lebenden Jüdinnen und Juden gestellt.

Der Brandanschlag auf das Krematorium des ehemaligen KZ Ravensbrück wird tagelang auf Grund einer Nachrichtensperre nicht publik (6), da die britische Queen nach Dresden kommt und aufgefordert wird, sich für die Bombardierung Dresdens 1944 zu entschuldigen. Die Meldung über den Anschlag vor den zahlreichen internationalen JournalistInnen könnte dem Ansehen Deutschlands schaden.

Die Verwüstung einer Gedenkstätte für KZ-Häftlinge aus einem Außenlager von Dachau und die Schändung des Friedhofs in der Nähe von Überlingen führt zu spontanen Solidaritätskundgebungen vor Ort für die Opfer des Nationalsozialismus. Die Zerstörung jüdischer Friedhöfe und Gedenktafeln geht täglich weiter; die Meldungen hierüber sind klein und beiläufig auf den hinteren Seiten der Zeitungen.

Am 19.11. besucht eine seit langem vorbereitete Delegation französischer Juden (7) Rostock. Eine Gedenktafel für die Opfer des Nationalsozialismus mit einer Stellungnahme zum aktuellen Pogrom kann am Rostocker Rathaus nicht dauerhaft angebracht werden. Die Aktion zielt auf das Erreichen einer breiteren Öffentlichkeit über das Deportationsabkommen zwischen Deutschland und Rumänien, das größtenteils Roma und Cinti betrifft und ab 1.11.92 in Kraft tritt. Unter massivem Polizeieinsatz werden die Jüdinnen und Juden festgenommen, registriert, die Mehrzahl wird erst nach Stunden freigelassen; drei bleiben in Haft unter der Bedingung des gemeinsamen Hofgangs mit Nazis und der Aufforderung, doch vorher ihre Kappen abzulegen, da das Tragen die Rechten provozieren könne. Nach neun Tagen werden sie freigelassen.

Ignatz Bubis, der sich erst am 1.10. von Lummer beschimpfen lassen mußte für seine Position des Erhalts des Asylrechts (8), ohne daß Lummer wegen seines konstruierten Gegensatzes zwischen Bubis und den Deutschen, ein klassisches antisemitisches Muster, zurücktreten mußte, fährt nach Rostock. Beim Presseempfang, gedacht zur Restaurierung des Rostocker Images, fragt ihn der CDU-Parlamentarier Schmidt nach seiner "eigentlichen Heimat Israel" und transportiert das Muster erneut: Deutsche und Juden. Juden sind keine Deutschen, können für Deutsche keine Deutschen sein. (9) Dieser Eklat, der für Bubis Alltag ist, führt zum Rücktritt von Schmidt. Dabei wird das weitverbreitete Ressentiment gegen Juden deutlich, das Bubis wieder und wieder seit seinem Amtsantritt benannt hat.

Als nach den faschistischen Morden an drei Türkinnen in Mölln Ralph Giordano mit einem Telegramm an Kohl ankündigt, daß Juden in Deutschland dazu übergegangen sind, die Abwehr von potentiellen Angriffen, "bis in den bewaffneten Selbstschutz hinein", in die eigenen Hände zu nehmen, da das Vertrauen in die Bundesregierung nicht mehr bestehe, reagiert Kohl nicht. Er läßt seinen Kanzleramtsminister Bohl antworten: "Ich weise diese ehrverletzende Diffamierung mit aller Entschiedenheit und großer Empörung auf das Schärfste zurück." Gerade für einen Intelektuellen bestehe eine besondere Pflicht zur Wahrheit und zum Schutz des Rechtsstaats. Falls in dieser schwierigen Phase Künstler, Schriftsteller und Journalisten der Gewalt nicht widersagten, werde das Gemeinwesen schweren Schaden nehmen. Auch CDU-Generalsekretär Hintze verteidigt seinen Chef: Kohl stehe für "eine entschlossene Bekämpfung jeglicher Form des Extremismus" und trete für "ein tolerantes und weltoffenes Deutschland" ein. Giordanos Vorwürfe seien "auch durch Schmerz und Trauer nicht zu entschuldigen". Ralph Giordano daraufhin: "Kohl ist der Kanzler von Bitburg, von Rostock, von Hoyers-

werda und von Mölln, und das habe ich ihm gesagt." (10)

Aktuelle Stationen des deutschen Renationalisierungsprozesses

Als sich im Rahmen der Wiedervereinigungsverhandlungen abzeichnete, daß das "einig Vaterland" wieder Gestalt annimmt, demonstrierte die Bundesregierung forsch und vorwärtsstürmend ihre zukünftig souveräne Haltung: die Zeit der Gängelung, der Einschränkung ist vorbei, wir lassen uns von niemand mehr diktieren, was wir zu tun oder zu lassen haben. Besonders nicht von den lästigen Opfern, den Mahnern, den Repräsentanten der von den Deutschen überfallenen und okkupierten Staaten, den Juden.

Der symbolisch aufgeladene Moment des "Mauerfalls", als Ende der Bestrafung der Deutschen durch die Teilung des Landes und gleichzeitige vollständige Rehabilitation als Nation, markiert ein weiteres beschleunigtes Stadium des Prozesses der Enttabuisierung des Nationalsozialismus, konsequent verbunden mit Antisemitismus und Rassismus.

Deutschland kehrt zurück in den Kreis der "zivilisierten Nationen", Deutschland wird erwachsen, hat erfolgreich die "Kinderkrankheiten des Nationalsozialismus" überwunden und schreitet voran in seine selbstbestimmte Zukunft. Wer wollte dieses Wir-sind-wieder-wer-Volk daran hindern, stolz darauf zu sein, deutsch zu sein?

Daß die ersten Schritte dieser "glücklichen Nation" im Gründungsprozeß begleitet waren von der Weigerung der Regierung, in die Präambel des Grundgesetzes die Verantwortung für die Shoah aufzunehmen, wie es der Zentralrat der Juden in Deutschland wiederholt forderte, ist konstitutiv und kein Zufall.

Daß parallel zu den nationalen Siegesfeiern und dem "deutschen Zusammenwachsen" tausende VertragsarbeiterInnen aus Vietnam, Angola und Mocambique die Ex-DDR verlassen mußten, daß seit Monaten organisierte Nazis lastwagenweise Agitationsmaterial Richtung Osten schafften, Kader schulten, Strukturen aufbauten und rassistische Angriffe auf einzelne Nicht-Deutsche begannen, wurde kaum zur Kenntnis genommen und wenn, dann als "Geburtswehen des neuen Deutschlands" verharmlost. Von den Ostdeutschen, die nach den Zeiten der Diktatur die Demokratie erst üben müßten, statt von Neofaschismus, Rassismus und Antisemitismus war die Rede.

Mit großer durchs eigene Leid der NS-Diktatur geprüfter Glaubwürdigkeit präsentierten sich die Westregierenden und forderten, daß die Vergangenheit der stalinistischen Diktatur der Ex-DDR "schonungslos, effektiv, bis zu den Wurzeln" bewältigt werden müsse, weil die Fehler der Entnazifizierung bei der Entstasifizierung auf keinen Fall wiederholt werden dürften. Das sei sich das zivilisierte Deutschland in Anbetracht seiner Geschichte und unter den Augen der Weltöffentlichkeit mindestens schuldig, man habe ja aus der Geschichte gelernt. Und nur allzu berechtigt sei die Forderung, da die Stasi schlimmer/gleich die Gestapo, die Ex-DDR nach Helmut Kohl in Teilen ein großes KZ (11) und der Stalinismus schlimmer/gleich dem Nationalsozialismus gewesen sei. Und wer da von wem gelernt hat, wird auch gleich beantwortet: Die Shoah wird umdefiniert zur "asiatischen Tat". Hiermit vollendet sich ein seit Mitte der achtziger Jahre von Nolte u.a. wieder aufgenommener Gedankengang. Was da in Gang gesetzt wurde, wird von uns bisher nur ansatzweise begriffen.

Die Strategie des Geschichtsrevisionismus, die seit 1986 im "Historikerstreit" entwickelt wurde, verläßt seit dem erreichten Ziel der Wiedervereinigung und der vollständigen Rehabilitation dieses "neuen deutschen Reiches" die Zwischenetappe der Entkriminalisierung der deutschen Geschichte. Die Relativierung von Auschwitz ist gelungen und Voraussetzung der Normalisierung der Nation. Der von Beginn an feststehende Feind steht immer noch links und wird nicht mehr kriegerisch, aber ideologisch massiv unter Beschuß genommen. Einen zentralen Angriffspunkt dabei bilden die "Umgestaltung"smaßnahmen und -pläne der Regierung, die Gedenkstätten der ehemaligen nationalsozialistischen Konzentrationslager auf dem Gebiet der Ex-DDR zeitgemäß zu gestalten. Die Orte des Gedenkens an die Opfer von 33-45 sollen ergänzt werden um die "Opfer des stalinistischen Terrors". Deutliche Worte fand der Gedenkstättenleiter des ehemaligen KZ Sachsenhausen im Frühjahr 1992 auf der eigens aufgestellten Schrifttafel: "Diese Gedenkstätte wurde von den kommunistischen Machthabern vor der Perestroika und der Wende zum Gedenken an die Opfer der Naziverbrecher errichtet und gestaltet. Das Ende der kommunistischen Herrschaft und die Vereinigung unseres Landes in Frieden und Freiheit macht es möglich, auch derer zu gedenken, die nach 1945 unter der sowjetischen Besatzungsmacht und dem DDR-Unrechtsstaat im Widerstand Freiheit, Gesundheit und Leben geopfert haben." (12) Vielfältige internationale Kritik der überlebenden Opfer wurde weitgehend ignoriert, die Maßnahmen zum Teil weitergeführt.

Kommerzielle Bebauungspläne wie der Supermarkt auf dem Gelände des ehemaligen KZ in Ravensbrück (Frühjahr 91) oder der gezielte Brandanschlag auf die jüdische Baracke in Sachsenhausen sind weitere Varianten der Spurenbeseitigung der faschistischen Geschichte des neuen Deutschlands.

Auch auf der Ebene der Justiz kommt es zu inszenierten Lehrstücken der neudeutschen Art. Der Prozeß gegen Erich Mielke und das Verfahren gegen Gerhard Bögelein enthalten eindeutige Botschaften: die Rehabilitierung der NS-Justiz und der NS-Richter und die öffentliche Abwertung und Kriminalisierung des antifaschistischen Widerstands derselben Zeit. Gerhard Bögelein muß seine lebenslange Haftstrafe im Gefängnis auf dem ehemaligen KZ-Gelände von Neuengamme absitzen!

Erleichtert, mit sich selbst versöhnt und mit Blick nach vorn in die Zukunft nimmt die deutsche Öffentlichkeit den "letzten großen NS-Prozeß der Nachkriegsgeschichte" gegen Josef Schwammberger vom Herbst 1991 bis zum Frühjahr 1992 wahr. (13) An dessen Ende scheint auch die Beendigung des Rituals zu stehen, daß wir uns eigentlich voll Schuld der Geschichte stellen müßten. Dieses dunkle Kapitel der deutschen Geschichte wird durch das Zuklappen der Gerichtskladden abgeschlossen. Wir haben genug gesühnt und genug gelitten.

Kurz danach besucht Waldheim Bundeskanzler Kohl in der Nähe von München. Es ist der erste offizielle Staatsbesuch des international geächteten NS-Kriegsverbrechers und wird begleitet von Protesten mehrerer jüdischer Organisationen, so auch vom World Jewish Congress. Kohls barsche öffentliche Reaktion, er lasse sich nicht vorschreiben, mit wem er sich zu treffen gedenke, demonstriert seine Variante des Schlußstrichs. Er läßt sich von niemand reinreden, aber er meint nicht niemanden, sondern die Juden. (14)

Die Reden zum Tod von Heinz Galinski, der bis Herbst 1992 Vorsitzendes Direktoriumsmitglied des Zentralrats der Juden in Deutschland war, zeigen von Regierungsseite die ritualisierten Floskeln des Bedauerns und der Trauer und die gleichzeitige Zuweisung der Rolle Galinskis als dem "ewigen Mahner, der vielen unbequem war", der wachsam die Gesellschaft beobachtete und auf Ungerechtigkeiten hinwies. Mit deutscher Selbstverständlichkeit wird definiert, daß es die Aufgabe der Überlebenden der nationalsozialistischen KZs ist, auf die Tendenzen einer möglichen Wiederholung der Geschichte unermüdlich hinzuweisen. Als sei es die Aufgabe der Opfer und nicht die der Nachfolgegenerationen der TäterInnen und deren verantwortlicher Regierung.

Umfragen

Die (scheinbar) fassungslosen Fragen und die gestammelten Deutungsversuche nach dem Brandanschlag in Sachsenhausen von regierungsoffizieller Seite, sowie von Einzelnen aus der Bevölkerung zeigen eine Ignoranz und vollkommene Unernsthaftigkeit der Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus als Strukturelement dieser Gesellschaft.

Eigentlich ist es absurd, daß den Deutschen die Tatsache des Antisemitismus nach 1945, direkt nach der Vernichtung des europäischen Judentums, die von der Bevölkerung massenhaft mitgetragen wurde, durch eine Umfrage der Alliierten verdeutlicht werden muß, um von wenigen ernstgenommen zu werden. (15) Bei der Betrachtung der faschistischen Geschichte bis zum 8.5.1945 von einem plötzlichen Bruch danach auszugehen, zeigt das ganze Ausmaß der Zustimmung, Verdrängung und Leugnung.

Nach einer sehr kurzen "Schuldphase", die von der Erwartungshaltung von Teilen der deutschen Bevölkerung geprägt war, daß die Überlebenden sich rächen und sie bestrafen würden (16), berichten britische und amerikanische Offiziere von zunehmendem, tiefsitzendem Antisemitismus. Die öffentliche Propagierung der nationalsozialistischen Rassenideologie und des Antisemitismus wird von den Alliierten verboten. Ablehnung, aktive Diskriminierung der jüdischen Displaced Persons bis hin zu Angriffen sind Alltag für die Überlebenden und nur die

Anwesenheit der Alliierten hat Folgepogrome verhindert. Sofort nach Kriegsende setzen die ersten Schändungen jüdischer Friedhöfe in den drei Westzonen ein. (1945 10, 1946-48 mindestens 12; 1948-59 212, laut BMI) (17)

Die öffentliche Tabuisierung verdrängt den Antisemitismus teilweise aus dem öffentlichen Bereich in den Bereich des Privaten. Ein vielgestaltiger Prozeß der Aktualisierung des Antisemitismus auf der öffentlichen politischen Bühne und Zurückdrängungsversuchen beginnt, der für die nächsten Jahrzehnte charakteristisch ist.

Ausgelöst durch aktuelle antisemitische Skandale (Eisele,Zind) (18) oder politische Ereignisse — 1961 der Eichmann-Prozeß in Jerusalem (19), 1963 der Auschwitz-Prozeß in Frankfurt (20), 1965 die anstehende Verjährung der NS-Verbrechen — begannen Phasen intensiver Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, die nur kurz andauerten. Die Schlußstrichargumentation setzte sich seit 1965 immer weiter durch. Laut einer IfD-Umfrage von 1965 wehrten sich 52% gegen eine weitere Verfolgung der NS-Verbrechen, wegen Verjährung 40% oder Beweisnot 54%, Schuldabwehr durch Gegenvorwürfe 66%, nationalistische Argumente — Aufhören mit der Nestbeschmutzung 57%. (21) Von 1958 (34%) bis 1969 (67%) ist die Schlußstrichtendenz kontinuierlich angestiegen und bleibt — abgesehen von der Phase der TV-Serie "Holocaust" 1979 (47%) — auf hohem Niveau (1978 62%, 1986 68%, 1987 67%). (22)

Bis 1951 vergingen sechs Jahre, bis die Adenauer-Regierung eine Rede "Zur Haltung der Bundesrepublik gegenüber den Juden" verlas. (23) Den Hintergrund dieser Erklärung stellten "Wiedergutmachung"sforderungen Israels dar, das eine solche Erklärung zur Voraussetzung weiterer Gespräche gemacht hatte. Eine zentrale Botschaft der Regierung lautete: die Bevölkerung hat keine Mitschuld am Holocaust und keine antisemitischen Ressentiments. Der Antisemitismus wird zum Problem extremistischer Gruppen erklärt, der bestraft wird und öffentlich tabuisiert. Dieses Muster sollte den Umgang mit den Tatsachen bis heute bestimmen. (23)

Die Geschichte, der Ablauf und die Folgen der "Wiedergutmachung"sdebatte und -praxis zeigen deutlich das Verhältnis der NS-Nachfolgeregierung und der Bevölkerung zur Shoah. 1952 hielten 44% "Wiedergutmachung"szahlungen an Israel für überflüssig, 1989 hielten 46% sie für "zu hoch". (24) Die finanzielle, erbärmliche Entschädigung wurde als aufgezwungene "jüdische Forderung" gesehen, nicht als Minimum deutschen Schuldeingeständnisses und 1987 stimmten bei einer Umfrage 28% einem Antisemitismus, der von den Befragten wirtschaftlich begründet wird, zu und 48% (11% stimmten völlig zu, 37% teilweise) glaubten, die Juden zögen Vorteile aus der Vergangenheit. 1989 hielten noch 46% der Westdeutschen die Zahlungen für zu hoch, 29% sahen darin eine Ursache für Antisemitismus. (25) Dieses neue Motiv des aktuellen Antisemitismus entspringt der Zeitrechnung nach Auschwitz.

Die Frage nach dem "jüdischen Einfluß", 1987 gestellt, ergab folgendes Ergebnis: 4% bewerteten ihn in der BRD als zu groß. 33% schätzten den internationalen Einfluß des "Weltjudentums" als zu hoch ein. (26)

Die Stationen der "Vergangenheitsbewältigung" im Umgang mit den Überlebenden nach 1945, die Geschichte der deutsch-israelischen Beziehungen, die seit Beginn der achziger Jahre ritualisierten Gedenkgesten an Jubiläumsdaten (1983-1988), das nationale Coming-Out in Bitburg 1985, die alternative "Wir sind doch ein Volk"-Rede Weizsäckers 1985, die die Deutschen mit ihrer Vergangenheit aussöhnen sollte und der Rücktritt Jenningers 1988 zeigen vor allem eines: das Nachkriegsdeutschland hat ein funktionales und funktionalisierendes Verhältnis zu den Juden und und zu Israel. Es folgt den deutschen Interessen und dem Muster der "eigenen Interessen", des "für uns" oder "gegen uns". Die "Wiedergutmachung" war aus Sicht der Deutschen der Preis für die Westintegration, den sie widerwillig zahlten. (27) Das Eintrittsticket, die Legitimation, vor den Augen der Welt ins "zivilisierte" Europa zurückkehren zu können. Um hier lebende Jüdinnen und Juden ging es dabei nicht.

Eine aktuelle Stunde im Bundestag 1986 zum Thema "Verantwortung aller demokratischen Parteien gegenüber Anfängen antisemitischer Tendenzen" reproduziert durch Kanzler Kohl das Muster, das schon der Adenauer-Erklärung von 1951 zu Grunde lag. Die antisemitischen Vorfälle werden als Einzelfälle bagatellisiert, "die riesige Mehrheit unsrer Mitbürger in der Bundesrepublik Deutschland und insbesondere in der jungen Generation (ist) immun gegen Antisemitismus." (28) Der geringfügige, vernachlässigbare Rest ist, abgespalten von der geläuterten bundesdeutschen Gesellschaft, im Rechtsextremismus lokalisierbar. Die öffentliche Benennung der alarmierenden Tendenzen, der offensichtlichen Verdrängung und der mangelnden Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit, die durch die links-liberalen Parteienvertreter eingeklagt wurden, wurde von der CDU/CSU-Fraktion gekontert mit dem Phantom des erfolgreichen historischen Lernprozesses der Deutschen. (29)

Die Spiegel-Umfrage vom Januar 1992 ermittelte, daß 32% bejahten, daß "die Juden mitschuldig (sind), wenn sie gehaßt und verfolgt werden" und mindestens 35% der Befragten klare antisemitische Einstellungen haben. (Spiegel 13./20.1.92)

Nach der letzten Repräsentativumfrage des INFAS-Institutes durch den MDR im November 1992 stimmten 10% der Westdeutschen und 4% der Ostdeutschen folgendem zu: "Die Juden sind mitschuld daran, daß sie in ihrer Geschichte so oft verfolgt wurden." 28% bzw. 26% stimmten "teilweise" zu, 59% bzw. 66% wiesen die Behauptung zurück. (30)

In der Silberman/Sallen-Studie vom Herbst 1992, die 380 Jüdinnen und Juden befragte, antworteten 25% der 18- bis 24jährigen, daß sie sich in Deutschland "persönlich bedroht" fühlen. Über 45% sehen die Demokratie in Deutschland durch den Rechtsextremismus als "stark gefährdet" an. 75% vertraten, die Bundesregierung unternehme nicht genug gegen den Rechtsradikalismus. (31)

Zum Begriff des sekundären Antisemitismus

Der Antisemitismus nach 1945, der Antisemitismus "ohne Juden", auch der Antisemitismus wegen Auschwitz genannt, nimmt die letzten Jahre deutlicher Gestalt an, nicht nur im halboffiziellen, auch im öffentlich-politischen Raum.

Der Anstieg der Zerstörung jüdischer Friedhöfe und Orte des Gedenkens, dieser Angriff richtet sich auf die symbolischen Orte, da die wenigen hier lebenden Jüdinnen und Juden öffentlich kaum wahrgenommen werden. Die Renaissance des Begriffs des "internationalen Weltjudentums" im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung mobilisiert alte Stereotypen und richtet sich gegen die vermeintliche Bedrohung durch das definierte "Gegenvolk der Juden", das "unseren Interessen" zuwiderhandelt.

Seit der Kontroverse um die "Wiedergutmachung" hat sich der von den Befragten wirtschaftlich begründete Antisemitismus argumentativ verlagert: daß die Juden selbst mit dem Holocaust Geschäfte machen, daß sie völlig unberechtigterweise "abkassieren", daß "wir doch wirklich genug gezahlt haben". Parallel zu dem angewachsenen Trend, den Schlußstrich unter die NS-Geschichte zu ziehen und für sich ein "normales" Verhältnis zwischen Juden und Nicht-Juden einzufordern, bildete sich das Bild des Juden heraus, der dem im Wege steht und stört. Der ewige Mahner, der "empfindliche, nachtragende, unversöhnliche" Jude; die Erinnerung und die Aufforderung, nie zu vergessen, werden zum "jüdischen Charakterzug". (32)

Und die Juden tragen Schuld am Antisemitismus, Schuld an der eigenen Vernichtung. Die Opfer werden zu Tätern gemacht und öffentlich diffamiert, ihre Integrität wird in Zweifel gezogen. Den vorläufigen Endpunkt dieser Entwicklung stellen neue Veröffentlichungen dar, die den Juden die Schuld am Kommunismus, am "Bolschewismus der Sowjetunion" und der "DDR-Diktatur" zuschreiben. Beim gegenwärtigen "Feldzug" gegen diesen Teil der Geschichte, holt der im Faschismus mobilisierte Antisemitismus in Form der "bolschewistischen jüdischen Weltverschwörung" die Öffentlichkeit wieder ein. (33)

Am sich zunehmend aktualisierenden Antisemitismus fallen 4 Charakteristika auf. Die Häufigkeit des öffentlichen Auftretens, nach 1945 nachweisbar abhängig von zentralen Ereignissen, nimmt nach 1989/1990 stetig zu in Form von Friedhofschändungen, Grabverwüstungen, Schmierereien, Plakaten, Karikaturen, privaten "Ausfällen" Einzelner, Telefonterror, Drohbriefen, Überfällen auf Mitglieder jüdischer Gemeinden. Im öffentlichen Raum sichtbarer wird auch die Militanz der Angriffe — der Einsatz von Sprengstoff beim Zerstören jüdischer Mahnmale bis hin zum Brandanschlag in Sachsenhausen. In den letzten Umfragen und bei der Betrachtung der Meldungen über die festgenommenen Täter fällt drittens auf: Sie werden jünger, junge Männer (vorwiegend) bezeichnen sich selbst als Antisemiten. Auch hier ist die Kontinuität der Tätergenerationen wie-

derhergestellt. Als konstituierendes Element der zukünftigen gesellschaftlichen Entwicklung eine alarmierende Tatsache.(34)

Viertens ist ein Prozeß der aktiven Beseitigung von Spuren der Verbrechen des Nationalsozialismus zu beobachten, bei dem die Bevölkerung, die organisierten Rechten, die öffentlichen Täter und die Regierungspolitik Hand in Hand zusammenarbeiten. Der Schlußstrich unter die Geschichte des NS-Faschismus wird nicht nur gedacht und propagiert, er wird auch in die Tat umgesetzt. Sich selbst zu entkriminalisieren, die Verantwortlichen in der Gegenwart zu entkriminalisieren und die Nation durch Entkriminalisierung endlich zu rehabilitieren — diese Sehnsucht der Deutschen wird Wirklichkeit und alle, die mahnen, die nicht vergessen können, die nicht vergessen wollen, die nie vergessen wollen, werden zu Störfaktoren dieses nationalen Befreiungsschlags aus der deutschen Geschichte.

Zum Schluß

Seit Hoyerswerda, noch deutlicher seit dem tagelang auch von der Regierung geschürten und geförderten Pogrom in Rostock beschäftigen sich die Verantwortlichen dieser Regierung hauptsächlich mit drei Aspekten: 1. Die Täter sind die Opfer und nicht die jugendlichen Deutschen, deren berechtigte Motive (so) zu handeln, bestätigt werden. 2. Die Opfer, als die Ursache der Taten, die an ihnen begangen werden, müssen so effektiv und so schnell es geht verschwinden, 3. Das wahre Opfer ist Deutschland, das unter dem Imageverlust im Ausland und unter den Folgen für Export und Tourismus leidet. "Unsere Interessen", die durch den Schaden im Ausland gefährdet werden könnten, sind das zentrale Motiv. Das Bild von Deutschland werde in die Zeit (unmittelbar, Anm.d.Verf.) nach 1945 zurückgeholt. "Was wir nach dem Zweiten Weltkrieg durch zähes Bemühen und Hilfsbereitschaft an Verständnis und Ansehen gewonnen haben, droht jetzt mit einem Schlag verlorenzugehen."(35) Als sei die anwachsende Zahl rassistischer und antisemitischer Angriffe eine Frage der Bilder, die um die Welt gehen.

Die Frage der öffentlichen Auftritte kombiniert mit Fragen wie — "Muß ein Deutscher Scham zeigen?" — beschäftigen die Deutschen mehr als Fragen des strukturellen Elements des Antisemitismus und des Rassismus in dieser Gesellschaft oder Fragen nach der historischen und faschistischen Kontinuität. Die Gedenkrituale einiger Repräsentanten der Regierung erinnern an einen eingeübten Benimmkodex der 50er Jahre — ohne Selbstreflexion, ohne Erinnerung, ohne Folgerungen für die Gegenwart.

Es ging und geht immer noch nicht um den aus der Mitte dieser Gesellschaft kommenden Antisemitismus und Rassismus und vor allem geht es nicht um die hier lebenden Menschen, die potentiellen und tatsächlichen Opfer dieser deutschen verfolgenden Unschuld — die ImmigrantInnen, die Flüchtlinge, die Roma und Cinti, die Jüdinnen und Juden.

ZF

Anmerkungen:

(1) FR 28.9.92

(2) Auf diesen Alltag wurde seit Jahren von Heinz Galinski hingewiesen. S.a. Interviews mit I. Bubis in: Die Zeit 2.10.92, Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung 4.10.92, FR 15.10.92

(3) Spiegel 47/1992

(4) FR 6.10.92

(5) International Herold Tribune 30.9.92

(6) Taz 26.10.92, FR 29.10.92, Taz 29.10.92

(7) Mitglieder der FFDJF (Organisation der Söhne und Töchter der aus Frankreich deportierten Juden) und Betar (Studentenorganisation). Text der Gedenktafel: "In dieser Stadt gingen Menschen im August 1992 erneut mit rassistischen Gewalttaten und Brandstiftungen gegen unschuldige Familien, Kinder, Frauen und Männer vor. Wir erinnern an die Millionen Kinder, Frauen und Männer, die — weil als Juden oder Sinti und Roma geboren — dem nationalsozialistischen Völkermord zum Opfer fielen. In einer einzigen Nacht unvergeßlichen Grauens wurden am 2.August 1944 die 3.000 noch lebenden Menschen im 'Zigeunerlager" von Auschwitz-Birkenau durch Gas ermordet. Diese Erfahrungen und historischen Verpflichtungen für das deutsche Volk müssen wachgehalten werden, um zu verhindern, daß sich Gewalt und Menschenverachtung jemals wiederholen." (Taz 22.10.92)

(8) Taz 8.10.92

(9) Konkret, Heft 12, Dezember 1992, S.20. Nach einem Klärungsversuch der Frage von Schmidt sagt Bubis: "... Die Grundlage des Fremdenhasses und des Antisemitismus sind eben solche Fragen. Für Sie ist ein Jude etwas Fremdes, seine Heimat ist Israel. Und wenn ich jemandem sage, meine Heimat ist Frankfurt, dann guckt er mich entgeistert an, wahrscheinlich Sie auch, denn Sie werden sagen: 'Was haben Sie mit Frankfurt zu tun?' Meinen Sie nicht, daß hier unterschwellig eben diese Abgrenzung zum Fremden da ist? Für Sie ist das wahrscheinlich unbegreiflich und das ist eine weitverbreitete Meinung, bis in die Presse hinein: Da gibt es ein "Spiegel-Extra" und dann heißt das "Deutsche und Juden". Und da fängt es schon an: hier Deutsche — hier Juden. (...) Es gab einmal ein deutsches Judentum hier. Das ist durch die Nazis ausgerottet worden. Daß es heute kein deutsches Judentum gibt, hängt mit Fragestellern wie Ihnen zusammen, weil jeder Jude, der sich je als Deutscher fühlen will — möglicherweise —, von Ihnen diese Frage gestellt bekommt. Menschen aus Argentinien, von der Presse und vom Radio, aus den USA, aus Israel, fragen, wie können Juden eigentlich in Deutschland leben. Und wenn ich dann Ihre Frage höre, "Ihre Heimat ist Israel", sage ich, die Menschen haben recht, die mich das fragen."

(10) HAB 25.11.92; Telegrammtext aus: FR 24.11.92. "Da wir nach den jüngsten Mordfällen den Glauben und die Hoffnung verloren haben, daß Sie und Ihre Regierung einen wirksamen Schutz gegen den Rechtsextremismus und seine antisemitischen Gewalttäter bieten könnten, teile ich Ihnen mit, daß nunmehr Juden in Deutschland, darunter auch ich, dazu übergegangen sind, die Abwehr von potentiellen Angriffen auf unsere Angehörigen und uns in die eigenen Hände zu nehmen und zwar bis in den bewaffneten Selbstschutz hinein. (...) Nie wieder werden wir Überlebenden des Holocaust unseren Todfeinden wehrlos gegenüberstehen, niemals."

(11) 1986 setzte Kohl die DDR-Gefängnisse mit KZs, Gorbatschow mit Goebbels gleich. aus: W.F.Haug, Vom hilflosen Antifaschismus zur Gnade der späten Geburt, Argument-Verlag, Hamburg 1987, S.245 f.

(12) Konkret, Heft 12, 1992, "Nicht unsere Sache" von Katja Leyrer, S.41

(13) Ausführlich s. Jürgen Elsässer, Antisemitismus — das alte Gesicht des neuen Deutschland, Kap.:Freispruch für den Volksgenossen, Dietz-Verlag Berlin, 1992, S.33 f.

(14) ak 341, April 1992

(15) OMGUS-Studie im Auftrag der amerikanischen Militärverwaltung vom Dezember 1946: in der US-Zone 18% "harte" Antisemiten, 21% Antisemiten, 22% Rassisten.
Die erste Umfrage vom Institut für Demoskopie (IfD) in Allensbach vom Herbst 1949 bestätigt, daß ein Viertel bis ein Drittel der Bevölkerung Antisemiten sind.
Ergebnisse des Frankfurter Institutes für Sozialforschung von 1951: 37% extrem antisemitisch, 25% bedingt antisemitisch, 28% keine Antisemiten, 10% projüdisch.
Quelle: Jahrbuch für Antisemitismus-Forschung, Band 1, Privates Vorurteil und öffentliche Konflikte, Der Antisemitismus in Westdeutschland nach 1945 von W.Bergmann und Rainer Erb, Campus, 1992

(16) Ursula Büttner, Rückkehr in ein normales Leben? Die Lage der Juden in Hamburg in den ersten Nachkriegsjahren, in: Herzig 1991a, S.613-632 (Band zur Ausstellung "400 Jahre Juden in Hamburg")

(17) Sieghard Bußenius, Inseln des Friedens oder Grundstücke ohne Verkehrswert? Jüdische Friedhöfe und ihre Schändungen, in: Informationen zur Schleswig-Holsteinischen Zeitgeschichte, 21/1991, S.5-101

(18) Bergmann,Erb aaO. S.29

(19) 1962 waren 14% der Meinung, es wäre besser, auf den Prozeß zu verzichten. Nach Bergmann/Erb aaO. S.17

(20) 39% waren gegen den Prozeß, ein Jahr später. Nach Bergmann/Erb aaO. S.17

(21) Bergmann/Erb aaO. S.17

(22) Bergmann/Erb aaO. S.17

(23) Bergmann/Erb aaO. S.26
Julius H.Schoeps, Legitimationszwänge und Instrumentalisierungsprozesse, aus: Jüdisches Leben im Nachkriegsdeutschland, in: Jüdische Lebenswelten, Essays, Jüdischer Verlag, Suhrkamp, 1991

(24) Bergmann/Erb aaO. S.19

(25) Bergmann/Erb aaO. S.19

(26) Bergmann/Erb aaO. S.19/20

(27) W.F.Haug aaO. S.161 f.

(28) Bergmann/Erb aaO. S.33

(29) Bergmann/Erb aaO. S.34

(30) Taz 9.11.92

(31) Taz 29.10.92

(32) Bergmann/Erb aaO. S.20

(33) Sonja Margolina, Rußland und die Juden im 20. Jahrhundert, Siedler-Verlag, 1992. Buchbesprechung in: Die Weisen von Zion, Neue Folge, Klaus Holz, Konkret 10/92

(34) Jürgen Elsässer, aaO.: Die "deutsche Einheit" als Katalysator, laut Emnid/Spiegel-Umfrage 1991 liegen die 18 bis 24jährigen mit einem Anteil von 13% Antisemiten im Durchschnitt der Bevölkerung; die 24 bis 29jährigen "nur" bei 9%. S.a.Konkret 11/1991

(35) zit. nach: FAZ 24.11.1992, Muß ein Deutscher Scham zeigen?

ANZEIGE

(Diese Erklärung entstand, bevor der jüdische Teil in der Mahn- und Gedenkstätte Sachsenhausen in Brand gesteckt wurde):

Erklärung zu den Empfehlungen der Expertenkommission zur Neukonzeption der brandenburgischen Gedenkstätten:

Die deutschen Konzentrations- und Vernichtungslager waren Orte, in denen die Ideologie des Nationalsozialismus Wirklichkeit wurde. Sie sind Orte der Shoah.

Der propagierte, ministeriell und bürokratisch durchgeführte Völkermord unterscheidet den Nationalsozialismus von jedem anderen faschistischen Regime, von jedem totalitären Regime.

In Israel, Europa und den Vereinigten Staaten, weltweit wird darüber nachgedacht, wie der Shoah zu gedenken sei, ohne sie zur musealen Geschichte gerinnen zu lassen.

In der Bundesrepublik Deutschland hingegen wird – wissend, daß eine deutsche Nation ohne Vergangenheit nicht zu haben ist – der Versuch unternommen, den Nationalsozialismus seiner spezifischen Verbrechen zu entkleiden.

Nur so ist zu erklären, daß z. B. in und mit der Gedenkstätte in Sachsenhausen auch des nachfolgenden Internierungslagers gedacht werden soll.

Das Auschwitz-Komitee protestiert gegen diesen erbärmlichen und zugleich gefährlichen Versuch, deutsche Geschichte einzuebnen, sie von ihrer Schuld zu entlasten. Eine Nation, die sich aufbaut auf dieser Geschichtslüge, birgt in sich die zerstörerischen Kräfte, die Auschwitz möglich machten.

Infolgedessen lehnen wir die Empfehlungen der Experten-Kommission ab.

Die Unterzeichner dieser Erklärung fordern eine vollständig neue Konzeption, in der die Verfolgten-Verbände keine Alibi-Funktion, sondern die ihnen zustehende Stimme haben.

UnterzeichnerInnen:

Amicale d'Auschwitz et des camps de Haute Silésie, Paris; Amsterdams Historisch Museum, Amsterdam; ASSOCIACION DE EX-PRESOS Y REPRESALIADOS POLITICOS, Resistentes Antifascistas, Madrid; ASSOCIATION NATIONALE DES CHEMINOITS ANCIENS COMBATTANTS, RÉSITANTS, PRISONNIERS ET VICTIMES DE GUERRE – A. N. C. A. C. – Paris; ASSOCIATION OF SURVIVORS OF CONCENTRATION CAMPS (of Greek origin living in Israel), Tel Aviv; Auschwitz-Komitee in der BRD, Hamburg; LAPID, Jerusalem; COMITÉ AUSCHWITZ, Luxembourg; Die Angehörigen und FreundInnen der politischen Gefangenen in der BRD; Federální vybor, Cs svazu bojovníku za sovobodu a proti fasismu (Verband der Kämpfer für Freiheit und gegen Faschismus) Prag; Hamburger „Initiative Anerkennung aller NS-Opfer", Jersey Commitee of Resistance Workers and Deportes, Jersey, GB; Kinder vom Bullenhuser Damm e. V., Hamburg; Nederlands Auschwitz-Comité, Amsterdam; Krigsveteranforeningen 1939–45, Oslo; L'UNION DES DEPORTES JUIFS EN BELGIQUE – FILLES ET FILS DE LA DEPORTATION, Brussel; PAX CHRISTI BEWEGUNG, Hamburg; Projektgruppe für die vergessenen Opfer des NS-Regimes in Hamburg e. V.; Ungarische Lagergemeinschaft der ehemaligen Auschwitz-Häftlinge, Budapest; Union Panhellenique des Combattants de la Resistance Nationale, Athen; Verband der Antifaschisten und Opfer des Nazismus in Israel, Tel Aviv; Verband der polnischen Kriegsveteranen und ehemaliger politischer Häftlinge, Warszawa; Verenigd Verzet 1940–1945, Amsterdam; Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten, Landesausschuß Nordrhein-Westfalen und Ortsvereinigung Bramfeld; Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Verband der Antifaschisten, Landesverband Berlin; Zentralrat Deutscher Sinti und Roma, Heidelberg

Gerda Ahrens, Hamburg; Bernd Aronow, Hamburg; Max Aronow, Hamburg. --- Walter Bähr, Hamburg; Erika Baier, Berlin; Angelika Barda, Hamburg; Ilana Barnea (Jüdischer Nationalfonds e. V.), Berlin; Ingeborg Bauer, Hamburg; Beier, Berlin; Edna Bejarano, Hamburg; Esther Bejarano, Vorsitzende des Auschwitz-Komitee in der BRD, Hamburg; Hilde Benthien, Hamburg; Channa Birnfeld, Hamburg; Martha Bobrowski, Hamburg; Oddvar Björge, Oslo; Ursula Böhme, Berlin; Peter Bökenkröger; Per Borg, Oslo; Norman Le Broce, Sekretär des Jersey Commitee of Resistance Workers and Deportes, Jersey; Bromber, Berlin; Dr. Karl Brozik, Frankfurt/M.; Marianne Brummer, Berlin; Henry Bulawko, Président de L'AMICALE DES ANCIENS DÉPORTÉS JUIFS DE FRANCE, Paris; H. Buttgereit, Interessenverband der Verfolgten des Naziregimes (IVVdN), Berlin; --- Urte Clasing, Hamburg. --- Antke Dau, Hamburg; Dr. M. Dessauer, Hamburg; Jutta Ditfurth, Vorsitzende DJU/FG Journalismus IG Medien, Frankfurt/M.; Johanna Dobriner, Hamburg; Uwe Döring, Sprecher der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Verband der Antifaschisten, Landesverband Berlin; Günter Dohrmann, Winsen; M. Doucen, Association des Antifascistes de Roumannie, Secétaire chargé avec les réllations entérieures internationales; Dorothee Drawe, Hamburg. --- Familie Elen Arkadi Basja, Hamburg; Jack Elkan, Hamburg; Ellen, Hamburg; Bernt Engelmann, Rottach-Egern; Raphael Esrail, Generalsekretär Amicale d'Auschwitz et des camps de Haute Silésie, Paris; Paul Evert, Aukrug. --- Josua Feingold, Braunschweig; Annie Fels, Präsidentin Nederlands Auschwitz-Comité, Amsterdam; Dr. R. Felton, Hamburg; Hans Ulrich von Fersen, Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit, Hamburg; Hans Fischer, Berlin; Tamara Fischer, Berlin; G. Fleischer, Berlin; F. Fleischer, Berlin; Frau Flick, Hamburg; Jürgen Flimm, Thalia-Theater, Hamburg; Dr. Alex Floreanu, Bad Segeberg; Dr. Liana Floreanu, Bad Segeberg; Karl Forster, Vorstand Deutsch-Polnische Gesellschaft, Bielefeld; C. Fournier-Bouquet, Paris; Senta Franke, Berlin; Hans Frankenthal, Auschwitz-Überlebender und KZ-Dora-Häftling, Dortmund; Julio Frutos, Präsidium ASSOCIACION DE EX-PRESOS Y REPRESALIADOS POLITICOS, Resistentes Antifascistas, Madrid; Erna Fuchs; Dr. Ruth Fuchs, MdB, PDS/LL, Jena; --- Veró Gábor, Vorsitzende der Ungarischen Lagergemeinschaft der ehemaligen Auschwitz-Häftlinge, Budapest; Detlef Garbe, Leiter der Gedenkstätte Neuengamme; Gabriele Geballe, Meckelfeld; Michael Geballe, Meckelfeld; Gunnar Geertz, Großhansdorf; Christian Geissler, Dollart; Ettie Gingold und Peter Gingold, Teilnehmer der Resistance, Frankfurt/M; Antje Glombitza, Berlin; Adrienne Goehler, Hochschule für bildende Künste, Hamburg; L. Goldschmidt; Prof. Maurice Goldstein, Präsident des Internationalen Auschwitz-Komitees, Brüssel; Paul Gottwald, Hamburg; Klaus Gottwald, Hamburg; Hermann L. Gremliza, Hamburg; Avner Gruber, Hamburg; Ladislava Gut-Harder, Hamburg; --- Hildegard Haertel, Kaaks; Peter Härtling, Walldorf; Nina Hager, DKP, Berlin; Gottfried Hamacher, IVVdN, Berlin; V. Hanisch, IVVdN, Berlin; Petra Hanf, Bonn; Dr. Heinrich Hannover, Bremen; Dr. Wolf Harm, Kirchenvorsteher St. Michaelis, Hamburg; E. Hausmann, Hamburg; Nedda Hausmann, Hamburg; Günter Havenstein, Potsdam; Hanni Havenstein, Potsdam; Ludwig Hecker; Ruth Held, Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit, Hamburg; Dr. Rainer Hering, Hamburg; Grete Hes, Hamburg; Rainer Hess, Frankfurt/M; Ingrid Hesse, Berlin; I. Hildebrandt, Hamburg; Günther Hitzmann, Berlin; Hellmut Hock, Berlin; M. Hoffmann, Bonn; Lonie Hollaender, Hamburg; Robert Hollaender, Hamburg; Ursula Hollaender, Hamburg; Dr. A. E. Horwitz, Würzburg; Barbara Hüsing, Hamburg; Gabriele Hütköper, Hamburg; Beate Hugk, Projektgruppe für die vergessenen Opfer des NS-Regimes in Hamburg e. V.; --- Martha Isaac, Hamburg; Isphani, Hamburg; --- B. Jamka, Frankfurt; Sarah Janssen, Scharbeutz; Heinz Jaeckel, Hamburg; Horst Jäkel, Potsdam; Ulla Jelpke, MdB PDS/LL, Hamburg; Prof. Dr. F. Jung, Berlin; Heinz Junge, Generalsekretär KZ-Sachsenhausen – Gemeinschaft für die BRD/Sachsenhausen-Komitee --- Dr. Józef Kaminski, General, Präsident Verband der polnischen Kriegsveteranen und ehemaliger politischer Häftlinge, Warszawa; Blanka Kandel, Hamburg; Dr. Rudolf Kandel, Hamburg; Rolf H. Kastner, Hamburg; Irena Katz, Hamburg; Nachmann Katz, Hamburg; Hans Kauf, Berlin; Monika Kauf, IVVdN, Berlin; Michael Kaynis, Hamburg; Christina Kielhorn, Berlin; Karl Kielhorn, Präsidiumsmitglied der Lagergemeinschaft Dachau, Berlin; Angelika Kischkat, Hamburg; Christa Klar, Waldrach; Beate Klarsfeld, Paris; Hella Kleinebenne, Hamburg; Michael Kniebel, Hamburg; Dörte Konitz, Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit, Hamburg; Werner Korupp, Hamburg; Christel Koziolek, Berlin; Helmut Koziolek, Berlin; Ota Kraus, Präsident Féderation Tchecoslovaque des Antifascistes, Prag; Hilary Kube, Wingst; Tjark Kunstreich, Hamburg; H. Kupfer, Hamburg. --- Cary van Lakerveld, Amsterdam; Leora Landshut, Hamburg; Verena Lauterbach, Karlsruhe; Hans Lebrecht, Vorsitzender Verband der Antifaschisten und Opfer des Nazismus in Israel, Tel Aviv; Anita Lederfein, Hamburg; Leo K. Lederfein, Hamburg; Senta Levy, Hamburg; Katja Leyrer, Hamburg; Waltraud Liewald, Frankfurt/M; Reinhard Lipke, Berlin; Anna Löwy, Hamburg; Dr. Klaus-J. Lorenzen-Schmidt, Glückstadt; --- Hans-Hermann Mack, Hamburg; W. Mandelik, Hamburg; Max Mannheimer, Vorsitzender Lagergemeinschaft Dachau BRD; M. Marcuse-Grünberg, Hamburg; Kurt Marcuson, Hamburg; Prof. Andrej S. Markovits, Cambridge, Massachusetts, USA; Gisela Markwald, Hamburg; Angel Martinez, Präsidium ASSOCIACION DE EX-PRESOS Y REPRESALIADOS POLITICOS, Resistentes Antifascistas, Madrid; W. Masin, Hamburg; Maurer, Bonn; Ingrid Meissner, Hamburg; Mathias Meyers, Mainz; Ruth Melcer-Kahane (Jüdischer Nationalfonds e. V.), Berlin; Heinrich Meyn, Präsident KZ-Sachsenhausen – Gemeinschaft für die BRD/Sachsenhausen-Komitee; Ilse Misch, Magdeburg; Otto Misch, Magdeburg; André Montagne, Vize-Präsident des Internationalen Auschwitz-Komitees, Paris; Gerhard Moss, St. Peter-Ording; U. de la Motte, Berlin; Mady Moyse-Jacob, Präsidentin COMITÉ AUSCHWITZ, Luxembourg; G. Mühlbeck, Hamburg; Brigitte Müller, Berlin; Ernst Müller, Berlin; Gertrud Müller, Vorsitzende der Lagergemeinschaft Ravensbrück, Internationales Ravensbrück-Komitee, Stuttgart; Manfred Müller, Berlin; Rosemarie Müller, Berlin; Beatrice v. Münchhofen, Berlin; Ilse Münz, IVVdN, Berlin; --- Dr. Andreas Nachama, Ausstellungsleiter „Jüdische Lebenswelten", Berlin; Bernard Naparszek, ehemaliger KZ-Häftling; Michael Nathan, Hamburg; Ursula Nathan, Hamburg; Karl Neijssel, Verenigd Verzet 1940–1945, Amsterdam; Flora Neumann und Rudi Neumann, überlebende KZ-Häftlinge Buchenwald und Auschwitz, Hamburg; R. Nicolas, Berlin; Wolfgang Nicolas, Berlin; Ilse Nisch, Berlin; A. Notonin, Berlin. --- Marei Opladen, Hamburg; Rosalinde von Ossietzky-Palm, Stockholm. --- Rita Pawlowski, Berlin; Sabine Peters, Dollart; Dr. Wolfgang Plat, Hamburg; Prof. Dr. Peter Petersen, Hamburg; Monika Pohl, Berlin; Rosa Porath, Hamburg; Vassilis Poulas, Generalsekretär Union Panhellenique des Combattants de la Resistance Nationale, Athen; Margarith Pozniak, Hamburg; Helga Praus, Frankfurt/M; M. Preuß, Frankfurt/M; Gervasio Puerta, Präsidium ASSOCIACION DE EX-PRESOS Y REPRESALIADOS POLITICOS, Resistentes Antifascistas, Madrid. --- Judith Quittner, Hamburg --- Dr. Klaus Richter, Hamburg; Riemer, Berlin; Arnold Ring, Hamburg; Gisela Ring, Hamburg; Barbara Ritters, Hamburg; Stefan Romey, Hamburger „Initiative Anerkennung aller NS-Opfer"; Romani Rose, Vorsitzender des Zentralrates Deutscher Sinti und Roma, Heidelberg; Malka Rosenzweig, Hamburg; Claudia Roth, MdEP DIE GRÜNEN, Bonn. --- Marcus Sander, Hamburg; Sandra Sauvard, Vizepräsidentin der Association des Antifascistes de Roumanie, Bucarest; Johannes Schäler, Berlin; Oskar Schapiro, Hamburg; F. Schiffer, Hamburg; Gesche Schirren, Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit, Hamburg; Florian Schmaltz, Hamburg; Andreas Schmidt, Berlin; Wolfgang Schneider, Hamburg; Dora Scholze, Berlin; Reinhold Scholze, Berlin; Renate Schönfeld, Ziethen; Stephan Schöppe, IVVdN, Berlin; Helmut Schröder, Göttingen; I. Schulze, Berlin; H. Schulze, Berlin; Günther Schwarberg, Hamburg; Peter Schwarz, Berlin; Wiencke Schwensen-Fecht, Mölln; Anita Sellenschloh, ehemalige Widerstandskämpferin gegen den Nationalsozialismus, Hamburg; Jürgen Sielemann, Hamburg; Levy Solomon, Hamburg; Miriam Solomon, Hamburg; Ingo Steffani, Deutsch-Israelische Gesellschaft, Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit, Kirchgellersen; Ingrid Strobl, Köln; Jutta Sube, Eggersdorf; Stefan Szczupak. --- David Warner Tabaschnik, Journalist, Major a. D. der British Army, Hamburg; Nikos Terzoglou, Präsident Union Panhellenique des Combattants de la Resistance Nationale, Athen; Manfredo Tichauer, Hamburg; Hirmann Jozsef Tihanyi, ehemaliger politischer Schutzhäftling in Dachau und Buchenwald, Leitungsmitglied der Karl Marx Gesellschaft, Budapest; Dr. Tischbi, Hamburg; Prof. Dr. Klaus Traube, Hamburg; Markus Trebitsch, Hamburg. --- G. Ullmann, Hamburg. --- Dr. Rolf Verleger, Lübeck; Lisa Vogel, Hamburg; Hans Völkner, Berlin; Rosemarie Völkner, Berlin; Jochen Voswinkel, Hamburg. --- Sahra Wagenknecht, PDS-Vorstand; Elfie von der Walde, Hamburg; Wolf von der Walde, Hamburg; Abraham Wallenstein, Hamburg; Herbert Wallerstein, ehemaliger Auschwitz- und Buchenwald-Häftling, Tel Aviv; J. Wallerstein, Generalsekretär Verband der Antifaschisten und Opfer des Nazismus in Israel, Tel Aviv; Eva Welsch, Berlin; Fritz Welsch, Berlin; Elsa Werner, Hamburg; Gisela Wiese, Vizepräsidentin der deutschen Sektion Pax Christi, Hamburg; Gudrun Wischeidt, Neuenhagen; Gudrun Witt, Halstenbek. --- Maria Zeitoune, Hamburg; Ursula Ziegler, Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit, Hamburg; Manfred Zieran, BundessprecherInnenrat Ökologische Linke, Frankfurt/M; Felicja Zylberberg, Hamburg. u. v. a.

Verantwortlich: Auschwitz-Komitee in der BRD e. V., Hamburg
Für einen Spendenbeitrag zu den uns im Zusammenhang mit dieser Erklärung entstandenen Kosten sind wir dankbar
Postgiroamt Hamburg, Konto 601 792-206, BLZ 200 100 20

Kontakt: „Kinder vom Bullenhuser Damm e. V.", Bullenhuser Damm 92, 2000 Hamburg 26

Entwicklungsperspektiven der radikalen Rechten in Deutschland

Für die politische Entwicklung der letzten Monate gilt: Die radikale Rechte, aktivistische Neonazis nahmen die Position einer gesellschaftlichen Avantgarde ein. Die Pogrome von Hoyerswerda und Rostock haben als Katalysator der — "Asyldebatte" genannten — rassistischen Diskurse gewirkt, und sie stellen gleichzeitig deren logische Konsequenz vor. Das politische Agieren der staatstragenden Parteien kreiste vor allem um die völkische Abschottung — aber auch Fragen wie "Kriminalität", "Drogen" und "staatliche Führungsfähigkeit" wurden mit originär rechten Schlüsselbegriffen verstärkt debattiert. Die Palette der rechtsradikalen Anliegen, die im Zentrum der Gesellschaft dominant werden könnten, ist noch erweiterbar: An Maastricht/EG zeichnet sich eine entsprechende Entwicklung bereits ab; über Diskussionen um das "unbezahlbar werdende Gesundheitssystem" könnte auch die Euthanasiediskussion in verkappter Form zum massenwirksamen Diskussionspunkt werden. Bereits heute bilden Anschläge gegen Behinderte die Speerspitze einer Offensive, als deren Mentor im intellektuellen Bereich die "ZEIT" durch die Forcierung der "Singer-Debatte" gelten kann.

Wo aber die rechten Themen und Vorschläge die gesellschaftlichen Debatten dominieren, droht die faschistische Rechte auch organisatorisch zu einem wichtigen politischen Faktor zu werden. Der Chef des Hamburger Verfassungsschutzes, Uhrlau, sagte im SPIEGEL-Interview die Entstehung einer APO von rechts voraus, die in den nächsten Jahren die BRD-Gesellschaft prägen werde. Ging es Uhrlau hier angesichts rechtsradikaler Anschlagsserien gegen Nichtdeutsche lediglich um eine billige Gleichsetzung "rechts=links" — oder ist eine solche Einschätzung von ihrem sachlichen Gehalt her realistisch? Wie sind Entwicklungsbedingungen der radikalen Rechten im parlamentarischen und außerparlamentarischen Raum? Es soll im folgenden darum gehen, sich einer Einschätzung darüber anzunähern. Zur Diskussion steht hier also nicht eine umfassende Untersuchung der Renaissance "rechter Themen", sondern die Fragestellung, inwieweit diese Renaissance zur organisatorischen Festigung der faschistischen Szene führen dürfte.

Integration?

Auf der Ebene von Wahlerfolgen deutete sich eine rechtsradikale Erfolgsserie bereits vor der Wiedervereinigung an: Die Republikaner zogen in Berlin, die DVU in Bremen (über das höhere Bremerhavener Ergebnis) in das jeweilige Landesparlament ein. Die Wiedervereinigung unterbrach den rechten Siegeszug in die Parlamente, weil die Herstellung der Nation mit den großen Parteien identifiziert wurde. Die Rechtsverschiebung der Bürgerlichen hatte eine kurzzeitige Reintegration des rechtsradikalen WählerInnenspektrums zur Folge. Doch diese Integration hielt, obschon die Betonung des Nationalen durch die "Volksparteien" sich fortsetzte, nur kurze Zeit an. Sie wurde abgelöst durch neue REP- und DVU-Wahlerfolge, die durch den erfolgten gesellschaftlichen Rechtsruck zusätzlich gespeist wurden.

Diese jüngsten Entwicklungen können abbilden, was zur Problematik der nächsten Monate und vielleicht Jahre werden dürfte: Wird das Ziel, das rechtsradikale Potential zu integrieren, dazu beitragen, daß sich das gesamte politische Spektrum fortgesetzt nach rechts verschiebt? Oder: Wird sich das rechtsradikale Potential außerhalb der traditionellen Volksparteien weiterentwickeln und stabil formieren? Das Beispiel der letzten drei Jahre legt nahe, daß die negativen Seiten dieser scheinbaren Alternative sich verknüpfen: Daß also eine fortgesetzte Rechtsentwicklung, auch wenn sie unter der Begründung eines Integrationsversuches gegenüber faschistischem Massenanhang daherkommt, gerade faschistischer Formierung Vorschub leistet.

In der Beurteilung der Entwicklungsperspektiven des Rechtsradikalismus spielt die Frage von dessen "Modernisierung" eine große Rolle. Diese "Modernisierung" hat zum einen sicherlich dazu beigetragen, daß Konzepte des rechten Randes eine ernsthafte Chance auf gesamtgesellschaftliche Umsetzung beanspruchen können. Mit dem Stichwort "Modernisierung" ist aber vor allem eine Enttabuisierung der faschistischen Gruppen verbunden. Existierte bereits in der Vergangenheit stets eine "Braunzone" zwischen faschistischen Kräften und rechter CDU/CSU (die von Linken immer wieder nachgewiesen wurde), so liegen die fließenden Übergänge zwischen Konservativismus und radikaler Rechten heute völlig offen zu Tage. Eine Art neuer "Harzburger Front" wird publizistisch propagiert und vorbereitet. Daß Vorschläge und Überlegungen aus dem faschistischen oder faschistoiden Lager kommen, beeinträchtigt zunehmend weniger die wohlgefälligste Erörterung in der taz, der Sozialdemokratie und mittlerweile sogar der Gewerkschaften (z.B. in der Grundsatzabteilung der IG Metall).

"Modernisierung"

Eine "Modernisierung" des Rechtsradikalismus bedeutet keinesfalls eine tatsächliche Abkehr dieses Lagers von originär faschistischem Gedankengut — und ebensowenig darf durch AntifaschistInnen die Illusion verbreitet werden, radikal rechtes Denken könnte in Deutschland sozialpsychologisch wie ideengeschichtlich jemals aus den Traditionslinien des NS-Faschismus heraustreten. Zu konstatieren ist aber, daß das Auftreten im "modernisierten" Gewand die Entwicklungsbedingungen am rechten Rand entscheidend zu verbessern vermochte. Nicht nur, daß offene Neonazis keiner wirklichen Ausgrenzung mehr unterliegen — es gelang und gelingt anderen Teilen des faschistischen Lagers gegenüber der bürgerlichen Öffentlichkeit immer mehr, jede Identifikation mit dem NS-Faschismus abzustreifen, und solcherart Reputierlichkeit zu erlangen. Das Image einer "Modernität" ("neue APO") könnte auch in den nächsten Monaten und Jahren zu einer entscheidenden Erfolgsbedingung werden. Es kommt möglicherweise erneut zum Tragen, daß der faschistischen Ideologie stets ein Element der "Rebellion" innewohnte, das zu ihrer Massenverankerung ganz entscheidend beitrug. Dieser Aspekt spielt zumal bei der Attraktivität für Jugendliche eine Rolle: linke, der APO-Generation (und folgende) entstammende Lehrer, Sozialarbeiter etc. sehen sich plötzlich etwas hilflos mit der ungewohnten, paradoxen Situation konfrontiert, daß jugendliche Nazis ihnen gegenüber plötzlich ein (scheinbar) antiautoritäres Moment zum Tragen bringen können.

Autorität und Barbarei

Der Rechtsextremismus trägt tatsächlich zugleich zwei verschiedene Gesichter. Ihm wohnt das Autoritäre — die massive Betonung von Ordnung, Recht und Gesetz — ebenso inne, wie die hemmungslose Barbarei, die in der Mißachtung von Menschlichkeit keine Grenzen kennt. Der Widerspruch — hier militärische Über- und Unterordnung, dort die enthemmte, grenzenlose Durchsetzung der zerstörerischen Ideologie — durchzieht jede einzelne faschistische Konstellation. Diese widersprüchliche Einheit kennzeichnet in einer Arbeitsteilung aber auch die verschiedenen Manifestationen des Rechtsextremismus: Hier die ordentliche Wahlpartei, mehr Staat fordernd, und die Rekrutierung ihres aktiven Potentials aus Polizei und Bundeswehr betonend — dort die aktivistischen, militanten Gruppen. Es wird oft übersehen, daß über die Zersplitterungen hinweg von einer teils ausgesprochenen, teils nur faktisch praktizierten Arbeitsteilung zwischen den verschiedenen Organisationen, aber auch über die unterschiedlichen Erscheinungsformen des Rechtsradikalismus (intellektuelle Rechte, Wahlparteien, NS-Szene) hinweg gesprochen werden muß. Eine solche — oft einseitig als Schwäche interpretierte — Aufteilung könnte gerade ein Faktor der Attraktivität und des Erfolges des Spektrums werden.

Die Rahmenbedingungen für die Entwicklung einer "neuen rechten APO" einerseits, stabilen faschistischen Formation andererseits er-

scheinen heute in verschiedener Hinsicht sehr "positiv".

Rahmenbedingungen

Wie verschiedene Studien belegen, verfügten nach 1945 in der Bundesrepublik kontinuierlich beträchtliche Teile der Bevölkerung über ein geschlossen rechtsradikales Weltbild — nach der bekannten SINUS-Studie von 1981 (1) waren es z.B. (mindestens) 13%. Im öffentlich-politischen Raum blieben offen rechtsradikale Positionen in der "alten" Bundesrepublik aber einer gewissen Tabuisierung unterworfen. Nicht nur in der DDR, sondern auch in der Bundesrepublik wurde durch die Alliierten ein Antifaschismus verordnet. Bei aller Halbheit bewirkte solcher Zwang — bei Strafe internationaler Isolierung der BRD — zum Glück über Jahre hinweg immerhin eine Dämpfung offen faschistischer Äußerung. Wie "tief" solcher "Antifaschismus" im Westen tatsächlich verankert war, erweist sich nun... Die Tabuisierung wurde schon in Bitburg und in der Historikerdebatte angegriffen — begleitet von Diskursen über das "gereifte" Deutschland wurde sie nach der Wiedervereinigung gänzlich aufgelöst. Wo das bürgerliche Lager die deutsche Normalität qua Einbindung in die demokratische Staatengemeinschaft belegt sah, erblickten Antje Vollmer und andere die zivilisatorischen Errungenschaften der APO als Beweis für die erreichte Harmlosigkeit. Durch solche Signale, einen "Schlußstrich" für verantwortbar zu halten, sah sich das rechte Massenbewußtsein animiert, wieder ungeniert hervorzutreten. Selbst offener Nazismus, massiver Antisemitismus wird heute nicht mehr als außerhalb des relevanten, diskutablen gesellschaftlichen Spektrums definiert. Was noch vor wenigen Jahren undenkbar gewesen wäre, daß z.B. Neonazis ihr Weltbild unzensiert in Fernsehmagazinen verbreiten können, und daß sie als beliebte Diskussionspartner in diversen Talk-Shows gelten müssen, ist heute Wirklichkeit. Es ist vor diesem Hintergrund aber geradezu zu vermuten, daß der stets vorhandene Rechtsradikalismus sich nun auch auf der öffentlichen politischen Bühne stabil formieren kann.

Durch die Wiedervereinigung erhielt nationalistisches Denken darüberhinaus einen Schub, und es ist gar nicht falsch, wenn Rechtsradikale sich als die konsequentesten Vertreter dieser gesellschaftlichen Entwicklungslinie präsentieren. Der offene und "konsequente" Nationalismus kam, wie "die Nation" selbst, in die Offensive. Da rechtes Denken stark autoritätsorientiert ist, ist das Bewußtsein, nicht außerhalb der dominanten Zeitströmung zu stehen, sondern sie geradezu zu repräsentieren, eine ganz besonders wichtige Voraussetzung für seine Attraktivität und Anziehungskraft.

Nach der "Modernisierung" des Rechtsradikalismus hat jener zudem Anschluß an die — mit Historikerdebatte und "Renationalisierung" selbst rechtsgewendete — bürgerliche Politik gefunden. Die "intellektuelle Rechte", die sich in aufstrebenden Publikationen wie "MUT" und "Junge Freiheit" artikuliert, übt heute auch in Deutschland durchaus Einfluß auf konservative und Regierungspolitik aus. Das trägt zur Enttabuisierung des gesamten rechtsextremen Spektrums bei, mit dem solche Organe eng verbunden sind und bleiben. Das "Herausbrechen" von Politikern und Personen, die über einen gesellschaftlich anerkannten Status verfügen, nach rechts scheint bereits im Gange zu sein — intensiver werdende Kontakte sind jedenfalls sichtbar. Wird aber ein Zusammenschluß rechtsextremer Kreise mit eingeführtem bürgerlichen Personal vollzogen, dann zerbröselt die gesellschaftliche Isolation der faschistischen Rechten vollends. Der Erfolg der Republikaner ist bereits teilweise auf solche Effekte zurückzuführen: Schönhuber selbst war eine in Bayern (unter anderem durch die populistische Sendung "Jetzt red I!") sehr anerkannte Medienpersönlichkeit. Vor kurzem stieß übrigens der ehemalige Würzburger Bürgermeister Zeitler (SPD, dann parteilos) zu den REPs, dem ebenfalls allseits populistische Beliebtheit zugesprochen wird...

Die relativen Erfolge (nicht zuletzt: Wahlerfolge) in den vergangenen Jahren haben bereits dazu geführt, daß das rechtsradikale Spektrum schon heute über eine beachtliche, und ständig expandierende organisatorische und publizistische Infrastruktur verfügt. Die Auflage der radikal rechten Presse muß, bei steigender Tendenz, bereits bei über 1 Mio. angesiedelt werden — Auflagenziffern, die (um einen zugegebenermaßen problematischen Vergleich anzustellen) etwa die linke Presse selbst in ihren Hochzeiten wohl nicht erreichen konnte. Bei den rechten Publikationen handelt es sich darüberhinaus in vielen Fällen um meinungsprägende Zusatzlektüre für die betreffenden LeserInnen, der daher ein relativ hoher Multiplikationseffekt zugesprochen werden muß.

Die bürgerliche Politik ist heute davon geprägt, daß die bürgerlichen Parteien, insbesondere die Unionsparteien, über die rassistische Asyldebatte massiv eine ideologische Rechtswende betreiben. Dabei scheint die weitere Stabilisierung des faschistischen Lagers durchaus einkalkuliert zu sein — so sehr eine solche Entwicklung im engeren Sinne gefaßten Unions-Parteiinteressen zu schaden vermag. Einerlei, ob bei Personen wie Schäuble oder Seiters die — parteipolitische — Überlegung vorherrschend sein mag, der Nutzen einer ideologischen Rechtswende werde für die CDU die Gefahren einer Rechtsabsplitterung überwiegen, oder ob der aktiv betriebene Rechtskurs allein aus staatsloyalen Erwägungen forciert wird — in jedem Falle gilt: Dieser dominante Kurs bürgerlicher Politik schafft innerhalb kurzer Zeiträume stabile Fakten bezüglich einer dauerhaften rechtsradikalen Etablierung. Eine Revision ist aber — Berlin-Demonstration hin oder her — keinesfalls abzusehen. Die möglichen Träger einer Pogrome begrenzenden, rassistischen Einwanderungs- und Arbeitsmarktpolitik — wie in der CDU/CSU das Gespann Süßmuth/Geißler — stehen vielmehr weiterhin im Abseits. Auch in der Sozialdemokratie gewinnt der politische Kurs von Populisten wie Lafontaine und Kronawitter eher an Bedeutung — nach Willy Brandt ist es nun vor allem Helmut Schmidt, der die Partei auf immer nationalistischeren Kurs zu orientieren sucht.

Die Betonung völkisch-nationalistischer Diskurse wird, davon muß ausgegangen werden, zu einer starken, organisierten radikalen Rechten führen, die das Anliegen deutscher Renationalisierung "originär" vertritt, und die für möglicherweise bevorstehende ökonomische Krisenerscheinungen bisher tabuisierte bürgerliche Politikvarianten (wieder) ins Spiel bringen kann. Diese Entwicklung wird durch die Hauptströmungen bürgerlicher Politik mit herbeigeführt und gewollt.

Parteiformierung

Inwieweit — und wie — Rechtsradikale sich auch zu einer erfolgreichen Parlamentspartei formieren werden, ist dagegen schwerer vorherzusagen.

Die organisatorische Situation der radikalen Rechten ist heute noch, darauf wird oft tröstlich verwiesen, geprägt von Zersplitterungen, von massiven personellen Konkurrenzen, die nur teilweise auf inhaltliche Differenzen zurückgeführt werden können — die Rivalität z.B. zwischen Schönhuber und Frey ist bekannt. Die autoritäre Orientierung der faschistischen Strömung trägt dazu bei, daß der Streit um die Führerschaft besonders erbittert geführt wird. Indessen haben auch diese bestehenden Konkurrenzen Wahlerfolge nicht verhindert, die Aufspaltung in zwei relevante rechtsradikale Strömungen ist keinesfalls eine Garantie gegen eine Stabilisierung faschistischer Parlamentserfolge.

Die Gefahr einer relevanten rechtsradikalen Parteienformierung könnte sich indessen beträchtlich steigern, wenn sich — entweder aus den Republikanern, oder über bisherige Formierungen hinweg — eine neue dominante rechte Parlamentspartei herausbildete. Eine solche Partei, in der sich Karrierechancen für Einsteiger eröffneten, könnte sehr schnell durch verschiedene "bürgerliche" Figuren an Gewicht gewinnen. Bei Gruhl und Weinzierl, bei Meyer-Vorfelder, Lummer, Maier und Gauweiler artikulieren sich rechtsökologische und -konservative Diskurse, die sich durchaus parteipolitisch zusammenfügen könnten.

In mancher Hinsicht ist die Situation bei der radikalen Rechten hier mit der linken Lage in den späten 70ern vergleichbar: Wie damals ist eine verminderte Integrationskraft der Volksparteien zu konstatieren, wie damals entfachen erste Wahlerfolge Spekulationen, ob und in welcher Ausrichtung eine Organisierung des Desintegrationsprozesses zu einer Parteiformierung führen kann. Wie damals sind unterschiedliche Machtzentren, Gruppen etc. in einen noch sehr wechselhaft verlaufenden Prozeß von unterschiedlichen Bündnissen und Konstellationen einbezogen.

Der Vergleich erweist sich jedoch als verkehrt, sobald man die formale Ebene verläßt. Konnten die bürgerlichen Parteien eine Parteigründung am linken Rande des Spektrums — "Die Grünen" — nicht verhindern, so gelang

doch innerhalb der folgenden Jahre die Reintegration des daran gebundenen Potentials in die Spielregeln bürgerlicher deutscher Politik — die Grünen wurden am Thema Ökologie zu einem Modernisierungsfaktor, wofür die Isolierung und Austreibung der Parteilinken zum Ende der 80er eine notwendige Bedingung war. Ob mit oder ohne etablierter Rechtspartei wird, bis hinein in die Sozialdemokratie, ein ähnlicher Prozeß auf der Rechten befürwortet. Es wird dabei aber ein entscheidender Unterschied "übersehen": Die Grüne Parteigründung fiel in eine Zeit der Auflösung der Linken, das ihr zugehörige Potential befand sich zu diesem Zeitpunkt bereits auf dem Weg nach rechts. Die Grüne Parteigründung war ganz wesentlich ein Ausdruck dieser Entwicklungstendenz. Das Aufgreifen des "Ökologie"-Themas war in den meisten Fällen Form und Inhalt dieser Rechtsentwicklung, nur regional und temporär gelang es umgekehrt der Linken, das Thema "Ökologie" tatsächlich aus ihren Standpunkten heraus zu besetzen. Die Phase der Integration ins bürgerliche Parteiensystem ging daher auch einher mit dem Abschwung sozialer Bewegungen (jedenfalls ergibt sich diese Bewertung, wenn die autonome, linke Formulierung von Positionen den Maßstab darstellt). Eine Integration des Grünen-Potentials war in dieser Phase daher erreichbar, obwohl sich die Gesellschaft in dieser Zeit insgesamt eher nach rechts entwickelte. Daß Vollmer und andere ihre eigenen Integrationsprozesse als Linksentwicklung der Gesellschaft interpretierten, war reines Phantasieprodukt.

Nicht spiegelverkehrt, sondern ganz anders stellt sich die Lage heute beim rechtsradikalen Potential dar. Nicht die radikale Rechte übernimmt bürgerliche Inhalte, sondern einige ihrer Themen werden heute aus dem Zentrum der Gesellschaft verbreitet, und einige wesentliche Denkelemente aus den rechtsradikalen Schulen sind mehrheitsfähig. Gleichzeitig ist ein Aufschwung des aktivistischen und des militanten faschistischen Potentials zu verzeichnen. Vor diesem Hintergrund ist ein Versuch der Volksparteien, auf "Integrationskurs" gegen rechts zu gehen, nur bei einem entsprechenden weiteren gesellschaftlichen Rechtsruck denkbar.

Ob aber selbst eine solche fortschreitende Rechtsentwicklung Integrationskraft auf das rechtsradikale Potential ausüben könnte, muß als zweifelhaft gelten. Für Themen wie "Kriminalität", "Drogen", "Ausländer" gibt es überhaupt keine "Lösungen", die rechtsradikales Bewußtsein befriedigen könnten, sind sie doch zuallererst Ausdruck der Formierung dieses Bewußtseins selbst. Würde die Gesellschaft entsprechend den Forderungen dieses Bewußtseins geformt, müßte das nicht zur "Auflösung" des rechten Denkens führen, sondern es könnte eher als Verstärker wirken. Parolen wie "Ausländer raus" sind darüberhinaus in dieser Form für die bürgerliche Politik nicht praktikabel, wie auch beim Thema "Europa" die völlige Integration des rechtsradikalen Potentials schwerfallen dürfte. Die Betonung völkischen Bewußtseins kann auf der Ebene der Realpolitik zwar durchaus mit EG-Großmachtpolitik einhergehen — auf der Ebene des Massenbewußtseins dürfte der dem innewohnende Widerspruch aber dazu führen, daß das EG-Thema für die radikale Rechte immer wieder mobilisierend wirken kann. — Die ständige Orientierung an den rechten Themen, verbunden mit der Anerkennung rechtsradikaler Ordnungsmuster, durch die Volksparteien, führt zur beschleunigten Entfaltung ebenjener Muster.

Dieses Problem ist der bürgerlichen Politik natürlich bekannt, dennoch werden auch aus der SPD keine tatsächlichen Anstrengungen unternommen, die nach rechts führende Dynamik zu unterbrechen. Ein formiertes rechtsradikales Lager, möglicherweise eine stabilisierte Rechtspartei haben die Funktion, rassistische und nationalistische Anschauungen in einer Konzentration und Form zu vertreten, die in sich den Übergang zu faschistischen Herrschaftsformen als eine Option in sich trägt. Wie "modernisiert" auch immer eine solche faschistische/faschistoide Partei daherkommen mag: Sie wird dem Traditionszusammenhang verpflichtet sein, der von der "Konservativen Revolution" der Weimarer Republik zum NS-System führte.

Berthold Brunner

(1) SINUS-Institut, 5 Millionen Deutsche "Wir wollen wieder einen Führer haben", Reinbek 1981.

Zur "Modernisierung" der Ideologie der "Neuen" Rechten

"Wir müssen unsere Aussagen so gestalten, daß sie nicht mehr ins Klischee des 'Ewig-Gestrigen' passen. Eine Werbeagentur muß sich auch nach dem Geschmack des Publikums richten und nicht nach dem eigenen... In der Fremdarbeiterfrage etwa erntet man mit der Argumentation 'Die sollen doch heimgehen' nur verständnisloses Grinsen. Aber welcher Linke würde nicht zustimmen, wenn man fordert: 'Dem Großkapital muß verboten werden, nur um des Profites willen ganze Völkerscharen in Europa zu verschieben. Der Mensch soll nicht zur Arbeit, sondern die Arbeit zum Menschen gebracht werden.' Der Sinn bleibt der gleiche: Fremdarbeiter raus! Die Reaktion der Zuhörer aber wird grundverschieden sein."
Leserbrief im rechtsradikalen "La Plata Ruf" (1), 1973

Die "Modernisierung" der "Neuen Rechten" war in den vergangenen Jahren verschiedenen AutorInnen Anlaß, eine weitgehende Revision des traditionellen Antifaschismus einzufordern. Die Tabuisierung und gesellschaftliche Ausgrenzung nationalsozialistischer Inhalte könne, vertraten diese Analysen, der aktuellen Situation grundsätzlich nicht mehr genügen. Die "neuen" Ideologien seien mit NS-Ideologie nicht identisch. Daraus wurde geschlossen, "die Linke" müsse sich auf die offene ideologische Auseinandersetzung mit diesen Strömungen einlassen. Die Expansion der radikalen Rechten, einschließlich ihrer offen nazistischen Erscheinungsform, galt als eine Reaktion auf aktuelle soziale Mißstände - die historische Kontinuität zur NS-Geschichte als vernachlässigbar. Die politische Qualität der radikalen Rechten wurde verdrängt, zur Seite geschoben. Was nicht mehr möglich schien - die Ausgrenzung und Ächtung faschistischer Inhalte - wurde zum gar nicht mehr Wünschenswerten erklärt. Vielmehr wurden selbst offene Neonazis bloß mehr als sozialpädagogisches Klientel begriffen, dem Zuwendung und positive Beachtung gewährt werden müsse. Der Wunsch, trotz nationaler Welle und faschistischer Gewalt Momente zu finden, die zu einer Entwarnung berechtigen könnten, führte dazu, daß rechtsradikale Höhenflüge in Deutschland (z.B. bei Leggewie) geradezu als "Normalisierung" deutscher Verhältnisse in Angleichung an die europäischen Beispiele (Frankreich, Großbritannien) begriffen wurden und werden.

Richtig an solchen Überlegungen ist einzig, daß eine bloß formale Zuordnung des Rechtsradikalismus zum historischen Nazismus heute nicht mehr genügen kann. Es rächt sich, daß sich auch in der Linken - von einigen Antifa-Spezis abgesehen - zu sehr an bloß äußerlichen Merkmalen des NS abgearbeitet wurde, daß es an Analysen zur Durchdringung neonazistischer, nationalistischer, rechtsradikaler Weltbilder aber mangelte. Entsprechende Theoriedefizite tragen zu einer Hilflosigkeit gegenüber Thesen wie denen Leggewies bei. Das heißt aber nicht, daß der neuen Offenheit gegenüber modernisiertem Rechtsradikalismus beigepflichtet werden dürfte. Mögen Konzepte einer gesellschaftlichen Ausgrenzung heute unrealistischer sein, als sie Antifa-Bewegungen unter alten BRD-Verhältnissen erschienen waren, so bleibt doch notwendig, sie - aus der Minderheitenposition heraus - zu propagieren. Auch einer "modernen", "neuen" radikalen Rechten kann es in Deutschland nicht gelingen, ihre Traditionslinien wirklich "aus dem Schatten Hitlers" tretend zu formulieren. So führt die Orientierung

an der französischen "nouvelle droite" z.B. unweigerlich zu Denkern der deutschen "konservativen Revolution" wie Ernst Jünger, Moeller von den Bruck oder Carl Schmitt zurück, die als entscheidende Wegbereiter des NS-Faschismus betrachtet werden müssen.

Der "neue Nationalismus" — das Beispiel "Junge Nationaldemokraten"

Wie wenig eine Analyse heute noch greift, die allein auf die Wiedererkennung originaler nationalsozialistischer Schlüsselbegriffe setzt, zeigt ein Blick in das Februar 1991 veröffentlichte Programm der "Jungen Nationaldemokraten". Die Jugendorganisation der NPD formuliert darin eine fast prototypisch "modernisierte" Variante des radikalen Nationalismus. Traditionell links besetzte Begrifflichkeiten wie *"Imperialismus"*, *"Entfremdung"* oder *"alternativer Lebensstil"* prägen den Text. Solche Teile der Linken, die sich die Parole vom "nationalen Selbstbestimmungsrecht" ideologisch zu eigen machen, also die Problematik "übersehen", daß Nationalismus ein im Kern bürgerliches, rechtes Konzept ist und bleiben muß, werden Mühe haben, sich von einer Aussage wie der folgenden abzugrenzen: *"Der Nationalismus bekämpft die multinationalen Konzerne, die aufgrund ihrer Profitinteressen weltweit bestrebt sind, die Völker auszubeuten, zu unterdrücken und zu entmündigen."* (S. 8)

Kernthese im Programm der "Jungen Nationaldemokraten" ist, daß jedes "Volk" eine besondere Einheit darstelle, und ganz spezifische Qualitäten und Eigenschaften besitze. Die Gültigkeit dieser Einheit müsse gegenüber Denkkonzepten, die Individuum, Klasse, oder auch universale menschliche Werte ins Zentrum rükken, verteidigt werden: *"Das internationalistische Konzept der universellen Menschheit ist eine unzulässige Abstraktion. Nicht die Menschheit, sondern die Welt der 1000 Völker ist Wirklichkeit. ... Die unabhängigen und selbstbewußten Völker — und nur diese — sind die Subjekte politischer Prozesse und Motor geschichtlicher Entwicklungen. Eine Welt, in der jedes Volk in seinem eigenen, unabhängigen, freien und selbstbestimmten Staat lebt, ist daher das Idealziel jedes Nationalisten."* (S. 5 und 4)

Anders als im traditionellen Rassismus wird darauf verzichtet, die völkische Besonderheit in erster Linie auf Vererbung, auf genetische Übereinstimmungen zurückzuführen. Im erneuerten Programm steht im Vordergrund, die Nation als kulturelle Einheit zu definieren: *"Das Nationalbewußtsein gründet sich auf der gemeinsam erlebbaren Abstammung, Tradition und Lebensauffassung."* (S. 4) Anders als beim Nationalsozialismus ist außerdem eine deutsche Überlegenheit als "Herrenrasse" nicht explizit behauptet — vielmehr wird jeder als *"Imperialist"* bezeichnet, der *"andere Völker oder Stämme seines Volkes spaltet, unterdrückt, knechtet oder ausbeutet"*. Selbst *"Faschismus"* wird als *"Träger eines gegen die Identität und Selbstbestimmung der Völker gerichteten Imperialismus"* bewertet (S. 5). Der Chauvinismus artikuliert sich im Programm der "Jungen Nationaldemokraten" nur indirekt, indem Lebensverhältnisse, wie sie sich in unterschiedlichen Weltregionen entwickelten, als weitgehend "natürlich", den verschiedenen *"Volkskulturen"* angemessen, ideologisiert werden. Der herrschende deutsche Besitzstand ist dadurch ebenso festgeschrieben wie Besitzlosigkeit und Elend, die anderswo eben der völkischen Substanz entsprechen.

Auch Eurochauvinismus rechtfertigt sich im modernisierten Rechtsradikalismus — scheinbar wertfrei — aus einer Ideologie, die "gewachsene" Lebensverhältnisse von Ethnien zur Grundlage ihres Denkens macht. *"Europa"* wird als Lebensraum einer Großethnie begriffen und als *"Heimat vieler Völker"* bezeichnet, die *"überwiegend gleicher Abstammung sind, eine ähnliche Kultur besitzen und deren Geschichte vielfach verwoben ist."* (S. 9) Die NPD-Jugend befürwortet eine Zusammenarbeit der europäischen *"Nationalkulturen"*, lehnt aber die EG ab, die als *"Zusammenschluß von Großkonzernen"* denunziert wird (S. 10). Überhaupt gilt der *"Befreiungskampf... den Multis"*, während der Vormarsch nationalistischer Bewegungen in Osteuropa mit Befriedigung registriert wird: *"Dem nationalistischen Befreiungskampf der jungen Völker gehört unsere Solidarität. Ihr Sieg ist unsere Hoffnung."* (S. 10)

Mit solchen Neuformulierungen des Programms setzt die Jugend der NPD unmittelbar an Themen und Thesen an, wie sie heute, nach der Wiedervereinigung, in den "Volksparteien" propagiert werden — die Betonung des Nationalen und von dessen völkischen Prinzipien. Gleichzeitig wird deutlich, daß die Substanz des faschistischen Denkens durch die Neuformulierung nicht beeinträchtigt wird. Die "Modernisierung" ist auch keineswegs gleichzusetzen mit einer "Mäßigung" der Forderungen oder Aktionsformen. Zwar fassen die "Jungen Nationaldemokraten" die These von der "Überfremdung" in neue, wohlklingendere Worte, und sprechen beispielsweise davon, die *"Maschinen"* müßten *"zu den Menschen"*, anstatt die Menschen zu den Maschinen gebracht werden (S. 12). In der Erklärung von Migrations- und Fluchtbewegungen huldigen sie aber einer Weltverschwörungstheorie, in der wesentliche Elemente des Antisemitismus angelegt sind: *"Die Überfremdung der Völker und die daraus resultierende Verdrängung und Zerstörung der Nationalkulturen ist eine der imperialistischen Strategien der Internationalisten, um eine gleichförmige Weltzivilisation zu etablieren. ..."* Und sie bekennen sich recht deutlich zum aktivistischen, mörderischen Rassismus: *"...Dieser Entwicklung leisten wir als Nationalisten fanatischen Widerstand."* (S. 25)

Auch von dem Anspruch auf territoriale Expansion des deutschen *"Reichsgebiets"* nimmt das "modernisierte" faschistische Programm keineswegs Abstand — vielmehr ist die Revision der *"willkürlich festgelegten Grenzen"* der *"Siegermächte"* Programmpunkt (S. 9). Zum *"Neuen Reich"*, das — natürlich in freundschaftlichster Übereinstimmung mit anderen Völkern — herzustellen sei, zählen dann *"Westpreußen"* und *"Ostpreußen"* genauso wie *"Tirol"*, *"Kärnten"* und das *"Burgenland"*...

Die Jugend der NPD hat mit ihrem neuen Programm also keinesfalls die Ziele, die sie mit der Mutterpartei NPD seit langem vertritt, aufgegeben. Die Modernisierung des Programmes der NPD-Jugend liegt vielmehr in der Linie der Mutterpartei. Die NPD hat — nach der Abspaltung führender Mitglieder in die "Deutsche Liga" — die frühere Funktion als rechte Wahlpartei weitgehend eingebüßt, und sie scheint nun ihre Aufgabe in der Zusammenarbeit mit verschiedenen rechtsradikalen Spektren zu suchen. Dazu gehören in den "neuen Bundesländern" militante Nazigruppen, bei denen nationalrevolutionäres Gedankengut beliebt ist (2). Das modernisierte Programm der "Jungen Nationaldemokraten" stellt Nähe zu diesen Kräften ebenso her, wie zum bürgerlichen, konservativen Diskurs.

Vorbild für "Modernisierung": Die "nouvelle droite" in Frankreich

Die Neufassung des Programmes der "Jungen Nationaldemokraten" orientiert sich in weiten Teilen an Ideologieelementen, wie sie die nouvelle droite in Frankreich in den 70er und 80er Jahren entwickelte. Zentral für die Neuformierung des rechten Denkens sind die Thesen der Gruppe "GRECE" (3), ihres Vordenkers Alain de Benoist und der von "GRECE" herausgegebenen Zeitschrift "éléments". Die Gruppe formierte sich bereits 1968 aus Aktivisten der rechtsradikalen "Europe Action", Anhängern der Europakonzeptionen der SS und Mitgliedern der rechten französischen Geheimorganisation OAS. Wie die Nazis setzte und setzt diese Gruppe auf ein antichristliches Neuheidentum, und sie sieht das Deutsche Reich als Garanten gegen *"parasitären Kosmo-Kapitalismus"* — der 2. Weltkrieg wird vor diesem Hintergrund als *"kraftvolle, lyrische Erhebung der Deutschen"* bezeichnet (4).

Grundanliegen der Gruppe um "éléments" ist die Zurückdrängung der liberal-bürgerlichen Gleichheitsgedanken, der Ideologie der französischen Revolution, wie sie in der Idee der Menschenrechte formuliert ist. *"Nicht jedem ersten besten"*, zitiert "éléments" den italienischen faschistischen Denker Evola, *"kann Menschenwürde zugesprochen werden, und auch wo sie vorhanden ist, erscheint sie in verschiedenen Abstufungen. Eine allgemeine Achtung vor der menschlichen Person ist ein Aberglaube"* (5). Nicht die Gemeinsamkeit der Menschen in ihrer individuellen Differenz ist Ausgangspunkt des Denkens, sondern als ursprüngliche Einheit gilt de Benoist das — rassistisch definierte — Volk, dessen Eigenart zu bewahren sei; dazu die nouvelle droite in den 70er Jahren: *"Universelle Wertsysteme sind zu verwerfen: Etwas ist gut, wahr, schön nur für den Menschentyp, dessen 'ethnischem Substrat', psychischem Zustand,*
g
e

Fortsetzung S. 27

Die Vorbilder einer "konservativen Revolution" aus der Weimarer Republik

Für de Benoist und die französische "nouvelle droite" war in theoretischer Hinsicht der Rückgriff auf Denker der deutschen "Konservativen Revolution" der Weimarer Republik von grosser Bedeutung. De Benoist gibt in Frankreich seit 1990 in einer Buchreihe Werke des Rechtsphilosophen Carl Schmitt und des "Jungkonservativen" Moeller van den Bruck heraus; auch der Bezug auf den Schriftsteller Ernst Jünger spielt bei der französischen nouvelle droite eine Rolle.

Arthur Moeller van den Bruck (1876-1925) propagierte als ein führender "Jungkonservativer" die Bekämpfung jedes rationalen Gesellschaftsbildes: *"Der Liberalismus ist Ausdruck einer Gesellschaft, die nicht mehr Gemeinschaft ist."* (1) Er begründete die Ideologie einer "deutschen Sendung", und propagierte "Das Dritte Reich" (Buchtitel von 1923), in dem diese deutsche Erwähltheit ihre Erfüllung finden müsse. Moeller van der Bruck wertete in seiner politischen Mythologie den "alten" Westen stark ab, setzte dem gegenüber auf ein Bündnis der östlichen Völker, die ihm — einschließlich Deutschlands — als die "jungen", zukunftsträchtigen galten. Zentral war seinem Denken die Formulierung eines radikalen und konsequenten Nationalismus, der auf der Vorstellung beruhte, der Lebensraum, in dem ein "Volk" lebe oder in den es gerate, bestimme dessen Charakter. In der NS-Rezeption wurde an seiner Ideologie u.a. eine mangelnde Berufung auf einen genetisch abgeleiteten Rassismus bemängelt — dennoch fanden grundlegende Begriffe und wichtige Momente seines Denkens Eingang in die nazistische Ideologiebildung.

Carl Schmitt (1888-1985) war als Jurist in der Weimarer Republik vom "totalen Staat" des italienischen Faschismus stark beeindruckt — seine Rechtsphilosophie spiegelt diese Faszination: *"der Ausnahmezustand offenbart das Wesen der staatlichen Ordnung am klarsten. .. die Autorität beweist, daß sie, um Recht zu schaffen, nicht Recht zu haben braucht."* (2). In Liberalismus und Judentum sah Schmitt die Gegenprinzipien zum propagierten autoritären Staatsbegriff verkörpert.

Im NS-Faschismus nahm der zum "preußischen Staatsrat" gekürte Schmitt verschiedene wichtige Funktionen im Zentrum der NS-Justiz ein: Der "konservative Revolutionär" begriff das NS-System als Verwirklichung seiner Vorstellungen. Gemäß seiner Staatsphilosophie feierte er nach der Liquidierung von SA-Führern und anderen faschistischen Konkurrenten Hitlers 1934 diese Tat im Aufsatz *"Der Führer schützt das Recht"*: *"Der Führer"* mache *"ernst mit den Lehren der deutschen Geschichte. Das gibt ihm das Recht und die Kraft, einen neuen Staat und eine neue Ordnung zu begründen."* (3) Auch Hitlers Ermächtigungsgesetz entsprach seinen Staatsidealen — er bezeichnete es als *"vorläufiges Verfassungsgesetz des neuen Deutschland."* (4) Nach Querelen unter NS-Juristen bereitete Schmitt ab 1936 eine juristische Linie zur Rechtfertigung der NS- Eroberungs- und Vernichtungspolitik vor: Der Begriff des *"Reiches"*, so Schmitt, begründe neue Ordnungsbegriffe eines *"neuen"* Völkerrechts; dadurch könne sich das NS-System eine *"Ausstrahlung in den mittel- und osteuropäischen Raum hinein ... verschaffen"* und *"Einmischungen raumfremder und unvölkischer Mächte ... zurückweisen"*. Auch hier preist Schmitt *"die Tat des Führers"*, die Recht gesetzt, und dem Reichsgedanken *"eine große völkerrechtliche Zukunft verliehen"* habe. (5)

Nach dem Krieg blieb Schmitt ein einflußreicher konservativer Rechtswissenschaftler der Bundesrepublik. Schmitt betonte u.a. die Notwendigkeit einer deutsch-völkischen Verfaßtheit des politischen Systems: *"Zur Demokratie gehört also notwendig erstens Homogenität und zweitens — nötigenfalls — die Ausscheidung oder Vernichtung des Heterogenen..."* (6). Seine völkisch-rassistische Staats- und Demokratiedefinition wird heute nicht nur in sämtlichen rechtsradikalen Postillen viel zitiert, sondern kann auf zahlreiche Anhänger unter führenden Konservativen zählen.

Ernst Jünger profilierte sich in der Weimarer Republik durch kriegsverherrlichende Literatur als bekannter Anhänger einer "konservativen Revolution". Deutschland, so Jünger, habe den 1. Weltkrieg verloren, weil es *"große Gebiete seiner Kraft der totalen Mobilmachung"* entzogen habe, es müsse zum Sieg eine *"totale Mobilmachung"* üben, *"die sich selbst auf das Kind in der Wiege"* erstrecken solle (7); Jünger kann also als Stichwortgeber für Goebbels Rede vom *"totalen Krieg"* gelten. Die anfänglich freundschaftliche Verbindung zu Hitler kühlte 1929 ab, als die NSDAP Bombenattentate der Landvolkbewegung nicht unterstützte. 1932 verfaßte Jünger den *"Arbeiter"*, der als wichtiger faschistischer Gesellschaftsentwurf gelten kann: Er propagiert Prinzipien einer metaphysischen Grundsätzlichkeit, denen Antisemitismus tief eingeschrieben ist, und tritt wie Schmitt für die Einführung des totalen Staates ein. Im NS-Faschismus wirkte Jünger nicht "in erster Reihe" mit — während des Krieges war er als Offizier u.a. in Paris —, wurde aber vom NS-System hofiert. Ein NS-Autor schrieb beispielsweise, Jünger habe *"um die geistige Vorbereitung der Deutschen Revolution 1933 mehr Verdienst"* als gar Adolf Hitler, er sei *"als der durchgeistigste Revolutionär der Jahre um 1925/26 entschieden einer derjenigen gewesen, der durch seine Feder alle die in seinem Sinne beeinflußte, die dann sehr oft den Weg zu Hitler fanden."* (8) Ein Schriftstück, das die Distanz zwischen Jünger und dem NS-Regime belegen sollte, erwies sich vor kurzem als gefälscht.

Nach dem Krieg hielt Jünger an seiner Weltanschauung fest, hielt sich z.B. zugute, daß beim Anrücken der Alliierten *"in meinem Bezirk keine weiße Fahne gehißt wurde."* (9) Obwohl er aus seinem rechtsextremen Weltbild nie einen Hehl machte — er wurde noch im Alter Herausgeber der italienischen faschistischen Zeitung "La destra" — blieb er als "konservativer Revolutionär" eine gesellschaftlich anerkannte Persönlichkeit. 1982 erhielt er den Goethe-Preis der Stadt Frankfurt, und Helmut Kohl attestierte ihm *"kompromißlos Menschlichkeit"*, wegen der er *"die Erfahrung von Anfeindungen und Verleumdung"* habe machen müssen. (10)

Die gemeinsame Bezugnahme, die "konservative Revolution", wirkt auf die immer stärker zusammenwachsende konservative und faschistische Szene als wichtiges Bindeglied: Wenn Ernst Jünger, geboren 1895, in zwei Jahren seinen hundertsten Geburtstag feiern wird, verspricht das unter den veränderten politischen Bedingungen zu einem reaktionären Großereignis zu werden.

Wenn der "modernisierte" Rechtsradikalismus von der Berufung auf NS-Autoren Abstand nimmt, stattdessen auf Schmitt, Moeller van den Bruck und Jünger zurückgreift, fördert das also seine Diskursfähigkeit und dient dem Zweck, trennende Grenzen zum konservativen Lager zu überwinden: Gewünschter Zielpunkt einer solchen Entwicklung ist eine Art neuer Harzburger Front. Die Bewegung "back to the roots" rechter Ideologien des 20. Jahrhunderts führt aber zu genau jenen Quellen, aus denen der Nationalsozialismus gespeist wurde. Da die nun erneut hochgehaltene "konservative Revolution" Wegbereiterin des Nationalsozialismus war, bleibt es auch dem "modernen" Rechtsradikalismus nun unmöglich, wirklich "aus dem Schatten Hitlers" zu treten.

Anmerkungen:

1 Arthur Moeller van den Bruck, Das Dritte Reich, Berlin 1923, S. 97.
2 Politische Theologie, Berlin 1934 (= 2. Auflage, erstveröffentlicht 1922), zitiert nach Ingo Müller, Die Aktualität Carl Schmitts, in: Martina Kirfel/Walter Oswald (Hrsg.), Die Rückkehr der Führer. Modernisierter Rechtsradikalismus in Westeuropa, Wien, Zürich 1989, S. 218.
3 In: "DJZ", Berlin 1934, Sp. 945f, zitiert nach Müller, a.a.O., S. 214.
4 "DJZ", Berlin 1934, Sp. 945f, zitiert nach Müller, a.a.O., S. 214.
5 Völkerrechtliche Großraumordnung mit Interventionsverbot für raumfremde Mächte, Berlin, Leipzig, Wien 1939, S. 87, zitiert nach Müller, aaO, S. 215.
6 Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus, 4. Aufl., Berlin 1969, S. 242, zitiert nach Müller, aaO, S. 217.
7 Krieg und Krieger, Berlin 1930, zitiert nach Walter Oswald, Ernst Jünger, in Kirfel/Oswald (Hrsg.), aaO, S. 204.
8 P. Körbitz, Ernst Jünger, der große Wegebereiter der deutschen Revolution, in "Preußische Lehrerzeitung", 1933, zitiert nach Oswald, aaO, S. 207.
9 Leserbrief an die "Deutsche Soldatenzeitung" vom 9.5.1960, zitiert nach Oswald, aaO, S. 208.
10 Anläßlich der Verleihung des Goethe-Preises der Stadt Frankfurt, 1982, zitiert nach Oswalt, aaO, S. 203.

netischer Zusammensetzung sowie sozialer und rassischer Umwelt es entspricht. ... Jedem 'ethnischen Substrat' entspricht eine eigene Logik, eine eigene Weltsicht." (6) Die These von der völkischen Verschiedenheit suchte "éléments" zunächst, in den 70er Jahren, immer wieder durch einen "wissenschaftlich" begründeten Rassismus zu belegen, der genetische Nachweise für die Differenz zugrundelegen sollte. Von solchen "Belegen" (wie den bekannten US-Untersuchungen, die einen niedrigen Intelligenzquotienten schwarzer Völker "beweisen" wollen) setzten sich de Benoist und "GRECE" dann in den 80er Jahren zunehmend ab. Sie begründeten die *"droit à la difference"*, das Recht, völkische Reinheit durchzusetzen, nunmehr stärker aus dem "natürlichen" Bestreben, kulturelle Traditionen zu bewahren.

Dieser Übergang kennzeichnet nicht nur den Rassismus der nouvelle droite, sondern großer Teile der radikalen Rechten, wie auch der breit verankerte, gesellschaftlich konsensfähige Rassismus heute überwiegend "kulturell" argumentiert. Er wird meist als Verschiebung von einer "biologischen" zu einer "kulturalen" Rassismus-Variante beschrieben. Die Veränderung betrifft allerdings nur die Erscheinungsform, nicht den Kern des rassistischen Denkens. Es wäre ein Mißverständnis, zu verkennen, daß auch "kulturaler" Rassismus eine Biologisierung der Gesellschaftserklärung betreibt. Das Streben, in abgegrenzten Nationen zu leben, wird als "natürlich" vorausgesetzt.

"Eigene Rasse" und "eigenes Volk" werden dem "Fremden" so entgegengesetzt, als knüpften sich an äußerliche ("Rasse"-) Eigenschaften oder an die ("Volks"-) Abstammung feststehende, unveränderbare soziale und gesellschaftliche Umstände. Aussagen über die "Volkskulturen" basieren auf den Bildern, die im traditionellen Rassismus als "angeboren" galten, und eben jene Bilder sollen reproduziert und reingehalten werden. "Völker" werden in Analogie zu "Tierarten" so begriffen, als ob ihnen konstante Qualitäten, unterschiedliche "Charaktere", anhafteten.

Ebensowenig, wie die "kulturale" Modernisierung den Rassismus im Kern verändert, beeinträchtigt die "droit à là difference", die These vom gleichen Recht auf die Verschiedenheit, das Überlegenheitsgefühl, das mit der eigenen "Rassen"- und "Volks"zugehörigkeit verbunden wird. Wiederum bleibt es rein äußerlich, wenn der modernisierte Rassismus (oder Nationalismus) für die Erhaltung *aller* kulturellen Identitäten eintritt, und "lediglich" die Unvereinbarkeit verschiedener Kulturen in ein und demselben Territorium betont. Als "bedroht" gilt auch dem modernisierten Rassismus stets die "eigene" Kultur, als Bedrohung stets das "Andere", und so bleibt die Gefahr einer "Überfremdung", bleibt das rassistisch belegte Objekt bekämpfenswert. Auch aus der Ideologie der völkischen kulturellen Differenz kann zudem eine europäische bzw. nationale Überlegenheit gefolgert werden. Das aktuell vorhandene Gefälle an faktischem Wohlstand und faktischer Macht wird ja nicht als soziale Konstellation, sondern als Ausdruck der unterschiedlichen Rassen- (oder Volks-) Eigenschaften begriffen. Da das Verhältnis der Über- und Unterordnung dabei bereits mitgedacht ist, braucht es nicht mehr zum Programm gemacht, sondern nur mehr festgeschrieben zu werden.

Von der "nouvelle droite" zur Nationalen Front

Die französische nouvelle droite sorgte Ende der 70er Jahre für Schlagzeilen: Nach Enthüllungen, die Wochenendbeilage der Zeitung "Figaro" werde von "Neuen Rechten" maßgeblich gestaltet, erschienen in Frankreich mehr als 500 Artikel über die Gruppe "GRECE". Angesichts linker intellektueller Dominanz machte sich der Kreis um de Benoist ausdrücklich den "Hegemonie"-Begriff Gramscis zu eigen und setzte sich zum Ziel, rechte Gedanken so zu modernisieren und umzuformulieren, daß sie linke Einflüsse zurückdrängen, und zu einer *"Kulturrevolution"* im rechten Sinne führen könnten. GRECE verstand (und versteht) sich nicht eigentlich als "politische" Gruppe, sondern als *"megapolitisch"*; nicht die Entstehung einer starken, organisierten Rechten galt ihr als Erfolgskriterium, sondern eine Verschiebung gesellschaftlich breit diskutierter Themen und Standpunkte.

Das Konzept eines kultural formulierten Rassismus, verknüpft mit der These eines herzustellenden *"Ethnopluralismus"*, trat in Frankreich und darüberhinaus einen Siegeszug an. 1974 wurde in Paris der "Club d'Horloge", der "Uhrenclub", gegründet, der als Ideologieinstitut der Rechtsparteien RPR und UDF fungieren sollte. Besetzt mit Spitzenakademikern, fungierte diese explizit antiegalitär ausgerichtete Denkfabrik als eine Art Transmissionsriemen zwischen "GRECE" und der Gesellschaft (7). Auf diesem Wege gewannen Ideen der nouvelle droite Anhänger bis hinein in Regierungskreise — bis hin z.B. zu Giscard d'Estaing, der heute die Einführung eines völkischen Staatsbürgerprinzips in Frankreich fordert.

Die Orientierung auf "Diskursfähigkeit", die bisweilen auch durch die Übernahme linker Begrifflichkeiten hergestellt wurde, unterschied die Gruppe um "GRECE" deutlich von der aktivistisch-politischen "Nationalen Front" Le Pens. So erklärte de Benoist noch kurz vor dem ersten großen Wahlsieg der FN: *"Wir sind Kämpfer für die Sache der Völker, einer aktiven Solidarität zwischen Europa und der Dritten Welt, Kämpfer eines Kampfes gegen die westliche Ideologie und die Block-Politik. Wir könnten deshalb niemals den 'Atlantismus' des FN gutheißen, genausowenig wie seine Kritik am Gaullismus und an den Institutionen der V. Republik. Wir sind außerdem nicht einverstanden mit den Kampagnen gegen die Ausländer. Die Kritik an der Immigration ist legitim in dem Maße, wo sie eine Art Zwangsentwurzelung darstellt. Aber unter der Bedingung, daß wir uns solidarisch mit den Emigrés erklären, die die ersten Opfer dieser Zwangsentwurzelung sind und die sich letztlich mit denselben Problemen wie wir konfrontiert sehen: Wie eine kulturelle Identität bewahren in einer Welt, die mehr und mehr der Logik des Homogenen unterworfen wird?"* (8) Die Einschätzung indessen, die Nationale Front mit ihrem offener rechtsradikalen Vokabular werde ein *"Strohfeuer"* bleiben, trog de Benoist — vielmehr ist es in Frankreich heute stiller um die, allerdings weiter wirksam agierende, Gruppe "GRECE" geworden (9). Dagegen wurde die front national zu einem konstanten, ja ständig erfolgreicheren Faktor in der französischen Republik.

Die Nationale Front tritt dabei als eine radikale Rechte mit modernisiertem Programm auf — die nouvelle droite beeinflußte die faschistischen Positionen dieser Organisation, wie sie heute ebenso Personal für dessen intellektuelle Artikulation stellt. Im eigentlichen Sinne ist die nouvelle droite aber Wegbereiter für die FN gewesen, indem sie beigetragen hat, die Dominanz linker Diskussionskultur zu brechen. Ihre spezifische Ausformung blieb eine zeitlich bedingte Erscheinung: die Notwendigkeit, das Denken in teils der Linken entlehnte Begriffe zu fassen, erklärt sich aus dieser Aufgabe. Der Le Pen-Gruppe ist der Boden schon bereitet — sie konnte in den späten 80er Jahren vor dem Hintergrund wiedererwachender rechter Anziehungskraft bereits wieder erfolgreich mit plumperem Rassismus, auch wieder mit offen antisemitischen Versatzstücken werben — solche von de Benoist noch als "veraltet" kritisierte Momente scheinen inzwischen wieder überaus populär und wählerwirksam zu sein. — Der Zusammenhang von "Modernisierung" und der Renaissance der durchaus wieder traditioneller formulierten Agitation der FN, wie er in Frankreich zu beobachten ist, ist bemerkenswert, spricht er doch gegen die häufig formulierte Sichtweise, die Modernisierung der Rechten werde zu neuen Formationen führen, die mit dem "überkommenen", "verknöcherten" Faschismus nur noch wenig gemein hätten.

Der rechte Anschluß an die "Ökologiebewegung"

Ein wesentlicher Faktor für eine angestrebte Hegemoniefähigkeit der radikalen Rechten ist, daß ihre biologistische Auffassung von Gesellschaft breit, bis ins Zentrum der Gesellschaft hinein, getragen und reproduziert wird. Für die nouvelle droite gehen Politik und Biologie in eins: *"Echte Politik ist Biopolitik. Das übrige, Wirtschaft und Soziales, sind Beifügungen, wichtig, aber zweitrangig ... Der Mensch ist etwas, das übertroffen werden muß. Die Evolution ist noch nicht beendet ... Aber Evolution bedeutet Differenzierung und Selektion."* (10) Der Zusammenhang macht nach der Ideologie auch der "Neuen" Rechten notwendig, Selektion und Rassenhygiene zu betreiben, um ein *"Übergewicht der Schwachen zu verhindern."* (11))

In ihrem Biologismus stützte sich die nouvelle droite insbesondere auf Schriften des Verhaltensbiologen Konrad Lorenz. Lorenz selbst, insbesondere aber sein Schüler Eibl-Eibesfeld, behaupteten, die Ergebnisse der "Verhaltensforschung" könnten, da der Mensch der Natur entstamme, auf den menschlichen Bereich angewandt werden. Nicht nur in der NS-Zeit, sondern

noch 1973 verglich Lorenz die Minderwertigkeit *"asozialer"* Elemente, von *"Parasiten"*, mit Krebsgeschwulsten, die sich nur entwickeln könnten, weil Abwehrmaßnahmen des Körpers versagten. (12) Eibl-Eibesfeld war mehrfach zu Gast bei der nouvelle droite, und trat auch in der Bundesrepublik als Autor verschiedener rechtsradikaler Zeitschriften hervor.

Die nouvelle droite geht unter Berufung auf Lorenz von der Prämisse aus, menschliches Verhalten sei nur sehr bedingt veränderlich, im Wesentlichen aber aus dem Tierreich ableitbar und angeboren. Insbesondere interessierten sich die Ideologen von "GRECE" für Lorenz' Forschungen bezüglich des Revierverhaltens verschiedener Tiere. Die These, die Verteidigung von Territorialität und dabei mobilisierte Aggression, sowie hierarchische Ordnungen innerhalb des Territoriums seien auch beim Menschen angeborene Verhaltensmuster, bildet bereits das wesentliche Skelett für de Benoists Ideal einer *"ethnopluralistischen"* Lebensorganisation. Die Übertragung von Tier-Verhaltensforschung auf menschliche Gesellschaft bildet auch den "wissenschaftlichen" Hintergrund für die These, die "Überpopulation" müsse reduziert werden, ansonsten werde eine "natürliche" Aggression, ein notwendig eintretender Krieg, diese Überzahl dezimieren. In einem Interview äußerte Konrad Lorenz 1988: *"...gegen Überbevölkerung hat die Menschheit nichts Vernünftiges unternommen. Man könnte daher eine gewisse Symphathie für Aids bekommen."* (13)

Ähnliche Ideologiemuster, wie sie die nouvelle droite unter Berufung auf Lorenz formulierte, wirkten über rechte Diskussionsstränge der "Ökologiebewegung" weit in die bundesrepublikanische Gesellschaft hinein. Ein rechter Ökologe wie Herbert Gruhl fordert z.B. einen *"Einwanderungsstop aus ökologischen Gründen"* (14) und erklärt, wegen des Ansturms der Neider braucht Europa starke Armeen (15). Ihm gilt die europäische Kultur als die Höchstentwicklung menschlicher Evolution, die es zu verteidigen gilt: *"Vor etwa 10.000 Jahren kamen die menschlichen Kulturen, die alle untergegangen sind. Die europäische, die letzte Kultur ist etwas völlig Neues."* (16) Die *"Überbevölkerung"*, vertritt Gruhl, müsse bekämpft werden: *"Die einzige Währung aber, ... in der Vorstöße gegen die Naturgesetze beglichen werden können, ist der Tod. Der Tod bringt den Ausgleich, schneidet alles Leben, das auf diesem Planeten auswuchert, wieder zurück, damit der Planet wieder ins Gleichgewicht kommt."* (17) Gruhl, der durch die niedersächsische rot-grüne Umweltministerin Griefahn soeben mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet wurde, veröffentlichte bereits in verschiedenen rechtsradikalen Zeitschriften (18).

Auch der BUND-Vorsitzende Weinzierl geißelte die "Überbevölkerungsprobleme": *"Nur wenn die Hauptsorge der Menschheit, die Eindämmung des Überbevölkerungsstromes, gewährleistet ist, wird es einen Sinn haben und wird eine Aussicht bestehen, an einer durchaus verbesserungswürdigen Umwelt zu bauen, unsere Zivilisationslandschaft zu gestalten, daß sie wert bleibt, Heimat genannt zu werden."* Der BUND führte 1991 ein Seminar zu *"Folgen des Bevölkerungswachstums für die Umwelt"* durch, zu dem der CSU-Rechtsaußen Gauweiler geladen war. Dies sind erste Anzeichen dafür, daß die bisher "punktuelle" Übereinstimmung an einer rechten Fassung der Ökologiefrage zu einem rechten Konzept der Biologisierung von Politik ausbaubar sein könnte. Eine Sammlung von radikalen Rechten und Rechtsökologen unter solchen Prämissen ist angesichts aktueller Rechtsentwicklungen aber durchaus nicht unwahrscheinlich, dies könnte für einen Parteibildungsprozeß am rechten Rand eine durchaus gewichtige Rolle spielen.

"Nationalrevolutionäre" und militante NS-Szene

Die "Modernisierung" trat auch in der deutschen radikalen Rechten einen Siegeszug an. Die Veränderungen waren weniger spektakulär, vielleicht, weil die "Modernisierung" hier in eine Phase fiel und fällt, in der von linker Hegemonie keine Rede sein kann, und sie daher teils von vornherein auf linke Wortwahl verzichtet. Außerdem gab es kein eindeutiges, einflußreiches Zentrum einer solchen "Modernisierung", sondern sie wurde nach und nach durch alle rechtsradikalen Spektren (intellektuelle Presse, Parteiformierungen und militantes NS-Spektrum) hindurch wirksam.

Der Versuch, ein solches Zentrum zu schaffen, war die Gründung des Kasseler "Thule-Seminars" 1980. In enger Anlehnung an "GRECE" — die deutsche Zeitschrift "Elemente" enthielt in erster Linie Übersetzungen von der französischen nouvelle droite — sollte der *"Kampf wider jedweden Imperialismus"* gesucht werden, *"der die Eigenständigkeit der Völker zu vernichten sucht."* (19) Der Name "Thule-Seminar" referiert auf die historische Thule-Gesellschaft, eine Vorläufergruppe der NSDAP. Daran wird exemplarisch sichtbar: Der Versuch einer Rekonstruktion der radikalen Rechten führt zurück zu Vorbildern, an denen auch die Nazis ihre Ideologie ausrichteten. Das Kasseler Thule-Seminar gewann in der deutschen radikalen Rechten nicht den gewüschten Einfluß, die Zeitschrift "Elemente" erschien lediglich sporadisch.

Ähnliche Versuche, wie die der nouvelle droite in den 70er Jahren, linke Diskurshegemonie durch eine modernisierte Ideologie unter Übernahme linker Begriffe zu brechen, unternahmen in Deutschland insbesondere Nationalrevolutionäre um die Zeitschrift "Wir Selbst" und Henning Eichberg. Unter der Parole der "Nationalen Befreiungskämpfe" und mit stark antiamerikanisch-antikommerziellem Ressentiment konnte diese Zeitschrift verschiedene AutorInnen und Interview-PartnerInnen aus dem "linken" oder liberalen Spektrum gewinnen — u.a. Josef Beuys, Sebastian Haffner, Arno Klönne, Günther Nenning (20); der deutschnationale frühere MdB der Grünen, Alfred Mechtersheimer ist mittlerweile ein häufiger Schreiber dieser Zeitschrift.

Doch scheint mit dem Schwinden der Linken auch eine schwindende Bedeutung des "Wir selbst"-Konzepts einherzugehen, Einbrüche ins "linke" Lager zu erreichen. Eine mit "Wir selbst" eng zusammenarbeitende Kadertruppe — der National-Revolutionäre Koordinations-Ausschuß (NR-KO) — nahm jedenfalls 1987 eine Rück-Umorientierung auf das direkt rechtsradikale Klientel vor. Das *"stupide Nachplappern antifaschistischer Phrasen unserer eigenen Gegner"* habe *"junge Leute aus dem 'rechten' Dunstkreis..., die wir hätten integrieren können"*, abgestoßen, lautete die Selbstkritik (21)). Unter dem neuen Namen "Politische Offensive" versucht die Gruppe seitdem, an der Nahtstelle Konservatismus/Neofaschismus zu agieren; am Gründungstreffen der "PO" nahmen auch Mitglieder der vor allem in den "neuen Bundesländern" aktiven "Nationalistischen Front" teil.

Diese — 1985 gegründete, vor kurzem verbotene — "Nationalistische Front (NF)" gehört zum Spektrum jener militanten Neonazigruppen, die vor allem in der ehemaligen DDR agieren. Sie dominieren dort mittlerweile in verschiedenen kleineren und mittleren Orten die jeweilige Jugendszene und stehen organisierend hinter der Welle von Pogromen und Mordanschlägen. Wie viele der militant-faschistischen Jugendlichen, vertritt auch die "Nationalistische Front" — die sich ideologisch auf Strasser und auf die SA beruft — eine "modernisierte", radikal-nationalistische Position. Das tut allerdings ihrer Aggressivität und auch ihrer antisemitischen Ausrichtung keinen Abbruch. U.a. wegen des Mitte November in Wuppertal an einem 53jährigen Mann verübten Mordes, der verschiedenen Darstellungen nach jedenfalls auch aus antisemitischen Motiven begangen wurde, sitzen Mitglieder dieser Gruppe in Haft. (22) Die NF steht in Kontakt zur organisierten "neuen NSDAP" — zu jenen Gruppen, die — wie u.a. die "Deutsche Alternative", in der nazistischen "Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front" zusammengeschlossen sind. (23) Verbindungslinien führen andererseits zu den "Jungen Nationaldemokraten" und zu Nationalrevolutionären, die sich eng an der "nouvelle droite" anlehnen. Das belegt einmal mehr, daß "Modernisierung" keinesfalls mit moderatem Vorgehen, mit Mäßigung und der Integration in bürgerlich-demokratische Politikmuster verwechselt werden darf, und weiter, daß "modernisierter" und "traditioneller" Rechtsradikalismus ideologisch wie organisatorisch eng miteinander verknüpft bleiben.

Wahlparteien und intellektuelle Rechte

Bei den erfolgreichen rechtsradikalen Wahlparteien ist durchgängig der Versuch, die eigenen Thesen "modernisiert" zu präsentieren, spürbar — der Grad dieser "Modernisierung" ist allerdings unterschiedlich. Ist die DVU eher traditionell-populistischem Agieren verpflichtet (was ihrer Wirksamkeit keinen Abbruch tut), bemüht sich Schönhuber, den "Republikanern" dabei auch ein intellektuell modernes Gepräge

zu geben. Für eine solche Tendenz stehen auch einzelne Repräsentanten der Partei, etwa der baden-württembergische REP-Vorsitzende Käs, der, smart und leistungsbewußt, eher als intellektueller Yuppie daherkommt, denn als Stammtischbrunder.

Das Parteiprogramm der Republikaner, das 1987 im Zuge einer "Modernisierung" neu erarbeitet wurde, reitet, ganz im Sinne einer "Neuen" Rechten, eine verdeckte völkische Attacke auf die Menschenrechte: *"Die Republikaner als eine deutsche Partei"*, heißt es da, setzten sich *"für das Lebensrecht und die Menschenrechte der Deutschen im Sinne des Grundgesetzes ein"*. Die Tatsache, daß Bürgerrechte nach dem Grundgesetz nur für Deutsche gelten, wird hier auf die dort universell gültigen Menschenrechte fortgeschrieben, die dadurch ad absurdum geführt und negiert sind. Wie die französische nouvelle droite suchen dennoch auch die nationalistischen "Republikaner", ihr ethnopluralistisches Programm als "ausländerfreundlich" zu präsentieren. Der Text einer Wahlkampfanzeige zur Europawahl 1989, die betende Moslems in Marseille abbildete, lautete z.B.: *"Das Aufeinanderprallen völlig unterschiedlicher Sprachen, Religionen, Sitten, Mentalitäten, Traditionen, Kulturen führt nach aller Erfahrung zu Konflikten, die politisch und gesellschaftlich unlösbar sind. Betroffen sind Ausländer und Einheimische gleichermaßen. Beide werden in ihren Interessen und Rechten beeinträchtigt. Kluge, zukunftsorientierte Politik wird bemüht sein, die Völkerfreundschaft von derartigen Belastungen freizuhalten. Nur so läßt sich Ausländerfeindlichkeit verhindern."* (24)

Doch ist der eigentliche Träger einer "Modernisierung" der radikalen Rechten in Deutschland jene "intellektuelle" Rechte, die sich um verschiedene Zeitschriften gruppiert. Für das eher traditionelle Spektrum leistet die — mit immerhin monatlich 10.000 Exemplaren erscheinende — "Nation Europa" den Schulterschluß mit den "Nationalrevolutionären". (25) Für die "Erneuerung" bedeutsam waren in der Vergangenheit auch "Europa Vorn" und die zweimonatlich erscheinende "Criticón", die von Armin Mohler, einem ehemaligen Privatsekretär Ernst Jüngers, herausgegeben wurde. Aktuell im Aufwind ist insbesondere die Zeitschrift "MUT", die als Verbindungsglied modernisiert-faschistischer zu konservativen Positionen fungiert. Nicht nur eine ganze Regierungsriege, sondern auch der SPD-Linke von Oertzen hat inzwischen dort geschrieben, und Bundeskanzler Helmut Kohl erklärte sich per Leserbrief zum *"ständigen Leser* von 'MUT'", der insbesondere Beiträge Gerd-Klaus Kaltenbrunners oft *"mit viel Sympathie und Zustimmung"* verfolge. (26). Kaltenbrunner wirkt als einer jener intellektuellen Blockadebrecher, die sowohl in konservativen Zeitschriften wie "FAZ" und "Welt" als angesehene Autoren gelten, als sie auch im faschistischen Spektrum ihre intensiven Kontakte pflegen. Faschistische und "Konservative Revolution" verknüpft auch die "Junge Freiheit", die von sehr jungen Rechten in einer — steigenden — Auflage von über 35.000 erstellt wird (27), und die bald von monatlichem auf wöchentliches Erscheinen umgestellt werden soll. Ihr Ziel: ein *"Kapillarsystem'..., durch das konservative Vorstellungen in breitere Schichten sickern können. Eine Partei ... wäre diesem Vorfeld nicht überzustülpen, sondern diesem als parlamentarischer Arm unterzuordnen."* (28) Ständige Themen sind in "MUT" wie in der "Jungen Freiheit" Beiträge, die auf verschiedenen Wegen versuchen, Geschichtsrevisionismus zu betreiben. Noch weniger als in Frankreich ist der deutschen radikalen Rechten möglich, sich vom historischen NS-Antisemitismus zu lösen. In diesem Zentralthema trifft sich z.B. auch der "reputierliche" Kaltenbrunner mit der so wenig reputierlichen "Nationalistischen Front", auf deren Revisionismus-Kongreß er anzutreffen war. Gerade das Bemühen, "aus dem Schatten Hitlers zu treten", führt bei VertreterInnen der "Konservativen Revolution" immer wieder zu antisemitischen Ausfällen: Jüdischen VertreterInnen wird Auschwitz, wird die Unmöglichkeit, eine ungebrochen positive deutsche Volksgeschichte zu schreiben, nicht "verziehen".

Insgesamt bleibt festzuhalten, daß die "modernisierte", intellektuelle Rechte sich weit stärker über Publizistik Einfluß auszuüben anschickt, als über die rechtsradikalen parteipolitischen Formierungen zu verwirklichen. Nachdem jede Tabuisierung rechtsradikaler Positionen geschwunden ist, kann die "Neue Rechte" so durchaus eine Anziehungskraft weit ins "reputierliche" bürgerliche Spektrum hinein entwickeln — die wiederum über neue parteipolitische Konstellationen wirksam werden könnte.

Berthold Brunner

Anmerkungen:

1) "La Plata Ruf" erschien, geleitet von einem ehemaligen Referenten Joseph Goebbels, in Buenos Aires, die Verfasserin des Leserbriefs unterzeichnete mit Thora Ruth; vgl. Torsten Baensch, Jugendlichen Raum lassen?, Hamburg 1992, S. 17

2) Vgl. hierzu die Einschätzung und Beispiele in: Hrsg. ID-Archiv im ISSG, Drahtzieher im braunen Netz. Der Wiederaufbau der "NSDAP", Amsterdam 1992, S. 105f.

3) "GRECE" ist Abkürzung für "Groupement de Recherche et d'Etudes pour la Civilisation Européenne" und soll gleichzeitig auf das im antiken Griechenland gesuchte "Kulturerbe" verweisen.

4) In "Europe-Action", Nr. 9, S. 72, zitiert nach: Allain Rollat, "Nouvelle Droite" — die "Neue Rechte" in Frankreich, in: Martina Kirfel/ Walter Oswald (Hrsg.), Die Rückkehr der Führer. Modernisierter Rechtsradikalismus in Westeuropa, Wien, Zürich 1989, S. 125.

5) In "éléments", Paris, Nr. 10, das den Titel trägt: *"Menschenrechte — Eine Falle?"*, nach: Rollat, aaO, S. 123.

6) Jean-Yves le Galon in Nouvelle Ecole, Paris, Nr. 6, S. 25 — zitiert nach Rollat, aaO, S. 124.

7) Vgl. hierzu bei Rollat, aaO, S. 120ff.

8) Zitat nach Rollat, aaO, S. 123.

9) "GRECE" existiert heute als Eliteorganisation mit geschätzten 5000 Mitgliedern bei kompliziertem Aufnahmeverfahren und hohen Beiträgen; "GRECE" organisiert Seminare, Kolloquien und Buchpublikationen — vgl. Rollat, aaO, S. 121.

10) In: Nouvelle Ecole, Paris, Nr. 9, S. 8f, zitiert nach: Rollat, aaO, S. 124.

11) In: Nouvelle Ecole, Paris, Nr. 14, S. II, zitiert nach: Rollat, aaO, S. 124.

12) Zitiert nach: Martina Kirfel/ Walter Oswald (Hrsg.), Die Rückkehr der Führer. Modernisierter Rechtsradikalismus in Westeuropa, Wien, Zürich 1989, S. 226

13) In: Natur, Nr. 11, München 1988 — Konrad Lorenz im Gespräch anläßlich seines 85. Geburtstages, zitiert nach: Martina Kirfel/ Walter Oswald (Hrsg.), aaO, S. 226

14) Tageszeitung vom 7.11.1991, zitiert nach Jutta Ditfurth, Feuer in die Herzen. Plädoyer für eine ökologische linke Opposition, Hamburg 1992, S. 156.

15) Vgl. die Zitate bei Ditfurth, aaO, S. 158f.

16) Gruhl in der Diskussionssendung "Heißer Stuhl" in RTL plus am 14.4.1992, zitiert nach Ditfurth, aaO, S. 154f.

17) In. Herbert Gruhl, Ein Planet wird geplündert, Frankfurt am Main 1987, S. 110.

18) So in: Mut, Nation Europa, Wir selbst, und Junge Freiheit; vgl Ditfurth, aaO, S. 167.

19) In Elemente 2/87, zitiert nach: Armin Pfahl-Traughber, Rechte Intelligenzblätter und Theorieorgane, in: Vorgänge. Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik, Nr. 116, April 1992/Heft 2, S. 42.

20) In einem von "Neuen Rechten" herausgegebenen Sammelband "Gedanken zu Großdeutschland" erklärt Nenning im Interview, *"Blut"* sei *"etwas, das einen Zusammenhang von Familie quer durch die Geschichte etabliert"*; er halte *"Nation für einen positiven Begriff, als Geburtengemeinschaft, als Herkunftsgemeinschaft, als Quelle von Wärme, als Hinweis auf Wurzeln"*, dagegen sei *"Gesellschaft der Einheitsbrei, wo alle das gleiche essen, das gleiche trinken, das gleiche blöde Fernsehen schauen"*. Zitiert nach: Christoph Schütte, Völkererwachen und Intellektuellendämmerung. Die Rezeption der Nouvelle Droite, in: Vorgänge. Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik, Nr. 116, April 1992/ Heft 2, S. 55.

21) Strategiepapier von Klaus Berger zur Gründung der PO, zitiert nach Margret Feit, Die "Neue Rechte" in der BRD, in: Martina Kirfel/Walter Oswald (Hrsg.), aaO, S. 34f.

22) Vgl. die Angaben der "Hamburger Morgenpost" vom 23.11., S. 3.

23) Vgl. dazu "Drahtzieher...", aaO.

24) Zitiert nach: Diss-Texte Nr. 8, Helmut Kellershohn, Der völkische Nationalismus der Republikaner. Ideologie und Programmatik, Duisburg 1989, S. 21.

25) Zahlenangabe nach: Hans Sarkowicz, Publizistik in der Grauzone, in: hrsg. Wolfgang Benz, Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. Voraussetzungen, Zusammenhänge, Wirkungen, Frankfurt am Main 1989, S. 93.

26) Kohls Leserbrief war abgedruckt in der MUT 2/1989, vgl. Feit, aaO, S. 37.

27) Die Angabe 35.000 stammt aus dem Jahre 1991; vgl. FAZ vom 10.11.1992, S. 35.

28) "Junge Freiheit", Nr. 4/1992.



Welche Last wiegt schwerer...? aus: Der Spiegel Nr.: 52/91

Renationalisierung und Faschisierung

Deutschland auf dem Weg ins Vierte Reich?

Der nachfolgende Text versucht, die Rechtsentwicklung in Deutschland, wie sie seit der Wiedervereinigung die Straße, die Politik und das Massenbewußtsein erfaßt, nachzuzeichnen und zu analysieren — Thema ist u.a., ob und wie sie mit der wiedererstandenen deutschen Nation, bzw. Versuchen der Renationalisierung Großdeutschlands zusammenhängt. Daran schließt sich die Frage an, ob von einer "Faschisierung" in Deutschland gesprochen werden kann und muß: Tendenzen gesellschaftlicher Faschisierung und eine Hinwendung zu autoritärer Demokratie werden behauptet und zu beweisen versucht.

Von der "Normalisierung" zur Wiedervereinigung

Nach den Faschisierungsdebatten der siebziger Jahre sahen Teile der radikalen Linken im Bundestagswahlkampf 1980 erneut in der Kanzlerkandidatur Franz Josef Strauß' die Gefahr einer solchen Entwicklung erblickt. Nach seiner Wahlniederlage gab es 1982 bei der proklamierten konservativen ("geistig-moralischen") Wende mit Amtsantritt der Regierung Kohl nur anfänglich ähnliche Befürchtungen. Der größte Teil der Linken wertete den Beginn der konservativen Regierung als einen Prozeß der *Normalisierung* der Bundesrepublik. Normalisierung meinte, daß sie sich aus den — ihr nach dem Zweiten Weltkrieg auferlegten — Fesseln zu lösen begann und auf dem Wege zu einer ganz normalen bürgerlichen Demokratie war. In der Sprache der CDU: die deutsche Demokratie ist stabil und fest in das westliche Wertesystem eingebunden. In der Sprache der Grünen und des tragenden Kerns der mittlerweile institutionalisierten, ehemaligen 68er: die Bundesrepublik ist zivilisiert, die APO, die Reformbewegungen der siebziger Jahre und die Ökologiebewegung haben ihr ein stabiles demokratisches Fundament verschafft. Die deutsche Zivilgesellschaft ist seit einigen Jahren in aller Munde.

Für eine solche Sichtweise sprachen zahlreiche Faktoren. Die konservative Wende vollzog sich schleichend und nicht als Bruch. Ökonomisch änderte sich am deutschen Wohlstandsmodell nur wenig, sozial wurde ein sukzessiver Prozeß der Privatisierung und des Abbaus staatlicher Leistungen (Gesundheitswesen) eingeleitet, der am sichtbarsten auf dem Wohnungsmarkt (Einstellung des sozialen Wohnungsbaus, Freigabe der Mietpreise) durchgeschlagen ist. Außenpolitisch war Kontinuität in der Person Genschers garantiert. Innenpolitisch bereicherten die Grünen als Parlamentspartei das Oppositionsspektrum. Die Vision einer soften, rosa-grünen Republik — ökologisch, sozial (aber eigentlich weniger), friedensfreundlich und quotiert — war nicht wenigen Änderungsperspektive geworden.

Zugleich vollzog sich die konservative Wende vor allem in den Institutionen, der Wissenschaft und Forschung (Gentechnik, Euthanasie/Singer-Debatte) und als *historischer Revisionismus* ideologisch. Schwerpunkt konservativen Normalisierungsbemühens der deutschen Nation war die Zurichtung der deutschen Geschichte auf Überwindung des Nationalsozialismus als ein Teil von ihr ("aus dem Schatten Hitlers treten"). Herausragende Ereignisse hierfür: 1985, die "Versöhnungs"rede Weizsäckers vierzig Jahre nach Kriegsende, im selben Jahr die deutsch-amerikanische "Versöhnung" von Kohl und Reagan ausgerechnet(!) an den Gräbern von SS-Soldaten in Bitburg, sowie der "Historikerstreit" 1986. Sein Kerninhalt war die Darstellung des Nationalsozialismus als "Herausfallen" aus einer viel längeren, positiven deutschen Kulturgeschichte. Die Grausamkeiten des NS wurden als "undeutsch" betrachtet (Ernst Nolte: der NS als Reflex auf die bolschewistische Revolution war in Wahrheit eine "asiatische Tat").

Wiedervereinigung und Renationalisierung

Die Wiedervereinigung 1989/90, die international unter dem Titel "Selbstbestimmungsrecht der Deutschen" durchgesetzt wurde, war in vieler Hinsicht eine Offenbarung des realen Gehalts der deutschen "Zivilgesellschaft". Sie war gekennzeichnet durch innen- und außenpolitische Rücksichtslosigkeit bei der Durchsetzung deutscher Interessen. Das bisherige deutsche Erfolgsmodell, Stabilität und ökonomische Expansion als Motor für deutsche Einflußnahme und Expansion, wurde zugunsten der *politischen* Aktion, des Vorrangs der politischen Ziele zurückgestellt. Wurde damit ein künftiges "Modell Deutschland" sichtbar, das wiederum an deutsche imperialistische Politik der Vergangenheit erinnert?

Die Übernahme der DDR wurde als neoliberaler Akt der Hin- bzw. Zurichtung der ökonomischen DDR-Basis für westdeutsche Kapitalinteressen vollzogen. Ökonomische Bedenkenträger (Bundesbankchef Pöhl) zugunsten einer "weicheren" Übernahme der DDR wurden wegen des politischen Kalküls, über eine schnelle Wiedervereinigung Fakten zu schaffen, die die Basis für eine neue deutsche Großmacht bilden sollten, beiseite geschoben. Neben der Ausschaltung jeder DDR-Autonomie, stand im Zentrum der Überlegungen die *Wiederherstellung der vollen staatlichen Souveränität*, der Abzug der Alliierten und die Beseitigung der alliierten Vorbehaltsrechte über Deutschland. Mit den Zwei-plus-vier-Verträgen wurde dieses Ziel erreicht. Die *Renationalisierung* des größeren Deutschlands stand damit außen- wie innenpolitisch auf der Tagesordnung:

* *Außenpolitisch* hat die Phase der Neuorientierung *Deutschlands als Weltmacht* und der Eroberung des Ostens als Einflußsphäre begonnen. Die bisherigen Tastversuche einer *Neuen Ordnung für Europa* sind widersprüchlich. Als exemplarisch muß der deutsche Alleingang bei der Forcierung der Zerschlagung Jugoslawiens angesehen werden, mit dem zum erstenmal Ambitionen als künftige politische Ordnungmacht in Europa angemeldet wurden. Auch die deutschen Vertragsdiktate gegen Polen und die Tschechoslowakei, in denen weitgehende Rechte volksdeutscher Minderheiten durchgesetzt wurden, belegen die bestimmende Rolle Deutschlands in Osteuropa. Schwieriger gestaltet sich der Übergang der westorientierten EG mit den Verträgen von Maastricht für die künftige Ostexpansion. Die Maastrichter Richtung entspringt eher der vergangenen, als einer zukünftigen mittel- und osteuropäischen Orientierung, die mehr eine Option auf Kapitalverwertung bedeutet, als daß sie sich kurzfristig realisieren ließe. Diese Problematik ändert nichts daran, daß die deutsche Ostorientierung politisch zielstrebig verfolgt wird.

* *Militärpolitisch* hat die *Renationalisierung und Europafähigkeit deutscher Sicherheitspolitik* in künftig bündniseingebundener, aber souveräner Entscheidung begonnen. Sowohl die durch das Grundgesetz blockierte Ausdehnung der Militärpolitik in Form "friedensfördernder Interventionen" (unter der Beteiligung der Bundeswehr seit 1991 in: Türkei/Golfkrieg, Kambodscha, Somalia, Adria-Blockade/Jugoslawien) gehört zu solchen Gehversuchen, wie auch der Ausbau der WEU als militärischer Arm einer "operativen KSZE" (die seit Juli 1992 Unterabteilung Europa der UNO ist) und das deutsch-französische Eurokorps Schritte zu einer größeren militärischen Unabhängigkeit von der atlantischen US-Dominanz über Europa sind.

* *Ökonomisch* sind die Schwierigkeiten am größten. Der drohende Verlust der Geldwertstabilität durch die Kosten der Wiedervereinigung gefährdet den bisherigen Standard internationaler Wettbewerbsfähigkeit. Die Bindung staatlicher Mittel für die "Finanzierung der Einheit" und die steigende Staatsverschuldung gefährden das Modell vom *Standort Deutschland* — als technisch hochentwickelter "Systemkopf", der — so die Vorstellung und erste Ansätze in Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei — den BRD-Konzernen mit Osteuropa ein halbkoloniales Operationsfeld vor der Haustür verschaffen soll.

* *Innenpolitisch* steht die Herausbildung eines den größeren deutschen Staat tragenden *Nationalismus*, die Herstellung einer vom "blutsdeut-

schen" Staatsvolk getragenen *Gemeinschaft aller Deutschen* zur Bewältigung der Zukunftsaufgaben im Mittelpunkt.

Wiedervereinigung als Tabubruch

Die Abrechnung mit dem Staatssozialismus und die Neuauflage der Totalitarismustheorie — am deutlichsten sichtbar in der Umwandlung und Erweiterung antifaschistischer Gedenkstätten in Orte, an denen auch des "stalinistischen Terrors" gedacht werden soll —, leitete die Phase zwei der Geschichtsrevision ein. Sie "überwand" in einem "Doppelschlag" den Nationalsozialismus über seinen stalinistischen "Zwillingsbruder", die DDR als sowjetische Untat. Das "Auschwitz in den Seelen" (Jürgen Fuchs), das DDR-Bürgerrechtler und westdeutsche Intellektuelle in der Ex-DDR entdeckten, steht für einen Relativismus, der im Extrem als Wiederentdeckung der "Vorteile" des Nationalsozialismus gewendet wird. Während der staatlich beauftragte Stasi-Jäger Gauck den ökonomischen Niedermachkurs der Bundesregierung gesinnungspolitisch exekutiert, rüsten seine bürgerbewegten Jünger die deutsche "Opposition" ideologisch auf gesamtdeutsche Kompatibilität um. Die bundesdeutsche Justiz trägt mit ihren Prozessen gegen ehemalige DDR-Größen dazu bei, daß letztlich — wie schon 1933-1945 — nicht die Deutschen an ihrem und vor allem anderer Schicksal schuld waren, sondern die "undeutschen" Sowjetagenten Honecker, Mielke, Stoph usw., die von guten, deutschen, rechtsstaatlichen Gerichten abgeurteilt werden sollen.

Mit der Wiedervereinigung bekam der Revisionismus einen kräftigen Schub. Was als besonderes DDR-Erbe verketzert wurde, der "verordnete Antifaschismus", war ab sofort in ganz Deutschland hinfällig. Man kann sich wieder zur deutschen Geschichte bekennen. Was als Revision begann, ist mittlerweile staatlich sanktionierter *Tabubruch* geworden.

Als "Datum" für diesen Tabubruch muß der Fall der Mauer gelten. Mit ihr fiel auch im Westen das, was als Lehre aus der Geschichte gilt. Es erweist sich, daß der westdeutsche Antifaschismus nicht weniger eine Veranstaltung der Alliierten war, als in der DDR. Das wiederbelebte deutsche Nationalbewußtsein begreift einen Teil dieser Lehren nicht als deutsch, sondern außengesteuert. Nationalismus ("Deutschland den Deutschen"), Rassismus ("Ausländer raus") und Antisemitismus (Grabschändungen, Anschläge auf jüdische Gedenkstätten) sind für jeden Nationalstaat konstituierende Grundelemente seines tragenden Staatsvolks. In ihrer deutschen Ausprägung sind sie nicht vom Nationalsozialismus zu trennen, da in diesem Land nie, am allerwenigsten aus eigener Einsicht, ein personaler und inhaltlicher Bruch vollzogen wurde. Nicht nur Historiker, auch Neonazis nahmen das neue Deutschland auf ihre Weise wahr: in drei Jahren entwickelte sich eine rege nationalsozialistische Kultur und ein breites organisiertes Nazispektrum. Nicht wenige Deutsche haben unter Souveränität verstanden, daß man jetzt endlich all das wieder öffentlich artikulieren darf und kann, was die "Besatzungsmächte" untersagt haben.

So wird aber nicht allein im gemeinen Volk gedacht, sondern dieser Prozeß hat sich auf allen gesellschaftlichen Ebenen vollzogen. Der "kleine Mann auf der Straße" sieht sich durchaus im Einklang mit deutschem außenpolitischen Auftrumpfen in Jugoslawien, mit Belehrungen der Staaten, die Opfer deutschen Krieges waren, mit Kohl's Zurückweisung jüdischer Einmischung in deutsche Angelegenheiten als etwas, was wir uns nicht mehr bieten lassen brauchen. Oder er beklagt die Demut "der da oben", die immer noch zusammenzucken, wenn im Ausland die Exportnation Deutschland kritisiert wird, und sie eilfertig um das deutsche Ansehen kinkelt.

"Deutschland den Deutschen" — eine soziale Bewegung

Die oben beschriebenen Veränderungen bezeichnen einen Wechsel des gesellschaftlichen Klimas in der BRD. Rechts und deutsch ist angesagt.Die gesellschaftliche Modernisierung, die die 68er und die Grünen in den Institutionen und im Bereich grün = Umweltschutz bewirkt haben, ist spätestens mit der Wiedervereinigung ausgelaufen. Die Renationalisierung Deutschlands erfordert zum einen eine Neubestimmung der Staatsauf- und ausgaben für die innen- wie außenpoltischen Veränderungen, die finanziert werden müssen. Sie verlangt außerdem andere ideologische Werte, als die rot-grünen der achtziger Jahre.

In diesem gewandelten Klima hat sich seit 1989 *eine neue soziale Bewegung 'Deutschland den Deutschen'* entwickelt. Sie wird von nazistischen Organisationen, Rechtsradikalen und Jungkonservativen politisch getragen. Sie dringt in alle Parteien ein: die CDU/CSU steht erneut unter dem Druck von "Vertriebenen" und konservativen Zirkeln am Rand der Partei sowie unter der Parteikonkurrenz der "Reps". Die SPD vollzieht unter dem gleichen Druck eine Kraftanstrengung, die Partei nach rechts anzupassen ("Petersberger Beschlüsse"). In der FDP wächst entlang der Haider-Sympathie der nationalliberale Flügel. Die neue Rechte kann sich — nicht unbedingt in ihren Methoden, aber in ihren Zielen — auf eine breite Basis in der Bevölkerung stützen. So problematisch die demoskopischen Zahlenerhebungen über Meinungen/Bewußtsein sich ausnehmen mögen, da sie sowohl von den Fragestellungen als auch Stimmungen beeinflußt sind, kristallisiert sich doch ein deutlicher Trend nach rechts heraus.

Schon in der SINUS-Studie von 1981 waren harte 13% Deutsche ermittelt worden, die eine geschlossen rechtsextreme Einstellung zu erkennen gaben — mehr Führer, mehr deutschnational, Parteien- und Parlamentarismuskritik, Relativierung der Nazi-Verbrechen und der Wunsch nach Volksgemeinschaft waren die Charakteristika dafür. Diverse Umfragen aus dem zurückliegenden Jahr bestätigen einen Anstieg solcher Grundmuster im Denken. Ob 51% "weich" "Deutschland den Deutschen" fordern, 37% angeben, die Deutschen müßten sich "im eigenen Land gegen die Ausländer wehren", 26% für die harte Variante "Ausländer raus" eintreten (Infas-Umfrage im September); ob 53% aller Deutschen finden, daß hier zu viele Ausländer leben (IPOS, Mai 1992); ob 65% "stolz (sind) ein Deutscher zu sein", 20% sich nach Rostock "einen starken Mann" an der Regierung wünschen, 72% die geplante Europa-Währung ablehnen, weil sie die DM behalten wollen (Forsa-Institut, September 1992); ob 13% in der "Spiegel-Umfrage" als harte Antisemiten eingestuft werden, 27% Hitler ohne Judenvernichtung und Weltkrieg für einen "großen Staatsmann" halten, 44% dem Nationalsozialismus gute wie auch schlechte Seiten zuerkennen (Emnid, Januar 1992), — die Voraussetzungen für Rechtsentwicklung haben durchgängig eine Massenbasis. Neuere Einzeluntersuchungen aus Ostdeutschland zeigen, daß unter den 15-24jährigen solche Anschauungen sogar noch rapide anwachsen.

Ein Drittel der Bevölkerung zeigte im vergangenen Jahr (vor Rostock) Verständnis für rechtsradikale Aktionen gegen Nichtdeutsche. Das ist noch keine Mehrheit. Seine Bedeutung bekommt diese Zahl aber erst vor dem Hintergrund dessen, was in der BRD seit 15 Monaten passiert. Etwa zwanzig Morde an Flüchtlingen, ImmigrantInnen, Obdachlosen sowie Leuten, die sich gegen die Nazis wandten; hunderte Anschläge, Überfälle auf Behinderte, Schwule, Linke, eine neue antisemitische Welle mit zahlreichen Grabschändungen, Anschlägen auf Gedenkstätten, eine ungehemmte "Zigeuner"hetze — all dies markiert eine zunehmend unerträgliche Lebenssituation für Millionen Menschen in der Bundesrepublik, und zwar lange vor den Morden von Mölln. Der angewandte tagtägliche Terror gegen Minderheiten übertrifft das, was an Straßenterror gegen Minderheiten und Juden in der Endphase der Weimarer Republik existierte, und wurde erst durch den Terror unter der Herrschaft der Nationalsozialisten übertroffen. Zugleich kristallisiert sich deutlich heraus, daß die alten Haßziele der Nazis — Juden, "Zigeuner", fremde "Rassen", "unwertes" Leben (Behinderte, Obdachlose) sowie "Anormale" (Schwule) — auch die Angriffsziele der heutigen Nazis und Skinheads sind. Der Straßenterror der letzten fünfzehn Monate hat — betrachtet man die Brutalität des Vorgehens — das Niveau der SA erreicht. Daß eine solche Entwicklung *überhaupt* so lange vonstatten gehen konnte, verweist auf einen tiefgreifenden *Verfall* "demokratischer Moral", *von Rechtsbewußtsein*. Die Gegenbewegung ist, das ist mit der ausgerechnet unter von Weizsäckers Obhut durchgeführten Berliner Demo deutlich geworden, in ihrer Breite staatlich verordneten "Ausländerfreundlichkeit", deren Substanz von eben jenem Staat abhängt, der parallel die den Rassismus befeuernde Asyldebatte führt.

Während der Terror verharmlost, bzw. mit verständnisvollen Motivationserklärungen kommentiert wird, scheint die Strategie der heutigen Nazis ganz im Sinne des staatlich organisierten 1938er Pogroms zu liegen: "Und das ist ja schließlich die gute Seite der letzten Vorgänge, daß die ganze Auswanderungsfrage akut geworden ist, daß die Völker sehen: Der Jude kann

nicht in Deutschland wohnen." (Hermann Göring über die Reichspogromnacht im Dezember 1938)

Was soll die Asyldebatte?

Die Asyldebatte der letzten fünfzehn Monate hat gnadenlos den Straßenterror in ihr Kalkül aufgenommen. Man kann ohne Übertreibung unterstellen, daß Debatte und Straße sich als Abschreckung gegen Flüchtlinge ergänzt haben. Die einen organisieren Morde und Überfälle, der Staat schafft Sammellager, ED-Behandlung, Warengutscheine statt Geld, Kürzung der Sozialhilfe unterhalb des Existenzminimums. Erkennbar hat der Straßenterror wiederum die Verschärfung der staatlichen Asyldebatte mit vorangetrieben. Dieses faktische Zusammenspiel erklärt auch, warum der ansonsten so starke BRD-Staat lange Zeit so "hilflos" gegenüber dem rassistischen Terror war.

Der Asyldebatte liegen zwei Ziele zugrunde. Ein ideologisches liegt in der Errichtung der deutschen Volksgemeinschaft, die in Abgrenzung zum Nichtdeutschen konstituiert wird — auch diese Entwicklung ist Teil der Renationalisierung, der Wiederherstellung verlorener, bzw. reduzierter "nationaler Identität", die die Ideologen des neuen Deutschland durch "Integration", "überfremdung" und insgesamt zu ausgeprägte "Internationalisierung" bzw. "Europäisierung" des alten BRD-Staates bedroht sehen.

Das zweite Ziel folgt einem sehr rationalen Kalkül: der bundesdeutsche Staat will die *Regelbarkeit kapitalistischen Arbeitskräftebedarfs* organisieren (mit den zynischen Worten des Grünen Udo Knapp: "Herstellung innerer Souveränität"), die durch die Veränderungen in Osteuropa aus dem Lot zu geraten droht. Diese Regelung erfolgte in der Vergangenheit über Anwerbestop, bedarfsgemäß befristete Arbeitsverbote für Asylbewerber, mehr oder weniger strenge Verfahrensregeln im Asylrecht. Künftig soll die bedarfsorientierte Abschiebung von Flüchtlingen effektiver organisiert werden.

Der Anstieg der Asylbewerberzahlen der letzten drei Jahre ist überwiegend Folge des gefeierten Zusammenbruchs der staatssozialistischen Nationen in Osteuropa, und nicht, wie zumeist auch von Linken angenommen, der Einwanderung aus den "klassischen" Armutsregionen der Dritten Welt, wo nur geringe Chancen auf Flucht oder Ausreise in die BRD bestehen. 60% der Flüchtlinge kamen 1992 aus Jugoslawien, Rumänien und Bulgarien (1991: 50%) mit weiter ansteigender Tendenz. Dem soll vorgebeugt und es sollen die Auswahlkriterien verschärft werden: die Verwertbarkeit der Flüchtlinge als Arbeitskräfte zu deutschen Bedarfsbedingungen ist angestrebt. Arbeitsmarktdemographen gehen von jährlich 300.000 benötigten Zuwanderern bis zum Jahre 2030 aus, um die Arbeitskraftverluste der bundesdeutschen Bevölkerungsentwicklung auszugleichen — gebraucht werden aber leistungsfähige jüngere Leute.

In den vergangenen Jahren hatten Flüchtlinge und Übersiedler aus der DDR sowie sogenannte deutschstämmige Aussiedler den Vorrang — auch in Zukunft wird das völkische Auswahlkriterium entscheidend bleiben, wenn auch die gewünschten Aussiedlerzahlen begrenzt wurden. Die Selektion wird am krassesten im deutsch-rumänischen "Rückführungsabkommen" deutlich, mit dem die Bundesregierung hofft, in kurzer Zeit 50.000 rumänische Roma und Sinti abzuschieben. Die Roma gelten den Rassisten als nach deutschen Arbeitsmarktkriterien weder verwertbar, noch halten sie es zumutbar für die Deutschen, den Anblick von "Zigeunern" ertragen zu können.

Beide Ziele — Homogenisierung des deutschen Staatsvolks und Arbeitskräftebedarf der Wirtschaft — können, ja müssen sogar in Konkurrenz zueinander treten. Die "aufgeklärte" Fraktion der bundesdeutschen Asyldebatte argumentiert gegen die offen rassistischen Ausländerbegrenzer gerne mit dem Nutzen der "Ausländer" für die deutsche Wirtschaft und nicht wenige Linke tun es ihnen argumentativ nach. Eine Studie des RWI (9/92) rechnet vor: von 1988 bis 1992 seien 3,6 Millionen Menschen nach Westdeutschland zugewandert (vergleichbar übrigens den "Gastarbeiter"zahlen in den sechziger Jahren). Ein Drittel Aussiedler aus Osteuropa, ein Viertel DDR-Übersiedler, 19% Asylbewerber, 23% Immigranten ("sonstige Ausländer"), die per saldo (also abzüglich sozialer Ausgaben) 14 Milliarden DM in die bundesdeutschen Staatskassen gewirtschaftet haben, ganz abgesehen von den Gewinnen für die Wirtschaft. Doch warnt das RWI auch, daß diese Entwicklung nicht in die Zukunft fortgeschrieben werden könne. Auch aus Sicht des "aufgeklärten Kapitals" sei wegen der bevorstehenden wirtschaftlichen Rezession und des sinkenden Arbeitskräftebedarfs der BRD-Wirtschaft die Beschränkung des Zuzugs von Flüchtlingen dringend notwendig.

Wer also das beliebte Argument, "wir alle brauchen die Ausländer" strapaziert, wird sich der Selektion nach Verwertungskriterien nicht verschließen können. Sie ist das Einfallstor, durch das die "Aufgeklärten" gehen und sich mit den Homogenisierern treffen, — nicht die Menschen, sondern die Arbeitskräfte zu beurteilen und auf keinen Fall die Hierarchie (Vorrang für Deutsche) zu gefährden. So verweist die RWI-Studie denn auch befriedigt darauf, "daß in knapp drei Viertel aller Fälle ausländische Arbeitnehmer Arbeitsplätze besetzten, für die keine deutschen Kräfte verfügbar waren."

Krise des Wohlfahrtsstaats

Die bundesdeutsche Wirtschaft rutscht in eine *Rezession* hinein, die das Ziel der Binnenanpassung der Ex-DDR und die Finanzierung außenpolitischer Vorhaben beeinträchtigt. Eine neue, tiefergreifende *Austeritätspolitik* wird notwendig sein, damit der Staat diese Aufgaben finanzieren kann, ohne die Verschuldung den letzten drei Jahren vergleichbar ansteigen zu lassen. Insofern wird es eine Krise des bundesdeutschen Wohlfahrtsstaates geben, dessen Attraktivität Motor für den Run hunderttausender ostdeutscher "Wirtschaftsflüchtlinge" auf die BRD war. Die Ostdeutschen werden an einen geringeren Lebensstandard und das Versprechen längerer Anpassungsfristen gewöhnt werden, die Westdeutschen erstmals die angekündigten Einschnitte in den Lebensstandard deutlich zu spüren bekommen. Abgaben, Steuern, weitere Einschränkungen der Quantität sozialer Leistungen stehen bevor. Daneben wird Schritt für Schritt die seit Jahren diskutierte Deregulierung bisheriger sozialer Sicherungs- und Tarifsysteme verwirklicht werden, nicht im Sinne einer allgemeinen Absenkung, sondern einer stärkeren Hierarchisierung. Zugleich ist in den Diskussionen um Verlängerung der Wochenarbeitszeit und Heraufhebung des Rentenalters deutlich geworden, daß der Wohlfahrtstrend umgedreht werden soll.

Verglichen mit der Situation in den USA und in Großbritannien ist der Deregulierungsspielraum in der BRD erheblich. Die künftigen Einsparungsmaßnahmen werden vermutlich auf geringen organisierten Widerstand treffen. Nicht erst seit der Wiedervereinigung, aber seither durchgängig, ist die Politik der Gewerkschaften völlig im Nationalen aufgegangen, sei es als Unterstützung der Weltmarktrolle Deutschlands, sei es als Beteiligte an der Herstellung der nationalen Einheit unter dem Stichwort "Gerechtigkeit". Umverteilung ist kein Thema mehr.

Dennoch wird diese Entwicklung sowohl soziale Differenzierung als auch steigende Unzufriedenheit hervorbringen. Da diese Unzufriedenheit sich aber mehr und mehr mit der Nation identifiziert ("Deutschland zuerst"), ist vieles zu erwarten, nur nicht, daß sich gegen die Tendenz weiterer Verschärfung der sozialen Hierarchie soziale Revolten oder Klassenkämpfe entwickeln könnten, die sich gegen den deutschen Trend richten. Dazu wäre eine Absage an die Nation vonnöten. Es ist eher umgekehrt zu erwarten, daß der Wunsch nach einer intakten Volksgemeinschaft ebensosehr zunehmen wird, wie die gesellschaftliche Brutalisierung, die sich bereits gegen Flüchtlinge und ImmigrantInnen wendet.

Krise der "Parteiendemokratie"

Die vieldiskutierte "Politikverdrossenheit" drückt die gesellschaftliche Entwicklung weg von kollektiver Interessensvertretung aus. Immer weniger Sinn wird im demokratischen, institutionellen Engagement gesehen, immer mehr verwirklicht sich auch hier das Prinzip "jeder gegen jeden". Zum anderen ist sie ein Reflex auf die Schwierigkeiten der politischen Parteien und Institutionen der alten BRD, sich auf die neuen Anforderungen deutscher Politik umzustellen. Das funktionierende alte deutsche Modell paßt nicht mehr auf die neuen Ziele. Alle Parteien sind in einen Modernisierungswettlauf eingetreten und müssen sich zudem der Konkurrenz auf der Rechten stellen. Die derzeitige "Parteienkrise" ist vom Ringen um die inhaltliche Ausgestaltung der deutschen Weltmachtrolle bestimmt und vom Bemühen, sich gegenüber bundesdeutschen Kapitalinteressen als führungsfähig zu erweisen. So sehr man auch die Krise des bürgerlichen Parteienspektrums konstatieren kann, so wenig ist allerdings absehbar, daß die Rechten — auch wenn ihr Potential

in der Bevölkerung wächst — Regierungsaufgaben übernehmen könnten.

Kern der "Parteienkrise" sind politische Zielkonflikte, die sich aus dem Willen, die deutsche Weltmachtrolle neu zu bestimmen, innen- wie außenpolitisch ergeben und die nicht kurzfristig und eindeutig lösbar sind:

* In der Asyldebatte geraten nicht nur Volksgemeinschaft und nichtdeutscher Arbeitskräftebedarf in Konflikt miteinander, sondern zusätzlich schaffen die Folgen deutscher Außenpolitik Probleme. Im Interesse der massiven politischen Intervention in Jugoslawien wird Deutschland zum "Schutzland" von Kriegsflüchtlingen gemacht — was außenpolitisch nützt, wird innenpolitisch als ärgerlich empfunden.

* Die politische Entscheidung, die DDR kleinzumachen, wurde um den Preis des Versprechens der Eins-zu-Eins-Vereinigung durchgesetzt. Die Reduzierung dieses Preises auf die marktwirtschaftliche Anpassung der Einkommen an das Produktivitätsniveau bereitet wiederum neue Schwierigkeiten, weil die Ostmenschen das nicht einsehen und die Westmenschen nicht bezahlen wollen.

* Das deutsche Engagement bei der Zerschlagung Jugoslawiens schlägt als Mißtrauen der Bündnispartner zurück und behindert stärkere militärische und politische Einflußnahme. Ambitionen, wie ein deutscher Sitz im UN-Sicherheitsrat, die Entwicklung der WEU zur deutschbestimmten Euro-Truppe stagnieren wegen Konkurrenzen und erwecken den Eindruck von vielen großen Worten und nichts dahinter.

* Die EG-Krise ist auch eine Antwort auf allzu offensichtliche Dominanzansprüche Deutschlands. Die deutsche Position, ausgehend von ihrer Vorherrschaft in der westorientierten Kern-EG die Partnerländer für deutsche Ostambitionen einzuspannen, stößt auf Widerspruch.

Die in aller Munde geführte deutsche Führungsgschwäche befördert bei den Regierten den Wunsch nach und bei der "politischen Klasse" die Neigung zu autoritären Lösungen. In der Asyldebatte senkt die Ankündung eines "Staatsnotstands" oder "sozialen Notstands" die Schwelle außergewöhnlicher Interventionen der Regierenden herab. Die vielfach beschworene "Asylantenschwemme" als eine "Gefahr für die innere Sicherheit" könnte ein Sondergesetz begründen, das Aushebeln des Grundgesetzes durch einfache Mehrheit. Entsprechend lanciert das Innenministerium die Meldung, Bundeswehrsoldaten im Inneren an der polnischen Grenze gegen Flüchtlinge einzusetzen. Eine ähnliche Strategie verfolgt die CDU in Bezug auf "friedensschaffende Aktionen" (Kampfeinsätze der Bundeswehr), wenn Rühe nach dem SPD-Parteitag, der nur die Beteiligung an UNO-Blauhelmtruppen beschlossen hat, die Umgehung des Grundgesetzes mit der Überlegung eines ebenfalls mit einfacher Mehrheit zu beschließenden Truppen-"Entsendegesetzes" ankündigt.

Entscheidend ist dabei nicht, ob solche verfassungsrechtlich zweifelhaften Ankündigungen auch wahr gemacht werden, sondern, daß sie die Bereitschaft zu ungewöhnlichen Maßnahmen befördern, die in absehbarer Zeit im Interesse großdeutscher Politik nicht nur außenpolitisch und gegen Nichtdeutsche gerichtet sein werden, sondern ebenfalls nach innen.

Weimars Notverordnungs-Präsidialkabinette, die "zur Behebung finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Notstände" das Parlament ausschalteten, lassen grüßen.

Allerdings muß als wesentlicher Unterschied zu Weimar das Fehlen einer starken, organisierten Arbeiterbewegung gesehen werden, deren Parteien parlamentarisch stillzustellen ein Ziel der Notverordnungen war und die als außerparlamentarische Bewegung auszuschalten erste und wichtigste Aufgabe der nationalsozialistischen Ermächtigungsdiktatur war.

"Gemeinnutz geht vor Eigennutz"

Die innenpolitischen Auseinandersetzungen der nächsten Monate werden sich auf die Bewältigung der "nationalen Anstrengung" (Weizsäcker) konzentrieren — gefordert wird die freiwillige Unterwerfung aller unter die durch den Staat repräsentierten "nationalen Interessen". Der diskutierte "Solidarpakt" ist eine mögliche praktische Form.

Seine ideologische Begleitung wird in verschiedenen Varianten diskutiert. Eine angedachte präsentiert Wolf Lepenies im Oktober in der FAZ. Er fordert ein Gremium der "amtlich Unzuständigen, die sich um das Gemeinwohl kümmern", die als intellektuelle, ideologische Instanz den Regierenden mahnend und beratend zur Seite stehen sollen. Die wenigen Namen, die er nennt, umreißen das Spektrum der Glieder der Volksgemeinschaft, die mitreden dürfen sollen: Daimler-Chef Edzard Reuter, die Grüne Antje Vollmer, FAZ-Mitherausgeber Joachim Fest, Gewerkschaftschef Franz Steinkühler, SPD-Ossi Richard Schröder, das katholische ZK-Mitglied aus der CSU Hans Maier, sowie Reimar Lüst als Wissenschaftler.

Als ein erster in diese Richtung zielender politischer Interventionsversuch mit rechtssozialdemokratischer Schlagseite muß das "Manifest" betrachtet werden, das Mitte November die "Zeit" veröffentlicht hat, und das — durch Kommentare ergänzt — binnen kurzem ein Renner auf dem Buchmarkt geworden ist. Unterzeichner: die auch von Lepenies genannten Reuter und Schröder sowie Helmut Schmidt, Wolfgang Thierse, die "Zeit"-Herausgeberin Dönhoff, der Hamburger Landesbankchef Nölling sowie der Biedenkopf-Zögling und Wirtschaftsprofessor Meinhard Miegel.

Ihr Programm ist schnell umrissen: "Verzicht innerhalb der Industriegesellschaften", "wir müssen alle zurückstecken", "mehr Steuern, weniger Lohn", "Schluß mit dem Anspruchsdenken", Besetzung der "konservativen Werte von Heimat, Vaterland, Treue und Opferbereitschaft", Besinnung auf "geistige Werte". Der Appell: "Das Gemeinwohl muß wieder an die erste Stelle rücken... Gewalt, Korruption und ein egozentrischer Bereicherungstrieb sind ein Skandal... Wir haben es satt in einer Raffgesellschaft zu leben,... in der sich allzu vieles nur ums Geldverdienen dreht. Es gibt Wichtigeres im Leben des einzelnen wie auch im Leben der Nation."

Was sich in seiner Begründung zeitweise wie Aussteigerfrust liest, macht seine Absichten da besonders deutlich, wo der innere Notstand beschworen wird. So schmerzhaft Verzicht sei, so wenig sei einzusehen, "warum es uns so schwerfallen sollte, *freiwillig zur Erhaltung des inneren Friedens Verzichte zu leisten, die jeder im Falle eines Krieges selbstverständlich auf sich nimmt*".

Daß solche Appelle sich bis zur Bundestagswahl 1994 häufen werden, kann als sicher angenommen, daß sie erfolgreich sind, darf bezweifelt werden. Wenn der Volkswirtschaftler Miegel an anderer Stelle über einen tieferen als nur materiellen "Sinn des Lebens" nachdenkt und den Westdeutschen nahelegt, die nächsten mageren Jahre "könnten für sie wie eine Entziehungskur wirken, aus der sie nicht geschwächt, sondern nachhaltig gestärkt hervorgehen", so kann man erwarten, daß das kapitalistische Produktions- und Konsummodell bei der Masse der Lohnarbeitenden die geforderte geistig-moralische Wende nicht mit esoterischen Wohlergehensversprechungen vollziehen wird.

Die völkisch, rassistisch und geschichtsrevisionistisch herausgebildete Gemeinschaft aller Deutschen wird die stärkere Reich-arm- und Konsum-Hierarchie, die auf materieller und geistiger Vernutzung von Arbeitskraft und Sinnerfüllung aufgebaut ist, nur dann in die eingeklagte Opferbereitschaft umwandeln, wenn nationale, deutsche Ziele winken. Verzicht ist kein solches Ziel, sondern kann nur über sie hergestellt werden. Insofern ist der Verweis der "Manifest"-Autoren auf den Kriegsnotstand bedeutsam. Auf jeden Fall liegt der "Ausweg" rechts und möglicherweise wieder außerhalb Deutschlands.

Gibt es eine Faschisierung?

Wie kann der derzeitige Prozeß in der BRD politisch bewertet werden? Auf der Ebene der Erscheinung vollzieht sich eine Rechtsentwicklung, die praktisch alle Parteien und Institutionen erfaßt hat. Dieser Prozeß ist älter als das neue Deutschland. Er hat mit der Wiedervereinigung aber einen mächtigen nationalen Schub bekommen. Doch ist damit die Entwicklung noch nicht ausreichend charakterisiert. Bereits vor der Wiedervereinigung gab es — in allerdings erheblich geringerem Umfang — von Neonazis als Tätern verübt alle Formen des heutigen rechten Straßenterrors, Morde, Anschläge, Überfälle gegen Nichtdeutsche. Gewandelt hat sich seit zwei Jahren grundlegend das gesellschaftliche Klima, in dem sich die bereits vor zehn Jahren von isolierten Nazigruppen gewählte Wahlparole "Ausländer raus" von einer Sektiererparole zu einer Massenerscheinung entwickelt hat, deren positive Formulierung "Deutsche zuerst" oder "Deutschland den Deutschen" noch breiter getragen wird. Oben ist dargelegt worden, daß es im politischen Raum, zwischen Volk und demokratischen Parteien wechselseitig eine Anpassung gegeben hat, die die Durchsetzung solcher Anschauungen beförderte. In dem Sinne

kannn man sagen, der demokratische Prozeß geht nach rechts. Doch was tut sich im "Volk"?

Dieser rechte Prozeß wird massiv aus dem "Volk" befördert. Daß der rechte Terror in den Volksmeinungen Resonanz fand, ist oben dargestellt. Diese Resonanz konnte sich entwikkeln, obwohl — trotz aller öffentlichen Verniedlichungen — die inhaltlichen und äußerlichen Nazi-Muster der Akteure spätestens in Hoyerswerda 1991 offenkundig waren. Die bundesdeutschen Nachkriegstabus schreckten nicht mehr ab. Daß die eigenen Kinder sich an der Seite dieser Nazis in unmenschlicher Weise aktivierten, wurde offen oder heimlich mit Beifall bedacht. Die Akteure wurden nicht nur nicht gehindert, sondern ermuntert. Der Moral- und Werteverlust in Teilen der Bevölkerung scheint Teil eines Prozeß *gesellschaftlicher Faschisierung* zu sein, der näher definiert werden müßte.

Nicht gemeint ist damit jene Theorie der "Faschisierung von Staat und Gesellschaft", wie sie in den siebziger Jahren der KB entwickelt hatte. Sie ging von den immer größeren Schwierigkeiten des BRD-Kapitalismus aus, seine Krisen zu bewältigen und seine Herrschaft aufrechtzuerhalten. Unvermeidliche Konflikte mit den Beherrschten (Streiks) und staatliche Repression (gegen die Linke und außerparlamentarische Bewegungen) wurden im Sinne einer zunehmenden Prävention des Staates (Faschisierung) gegen Opposition, Linke und Arbeiterklasse gewertet, die die Möglichkeit des Übergangs zum Faschismus seitens der herrschenden Klasse enthielt. Gesellschaftliche Faschisierung wurde im wesentlichen auf Parteien (CDU-"Braunzone", Neonazis, "Vierte Partei") und Institutionen projiziert. Das Volk kam bei diesem Ansatz vor allem als durch Faschismus Niederzuhaltendes vor, auch wenn der KB deswegen nicht von Vertrauen in dieses deutsche Volk erfüllt war.

Daß soziale Verelendung für den deutschen Rassismus verantwortlich ist, wird zwar insbesondere in der Linken gern behauptet, läßt sich aber durch nichts empirisch belegen. Weder trifft dies auf die Akteure zu, die erwiesenermaßen nicht einfach als sozial Deklassierte zu kennzeichen sind, noch auf ihre Sympathisanten. Rassistische Akteure in der BRD sind dabei nicht nur Skins und Jugendliche, sondern ebensosehr wohlsituierte Kleinbürger und Mittelständler, die ihren Besitzstand Wohnqualität in der demokratischen Form von Bürgerinitiativen und Unterschriftensammlungen bis hin zu Formen zivilen Ungehorsams (Blockaden) gegen Wohncontainer verteidigen — "demokratischer Rassismus" sozusagen. Spätestens hier muß der Versuch, dies mit sozialen Problemen zu erklären, scheitern. Die Theorie vom Rassismus als fehlgeleiteter Antikapitalismus ist deshalb so schädlich, weil sie sowohl die Täter entschuldet, als auch einen Mechanismus konstruiert, der mit einfacher staatlicher Sozialpolitik als Regulierung rechter Entwicklungen arbeiten muß. Die Anhänger der Theorie von den jugendlichen "Modernisierungsverlierern" laufen nicht nur Gefahr, die gesellschaftliche und politische Substanz der derzeitigen Rechtsentwicklung zu mißachten, sondern über staatliche Sozialarbeit dieser Entwicklung zusätzlich noch einen organisierenden Rahmen zu geben.

Daß die vermeintliche Differenz zwischen sozialen Forderungen und nationalsozialistischer Gesinnung darüber aufhebbar ist, ist durch nichts bewiesen. Im Gegenteil läßt sich erkennen, daß sozial und national nicht der Gegensatz sind, sondern im Wunsch nach der Volksgemeinschaft eine Einheit eingehen können.

Hilfreicher scheint, den Ansatz aus dem obigen "Manifest" von Helmut Schmidt und anderen zu analysieren. Ihre Klage über den "egozentrischen Bereicherungstrieb" und die "Raffgesellschaft" verbindet sich mit der Forderung nach "Gemeinnutz" und "geistigen Werten". Die konstatierte "Sinnkrise" nahmen bereits die Nationalsozialisten in ihr Repertoire auf. Sie polterten gleichermaßen gegen den "kapitalistischen Ungeist" und die "Profitgier der Bürger", die ihrer Staatslehre gemäß sich in "einer wirklichen Volksgemeinschaft, die sich über die Interessen und Gegensätze der Stände und Klassen erhebt", aufzuheben seien. Moderner formuliert dies im Jahre 1992 die jungkonservative, rechtsextremistische "Junge Freiheit". Ihre "ideelle, kulturelle und politische Alternative... beginnt individuell mit dem ‚Aufstand gegen die Sinnlosigkeit' einer als über-flüssig empfundenen, atomisierten Existenz. Die ‚Erziehungslehre der Zukunft' bildet Mentalitäten heran, die ihre Persönlichkeit nicht als liberalistisches Separat-Ego aufbauen, sondern ihre Selbstverwirklichung im traditionalen Gefüge von Familie, Stand, Betrieb, Verein, Kirchengemeinde, Landsmannschaft und Großethnie verorten." (11/92)

Was beiden zitierten Ansätzen, der eine "von oben", der andere "von unten", gemein ist, ist die "Sinnlosigkeit" der derzeitigen Existenz der Einzelnen — bei denen oben als Vorwurf, bei denen unten als Hoffnung für die "konservative Revolution" formuliert. Was beide nicht leisten, ist, diese Sinnlosigkeit auf ihre Grundlage zurückzuführen. Offenkundig reagieren große Teile der deutschen Bevölkerung auf eine von ihnen als Krise empfundene Gefährdung des deutschen Wohlstandsmodells, die sie die Sinnlosigkeit einer Seinsweise, die nahezu ausschließlich an dieses Modell gebunden ist, ahnen läßt. Der moderne Kapitalismus vergötzt Geld und Ware zu den höchsten und letztlich einzigen Werten. Dafür zu arbeiten und ackern, wird zum Sinn, der sich im Konsum erfüllen soll. Der "Fortschritt" des heutigen Kapitalismus besteht darin, nicht nur die körperlichen Funktionen den Bedingungen der Produktion zu unterwerfen, sondern via elektronischer Medien auch noch die geistigen, und zwar total. Die menschliche Fähigkeit zum Erleben und zu sozialen Beziehungen wird so vollständig durch die Produktionsweise und den ihr immanenten Konsum geprägt, daß anders als im immer weiter wachsenden Konsum die Sehnsucht nach Glück, Liebe und "Erfüllung" nicht gedacht werden (kann).

Die Grünen haben noch vor kurzem diesen Prozeß als positiv zu definieren versucht, indem sie vom "genußfreudigen Citoyen" als Bürger der Zukunft ausgingen. Die deutsche Realität holt sie nun ein. Der "genußfreudige" deutsche Bürger ist nicht nur nicht fähig zu genießen, er sieht zudem den einzigen Genuß, den er kennt — seinen Konsum —, bedroht und soll sich zusätzlich noch auf Lohn- bzw. Konsumverzicht für die Zukunft einstellen. Daß er dies in Form von Rassismus und Haß gegen alles Nichtdeutsche abläßt, ist nicht "fehlgeleiteter Antikapitalismus", sondern speist sich aus sowohl strukturell der Gesellschaft immanentem Rassismus, als auch im deutschen Faschismus verankerten Ausgrenzungen. Alle ideologischen Grundmuster der Rechten, der "Rassen"haß, der Führerwunsch, die "Politikverdrossenheit" an Parteien und Parlament, sowie der Deutschlandkult begründen in der Summe eine neue Qualität von Massenbewußtsein, das auf staatsautoritäres Durchgreifen orientiert und Rechte für Gruppen der Bevölkerung wegdefiniert und sie untermenschlich behandelt wissen will. Solches Bewußtsein aber drängt auf eine faschistische Herrschaftsform. Die gesellschaftlichen Gegenkräfte sind demgegenüber schwach entwikkelt und enthalten zudem inhaltliche Übergänge, so daß sie diese Ideologie nicht einfach zurückzudrängen versprechen. Den Grund dafür sehe ich im Durchbruch des Nationalen 1989/90 und dem Tabubruch gegenüber der deutschen Geschichte.

Wie steht es demgegenüber aber mit dem staatlichen Element — muß von der Kopplung solchen Massenbewußtseins mit der Etablierung faschistischer Staatsmacht, einer staatlichen Faschisierung, ausgegangen werden? Alle oben beschriebenen Elemente der derzeitigen Krise des deutschen Wohlfahrtsmodells, die "Politikverdrossenheit" und Krise der parlamentarischen Demokratie werden mit Lösungsvorschlägen beantwortet, die die *Tendenz zur autoritären Demokratie* und weniger demokratisch "behinderter" Führungsfähigkeit beinhalten. Aber heute daraus bereits eine Faschisierung des Staates ableiten zu wollen, Richtung Abschaffung von Demokratie, Parlament und Rechtsstellung des Individuums gegenüber dem Staat, läuft auf eine Verniedlichung der Demokratie als Verfaßtheit, innerhalb derer sich das Kapitalverhältnis organisiert, hinaus. Allein aus repressiven und autoritären Entwicklungen solche Faschisierung abzuleiten, entspringt in der Regel einem Ideal von Demokratie, das sie von ihrer kapitalistischen Klassenbasis abtrennt. Die Repression ist der bürgerlichen Demokratie ebenso eingeschrieben, wie die demokratische Entscheidungsfindung, sofern sie ihren Zweck erfüllt.

Alles wird also davon abhängen, wie tief die derzeitige Krisenentwicklung greift, ob es sich um den Zerfall der kapitalistischen Gesellschaft handelt, der eine neue Verfaßtheit zwingend verlangt, oder ob es sich um "normale" Krisenerscheinungen und Anpassungen an neue Verhältnisse handelt. Entscheiden wird darüber die Weltmarktstellung des deutschen Imperialismus. Gerät sie in die Krise, könnten die derzeitigen Neigungen zu autoritärer Demokratie sowie das außen- und militärpolitisch wieder sichtbare "Primat der Politik" im Verbund mit der gesellschaftlichen Faschisierung das Ende der bundesdeutschen Nachkriegsdemokratie einleiten.

Heiner Möller

Die Wanderungen und die Transformation des Nationalstaats

Auf in die Apartheidsgesellschaft?

„Was ist los in Deutschland?" ist die bezüglich der aktuellen Ereignisse in den Pressekommentaren von New York über Tokio bis Jerusalem wohl am häufigsten gestellte Frage. Ja, was ist wirklich los? Warum machen die „Asylanten" den Deutschen solche Probleme, daß sich Teile der Bevölkerung, jegliche Spielregeln bürgerliche Erziehung vergessend, in einen tobenden Mob verwandeln und der Bundeskanzler am liebsten den „Staatsnotstand" ausrufen möchte? Warum werden wir überhaupt seit nunmehr über 10 Jahren mit einer immer hysterischer werdenden „Asyldebatte" belästigt?

Wo liegt also das Problem? In der Anzahl der Flüchtlinge als solcher, in dem „vollen Boot", wie immer suggeriert, wohl eher nicht. Ginge es tatsächlich darum, Unterbringungsprobleme in den Kommunen zu lösen und gewisse soziale Kosten aufzubringen, so ließe sich das bei entsprechendem politischen Willen einigermaßen pragmatisch, unaufgeregt und ohne Staatsnotstand regeln. Daß diese Behauptung nicht aus der Luft gegriffen ist, zeigt der Vergleich mit den Aussiedlern: 1990 beispielsweise gab es 180.000 Asylbewerber aber 400.000 Aussiedler. Die Asylbewerber sind ein „Problem" und Anlaß für hysterischen Rassismus, für Aussiedler dagegen gab es offizielle Positivkampagnen, Berufsbildungsmßnahmen und Wohnungsbauprogramme. Hinsichtlich ihrer Motivation, der Misere ihrer Herkunftsländer zu entkommen und an der Wohlstandsgesellschaft BRD teilhaben zu wollen, unterscheiden sich „Asylant" und Aussiedler überhaupt nicht. Der einzige Grund für diese doch eigentlich groteske Ungleichbehandlung: Die Aussiedler gelten nach offizieller Definition als „deutschstämmig" und sehen sich überwiegend im eigenen Selbstbild auch als Deutsche" (was nichts darüber aussagt, daß der „Deutschstämmige" aus Kasachstan die deutsche Sprache oft genauso mühsam erlernen muß wie der Flüchtling aus Ghana — es kommt eben auf die Identität" an). Dieser Vergleich zeigt: Das Problem ist offensichtlich nicht die Zuwanderung als solche (wenn das „Boot voll" ist, kann man nicht fast eine halbe Million Aussiedler im Jahr „herzlich willkommen" heißen), sondern die Herkunft der Zuwanderer. Die eingangs gestellte Frage kann also konkretisiert werden: Warum sind nichtdeutsche Zuwanderer ein Problem? Zitieren wir dazu eine offizielle Antwort: In der Begründung für den 1988 vorgelegten Ausländergesetzentwurf schreibt der damalige Bundesinnenminister Zimmermann, bei der dauernden Anwesenheit von Ausländern gehe es „um das Selbstverständnis der Bundesrepublik als eines deutschen Staates". Einwanderung bedeute „den Verzicht auf die Homogenität der Gesellschaft, die im wesentlichen durch die Zugehörigkeit zur deutschen Nation bestimmt wird". Es geht also um die gesellschaftliche Homogenität des deutschen Nationalstaates.

Das Prinzip der Homogenität

Für einen jeden Staat ist es eine existenzielle Frage, die Einheit seiner Untertanen zu begründen und zu erhalten. Gelingt dies nicht mehr hinreichend, hört er letztlich auf zu existieren. Diese Einheit ist deshalb bedeutsam, weil Gesellschaften von Natur nicht einheitlich, sondern eine Ansammlung höchst heterogener Individuen, Gruppen, Sippen, Schichten und Klassen sind. Der Staat muß diese nun zumindest auf den kleinsten gemeinsamen Nenner der prinzipiellen Bejahung seiner Ordnung verpflichten. Geschieht dies in kleinen Gemeinwesen und feudalen Ordnungen durch personale Abhängigkeiten und Gebundenheiten, bedarf es im modernen Staat dazu eines ideologischen Konstruktes, der Konstruktion einer gemeinschaftsstiftenden Ideologie, aus der heraus sich nicht nur ein Verhältnis des Einzelnen zum Staat, sondern ein Zusammenhalt der Untertanen ergibt, aus dem heraus sie sich gemeinsam dem Staat zuordnen und ihn als den ihren begreifen. Die Anknüpfungspunkte für eine solche Staatsideologie waren und sind dabei historisch unterschiedliche: Die Religion, eine bestimmte politische Gesellschaftsordnung und der völkische Nationalismus. Unter der gewählten Staatsideologie muß die Masse der Untertanen homogenisiert werden, was zumeist ein gewaltsamer Prozeß ist.

Dazu ein historisches Beispiel: Am Abschluß der Reconquista, der Eroberung des muslimischen Teils der iberischen Halbinsel durch das Königreich Kastilien, stand die Begründung des spanischen Staates. Dahinter stand eine Transformation der Herrschaftsform und eine Umstrukturierung der Basis, auf die sich die Zentralmacht stützen konnte. Der Adel, die Fürstentümer mußten entmachtet, das Volk als neue Herrschaftsbasis konstituiert werden. Als homogenisierende Ideologie zur Konstruktion einer einheitlichen Nation diente die christliche Religion. Damit wurden alle Muslime und Juden zu „Fremden", zum „inneren Feind", die zwangszubekehren, zu vertreiben oder zu vernichten waren. An der Verfolgung der spanischen Muslime und Juden zeigt sich auch der Doppelcharakter des „inneren Feindes": Zum einen ist er, da er das Wertesystem der Staatsideologie nicht teilt, eine Bedrohung für die zur Staatserhaltung erforderliche gesellschaftliche Homogenität und damit des Staates selbst; andererseits läßt sich an seinem Gegenbild die Identitätsbildung des Staatvolkes umso besser formen und festigen.

Der völkische Nationalstaat

Die „erfolgreichste" Staatsideologie wurde aber der völkische Nationalismus. Ich betone völkisch, weil sich etwa die Nationalstaatsideologie des revolutionären Frankreichs aus anderen Quellen speiste: Der Bürger bestimmte sich durch Anerkennung der neuen revolutionären Gesellschaftsordnung, wie sie sich in der Verfassung ausdrückte. Staatsbürger war danach, wer im Staatsgebiet lebte und die Werte der Verfassung bejahte (also auch ein ethnischer Nichtfranzose).

Gerade in Abgrenzung hierzu entwickelte sich zu Beginn des 19. Jahrhunderts in Deutschland die völkische Nationalstaatsideologie. Die Truppen Napoleons hatten hier die Ordnung des „Heiligen Römischen Reiches" hinweggefegt. Diejenigen politischen Kräfte, die nun im „nationalen Befreiungskrieg" gegen Frankreich hier eine Staatordnung rekonstruieren wollten, konnten sich, da sie dies ja gerade in Abgrenzung zu Werten der französischen Revolution taten, ideologisch nicht auf eine zu schaffende neue soziale Ordnung beziehen, sondern kamen auf die Konstruktion eines Mythos: Das Volk. Es wird gedacht als vorstaatliche Einheit, als Abstammungsgemeinschaft aus Blut und Boden, die es in den unergründlichen Tiefen der Geschichte schon immer gegeben habe. Da die Einheit anfangs ein gedachter Mythos, also auf der praktisch-sozialen Ebene gar nicht erfahrbar war, mußte die Vereinheitlichung, die Homogenisierung aller Lebensbereiche (der Sprache, der Kultur, des „Denkens und Fühlens") mit umso größerer Intensität betrieben werden. Ziel war, so der Staatsrechtler Carl Schmitt in seiner 1928 erschienenen Verfassungslehre, eine „Gleichartigkeit", die sich aus der Teilnahme an derselben „Substanz" ergebe und daher gewährleiste, „daß Kraft dergleichen Zugehörigkeit zum gleichen Volk alle in gleicher Weise im wesentlichen das Gleiche wollen". Damit wird alles „Fremdvölkische" zur Bedrohung, zum inneren Feind, den es zu bekämpfen gilt: „Die Kraft einer Demokratie zeigt sich darin, daß sie das Fremde und Ungleiche, die Homogenität bedrohende, zu beseitigen und fernzuhalten weiß" (Carl Schmitt).

Oberste Staatsräson des völkischen Nationalstaats ist daher die Herstellung einer vollständigen Identität zwischen Staatsgebiet und Staatsvolk, was somit eine „offene nationale Frage" in zweierlei Hinsicht impliziert: Einmal der Wille, außerhalb des Staatsgebiets lebende Volksangehörige „Heim ins Reich" zu holen,

d.h. Expansionismus. Zweitens der systematische Hang zur Unterdrückung, ja Vernichtung von innerhalb des Staatsgebiets lebenden „Fremdvölkischen". Beide Punkte gehörten in allen deutschen Staaten von 1871 bis heute zu den zentralen Fragen der Politik. Immer ging es Deutschland darum seine „Einheit" zu finden. Und immer war es in Deutschland eine strittige Frage, wie mit nichtdeutschen Minderheiten zu verfahren sei. Nach 1871 waren die die nationale Homogenität störenden Minderheiten zum einen die Juden, zum anderen die polnische, dänische und französische Minderheit sowie die über eine Million ausländischen Arbeitskräfte. Diese Auseinandersetzung durchzog mit großer Heftigkeit das Deutsche Reich bis zum ersten Weltkrieg: Nicht zufällig erlebte die antisemitische Bewegung gerade nach 1871 einen großen Aufschwung, konnte sich aber (noch) nicht damit durchsetzen, den Juden ihre Staatsbürgerrechte abzuerkennen. Einen Höhepunkt erlebte die Debatte in den Jahren 1912/13, als es um die Verabschiedung des — noch heute geltenden — Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes ging. Dieses Gesetz verankert mit dem Grundsatz des „ius sanguines" (Recht des Blutes) das völkische deutsche Staatsverständnis: Deutscher Staatsbürger ist nur derjenige, der von Deutschen abstammt (und nicht etwa, wer auf dem Staatsterritorium lebt bzw. geboren ist). Das „ius sanguines" wurde in den Reichstagsdebatten gerade mit der nationalen Homogenität begründet, da es dazu diene, „den völkischen Charakter und die deutsche Eigenart zu erhalten und zu bewahren." (1) Die Weimarer Verfassung verhielt sich dann differenzierter, denn sie erkannte die Existenz nichtdeutscher Minderheiten an und stellte die sog. „fremdsprachigen Volksteile des Reiches" unter den Schutz des Art. 113. Der Nationalsozialismus schließlich führte das „Beseitigen" des die „Homogenität bedrohenden" konsequent durch: Die „Nürnberger Rassengesetze" und Auschwitz sind der konsequente Endpunkt dieser Ideologie

Der deutsche Nationalstaat und die Einwanderung

Für die BRD stellte sich bei Gründung die Frage nichtdeutscher Minderheiten so gut wie nicht (für die Dänen in Schleswig-Holstein war eine gesonderte Einzelfallregelung getroffen worden). Ganz im Mittelpunkt der nationalen Staatsräson stand nun die „Vollendung der nationalen Einheit" (Grundgesetz-Präambel) durch Wiederangliedrung der verlustig gegangenen Reichsteile (DDR, Ostgebiete). Mitte der fünfziger Jahre trat nun die Situation ein, daß der Arbeitkräftebedarf absehbar nicht mehr durch den Binnenmarkt würde gedeckt werden können. Dies wurde durch gezielte Arbeitskräfteanwerbung in den Ländern der südeuropäischen Peripherie behoben (1955-60 Anwerbeverträge mit Italien, Spanien und Griechenland). Verschärft wurde die Situation noch 1961 mit dem Mauerbau, womit die Arbeitskräftezufuhr aus der DDR versiegte. Kurz darauf wurde ein entsprechender Anwerbevertrag mit der Türkei geschlossen. Eine Gefahr für die „nationale Homogenität" sah man in den sog. Gastarbeitern nicht (obwohl dies schon angemahnt wurde), da diese — entsprechend dem vorgesehenen Rotationsmodell — nach Ableistung ihrer Tätigkeit alsbaldig in ihre Herkunftsländer zurückkehren sollten. Auch die Lebensumstände der „Gastarbeiter" wurden so gestaltet, daß eine dauerhafte Niederlassung nicht vorgesehen war (z.B. Kasernierung in betriebsnahen Lagern und Baracken).

Aber man verrechnete sich, wie man sich staatlicherseits in dieser Angelegenheit noch so oft verrechnen sollte. Waren noch 1970 776.000 Erwerbspersonen in die BRD gekommen, aber auch 306.500 wieder zurückgekehrt, änderte sich Anfang der siebziger Jahre die Situation. Vor allem kam es nun zu einem intensiven Familiennachzug, für den damals der siebenjährige Besitz einer Aufenthaltserlaubnis erforderlich war. Ferner wurde das offizielle „Gastarbeiter"geschäft um den „Touristenhandel" erweitert: Über 100.000 Illegale, meist aus der Türkei, wurden auf dem Arbeitsmarkt geschätzt. Und noch ein Novum: Soziale Auseinandersetzungen. 1973 kam es zu einer Reihe sog. „Ausländerstreiks", die ihren Höhepunkt in dem „wilden" Streik bei den Ford-Werken in Köln fanden, der wegen der Kündigung von 300 verspätet aus dem Urlaub zurückgekehrter türkischer Arbeiter ausbrach. Im selben Jahr versuchte man der zunehmenden festen Niederlassung der „Gastarbeiter" durch den Anwerbestopp entgegenzuwirken. War es die Absicht, die nichtdeutsche Bevölkerung zu begrenzen und zu verringern, so trat genau das Gegenteil ein: Seit 1973 ist die Zahl der Nichtdeutschen (sowohl absolut als auch im Verhältnis zur deutschen Bevölkerung) kontinuierlich gestiegen. Damit teilt der Anwerbestopp sein Schicksal mit allen späteren „ausländerbegrenzenden" Maßnahmen (sei es nun die „Rückkehrförderung" oder die x-fachen Asylrechtsverschärfungen): Sie haben nichts genutzt. Sie haben nur dazu geführt, daß die Einwanderer die Einwanderung auf anderen Wegen und unter für sie immer schlechteren Bedingungen vollziehen mußten.

Die „Gastarbeiter" waren damit die Speerspitze einer neuen internationalen Bewegung, die ihre Ursachen in der imperialen Ordnung der Weltökonomie findet: In den industriellen Zentren besteht ein kontinuierlicher (bei gewissen konjunkturellen Schwankungen natürlich) Arbeitskräftebedarf, der, vor allem auch aus demographischen Gründen, nicht durch den einheimischen Binnenmarkt gedeckt werden kann. Gleichzeitig sind diese industriellen Zentren Inseln des Wohlstands, des Friedens und der sozialen Sicherheit in einer Welt, die durch eben diese imperiale Ordnung vermehrt in Verelendung, Krieg und Gewalt gedrückt wird. Dieser Gegensatz und die gewachsene internationale Mobilität bewirken, daß sich Menschen aus nackter Existenznot oder auch nur in der Hoffnung auf ein besseres Leben in diese Zentren begeben.

Für einen Nationalstaat wird Einwanderung dann zum Problem, wenn die Einwanderer sich nicht alsbaldig assimilieren lassen, sondern Minderheitenkollektive bilden und die homogene Volksgemeinschaft in eine Vielvölkergesellschaft zu transformieren „drohen". Dem völkischen Nationalstaat droht dadurch nämlich eine schleichende Unterminierung seiner Herrschaftgrundlage. Es war daher auch die Geburtsstunde der „Ausländerpolitik" (und -sozialarbeit), als man sich in den siebziger Jahren der Situation bewußt wurde, daß die „Gastarbeiter"rotation gescheitert war und man es mit Einwandererminderheiten zu tun bekam. Ziel war es nun, die Ausländer so weit wie möglich durch Assimilation (verschönernd auch Integration genannt) zum Verschwinden zu bringen. Ohne dies im einzelnen ausführen zu wollen, kann man meines Erachtens feststellen, daß auch dies gescheitert ist. Die heutige Realität der Gesellschaft in der BRD oder auch anderen Staaten Westeuropas ist so, daß eine Homogenität in ethnischer, sprachlicher und kultureller Hinsicht weniger denn je besteht. Dem Nationalstaat kommt damit die Grundlage seiner ideologischen Existenz immer mehr abhanden. Dies ist ein Prozeß, der unumkehrbar scheint und sich aufgrund der weiter erfolgenden Wanderungen noch verstärken wird.

Die Verteidigung der Homogenität

Seit nunmehr 10 Jahren erleben wir eine Ausländer(oder auch Asyl-)diskussion, die sich im nationalen Dreieck zwischen rauswerfen, begrenzen und assimilieren bewegt. Die Reaktion der deutschen Politik auf die veränderte Realität erscheint auf den ersten Blick widersprüchlich, man könnte ihr sogar Weltfremdheit attestieren: Deutschland ist kein Einwanderungsland" ist eine Beschwörungsformel wie ansonsten nur das Bekenntnis zum freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat. Je mehr die nationale Homogenität verschwindet, desto fanatischer scheint sie verteidigt zu werden — siehe die eingangs zitierten Sätze aus der Begründung zum Ausländergesetzentwurf. Mit „Ausländer raus" und „Deutschland den Deutschen" wird eine immer verschärftere nationalistische Mobilisierung betrieben, wo doch eine Realisierung dieser Forderungen einigen elementaren Kapitalinteressen zuwiderlaufen würde. Man sollte sich davon aber nicht täuschen lassen, sondern einmal genauer betrachten, was die Strategien der Rechten tatsächlich wollen.

Die zentrale Frage für die Ideologen der Rechten in Deutschland, Frankreich und anderen westeuropäischen Ländern ist, wie angesichts der Wanderungsbewegungen, die deutschen, französischen usw. Volksgemeinschaften vor einer „Durchrassung" bewahrt werden können. Dabei ist einmal zu beobachten, daß der biologistische Rassismus durch einen kulturellen abgelöst wird: „Es ist eine tragische Illusion, in ein und demselben Land Gemeinschaften nebeneinander leben lassen zu wollen, die jeweils aus einer anderen Zivilisation kommen. Die Konfrontation ist dann unvermeidlich. Die großen Konflikte sind keine Rassenkonflikte, sondern solche des Glaubens und der Kultur."

(2) Das Ziel müsse daher „das Modell einer heterogenen Welt homogener Völker und nicht umgekehrt“ sein. Dieses „Modell“ wird auch als „Ethnopluralismus“ bezeichnet. Weiter ist zu beobachten, daß die Ideologen der Rechten schon verstanden haben, daß sich durch die Wanderungen die Zusammensetzung der europäischen Gesellschaften in unumkehrbarer Weise geändert hat: Die Antwort darauf ist ein „Ethnopluralismus in einem Land“, d.h. eine Segregation von Einheimischen und Einwanderergruppen nach ethnischen Kriterien, was dann auch als rechte Variante von multikultureller Gesellschaft verkauft wird.(3)

Komplettiert wird das rechte Gesellschaftmodell vor dem Hintergrund, daß es schon eine ethnische Teilung der Gesellschaft dadurch gibt, daß die Einwanderer in allen Lebensbereichen diskriminiert sind. Dies ist in Deutschland besonders deutlich, wo aufgrund der völkischen Staatsordnung Nichtdeutschen die elementarsten Bürgerrechte vorenthalten werden. Die Einwanderung bringt da die Frage auf die Tagesordnung, ob tatsächlich alle Menschen als bürgerliche Rechtssubjekte gleich sind oder ob es ein „natürliches“ System der ethnischen Über- und Unterordnung gibt. Die Rechte beantwortet diese Frage in die letztere Richtung und tritt für ein System der ethnischen Separierung und Privilegierung ein: „Franzosen zuerst“ lautet der zentrale Slogan der „Front National“ im kommenden Wahlkampf. Das zentrale Moment der rechten Politik in diesem Bereich ist also ein gesellschftliches Projekt, wo die ethnische Zughörigkeit mit der Gewährung und dem Entzug bestimmter Privilegien fest verknüpft ist. Den nicht zur herrschenden Volksgemeinschaft gehörigen Minderheiten wird ein gesellschaftsinternes Ausland, ein „Homeland“ zugewiesen (in dem sie, soweit es die Mehrheit nicht stört, auch ihre „kulturelle Identität“ pflegen dürfen). Die Einwanderer würden zu einer entrechteten Unterklasse herabgedrückt, die zudem, als aus der Gesellschaft ausgegrenzte Minderheit, ein bevorzugtes Objekt für gelegentliche Pogrome wären. Ein solches Modell hat auch einen Namen: Apartheid.

Das Projekt Apartheid

Apartheid heißt auch, die entfesselte kapitalistische Konkurrenz zu strukturieren: „Deutschsein“ wirkt dadurch nicht nur psychologisch erhebend, sondern zahlt sich auch durch Bevorzugung auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt, beim sozialen Aufstieg und auch bezüglich der bürgerlichen Rechte aus. Eine solche Gesellschaft nationaler Privilegiengemeinschaften zum Zwecke der aggressiven Besitzstandsverteidigung hat eine nicht zu unterschätzende Attraktivität: In einer Zeit der Umbrüche und neu entstehender Risiken wirkt sie als eine Versicherung, daß es hier die „nationale Gemeinschaft“ und jenseits davon immer ein „darunter“ gibt.

Für die antirassistische Diskussion ist es daher von außerordentlicher Wichtigkeit, die durch die Wanderungen erfolgenden Veränderungen der Gesellschaft und ihre politische Bedeutung zu begreifen. Die Gesellschaft verändert sich, die Frage ist nur, wohin. Aber darüber hat zur Zeit die Rechte die Meinungführerschaft.

Norbert Müller

Anmerkungen:
1) Reichstagsdebatte zit. n. Lutz Hoffmann, Das Recht des Blutes, Die Brücke 43, S. 28
2) Michel Poniatowski, Paris-Match v. 8.11.85
3) Deutlich z.B. in dem einschlägig bekannten Arun-Verlag von Stefan Ulbrich herausgegebenen Sammelband „Multikultopia“

Satire oder Zeitgeistaufmacher?

Kritik an EMMA und den "Eva Braun" Tagebüchern

Die Septembernummer der EMMA titelte mit einem Photo von Eva Braun — angekündigt wurde die Veröffentlichung ihrer Tagebücher. Dieses Titelphoto war mit einem braun gehaltenen großen Hitlerportrait unterlegt. Innen war nachzulesen, daß "die Geschichte der deutschen Frau neu geschrieben werden müsse". Der Abdruck der Tagebücher war mit den Worten aufgemacht: "Auf der Spur der Frau an Hitlers Seite", "EMMA enthüllt: Der stille Widerstand der Eva Braun".

Hier Zitate aus dem "Tagebuch":

"Ich hab' auch schon "Mein Kampf" aufgeklappt neben mein Bett gelegt, dann sieht er wenigstens meinen guten Willen, auch wenns so sterbenslangweilig ist." (...)

"Die Juden werden immer frecher! Jetzt bringen sie sogar deutsche Diplomaten um. Darüber hat sich das Volk sehr aufgeregt und in ganz Deutschland Synagogen gestürmt, ein paar Scheiben sind wohl auch zu Bruch gegangen. Aber wenn der Führer sagt, das ist richtig, dann ist das richtig." (...)

"Manchmal steckt der Führer mir einen Umschlag mit Geld zu, davon kauf' ich mir dann Jazzplatten, Zigaretten oder Lippenstifte — auch wenn der Führer immer sagt: "Eine deutsche Frau raucht nicht." (...)

"Der Dr. Goebbels hat sich so komisch benommen. Beim Kaffee hat er mich dreimal gefragt: Wollen Sie den totalen Kuchen? Erst als ich am 18. Februar seine Rede im Sportpalast hörte, da habe ich mich gefragt: Ob er wohl am Obersalzberg geübt hat?" (...)

In der Oktobernummer der EMMA wurde dies alles als Fälschung und "Satire" enthüllt: "Die EMMA-LeserInnen wohlbekannte Fotografin Bettina Flitner und die ebenfalls nicht unbekannte Herausgeberin Alice Schwarzer gestanden, die Tagebücher gefälscht und Karin Kabeljau zum Abschreiben übergeben zu haben. Reuelos murmeln sie was von "Satire auf eine bestimmte Art von Journalismus und eine bestimmte Art von Feminismus." (EMMA, Okt.92) In dieser Ausgabe sind auch zehn Leserinnenbriefe abgedruckt, wovon neun zum Ausdruck bringen, die Tagebücher nicht als Satire erkannt zu haben, sondern von deren Echtheit ausgehen.

"Satire auf eine bestimmte Art von Feminismus..."

Legt man das Echo auf die "EMMA"-Veröffentlichung zugrunde, wurde wohl eine Auseinandersetzung mit "einer bestimmten Art von Feminismus" erreicht, die in allen Frauen vermeintlich ("stille") Widerstandskämpferinnen und Opfer der Verhältnisse zu erkennen glaubt. Bis auf eine Ausnahme beschäftigen sich alle abgedruckten Leserinnenbriefe ausschließlich damit, diese Sichtweise kritisch bis ärgerlich gegenüber EMMA zum Thema zu machen. — "Nach der Lektüre der Auszüge aus dem Tagebuch der Eva Braun, die ihr im September veröffentlicht habt, bleibt mir völlig unverständlich, warum ihr diese Frau als Widerstandskämpferin bezeichnet. Scheint sich doch dieser "Widerstand" im Benutzen von Lippenstift und Rauchen von Zigaretten zu erschöpfen. Wirklich sensationell!"

Daß die Eva-Braun-Story nur "Satire" sein sollte, wurde jedoch von den empörten EMMA-Leserinnen nicht erkannt. Die Briefe-Schreiberinnen trauten vielmehr "ihrer EMMA" eine solche Veröffentlichung durchaus zu. Für diese Wahrnehmung der Leserinnen gibt es gute Gründe. Immerhin stellt EMMA regelmäßig so "widerständige Frauen" wie z.B. Rita Süßmuth oder Irmgard Schwaetzer vor, deren "feministischer Widerstand" keineswegs einer kritischen Sicht standhält. Hier als Beispiel ein kleiner Einblick in die ach so weltbewegenden Probleme.

denen EMMA-Macherinnen aufgrund ihrer "bestimmten" feministischen Sicht tagtäglich ausgesetzt sind: "Liebe Frauen, von einem Gefühlstaumel in den anderen stürzt uns derzeit das Weltgeschehen. Das ging los mit dem Tag, an dem Irmgard Schwaetzer neue Außenministerin werden sollte. Jubel in der EMMA-Redaktion — keine Frage: Sie ist der nächste EMMA-Titel! Doch kaum war eine EMMA eigens nach Bonn gefahren, um die neuesten Fotos mit aktueller Schwaetzer-Brille und Frisur abzuholen, kam das Dementi aus Bonn: Pustekuchen! Also neuer Titel, neues Gesicht: Ein Foto von Sabine Sauer, der abgesägten TV-Moderatorin, wurde per Übernachtkurier herangeschafft. Auch gut. Tolle Frau! Dann starb Marlene. Und das hat uns doch so bewegt, daß wir sie aufs Cover hoben. Sauer-Fans, nicht weinen: Sabine kommt im Juliheft." (EMMA 6/1992)

Kein Wunder also, daß die Leserinnen in der Eva-Braun-Story offenbar eine logische, wenn auch ärgerlich überzeichnete Fortsetzung dieser publizistischen EMMA-Linie gesehen haben.

"Satire auf eine bestimmte Art von Journalismus..."

Den intensivsten Eindruck der Eva-Braun-Veröffentlichung hinterläßt das Sensationstitelbild — nach EMMA-Angaben dem Stil des *Spiegel* nachempfunden. Damit beabsichtigte die EMMA eine "Satire" auf die falschen Hitler-Tagebücher im *Stern* 1983, sowie auf die richtigen Goebbels-Tagebücher im *Spiegel*, veröffentlicht im Sommer dieses Jahres. Persifliert werden sollte wohl die Sucht dieser Massenblätter nach Sensation und hoher Auflage.

Dem Titelblatt ist allerdings keinerlei "Satire" auf *Stern* und *Spiegel* anzumerken. EMMA ging vielmehr im September 1992 wie jene bürgerlichen Blätter mit dem Aufmacher "Hitler als Werbeträger" an die Kioske. Auch *Spiegel* und *Stern* wollten ja nicht "wirklich" mit Hitler werben. Ihre Rechtfertigung für die Titel-Veröffentlichung lag in den "Tagebüchern" — bei EMMA ist es die "Satire" darauf.

Die gefälschten Tagebücher sind tatsächlich von selten einfältiger Blödheit — allerdings wiederum neun von zehn Briefeschreiberinnen nicht blöd genug, um sie als Fälschung zu begreifen. Sie sind eine eklige Mischung aus persönlichen Peinlichkeiten, die eine stereotype, traditionelle Männer-Frauenrolle (der Mann Hitler — die Frau Eva Braun) mit zeitgeschichtlichen Ereignissen verknüpfen, die für die damals betroffenen Menschen von großer Tragweite und Tragik waren.

Gewählt ist die Form der "Alltagsgeschichtsschreibung", die hier zur Hauptsache komisch wirken soll. Da alles gleichermaßen ins Lächerliche gezogen wird, verdrängt diese "satirische" Banalisierung und Trivialisierung den geschichtlichen Kontext und die Bedeutung der Ereignisse der NS-Zeit — z.B. die Reichspogromnacht oder die Ausrufung des "totalen Krieges". Mit der Profanisierung des Themas Faschismus wird zugleich dessen Verharmlosung betrieben. Die satirische Form ist komplett mißlungen. Nach politischen Maßstäben wird Geschichtsrevisionismus betrieben, moralisch gesehen ist die Veröffentlichung geschmacklos. EMMA betreibt letztlich eine ähnliche Profanisierung der NS-Geschichte wie *Stern* und *Spiegel*. Das "lächerliche" Element dient dazu, die eigene Nähe zum angeblich "nicht im Ernst" Imitierten zu überspielen.

Könnte es sein, daß auch EMMA an dem herrschenden Zeitgeist, der von Geschichtsrevisionismus geprägt ist, anknüpfen wollte, um die Sensationsgier nach Faschistischem ihrerseits für die Steigerung der eigenen Verkaufszahlen auszunutzen?

Mein vorläufiges Fazit

— EMMA ist mit einem rechten Sensationsaufmacher wie *Stern* und *Spiegel* erschienen. Die gefälschten Tagebücher der Eva Braun waren Mittel zum Zweck — ohne sie wäre das Titelbild nicht zu legitimieren gewesen. Sie sind keine Satire auf die Hitler- oder Goebbels-Tagebücher, sondern sie stellen eine Nähe zum *Stern* oder *Spiegel* her. Über das Mittel, alltägliche, traditionelle Rollenvorstellungen zu reproduzieren und sie ins Lächerliche zu ziehen, werden die Ereignisse und Leiden im Faschismus verharmlost und profanisiert.

— Die "Enthüllung" oder "Aufklärung" ist lapidar, stolz wird berichtet, welche konservativen Massenblätter "Interesse" am Abdruck der Tagebücher gehabt hätten. Eine Auseinandersetzung mit der gesellschaftlichen Situation, in der rassistische Gewaltausbrüche gegen Fremde täglich vorkommen und legitimiert werden, in der rechtsradikales Gedankengut Eingang in Politikersprache und Massenmedien findet, wird in EMMA nicht geführt.

— Die Reaktion der Leserbrief-Schreiberinnen zeigt, daß es bestenfalls ein gewisses Maß an Kritik gegen allzu stereotype Frauenrollen und gegenüber der Opfer/Täterinnen-Problematik gibt, daß aber (mit einer Ausnahme) keinerlei Einschätzung und Bewußtsein des aktuellen rassistischen und rechtsradikalen Zeitgeistes vorhanden ist. Der Tenor der neun Briefe beweist, daß Banalisierung und Entpolitisierung gegenüber der deutschen Vergangenheit voll gegriffen haben.

— Um so wichtiger wäre eine Kommentierung bzw. eine ausführliche Auseinandersetzung mit dem von EMMA Gewollten und Erreichten gewesen.

Genau dies aber läßt sich offenbar von dieser Zeitschrift nicht erwarten. Alice Schwarzer, die sich aus Anlaß des Golfkrieges und angesichts der Friedensbereitschaft der Deutschen "stolz" dazu bekannt hat, "Deutsche zu sein" (1), scheint nicht nur mit dem Thema Nationalismus, sondern auch mit dem Thema Rassismus ihre Schwierigkeiten zu haben. Ein Blick z.B. in das EMMA-Heft zum Golfkrieg zeigt, daß Kolonialismus und Rassismus dort eine nur sehr marginale Rolle spielen, vielmehr entsteht der Eindruck, daß der Kolonialismus den unterdrückten Frauen eher Vorteile gebracht habe, und sie im unabhängigen Nationalstaat (Iran, Algerien) wieder dem nationalen islamischen Patriarchat und dem "Fundamentalimus" zum Opfer gefallen sind. Im Gespräch mit der marokkanischen Feministin Fatima Mernissi bringt A. Schwarzer ihre "deutsche" Unschuld und Unwissenheit angesicht dieser Unterdrükkung wie folgt zum Ausdruck: "Wissen Sie, wir Deutschen hatten kaum Kolonien. Es fällt uns schwer, die Verletztheit und Erniedrigung der Ex-Kolonialvölker zu begreifen." Nun denn, ebenso schwer scheint es ihr auch zu fallen, die deutsche Geschichte zu begreifen, und adäquat auf die aktuellen rassistischen Gewaltaktionen zu reagieren. Die Veröffentlichung der Eva-Braun-Story begünstigt den gesellschaftlichen main-stream des Geschichtsrevisionismus.

Gabriele Becker

Anmerkungen:

(1) Das vollständige Zitat lautet: "Relativ gesehen machen wir Deutsche Fortschritte. Frauen wie Männer. Und das ist der Grund, warum ich in den letzten Wochen zum ersten Mal in meinem Leben stolz war, Deutsche zu sein." (EMMA 4/1991)

— vergl. zur Funktion nationalsozialistischer Alltagsgeschichtsschreibung den Aufsatz von Dan Diner, Zwischen Aporie und Apologie in: Ist der Nationalsozialismus Geschichte?, hg. D. Diner, 1987

— vergl. zur Analyse des EMMA-Heftes zum Golfkrieg den Aufsatz von Helma Lutz, Rassismus und Sexismus in: "Ein Herrenvolk von Untertanen", hg. Leiprecht u.a., DISS Studien 1992

"Es rettet uns kein höh'res Wesen"

Warum Marxisten beim Versuch, das revolutionäre Subjekt zu retten, in Revolutionsmetaphysik verfallen müssen

1. Einleitung

Von der sogenannten "Kritischen Theorie" weiß jeder Linke, wenn er auch sonst nichts über sie weiß, eines verdächtig genau: daß sie für "die Praxis" nicht viel tauge, daß sie die Unmöglichkeit revolutionärer Umwälzungen predige und damit Perspektivlosigkeit und Fatalismus verbreite, kurz: daß sie pessimistisch sei. Selbst kritische Geister, denen man ansonsten entschieden mehr zutraut als den auf den "gesunden" Menschenverstand abonnierten Durchschnittslinken, lassen sich bisweilen dazu herab, jenem billigen Ressentiment gegen die "Kritische Theorie" objektiv zu willfahren, indem sie ihm die akademischen Weihen einer theoretischen "Begründung" d.h. Legitimation verpassen. Ein gutes Beispiel für ein solches Vorgehen liefert der Artikel von Be./rh. in "Bahama News" Nr.7, dem wiederum als hauptsächlicher Bezugstext der Aufsatz von Barbara Brick und Moishe Postone über den "Kritische(n) Pessimismus und die Grenzen des traditionellen Marxismus" zugrunde liegt. Weil dieser Artikel von Be./rh. ausschließlich zustimmend rezipiert wird und ihnen die Hauptargumente für die Auseinandersetzung über cl.s angeblich geschlossenes Weltbild liefert, soll im folgenden die Primärquelle kritisiert und auf diesem Wege das theoretische Fundament der von Be. und rh. erhobenen Vorwürfe gesprengt werden.

Um eine unentschuldbare Gedankenlosigkeit handelt es sich — denn daß sie es bewußt getan hätten, darf man wohl nicht unterstellen — daß Brick/Postone schon in der Überschrift ihres Artikels den traditionellen Marxismus zwar als begrenzt umreißen, das Negativ-Prädikat "pessimistisch" aber der "Kritischen Theorie" zuerkennen. Dabei hätten sie genausogut von den "Grenzen der Kritischen Theorie" sprechen können, denn im Kern zeigen Brick/Postone in ihrem Aufsatz genau diese auf. Indem sie ihre Kritik im Pessimismus-Vorwurf gipfeln lassen, provozieren sie, wahrscheinlich ungewollt, spontan-augenzwinkerndes Einverständnis auf Seiten des linken Durchschnittslesers, der sich bei solch vielversprechendem Titel auf die ihm ungewohnte Lektüre komplizierter theoretischer Ausführungen einläßt, in der — von Brick/Postone glücklicherweise nicht eingelösten — Hoffnung, bestätigt zu finden, was er über die "Kritische Theorie" eh' schon immer gewußt hat.

2. Kritik an Brick/Postone

Ihrer Kritik der "Kritischen Theorie" legen Brick/Postone verschiedene Texte von Pollock und Horkheimer zugrunde, in denen sie sich mit dem Staatskapitalismus-Problem auseinandersetzen. Der ihnen zur Last gelegte Pessimismus wird nicht auf die historischen Erfahrungen der kritischen Theoretiker zurückgeführt, sondern auf die "gesellschaftstheoretischen Grundannahmen, unter denen die entscheidenden historischen Entwicklungen reflektiert wurden." Diese Grundannahmen, so wird behauptet, seien in der Sache die gleichen gewesen, wie die des "traditionellen Marxismus". Dieser hatte behauptet, der Widerspruch des Kapitalismus verlaufe zwischen Produktions- und Distributionssphäre, wobei das Unglück einzig in der letzteren aufgehoben ist. In einem Punkt wird Pollock allerdings zugestimmt, nämlich seiner Behauptung, gesellschaftliche bzw. wirtschaftliche Planung sei keine notwendig emanzipative Angelegenheit.

Weitgehend recht zu geben ist der Brick/Postone'schen Kritik an Pollocks Staatskapitalismustheorie. Pollocks Schwierigkeiten, seinen Begriff von Staatskapitalismus zu begründen, liegen ihnen zufolge darin, daß die von ihm unterstellte staatliche Totalplanung des ökonomischen Verlaufs keine Begriffsbestimmung des Kapitals selber mehr zuläßt. Dies ist wiederum darin begründet, daß Pollocks Begriff von Ökonomie sich von dem des Marktes herleitet. Unter dieser Voraussetzung muß der staatskapitalistische Versuch, den Markt als unbewußte Verteilungsinstanz durch bewußte Planung zu ersetzen, als Aufhebung der Ökonomie und ihrer Eigengesetzlichkeit insgesamt erscheinen. Denn entweder ist eine Gesellschaft kapitalistisch organisiert, dann gehorcht sie den blinden, unbeherrschten Gesetzmäßigkeiten der Kapitalverwertung, jedenfalls bis zu einem gewissen Grad, oder sie hebt diese Gesetzmäßigkeiten als solche und nicht nur die Distributionssphäre auf, indem sie wirklich d.h. bewußt die Produktion plant, dann ist sie nicht kapitalistisch. Weil Pollock aber seinen theoretischen Grundannahmen gemäß nicht überzeugend zu begründen vermag, warum der Staatskapitalismus noch Kapitalismus ist, hat er entsprechende Schwierigkeiten zu bestimmen, warum der Staatskapitalismus ein spezifisch kapitalistisch geprägtes Klassenverhältnis impliziert. Stattdessen wird bei ihm der Begriff der Klasse losgelöst von ihrer jeweils besonderen historischen Erscheinungsweise insbesondere in der bürgerlichen Gesellschaft und damit als überhistorisches Herrschaftsverhältnis bestimmt. Für eine Bestimmung des Klassenverhältnis in einem Staats*kapitalismus* reicht diese allgemeine Betonung von Macht und Abhängigkeit nicht. Pollock versucht, dem Problem durch die Unterstellung zu entkommen, beim Staatskapitalismus handele es sich um ein neues Produktionsverhältnis. Warum er dann aber auf den Begriff Staats*kapitalismus* besteht, bleibt ungeklärt.

Diese Widersprüchlichkeiten und Ungereimtheiten entspringen Pollocks Festhalten am traditionellen Marxismus, darin ist Brick/Postone beizupflichten. Die Kritik geht aber einen gewichtigen Schritt weiter: Es wird nicht nur (richtig) nachgewiesen, wo die Analyse falsch ist, es wird darüber hinaus unterstellt, sie sei statisch. Sie zeige keinen immanenten Widerspruch des Systems mehr auf, der gleichzeitig über das System hinausweise. Das gesellschaftliche Verhältnis stelle sich folglich wie ein erratischer Block dar, der nur von außen und als ganzes kritisiert werden könne. Der Pollock/Horkheimer-Ansatz unterstelle ein in sich geschlossenes System. Aus dieser "Statik" resultiert nach Brick/Postone der Pessimismus.

Brick/Postone geht es im zweiten Schritt um eine Erweiterung bzw. Richtigstellung des Pollockschen Ansatzes, das Phänomen Staatskapitalismus zu erklären. Es soll einerseits die Analyse fundiert und darüberhinaus "dynamisiert" werden, um den Pessimismus aus der Staatskapitalismusanalyse zu verbannen. Das geschieht über den Weg der Kritik am traditionellen Marxismus und seiner beschränkten, auf der Ebene der Kritik an der Distribution verharrenden Kapitalismussicht. Der traditionelle Marxismus isolierte aus dem kapitalistischen Verwertungszusammenhang die Produktion heraus und kritisierte lediglich die ungerechte Verteilung der produzierten Güter. Damit unterstellte er, es existiere die an sich nützliche Produktion von Gebrauchsgütern einerseits und deren Verwandlung in abstrakte Wertträger andererseits, die sich durch private Aneignung und dem daraus entspringenden Warentausch auf dem Markt ergebe. Demgegenüber ist eine Kapitalismuskritik (nicht nur) nach Brick/Postone auf den Wert auszudehnen, der eben keine Distributionskategorie ist, wie es der traditionelle Marxismus nahelegt, sondern das Produktionsverhältnis selber. Die Produktion ist nicht jener glückliche und unmittelbare Ort, an dem konkret-nützliche Gebrauchsgüter hergestellt werden, die ein unglückliches Schicksal später in abstrakte Wertträger, also Waren verwandelt. Daß nützliche Gebrauchsgüter hergestellt werden, ist lediglich die gleichermaßen zufällige wie notwendige Begleiterscheinung des objektiven und nicht bewußten Zwecks der Produktion, der Produktion von Wert. Die Verausgabung von individueller Hirn- und Muskelkraft der Produzenten erscheint folglich nicht als konkret-nützliche Arbeit, ist also nicht nach ihrer Qualität bestimmt, sondern lediglich quantitativ, als abstrakte Arbeit. Darin, daß der Kapitalismus die abstrakte Arbeit unter dem objektiven Zwang, die gesellschaftlich notwendige Arbeit durch Automatisierung auf null reduzieren muß, daß er sie aber als Voraussetzung seiner Existenz braucht, liegt

der eigentliche Widerspruch der Wertvergesellschaftung. Abstrakte Arbeit ist seine Substanz und muß doch von ihm aufgezehrt werden.

So wichtig die Wertkritik als umfassender Analyseansatz des Kapitalismus auch ist — gerade im Unterschiede zur bloßen Kritik an der Distributionssphäre —, sie vermag zu keinem optimistisch stimmenden Ergebnis führen. Denn eine im System liegende Bewegung, die aus dem krisenhaften Prozeß heraus ein selbstbewußtes Subjekt zu seiner Abschaffung produzieren könnte, vermag die Wertkritik genausowenig aufzuzeigen wie der traditionelle Marxismus es mit seiner geschichtsdeterministischen Setzung der Arbeiterklasse als per se revolutionärem Subjekt vermocht hatte. Und doch scheint es Brick/Postone genau darum zu gehen. Der Zweck ihrer Einführung der Wertkritik liegt eben nicht allein in der Zurückweisung falscher Ansätze im traditionellen Marxismus, die teilweise auch bei Pollock angelegt sind; um eine Dynamisierung der Analyse ist es ihnen zu tun. Und Dynamik, soweit sie eine in der Bewegung des Systems angelegte Widersprüchlichkeit meint, die zur Produktion der menschlichen Potentiale geeignet sein könnte, die einen Prozeß der Emanzipation vorantreiben, findet sich gerade bei Pollock, Horkheimer nicht mehr — im auffälligen Gegensatz zu den traditionellen Marxisten. Die theoretische Dynamisierung von Brick/Postone kann hier nichts anderes heißen, als daß durch die kritische Analyse des Kapitalismus ein Moment aufgefunden werden soll, das über den Kapitalismus hinausweist. Daß also innerhalb der voll entfalteten Wertproduktion nicht nur der objektive und immanente Widerspruch steckt (der Kapitalismus zehrt seine eigene Substanz auf), woraus praktisch nichts folgt, sondern darüber hinaus ein konkret-gesellschaftlicher, der seine lebendigen und selbständig handelnden Subjekte mitproduziert. Unter dynamisierter Analyse kann, will man die Autoren ernst nehmen, unmöglich eine rein theoretische Spielerei verstanden werden. Sie muß sich am analysierten Gegenstand, der Gesellschaft, bewahrheiten. Der im Wege der Wertkritik ausgewiesene Widerspruch könnte nun in schöpferischer Anwendung des Traditionsmarxismus ausgelegt werden. Was früher als der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit den Streit zwischen Produzenten und Eigentümern über die Verteilung der Güter meinte, könnte heute, auf die kapitalistische Wertproduktion angewendet, etwa so rezipiert werden: Die menschlichen Anhängsel der Wertproduktion erfahren die Beliebigkeit und Austauschbarkeit ihrer Rolle in der voll entfalteten Warenwelt, ihre Erfahrung schlägt angesichts krisenhafter Zuspitzung des Systems — an einem bestimmten Punkt, den wir Revolutionäre durch präzise Analysearbeit genauer zu bestimmen berufen sind — notwendig in Erkennen um, und revolutionäre Subjektivität entsteht. Dieser erbärmliche Rückfall ins Weltbild des traditionellen Marxismus ist von Brick/Postone allerdings ausdrücklich nicht bezweckt: "Um unnötige Mißverständnisse zu vermeiden: Diese Reinterpretation des Widerspruchs zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen impliziert keineswegs die Position, daß sich notwendigerweise ein oppositionelles Bewußtsein bildet oder gar notwendig Emanzipation erreicht wird" (Anmerkung 19, S. 236). Von der Dynamisierung der Theorie bleibt anscheinend nicht viel mehr übrig, als die in diesem Bewegungswort liegende Hoffnung auf Durchbrechung eines Verhängnisses, dessen Bestehen die Autoren nicht widerlegen können. Tatsächlich bleibt es bei einem gut gemeinten und verzweifelten Wollen. Am Ende stehen die beiden genauso "draußen", also als Kritiker außerhalb eines in sich geschlossenen Zusammenhangs wie der von ihnen dafür gescholtene Horkheimer. Wo schon Pollock den richtigen Verdacht geäußert hat, daß die Ablösung des Wirtschaftsliberalismus durch stärker staatsinterventionistische Modelle des Kapitalismus keinen Schritt in Richtung Befreiung bedeutet, und die Kritische Theorie nach der Staatssozialismusdebatte diesen Verdacht mit ihren Untersuchungen über das Verschwinden der dem Liberalismus verhafteten bürgerlichen Subjektivität im Spätkapitalismus erhärtet hat, flüchten sich Brick/Postone aus der fatalen Konsequenz der Frankfurter Meister in eine leere Hoffnung, an die sie selber nicht glauben und die sie dennoch als reines Formalprinzip vor sich hertragen. Statt der Weiterentwicklung der Theorie durch schwärzesten Pessimismus, also durch konsequentes Weiterdenken der Wertkritik einen Dienst zu erweisen, bleiben Brick/Postone auf halber Strecke stehen.

Der Abgrund, vor den die beiden zurückweichen, statt ihn auszuloten, besteht in der Ahnung, daß der Kapitalismus nur die objektiven Möglichkeiten seiner Überwindung bereitstellt, auf gesellschaftlichem Feld aber dieser Möglichkeit mit bewußtloser Notwendigkeit entgegenarbeitet. Zu formulieren wäre der — leider begründete — Verdacht, daß die Gesamtheit der der Wertproduktion Unterworfenen als uniforme (wenn auch bunt anzusehende) Masse vollständig der gesellschaftlichen Dynamik (und das ist die der Wertverwertung) sich anpassen und die Einzelnen subjektive Resistenz einbüßen und jedes Kritikvermögen sich verliert. Schlimmer noch: in dem Maße, wie die Gesellschaft, deren Teil sie sind, ihnen immer neue persönliche Opfer abverlangt und für jeden sichtbar in eine katastrophische Zukunft treibt, werden sie sich, statt sich gegen sie aufzulehnen, der dann immer terroristischeren Durchsetzung des Kapitalverhältnisses bedingungslos unterwerfen.

2. Ökonomie, Politik, Subjekt

a) Die gesellschaftliche Sache selbst stellt sich fürs Bewußtsein, das dieselbe erkennen will, nie in reiner Unmittelbarkeit, sondern selbst immer schon als reflektierte dar, das heißt in Form von objektiven gesellschaftlich produzierten Begriffen und in Form des theoretischen Bewußtseins, welches vermittels solcher Begriffe auf Gesellschaft zu reflektieren versucht. Die Marxsche Kritik der bürgerlichen Gesellschaft weist sich als Kritik zunächst in jenem fundamentalen Sinne aus, daß sie dem vorgefundenen theoretischen Bewußtsein seiner Zeit nicht einfach dogmatisch eine neue und selbsterfundene Kategorientafel entgegensetzt oder jenem gegenüber einen anderen, meinetwegen "sozialistischen Standpunkt" geltend macht, sondern die Falschheit jenes Bewußtseins immanent darstellt und darüber die vorgefundene Gesellschaft, die jene Gestalt des Bewußtseins ja produziert hat, ebenfalls ihrer Falschheit überführt. In ihren damals ausgereiftesten und fortgeschrittensten Formen, der politischen Ökonomie, der politischen Theorie und der idealistischen Philosophie, beanspruchte das bürgerliche Bewußtsein, seinen Gegenstand, die bürgerliche Gesellschaft, als einen nachzuweisen, worin Besonderes und Allgemeines, die Spontaneität der Einzelsubjekte und der gesellschaftlich-staatliche Gesamtzusammenhang einander versöhnt seien, weil dieser nur das Produkt von jenen sei, in welchem sie sich folglich positiv aufgehoben wissen, anstatt von ihm unterdrückt zu werden. Sei es die politische Ökonomie, die behauptet, daß jeder, indem er nur ausschließlich sein Privatinteresse verfolgt, damit zugleich, ohne es zu wissen und zu wollen, dem allgemeinen Interesse diene; sei es die politische Theorie, die den Staat als der Gesellschaft entfremdete und sie unterdrückende Instanz aufheben und ihn auf eine "ursprüngliche" Assoziation von Individuen, den Gesellschaftsvertrag zurückführen will; sei es schließlich die Philosophie, die in ihrer Hegelschen Gestalt die Identität des Geistes mit sich und seinem anderen, die Identität von Subjekt und Objekt im Medium des Subjekts dartut — sie alle konvergieren (obwohl gerade die Hegelsche Philosophie darüber tendenziell schon hinausgeht) in der Vorstellung, daß Gesellschaft und Staat der bürgerlichen Gesellschaft keine abstrakten, für sich bestehenden Wesenheiten darstellten, sondern von den Subjekten konstituiert und als von ihnen konstituierte Größen ihnen auch transparent seien. Dieser Anspruch bürgerlicher Theorie, im Aufweis der Stimmigkeit und Vernunft ihres Gegenstandes selbst objektive Vernunft zu verkörpern, wird nun von Marx nicht wie bei den einfallslos-primitiven Marxisten/Leninisten späterer Tage als durchsichtiges Täuschungsmanöver der Bourgeoisie oder wie bei den modernen sozialwissenschaftlichen Positivisten als sinnleere Metaphysik, die durch Fakten nicht gedeckt sei und durch keine Versuchsanordnung verifiziert werden könne, einfach abgetan, sondern ernst genommen und als philosophiekritisch angeleitete Kritik der politischen Ökonomie immanent seiner Unwahrheit überführt.

Vom isolierten, freien und gleichen Subjekt zu sprechen, ohne anzugeben, wovon es isoliert und frei und woran gemessen es gleich ist, ist schlechte Abstraktion wie die politische Ökonomie und Theorie sie praktizieren. Subjekt ist kein Ding, sondern selbst ein Verhältnisbegriff insofern, als von Subjekt nur dort die Rede sein kann, wo die gesellschaftlichen Verhältnisse bestimmt werden, die ihm Subjekt zu sein erlauben (vgl. Adorno, Negative Dialektik, S. 222). Schon deswegen ist der Gegenstand der Marxschen Kritik nicht das Subjekt in seiner — falschen, scheinhaften — Unmittelbarkeit, son-

dern die vorgefundenen gesellschaftlichen Verhältnisse. Reale Basis von Subjektivität ist nach Marx der Warentausch, da in ihm die Menschen als freie und gleiche Subjekte gesetzt sind. In der Bestimmung der Freiheit ist unmittelbar enthalten die der Gewaltlosigkeit, da "keines (der Subjekte) sich des Eigentums des anderen mit Gewalt" bemächtigt, vielmehr "jedes sich desselben freiwillig entäußert" (Marx, Grundrisse, S.155). Im Tauschverhältnis resümiert sich also, obwohl sie in ihm unmittelbar nicht mehr erscheint, die bereits vollzogene historische Emanzipation der Menschen von der determinierenden Enge vorkapitalistischer Gemeinwesen, welche, weil sie die vorgefundene Natur noch nicht ernsthaft modifizierten, selber noch gesellschaftliche Naturverbände darstellten, und in welchen dementsprechend auch von Subjekten als eigene — und das heißt von der Gesellschaft, in der sie leben, nochmals verschiedene — Zwecke verfolgenden noch keine Rede sein konnte. Im Tauschverhältnis ist gleichfalls vorausgesetzt, daß die gesellschaftliche Modifikation der Natur, Arbeit, aufgehört hat, selbstgenügsame Produktion für den beschränkten Eigenbedarf zu sein, vielmehr als Arbeit für andere allgemein gesellschaftliche Arbeit geworden ist. Als Arbeit von Privatsubjekten jedoch kann sie sich als allgemein gesellschaftliche erst im Austausch von Arbeitsprodukten betätigen, das heißt, indem die Produzenten ihre Arbeitsprodukte als Waren einander gleichsetzen. Im Austausch erscheint zwar die gesellschaftliche Arbeit, aber in notwendig mystifizierter Gestalt: Als Wert-"Eigenschaft", das heißt als Sacheigenschaft, die den Produkten als scheinbar natürliche Qualität, wie Länge, Umfang, Gewicht zukommt. Dieser Fetischismus der Eigenschaftsform bzw. der Warenfetisch ist der abstrakteste Ausdruck dafür, daß sich den Subjekten gegenüber ihr eigenes, von ihnen praktisch hervorgebrachtes und aufrecht erhaltenes gesellschaftliches Verhältnis verselbständigt und ihnen als ihnen äußerliche, quasi naturhafte Macht gegenübertritt. Ist dieser Mystifikationszusammenhang auf der Ebene des einfachen Tauschverhältnisses noch relativ leicht durchschaubar, so gewinnt er eine noch rätselhaftere und für die Subjekte schon undurchdringlichere Gestalt dadurch, daß im entfalteten, zur Regelmäßigkeit gewordenen Tauschverhältnis jene abstrakte Größe, der die Subjekte ihre Produkte gleichsetzen, die allgemein gesellschaftliche Arbeit selbst wieder vergegenständlicht wird, und zwar in einer exklusiven Ware, der es scheinbar von Natur aus zukommt, alle anderen Dinge vergleichbar zu machen, dem Geld. Schon in der immanenten Darstellung des Warentauschs, der grundlegenden Verkehrsform der bürgerlichen Gesellschaft, erweist sich, daß die besonderen Subjekte zwar den gesellschaftlichen Zusammenhang konstituieren — er ist zweifellos ihr eigenes Produkt und keine an sich fremde Objektivität wie die unmittelbare Natur —, daß sie aber gleichwohl ihren gesellschaftlichen Zusammenhang nicht beherrschen: "Die Individuen sind unter die gesellschaftliche Produktion subsumiert, die als ein Verhängnis außer ihnen existiert; aber die gesellschaftliche Produktion ist nicht unter die Individuen subsumiert, die sie als ihr gemeinsames Vermögen handhaben" (Grundrisse, S. 76). Diesen Schein der Unbeherrschbarkeit und unentrinnbaren Sachgesetzlichkeit befestigen die einzelnen Subjekte wiederum dadurch, daß sie bei dem, worum es ihnen allein geht, der Verfolgung ihrer unmittelbaren Interessen und Zwecke, gar nicht darauf angewiesen sind, ihre gesellschaftliche Präformiertheit und die ihrer Interessen und Zwecke einzugestehen, sie sich vielmehr einbilden können, autonom zu handeln, selbst wenn sie nur die Gesetze der Warenproduktion exekutieren. Die unbegriffenen Verhältnisse setzen sich also, das ist unbedingt festzuhalten, gerade nicht trotz, sondern vermöge der im einzelnen bewußten Handlungen der Subjekte durch. Und weil dies so ist, käme eine Gesellschaftsanalyse, die die Subjekte positiv bestätigte und immerfort darauf hinwiese, daß sie trotz alledem und alledem ja immer noch bewußt handelten, einem Betrug an diesen Subjekten gleich und würde letztlich nur die verselbständigten gesellschaftlichen Verhältnisse bestätigen, der die Subjekte unterworfen sind. Aus diesem einfachen Grund stehen eben bei Marx wie auch in der "Kritischen Theorie" nicht die Subjekte im Mittelpunkt der Analyse, sondern der gesellschaftliche Objektivitätszusammenhang, dessen grundsätzlich zwar überwindbare, aber gleichwohl reale Übermacht gewollt und bewußt übertrieben wird, weil die kapitalistischen Verhältnisse sich nicht nur gegen die besonderen Subjekte durchsetzen und behaupten, sondern die Tendenz aufweisen, selbst noch die Fähigkeit der Subjekte, sie zu durchschauen, zu vernichten. Gerade weil es der "Kritik der politischen Ökonomie" wie auch der "Kritischen Theorie" um die Überwindung der bürgerlichen Verhältnisse geht, muß deren bedingende Gewalt schonungslos benannt werden, weil die wirkliche Freiheit der Subjekte erst dort anfinge, wo sie ihre Bedingtheit nicht verleugneten, sondern sie sich bewußt machten.

b) Als objektives Zwangsverhältnis, so wurde argumentiert, erweist sich die bürgerliche Gesellschaft schon auf der Ebene des Tausch- und Zirkulationsverhältnisses, auf welcher vom kapitalistischen Klassenverhältnis explizit noch nicht die Rede ist: auch die im engeren Sinne bürgerlichen Subjekte sind also nicht die selbstbewußten Herren ihrer Gesellschaft. Allerdings wird der objektive Zwangscharakter der bürgerlichen Verhältnisse erst in der Analyse der kapitalistischen Warenproduktion konkretisiert.

Diese setzt voraus, daß der im Geld vergegenständlichte Wert als Instanz, die den Tausch von Arbeitsprodukten nur vermittelt, gegenüber der Zirkulation, deren abgeleitetes Produkt er ist, sich soweit verselbständigt hat, daß er als positiver Ausgangspunkt einer neuen Zirkulationsform fungieren kann, die nicht mehr die Vermittlung von Gebrauchswerten zu Bedürfnissen bezweckt, sondern nur die quantitative Verwertung seiner selbst. Kapital ist also kein Ding, sondern der aus der Warenzirkulation hervorgehende, aber sich in seiner eigenen Zirkulation erhaltende und vervielfältigende Wert. Als solcher wird der Wert in der Tat Subjekt eines Prozesses, worin er zwar verschiedene Gegenständlichkeitsformen — Geld, Produktionsmittel, Arbeitskraft, neu produzierte Ware etc. — annimmt, aber eben sich selbst als abstraktes Subjekt gleichbleibt (vgl. Marx, Manuskript 1861 — 1863, S 10f.). Nicht nur, daß es diese verschiedenen Gegenständlichkeitsformen annimmt — es setzt sie bzw. subsumiert sie sich als bloße Erscheinungsformen und Mittel seines abstrakten, maßlosen Verwertungsprozesses, deren automatisches Subjekt es ist. Die allgemeine, abstrakte Subjektivität des Kapitals setzt sich in Widerspruch zu den besonderen Gebrauchsdingen, die sie als Bedingung ihrer Bewegung nebenher mitschleppt, sowie in Widerspruch zu den endlichen Subjekten, indem sie schon das bürgerliche Zirkulationssubjekt auf einen bloßen Funktionsträger, auf eine die Gesetzmäßigkeiten der Verwertung mit bewußtem Willen exekutierende Charaktermaske.

Verwerten kann sich Kapital aber nur, wenn es eine spezifische Ware vorfindet, deren Gebrauchswert es ist, selbst Quelle von Wert zu sein. Es findet diese Ware vor in der Person des freien Lohnarbeiters. Marx interessiert sich für diesen freien Lohnarbeiter nicht aus humanitären Gründen oder weil er meinte, er sei "das" revolutionäre Subjekt, sondern weil in ihm die Dialektik bürgerlicher Freiheit und damit des bürgerlichen Subjekts, als Freiheit unmittelbar mit ihrem Gegenteil, objektivem Zwang, behaftet zu sein, deutlich zu Tage tritt. Dies erklärt zugleich die Annahme — die Marx mit gutem Grund noch aufstellen konnte, die aber heutzutage fragwürdig geworden ist —, daß dieser Sachverhalt der Erfahrung der Proletarier zumindest tendenziell zugänglich ist. Diese Negativität bürgerlicher Freiheit erscheint auf Seiten der als Arbeiter gesetzten Menschen, daß sie als freie, d.h. keinem anderen unterworfene Subjekte gesetzt sind, die aber, um sich als bedürftige Subjekte erhalten und reproduzieren zu können, objektiv gezwungen sind, auf bestimmte Zeit ihr Arbeitsvermögen dem Kapital einverleiben zu lassen. Weil aber das Arbeitsvermögen selbst kein dingliches Eigentum ist, fällt es mit der Person wieder unmittelbar zusammen, und so werden seine lebendigen Träger real dem Kapital als dessen Anhängsel und Verwertungsmittel unterworfen. Dieser objektive Zwang, das eigene Arbeitsvermögen als Ware feilzubieten, sich dem kapitalistischen Produktionsprozeß zu unterwerfen und damit als Abhängige selbst deren Gesetzmäßigkeiten mitzukonstituieren, ist selbst historisches Produkt, das allerdings in seiner Produziertheit nicht mehr unmittelbar erscheint. Er setzt nicht nur einen mit nicht mehr ökonomischen, sondern staatlichen Mitteln betriebenen gewaltsamen Enteignungs- und Vertreibungsprozeß der unmittelbaren Produzenten voraus, wie Marx ihn im Kapital als "sogenannte ursprüngliche Akkumulation" bezeichnet, sondern auch das gleichfalls staatlich durchgesetzte Abschneiden der Möglichkeit der aus der feudalen oder zünftlerischen Subsistenzproduktion freigesetzen Arbeiter, sich durch Raub, Bettelei etc. ihre Existenz zu sichern. Diese unmittelbare Gewalt, wie sie im Proletarisierungsprozeß noch gegenwärtig,

aber auch noch unmittelbarer erfahrbar war, transformiert sich im bereits etablierten Kapitalverhältnis in jenen unsichtbaren, deshalb aber umso unanfechtbarer erscheinenden "stummen Zwang" der ökonomischen Verhältnisse, der Normalform bürgerlicher Gewalt: "Im Fortgang der kapitalistischen Produktion entwickelt sich eine Arbeiterklasse, die aus Erziehung, Tradition, Gewohnheit die Anforderungen jener Produktionsweise als selbstverständliche Naturgesetze anerkennt" (Marx, Kapital, Band 1, S.765). Und Marx fährt an dieser Stelle mit Formulierungen fort, die einem kalte Schauer über den Rücken treiben müßten, weil sie zeigen, daß widerständige, rebellierende Subjektivität gerade nicht als selbstverständlich vorausgesetzt werden kann, sondern beständig von der Übermacht der kapitalistischen Verhältnisse erschlagen zu werden droht: "Die Organisation des ausgebildeten kapitalistischen Produktionsprozesses bricht jeden Widerstand...der stumme Zwang der ökonomischen Verhältnisse besiegelt die Herrschaft des Kapitalisten über den Arbeiter" (ebenda). Marx verkneift es sich also in entscheidenden Passagen seiner Ökonomiekritik, und darin besteht seine großartige Leistung, dem Proletariat kameradschaftlich auf die Schulter zu klopfen und ihm die trostreiche und zugleich lügenhafte Botschaft zu übermitteln, es behalte seine menschliche Subjektqualitäten wie eine selbstverständliche ontologische Voraussetzung, obwohl es doch einem Zwangsverhältnis subsumiert ist, das diese seine Qualitäten gerade negiert. Allerdings setzt die theoretische Bestimmung des Kapitalismus als eines den Subjekten äußerlichen Zwangszusammenhangs voraus, daß — obwohl eine Gesellschaftskritik es sich verbieten muß, diese positiv zu formulieren — solche Qualitäten existieren, die es ermöglichen, den Zwang als Zwang zu durchschauen. Daran zu zweifeln hatte Marx zu seiner Zeit noch weniger Grund, als man es heutzutage haben muß. Daß ihn diese Tatsache bisweilen dazu verleitet hat, diese Subjektqualitäten überzubewerten und aus ihnen die angebliche "Notwendigkeit" des Untergangs der kapitalistischen Produktionsweise abzuleiten (vgl. Kapital, Band 1, S.791), verzeiht man ihm aber umso eher, als er im "Kapital", und zwar im Kapitel über den Arbeitstag, ansatzweise geschildert hat, wie der Kapitalismus vermittels staatlichen Eingriffs in die Ökonomie gerade die rebellische Subjektivität, die sich gegen ihre Unterwerfung zur Wehr setzt, in ein Mittel seiner Selbsterhaltung verkehrt und damit das Zwangsverhältnis noch undurchlässiger macht. Dies soll Thema des zweiten Teils dieses Artikel in Bahama Nr. 9 sein.

cl./jw., Westberlin

Optimismus contra Pessimismus?

Anmerkungen zu Brick/Postone

Der folgende Artikel beschäftigt sich mit einem Text von Barbara Brick und Moishe Postone, in dem sich jene 1982 mit dem Pessimismus der "Kritischen Theorie", insbesondere Horkheimers, auseinandersetzten (1). Brick/Postone kritisieren darin, jener habe den Fehler des "traditionellen Marxismus" wiederholt, Kapitalismus allein aus den Merkmalen "Marktwirtschaft" und "Privateigentum an Produktionsmitteln" zu definieren und sei solcherart zum Pessimismus gelangt. Im folgenden seien die vielen Vorzüge ihrer Ausführungen benannt — es geht aber ebenso darum, ihre Schwächen zu thematisieren: Brick und Postone versuchen, an einer angeblichen Vorbestimmtheit des Sozialismus aus dem kapitalistischen Systems festzuhalten. Sie bleiben damit in derselben Logik befangen, die sowohl Horkheimer als auch den "traditionellen Marxismus" kennzeichnete.

1. Die Kritik Bricks/Postones am traditionellen Marxismus

Zentraler Kritikpunkt von Barbara Brick und Moishe Postone an schlechter marxistischer Tradition ist, daß dieselbe nur an der Verteilung des Reichtums im Kapitalismus was auszusetzen hat und über die Beseitigung des Marktes die bessere und gerechtere Verteilung der Produkte anstrebt. Diese schlechte Tradition bezeichnen sie als "traditionellen Marxismus" — was wohl mit "Revisionismus" und "Realsozialismus" gleichzusetzen wäre, Begriffen, die ich vorziehen würde.

Falsche Kapitalismusdefinition und Arbeitsbegriff

Diese Art von Marxismus kritisiert nicht die Produktion von Wert und den darin enthaltenen Zweck der Ausbeutung, sie will einen gerechteren Kapitalismus ohne Kapitalisten einführen und unterstellt dem Kapitalismus den Zweck der Versorgung von Gesellschaft, die jener bloß schlecht durchführe. Brick und Postone führen aus, daß im *"traditionellen Marxismus"* ein *"überhistorischer Begriff"* von Arbeit vorherrsche, der dieselbe als *"Quelle des Reichtums"* lobt: *"Sie* (die Marxsche Theorie, der Autor) *soll eine Theorie sein, die die kapitalistische Gesellschaft entmystifiziert, indem sie 'Arbeit' als wahre Quelle des Reichtums aufdeckt. Die Überwindung des Werts wird nicht als Überwindung der ihn konstituierenden Form der Arbeit begriffen, statt dessen werden Form und Inhalt getrennt. Den Wert aufzuheben heißt hier* (also beim "traditionellen Marxismus", der Autor) *die vermittelnde mystifizierende Distributionsform aufzuheben, wodurch der Inhalt des Werts — 'Arbeit' — offen hinter dem Schleier der kapitalistischen Mystifikation in Erscheinung treten kann. Die Besonderheit der von Marx analysierten historischen Form der Arbeit, die als Medium der gesellschaftlichen Beziehungen gilt, wird zugunsten eines überhistorischen Begriffs von 'Arbeit' verwischt, welcher zur Basis der Kritik an der Distributionsweise wird."* (S.200) Indem die traditionelle Arbeiterbewegung sich als ausführendes Organ eines Geschichtsverlaufes sah, in dem die Potenzen von Arbeit sich quasi selbstverwirklichten, habe sie dem Marxismus sämtliche Zähne gezogen — Brick/Postone: *"Aus der Idee der Abschaffung des Proletariats wird die Idee seiner Selbstverwirklichung* (in der Arbeit, A.K.)... *Was in Marx' Analyse zentraler Gegenstand der Kritik war, wird im Marxismus zum Hort der Freiheit."* (S.201)

Daß aber der "traditionelle Marxismus" die Arbeit unter der *"bewußten Anwendung des Wertgesetzes"* befreien wollte, geht für Brick und Postone damit einher, daß die Erklärung von "Kapitalismus" ungenügend war. Der traditionelle Marxismus, so schreiben sie, habe sich vorgestellt, man müsse zwei Dinge tun, um vom Kapitalismus zum Sozialismus zu gelangen: Nämlich 1. die Marktwirtschaft abschaffen, und 2. das Privateigentum an Produktionsmitteln beseitigen. Das traditionsmarxistische Geschichtsbild sehe aus wie folgt: *"Der marktwirtschaftliche Kapitalismus besaß eine Struktur, in der sich die industrielle Produktionsweise entfalten konnte — eine Produktionsweise, die zunehmend in Widerspruch mit den bestehenden Produktionsverhältnissen gerät. Sie schafft die* ***Bedingung der Möglichkeit*** *einer historisch neuen, gerechten und bewußt gesteuerten Distributionsweise auf einer früher undenkbaren Höhe des Reichtums. Im Prozeß der Akkumulation, der einhergeht mit der Konkurrenz und sich verschärfenden Krisen, werden Markt und Privateigentum der entwickelten industriellen Produktionsweise zunehmend* ***inadäquat*** *und fesseln sie. Doch die* ***historische Dynamik*** *läßt die technischen Möglichkeiten für zentrale Planung und die Überwindung des Privateigentums ebenso entstehen wie ihre gesellschaftlich-organisatorischen Voraussetzungen"* (S.198)

Die beiden Elemente "Marktwirtschaft" und "Privateigentum an Produktionsmitteln" beträfen aber nur die Umstände, unter denen Wertproduktion stattfinde, nicht aber diese Wertproduktion selbst.

aber auch noch unmittelbarer erfahrbar war, transformiert sich im bereits etablierten Kapitalverhältnis in jenen unsichtbaren, deshalb aber umso unanfechtbarer erscheinenden "stummen Zwang" der ökonomischen Verhältnisse, der Normalform bürgerlicher Gewalt: "Im Fortgang der kapitalistischen Produktion entwickelt sich eine Arbeiterklasse, die aus Erziehung, Tradition, Gewohnheit die Anforderungen jener Produktionsweise als selbstverständliche Naturgesetze anerkennt" (Marx, Kapital, Band 1, S.765). Und Marx fährt an dieser Stelle mit Formulierungen fort, die einem kalte Schauer über den Rücken treiben müßten, weil sie zeigen, daß widerständige, rebellierende Subjektivität gerade nicht als selbstverständlich vorausgesetzt werden kann, sondern beständig von der Übermacht der kapitalistischen Verhältnisse erschlagen zu werden droht: "Die Organisation des ausgebildeten kapitalistischen Produktionsprozesses bricht jeden Widerstand...der stumme Zwang der ökonomischen Verhältnisse besiegelt die Herrschaft des Kapitalisten über den Arbeiter" (ebenda). Marx verkneift es sich also in entscheidenden Passagen seiner Ökonomiekritik, und darin besteht seine großartige Leistung, dem Proletariat kameradschaftlich auf die Schulter zu klopfen und ihm die trostreiche und zugleich lügenhafte Botschaft zu übermitteln, es behalte seine menschliche Subjektqualitäten wie eine selbstverständliche ontologische Voraussetzung, obwohl es doch einem Zwangsverhältnis subsumiert ist, das diese seine Qualitäten gerade negiert. Allerdings setzt die theoretische Bestimmung des Kapitalismus als eines den Subjekten äußerlichen Zwangszusammenhangs voraus, daß — obwohl eine Gesellschaftskritik es sich verbieten muß, diese positiv zu formulieren — solche Qualitäten existieren, die es ermöglichen, den Zwang als Zwang zu durchschauen. Daran zu zweifeln hatte Marx zu seiner Zeit noch weniger Grund, als man es heutzutage haben muß. Daß ihn diese Tatsache bisweilen dazu verleitet hat, diese Subjektqualitäten überzubewerten und aus ihnen die angebliche "Notwendigkeit" des Untergangs der kapitalistischen Produktionsweise abzuleiten (vgl. Kapital, Band 1, S.791), verzeiht man ihm aber umso eher, als er im "Kapital", und zwar im Kapitel über den Arbeitstag, ansatzweise geschildert hat, wie der Kapitalismus vermittels staatlichen Eingriffs in die Ökonomie gerade die rebellische Subjektivität, die sich gegen ihre Unterwerfung zur Wehr setzt, in ein Mittel seiner Selbsterhaltung verkehrt und damit das Zwangsverhältnis noch undurchlässiger macht. Dies soll Thema des zweiten Teils dieses Artikel in Bahama Nr. 9 sein.

cl./jw., Westberlin

Optimismus contra Pessimismus?

Anmerkungen zu Brick/Postone

Der folgende Artikel beschäftigt sich mit einem Text von Barbara Brick und Moishe Postone, in dem sich jene 1982 mit dem Pessimismus der "Kritischen Theorie", insbesondere Horkheimers, auseinandersetzten (1). Brick/Postone kritisieren darin, jener habe den Fehler des "traditionellen Marxismus" wiederholt, Kapitalismus allein aus den Merkmalen "Marktwirtschaft" und "Privateigentum an Produktionsmitteln" zu definieren und sei solcherart zum Pessimismus gelangt. Im folgenden seien die vielen Vorzüge ihrer Ausführungen benannt — es geht aber ebenso darum, ihre Schwächen zu thematisieren: Brick und Postone versuchen, an einer angeblichen Vorbestimmtheit des Sozialismus aus dem kapitalistischen Systems festzuhalten. Sie bleiben damit in derselben Logik befangen, die sowohl Horkheimer als auch den "traditionellen Marxismus" kennzeichnete.

1. Die Kritik Bricks/Postones am traditionellen Marxismus

Zentraler Kritikpunkt von Barbara Brick und Moishe Postone an schlechter marxistischer Tradition ist, daß dieselbe nur an der Verteilung des Reichtums im Kapitalismus was auszusetzen hat und über die Beseitigung des Marktes die bessere und gerechtere Verteilung der Produkte anstrebt. Diese schlechte Tradition bezeichnen sie als "traditionellen Marxismus" — was wohl mit "Revisionismus" und "Realsozialismus" gleichzusetzen wäre, Begriffen, die ich vorziehen würde.

Falsche Kapitalismusdefinition und Arbeitsbegriff

Diese Art von Marxismus kritisiert nicht die Produktion von Wert und den darin enthaltenen Zweck der Ausbeutung, sie will einen gerechteren Kapitalismus ohne Kapitalisten einführen und unterstellt dem Kapitalismus den Zweck der Versorgung von Gesellschaft, die jener bloß schlecht durchführe. Brick und Postone führen aus, daß im *"traditionellen Marxismus"* ein *"überhistorischer Begriff"* von Arbeit vorherrsche, der dieselbe als *"Quelle des Reichtums"* lobt: *"Sie* (die Marxsche Theorie, der Autor) *soll eine Theorie sein, die die kapitalistische Gesellschaft entmystifiziert, indem sie 'Arbeit' als wahre Quelle des Reichtums aufdeckt. Die Überwindung des Werts wird nicht als Überwindung der ihn konstituierenden Form der Arbeit begriffen, statt dessen werden Form und Inhalt getrennt. Den Wert aufzuheben heißt hier* (also beim "traditionellen Marxismus". *die vermittelnde mystifizierende D*[...] *form aufzuheben, wodurch der Inh*[...] *— 'Arbeit' — offen hinter dem Sch*[...] *pitalistischen Mystifikation in Ersc*[...] *ten kann. Die Besonderheit der vo*[...] *lysierten historischen Form der A*[...] *Medium der gesellschaftlichen* [...] *gilt, wird zugunsten eines überhist*[...] *griffs von 'Arbeit' verwischt, welch*[...] *der Kritik an der Distributions*[...] (S.200) Indem die traditionelle Ar[...] gung sich als ausführendes Orga[...] schichtsverlaufes sah, in dem die P[...] Arbeit sich quasi selbstverwirklich[...] dem Marxismus sämtliche Zähne [...] Brick/Postone: *"Aus der Idee der* [...] *des Proletariats wird die Idee sein*[...] *wirklichung* (in der Arbeit, A.K.)... *x'Analyse zentraler Gegenstand de*[...] *wird im Marxismus zum Hort de*[...] (S.201)

Daß aber der "traditionelle Mar[...] Arbeit unter der *"bewußten An*[...] *Wertgesetzes"* befreien wollte, ge[...] und Postone damit einher, daß die E[...] "Kapitalismus" ungenügend war. [...] nelle Marxismus, so schreiben si[...] vorgestellt, man müsse zwei Dinge [...] Kapitalismus zum Sozialismus z[...] Nämlich 1. die Marktwirtschaft abs[...] 2. das Privateigentum an Produk[...] beseitigen. Das traditionsmarxi[...] schichtsbild sehe aus wie folgt: *"D*[...] *schaftliche Kapitalismus besaß ein* [...] *der sich die industrielle Produktio*[...] *falten konnte — eine Produktions*[...] *nehmend in Widerspruch mit den* [...] *Produktionsverhältnissen gerät. S*[...] ***Bedingung der Möglichkeit*** *ein*[...] *neuen, gerechten und bewußt ges*[...] *tributionsweise auf einer früher* [...] *Höhe des Reichtums. Im Prozeß d*[...] *tion, der einhergeht mit der Konkur*[...] *verschärfenden Krisen, werden M*[...] *vateigentum der entwickelten indu*[...] *duktionsweise zunehmend inadäq*[...] *sein sie. Doch die historische Dyn*[...] *technischen Möglichkeiten für z*[...] *nung und die Überwindung des* [...] *tums ebenso entstehen wie ihre ges*[...] *organisatorischen Voraussetz*[...] (S.198)

Die beiden Elemente "Marktwi[...] "Privateigentum an Produktionsm[...] fen aber nur die Umstände, unter [...] produktion stattfinde, nicht aber d[...] duktion selbst.

Auch der Begriff "Wert" werde wie ein Aspekt der Distribution aufgefaßt, nicht aber als Beschreibung des Kerns der Produktionsweise. Wenn nur "Markt (oder "Wert" begriffen als Marktdimension) und Privateigentum verändert werden sollten, gehe es letztlich also bloß darum, die Distributionssphäre umzumodeln, um zum Sozialismus zu gelangen. Die Produktionssphäre dagegen werde im Grunde als bereits "sozialistisch" verstanden: *"Wird Sozialismus als eine Transformation der Distributionsweise verstanden, welche die industrielle Produktion voraussetzt und ihr adäquat ist, dann bildet die Entsprechung implizit die Bedingung für allgemein menschliche Freiheit. Freiheit gründet somit in der industriellen Produktionsweise, sofern diese von den Fesseln des ,Werts' (d.h. des Marktes) und des Privateigentums befreit ist. Emanzipation gründet also in ,Arbeit' und ist in einer Gesellschaftsform verwirklicht, in der ,Arbeit' offen als das gesellschaftliche Prinzip erscheint und zu sich selbst kommt."* (S.200) Daß es z.B. dem Realsozialismus um die Befreiung der Arbeit von ihren angeblichen kapitalistischen Fesseln ging und nicht um die Befreiung des Arbeiters von der Arbeit, stellen sie also ins Zentrum der Kritik.

Wertproduktion und sozialistische Befreiung

Um den Wert zu begreifen, muß man, — so Brick/Postone — Einsicht in den Doppelcharakter der Arbeit gewinnen: *"Der Wert drückt nicht die über den Markt vermittelte Verteilung des materiellen Reichtums aus. Er ist eine unterschiedliche Form des Reichtums, die durch abstrakte Arbeit (nicht ,Arbeit') konstituiert ist. Das Wertmaß ist eine Funktion der Arbeitszeit und nicht der Masse der produzierten Produkte."* (S.205) Der Wert mißt also weder Masse der Produkte noch läßt sich ihre konkrete Gestalt in etwas Drittem, außer ihnen Existierendem, messen. Er ist Maß der verausgabten Arbeitskraft in Zeit, aber das auch nicht individuell, sondern den gesellschaftlich notwendigen Durchschnitt zur Herstellung eines bestimmten Produktes betreffend. Eine Konsequenz davon ist: *"Da die Wertgröße einzig die Funktion der gesellschaftlich durchschnittlichen Arbeitszeit ist, hat die Einführung neuer Produktionsmethoden, die die Produktivität erhöhen, nur zur Folge, daß der Wert pro Zeiteinheit kurzfristig steigt — d.h. nur solange, wie die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit noch von älteren Produktionsmethoden bestimmt bleibt. Sobald das neue Produktivitätsniveau gesellschaftlich allgemein geworden ist, fällt der Wert pro Zeiteinheit auf sein ursprüngliches Niveau zurück".* (S.205f)

Da *"das Ziel der kapitalistischen Produktion nicht einfach Wert ist, sondern die ständige Erhöhung des Mehrwerts — der Wertmenge pro Zeiteinheit, die über die für die Reproduktion der Arbeiter erforderliche hinausgeht"* (S.206) —, kommt es bei einem begrenzten Arbeitstag auf die Produktion von relativem Mehrwert an: die Produktivkrafterhöhung verkürzt die notwendige Arbeitszeit — also die dem Arbeiter bezahlte — und erhöht in dem Maße den Mehrwert, wie die verbilligten Produkte in die Konsumtion der Arbeiter eingehen. Doch: *"Je höher allerdings das Produktivitätsniveau ist (und daher je niedriger das allgemeine Niveau der gesellschaftlichen Arbeitszeit liegt), desto mehr muß die Produktivität gesteigert werden, damit die notwendige Arbeitszeit nennenswert abnimmt."* (S.207) Während die Steigerungsrate der Produktivität sich immer schneller erhöhen muß, *"damit der Mehrwert in dem fürs Kapital erforderlichen Maß wächst"*, wird *"die Wachstumsrate des Mehrwerts dagegen immer kleiner"*. Obwohl also der stoffliche Reichtum inclusive angewandter Rohstoffe und die Wertmasse permanent wächst, fällt das, worauf es dem Kapital allein ankommt: *"die Wachstumsrate des Gesamtmehrwerts"* vermindert sich, die Profitrate sinkt.

Es müssen also immer größere Kapitalmassen in Bewegung gesetzt werden, um die gleiche Mehrwertmasse zu erreichen. Die Basis des Mehrwerts — das variable Kapital — wird im Verhältnis zum konstanten Kapital, das es einsaugt, reduziert. Relativ immer weniger Arbeiter haben einen immer größeren Anspruch auf Mehrwert zu befriedigen: *"Das Kapital muß ständig akkumulieren, um stillzustehen, d.h. um weiter zu existieren."* (S.206)

Als Bestimmung des Sozialismus halten Brick und Postone fest, daß die Gesellschaftsmitglieder die Wahl zwischen mehr Reichtum oder weniger Arbeit und genauso viel Reichtum haben: *"In einer Gesellschaft, in der der stoffliche Reichtum auch die Form des gesellschaftlichen Reichtums ist, führt steigende Produktivität entweder zu einer größeren Masse des Reichtums, bzw. die Arbeitszeit kann entsprechend reduziert werden. Eben das geschieht nicht, wenn der Wert die Form des Reichtums ist."* (S.205) Ein gewichtiges Argument gegen das revisionistische Postulat, der Sozialismus sei die — was die Produktivität betreffe — den Kapitalismus übertreffende Produktionsweise. Dagegen halten die beiden fest, daß Produktivitätserhöhung im Kapitalismus über die Erhöhung der Ausbeutung der Arbeiter läuft. Der Sozialismus hingegen ist nicht — in erster Linie — deswegen zu erstreben, weil dort das gesamte Produkt dem Arbeiter gehört (das ist sowieso klar), sondern weil die Arbeiter die Freiheit haben, zwischen Arbeitsertrag (Größe des Reichtums) und Arbeitsaufwand zu entscheiden, was auch Änderungen im Produktionsprozeß beinhaltet: die ganze Organisation kapitalistischer Maschinerie sehen Brick und Postone durch und durch von ihrem kapitalistischen Verwertungszweck geprägt, unter "Sozialismus" stellen sie sich umfassende Veränderungen ebensolcher Organisation vor. *"Durchdenkt man nämlich unter den Voraussetzungen des traditionellen Marxismus die Entwicklung bis zu ihrem Endpunkt, der Abschaffung der ,Produktionsverhältnisse', so stellt sich unvermeidlich die Frage, ob es tatsächlich hinreicht, die so*(als Markt und Privateigentum der Produktionsmittel — Anm. des Autors) *begriffenen Produktionsverhältnisse abzuschaffen, um den Sozialismus zu verwirklichen. Als kritische, der kapitalistischen Gesellschaftsformation angemessene Kategorie kann der Marxsche Wertbegriff vielmehr nur dann gedacht werden, wenn er nicht nur die immanente Dynamik der gesellschaftlichen Form begründet. Er muß auch den Kern der widersprüchlichen, entfremdeten Form hinreichend begreifen, so daß* ***die Abschaffung des Werts gleichzeitig die Grundlage für gesellschaftliche Freiheit legt.*** "(Hervorh. von Brick/Postone, vgl. S.197)

Entfremdung

Brick/Postone unterscheiden den Entfremdungsbegriff im Marxschen Frühwerk und den seiner späteren Arbeiten. Daß der Kapitalismus die Menschen von sich entfremde, halten sie zu Recht für falsch. Schließlich gibt es keinen ausgeprägten Menschen getrennt von der Gesellschaft, in der er lebt und auf die er sich bezieht. Die Konstruktion des materialistischen, antikapitalistischen Individuums, das nicht in den Kapitalismus hineinpasse, ist ein Idealismus. Das kann man schon daran bemerken, daß man jemand nicht an Zwangsverhältnisse akkomodieren kann, wenn man seine Natur als diesen entgegenstehende behauptet. Das bürgerliche Individuum wird als gespaltenes konstruiert — als eines, das berechnend mit den ökonomischen und herrschaftsmäßigen Zwängen umgeht und als eines, das seinem Wesen nach dem Kapitalismus fremde Zweckmäßigkeiten habe und von diesem Wesen entfernt werde. In der Konstruktion steht dann das 'Selbst' dem 'Fremden' gegenüber. Über beide Pole werden nur negative Bestimmungen vermeldet: der Kapitalismus läßt das 'Selbst' des Individuums nicht zu und das 'Individuum bei sich' darf nicht es selbst bleiben, wird sich entfremdet. Das psychologische Ideal eines ganz in sich und bei sich bleibenden Menschen ist das Komplement zur Wirklichkeit, in der das Individuum benutzt wird. Aber anstatt die Ausbeutung, Benutzung und Unterwerfung genauer zu bestimmen, um sie bekämpfen zu können, wird im Begriff Fremdbestimmung oder Entfremdung schlicht behauptet, daß alles, was außerhalb des Individuums existiert, seine Vergewaltigung darstellt.

Brick/Postone halten dem den Begriff der Entfremdung im Marxschen Spätwerk entgegen. *"Sie (die Entfremdung) meint nicht mehr die Entfremdung von einem präexistierenden Wesen, sondern ist ein zweiseitiger historischer Prozeß gesellschaftlicher Konstitution. Das menschliche Wissen und seine Macht sind in dessen Verlauf gewachsen — aber in einer abstrakten Form, die den Individuen äußerlich ist, sie unterdrückt und beraubt. Da die entfremdete gesellschaftliche Totalität nicht durch ,Arbeit' konstituiert ist, sondern durch das Wechselspiel der beiden Dimensionen der warenbestimmten Arbeit, ist sie kein einheitliches Ganzes, sondern hat widersprüchlichen Charakter. Daraus entsteht die Möglichkeit, daß sich Menschen jenen Reichtum und jene Macht, die als Attribute des Anderen im Prozeß der nicht bewußten gesellschaftlichen Konstitution entstanden sind, wieder aneignen und dabei transformieren."* (S.211) Daß die Potenzen der Arbeit, der Kapitalreichtum, den Produzenten als mit Macht ausgestatteter Zwang, sie weiterhin auszubeuten, daß ihr eigenes Produkt, die Vergegenständlichung ihrer Fähigkeiten, die Gestalt fremder Macht über sie annimmt, mag ja als Entfremdung zu bezeichnen sein. Daß die Produzenten nicht mehr sie selbst seien, weil sie den Schuh nicht mehr vom Schnürsenkel bis zur Sohle selbst zusammenbasteln, weist als Ideal dagegen zurück in die früh- und vorkapitalistische Welt, die dem Arbeiter auch nicht gerade gutgetan hat.

2. Bricks/Postones Kritik an Friedrich Pollock und Max Horkheimer

In ihrer Untersuchung nehmen sich Brick und Postone einen Text vor, den Friedrich Pollock 1941 veröffentlichte (2). Sie gehen davon aus, daß die Ansichten Pollocks prägend für Horkheimer und damit für die Entstehung der "Kritischen Theorie" gewesen sind, und wollen aus der Kritik an beiden den "Pessimismus" der Kritischen Theorie sowohl erklären als auch überwinden.

Pollock und der "Staatskapitalismus"

Im Text Friedrich Pollocks wird die Entwicklung in Deutschland untersucht. Pollock sieht immer mehr planerische Elemente im Kapitalismus am Werk — die Bedeutung des traditionellen Unternehmers schwinde immer mehr, es entstehe eine Art Planwirtschaft. Wenn es auch noch Marktwirtschaft und ein Privateigentum an Produktionsmitteln gebe, so sei es doch nicht länger prägend für das Gesellschaftssystem: Aus dem liberalen Kapitalismus sei nun ein Staatskapitalismus erwachsen. Brick/Postone fassen zusammen: *"Wie wir gesehen haben, kann nach Pollock der Kapitalismus — als Staatskapitalismus — ohne Markt und Privateigentum existieren. Das jedoch sind die beiden wesentlichen Merkmale des Kapitalismus, wie ihn die traditionelle marxistische Theorie definiert. Was aber kennzeichnet die neue Phase des Kapitalismus, wenn jene ,Produktionsverhältnisse' nicht mehr gegeben sind? Pollock nannte für seine Charakterisierung folgende Gründe: ,Der Staatskapitalismus (ist) der Nachfolger des Privatkapitalismus ... Der Staat (übernimmt) wichtige Funktionen des privaten Kapitalisten ... Profitinteressen (spielen) noch eine bedeutende Rolle ..., und ... es (ist) kein Sozialismus. (Pollock 1941a S.201)"* Desweiteren *"nimmt Pollock Profit als bloße Unterkategorie von Macht auf: ,eine andere Seite der veränderten Lage unter dem Staatskapitalismus ist die Ersetzung des Profitmotivs durch das Machtmotiv. Zwar ist das Profitmotiv nur eine besondere Form des Machtmotivs ... Der Unterschied liegt jedoch ... darin, daß ... dieses wesentlich mit der Machtstellung der herrschenden Gruppe verknüpft ist, während das andere nur dem Individuum zukommt'."* (Brick/Postone S.193)

Wie Brick und Postone hervorheben, sei aber bei Pollock damit der "Staatskapitalismus", was die Ökonomie anbetrifft, mit dem Sozialismus identisch: Beide basieren übereinstimmend auf *"Zentrale Planung und praktische Abschaffung des Privateigentums unter Bedingungen entwickelter industrieller Produktion"* (S.194). Brick/Postone fassen dieses Vorgehen so zusammen: *"Für Pollock spielt das Ökonomische keine wesentliche Rolle mehr; ökonomische Kategorien (Profit) sind vielmehr zu Unterkategorien politischer Begriffe (Macht) geworden."* (S.193) Sie setzen dagegen: *"Ein Begriff von Staatskapitalismus impliziert notwendig, daß das nun politisch gesteuerte System Kapitalismus ist, und fordert daher auch einen Begriff von Kapital. Überlegungen dazu finden sich bei Pollock nicht. Der wesentliche Unterschied ist bei ihm nur, daß der Kapitalismus antagonistisch ist, d.h. eine Klassengesellschaft bleibt."* (S.193f) Eine genaue Bestimmung des Klassengegensatzes bleibe Pollock aber schuldig — dieser Begriff bedeute aber *"mehr als die Vorstellung eines bloßen Gegensatzes zwischen Herrschern und Beherrschten in einer Gesellschaftsformation, in der das Mehrprodukt nicht zum Wohle aller verwendet wird."* (S.194)

Pollocks Kapitalismusdefinition und Konsequenzen

Indem Pollock aber "Staatskapitalismus" und "Sozialismus", was die ökonomischen Grundlagen betrifft, gleichsetzt, müsse er, so meinen Brick und Postone, notwendig zu einer Haltung des grundsätzlichen Pessimismus hinführen: *"Pollock zeigt keine immanente historische Dynamik, aus der heraus die Möglichkeit einer anderen Gesellschaftsformation entstehen könnte... Wo Pollock sich mit dem möglichen Übergang des (demokratischen) Staatskapitalismus auseinandersetzt, machte er zudem keine Dynamik innerhalb des Staatskapitalismus deutlich, die den Sozialismus zunehmend ermögliche."* (S.198) *"Die gesellschaftliche Totalität ist zum widerspruchslosen Ganzen geworden."* (S.191) Brick und Postone sehen den Fehler Pollocks nun nicht in dessen Beschreibung von zunehmenden Elementen von "Planwirtschaft" innerhalb des Kapitalismus — hierzu schreiben sie vielmehr: *"Wir möchten ... nicht sagen, daß das, was Pollock als bedeutsame Transformation des gesellschaftlichen Lebens und der Herrschaftsstruktur des postliberalen Kapitalismus analysierte, nur mit Vorsicht aufzunehmen sei. Seine Analyse muß allerdings auf eine stärkere theoretische Grundlage gestellt werden."* (S.196f) Das theoretische Ungenügen Pollocks sehen sie vielmehr darin, daß jener die Kapitalismusdefinition des "traditionellen Marxismus" übernommen habe. Auch Pollock definiere "Kapitalismus" als Marktwirtschaft plus Privateigentum an Produktionsmitteln. Demzufolge dürfte er, folgern sie, die selbstentwickelte *"idealtypische postliberale Form"* gar nicht mehr *"als Kapitalismus ansehen"* (S.196), die er dennoch als Staatskapitalismus bezeichne. Nur mit einer Analyse, die den Kern der Produktionssphäre einbeziehe, und die die Wertproduktion als letzten Grund des Kapitalismus zu erfassen vermöge, könnten die modernsten kapitalistischen Formen noch adäquat definiert werden. Dann, meinen Brick und Postone, könne auch wieder der Übergang zum Sozialismus als eine Möglichkeit aus dem bestehenden Kapitalismus abgelesen werden: Als Revolutionierung dieser letzten Grundlagen der ökonomischen Formation.

Horkheimers Pessimismus

Bei Max Horkheimer sehen Brick und Postone dieselbe Problematik am Werke, wie bei Pollack. Im Unterschied zu Pollock sieht aber Horkheimer nun nicht das deutsche faschistische System, sondern die Sowjetunion als Prototypen eines "Staatssozialismus" an: *"Obwohl die in diesem Aufsatz entfaltete Position (,Der autoritäre Staat', 1940) der Pollocks grundsätzlich ähnelte, führte Horkheimer ganz ausdrücklich die Sowjetunion als die ausgeprägteste Form des Staatskapitalismus ein; er begriff den Faschismus als Mischform, insofern der unter staatlicher Kontrolle gewonnene und verteilte Mehrwert unter der alten Bezeichnung des Profits an Industriemagnaten und Großgrundbesitzer übertragen werde."*

Brick/Postone werfen Horkheimer ganz ähnlich wie Pollock vor, daß er den traditionell-marxistischen Definitionen des Kapitalismus (Marktwirtschaft plus Privateigentum der Produktionsmittel) verhaftet bleibe, und daß daher auch Horkheimer dem *"repressive(n) Staatskapitalismus und emanzipatorische(n) Sozialismus die gleiche ,materielle' Basis"* unterschiebe. (S.224) Daraus aber wiederum erklären Brick und Postone den Pessimismus, der Horkheimers Position geprägt habe. Horkheimer sei gezwungen gewesen, *"Emanzipation außerhalb der Geschichte"* anzusiedeln (S.227); Theorie werde bei ihm *"nicht mehr als Teil des gesellschaftlichen Ganzen verstanden, in dem sie existiert, sondern behauptet eine scheinbar unabhängige Position. Horkheimers Begriff der Disjunktion von Begriff und Realität schwebt mysteriös oberhalb seines Gegenstandes. Er kann sich nicht selbst erklären."* (S.228) Dagegen behaupten Brick und Postone, ihren eigenen Sozialismus aus der kapitalistischen Gegenwart ableiten zu können.

3. Kritik der Kritik: Optimismus contra Pessimismus?

Der Kritik Bricks/Postones an Pollock und Horkheimer ist in einigen Punkten zu folgen: Tatsächlich verkennen die, daß der Kern des Kapitalismus in der Mehrwertproduktion zu suchen ist; Horkheimers Unterscheidung zwischen sowjetischem Realsozialismus und wirklichem Sozialismus allein aus der Kategorie Macht, die ihren Mittelcharakter nicht untersucht, ist ebenfalls schlüssig. Andererseits suchen auch Brick und Postone nach einer "Notwendigkeit", die aus dem Kapitalismus quasi automatisch zum Sozialismus führt: Sie wiederholen auf anderer Ebene Fehler Pollocks/Horkheimers, anstatt sie tatsächlich zu überwinden.

Kapitalismus — definiert ohne Wertproduktion...

Marx hat — um es hier kurz zusammengefaßt darzustellen — zum Wesen des Kapitalismus herausgearbeitet,

— daß sich der Wert überhaupt nur als Durchschnitt der gesellschaftlichen Arbeitszeiten herausstellt und der Markt die Sphäre ist, in welcher das stattfindet;

— daß die Preise der Wertausdruck sind und die freie Preisfestsetzung ein notwendiges Bestimmungselement des Kapitalismus ist;

— daß daher die Konkurrenz die Realisierungsweise des Wertgesetzes ist;

— daß das ganze System auf Privateigentum beruht und Mehrwertproduktion ohne Privateigentümer schlechterdings keinen Sinn macht;

— und daß Klassengegesätze ihren Grund in der ökonomischen Benutzung haben, der kapitalistische daher dito.

Die Realsozialisten waren in doppelter Weise Idealisten der bürgerlichen Verhältnisse. Einmal stach ihnen bei der kapitalistischen Produktion nicht der ihr zugrundeliegende Ausbeutungscharakter — den Brick/Postone als abstrakte Arbeit fassen — ins Auge, sondern die private 'ungerechte' Aneignung; nicht die Wertproduktion störte sie, sondern die private Aneignung des Mehrwerts, den sie sich als gesellschaftliche Kategorie schon gut vorstellen konnten. Zum anderen entdeckten sie im Staat nicht die zum Kapitalismus gehörige, manifestierte Gewalt zur Durchziehung dieses Produktionsverhältnisses, sondern ein an sich nützliches Instrument der Volksmassen, das nur von den Freunden des Volkes besetzt werden müsse. Solche waren sie ja auch — das Volk als Untertanenmaterial des Staates abschaffen zu wollen, war ihnen ein grausiger Gedanke — und so sind sie angetreten, dem braven Arbeitsmann einen größeren Anteil seines Arbeitsprodukts zukommen zu lassen, um der 'Ungerechtigkeit' der Verteilung einen Riegel vorzuschieben. Und die Schweinerei war nicht, daß sie den Rest des Produkts in ihre Taschen schieben wollten — das hätten Lenin und seine Kumpels bis hin zu Honecker wirklich nicht gemacht — sondern daß sie die im Kapitalismus vorgefundenen ökonomischen Kategorien als Methoden und Hebel für die Produktion eines für die Produzenten nützlichen Reichtums einsetzen wollten. Die erste Gesellschaft der Welt, die die Gebrauchswertproduktion mittels

Plan forcieren wollte, hatte die schwer schädliche Idee, daß der Plan allein die Effektivität der Produktion nicht so recht garantiere, so daß ihm das Geld als Stimulanzgröße an die Seite gestellt werden müsse. So wurde das Gebrauchswertprinzip vom Gewinn durchkreuzt und paralysiert und anschließend oft beklagt, daß 'finanzielles und stoffliches Ergebnis auseinandertreten'.

Das Wertgesetz sollte bewußt angewandt werden — eine Idiotie, angesichts dessen, daß sich der Wert in der freien Konkurrenz herausstellt —, der Gewinn sollte die Betriebe zu besseren Ergebnissen bringen und gleichzeitig wurde ihm die freie Handhabung der Mittel des Gewinns — freie Preise und freier Umgang mit der Arbeitskraft — untersagt; die Betriebe sollten im 'Wettbewerb' stehen, aber sich nicht schaden usw. (3) Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die Etablierung des Gegensatzes von Gewinn und Plan für niemanden besonders nutzbringend war.

Kapitalismus ohne Markt und ohne privaten Produktionsmittel?

Der zentrale Fehler bei Pollock und bei Horkheimer liegt nun — wie Brick/Postone richtig kritisieren — zum einen ebenfalls darin, die Wertproduktion nicht adäquat analysiert zu haben. Pollock und Horkheimer haben aber weiter eine künstliche Fiktion aufgemacht, wenn sie die Entwicklung eines "Staatskapitalismus" phantasierten, in dem Markt und das Privateigentum an Produktionsmitteln abgeschafft wären.

Die große Weisheit Pollocks besteht darin, daß alles immer nur um Macht geht. Dieser 'Entdeckung' schiebt er noch einen scheinbar plausiblen Grund nach: Die Macht leitet sich aus dem Willen zur Macht — dem Machtmotiv — ab. Der ökonomische Nutzen der Kapitalisten von der Ausbeutung spielt da keine Rolle mehr und die Marxsche Analyse, die feststellte, daß bei der Warenproduktion die Akteure Gesetzmäßigkeiten errichten, die sich hinter ihrem Rücken abspielen und deren Spielball sie fürderhin selber sind, weil der Waren- und der Geldfetisch sie beherrschen, wird erst gar nicht zur Kenntnis genommen. Statt dessen wird das Geschehen in der bürgerlichen Welt psychologisiert: da wollen welche unterdrücken, weil sie das Unterdrückermotiv haben. Und der alte Kamerad Tautos begleitet diese tiefsinnige Analyse durch alle existenten Gesellschaftsformen.

Daß Horkheimer hier den Fehler Pollocks — die Macht als Selbstzweck sei die Spezifik des Realsozialismus — mitmacht, braucht hier nicht mehr ausgeführt zu werden. Verwiesen sei nur auf die fatale Konsequenz dieses Fehlers: der Faschismus ist dem Realsozialismus als Machtgesellschaft gleichgestellt, nur der Mehrwert fließe woanders hin. Horkheimer formuliert dann ein Paradoxon: weil der den Gegensatz von Plan und finanziellen Stimuli der Gewinnproduktion nicht zur Kenntnis nimmt, behauptet er die realsozialistische Produktion als sozialistisch, weil planmäßig. Da die staatliche Herrschaft trotzdem weiterexistiert schließt er auf deren Selbstzweckhaftigkeit und ihrem zweckhaften Gegensatz zu den Produzenten. Die realsozialistischen ökonomischen Widersprüche, die die Entwicklung der Produktivität tatsächlich behinderten, verwandelt er in eine Aktion der Herrschaft zu ihrer Selbstbehauptung: sie müsse die Produktivkräfte an ihrer Entfaltung hindern, um sich selbst aufrechtzuerhalten. Und weil die Herrschaft daher irrational werden, müsse der Staat totalitär werden.

Der Stalinismus, der keinen Widerspruch duldete, weil er sich — da Vertreter der Arbeiterklasse — getrennt von jedem Argument ***moralisch*** im Recht wußte und der sowieso nicht kleinliche materielle Interessen, sondern dem Willen der Geschichte höchstpersönlich zum Durchbruch verhelfen wollte, wird von Horkheimer genauso wie von seinen bürgerlichen Gegnern als Macht um der Macht willen abgehandelt. Unter dieser Prämisse wird dann ausgerechnet die Macht, die dem Imperialismus ihre Existenz durch Wohlverhalten abkaufen wollte und die nachgewiesenerweise mit ihrer Aufrüstung immer hinterherzog, als der eigentliche Kriegstreiber hingestellt.

Es liegt also ein grundlegender Fehler in Pollocks und Horkheimers Argumentation, wenn sie die ökonomischen Formationen des NS-Staates und des Realsozialismus gleichsetzten, indem sie sich einen "Staatskapitalismus" ohne Markt und ohne Privateigentum an Produktionsmitteln konstruieren. In ihrer Kritik haben Brick/Postone diesen ganz wesentlichen Aspekt leider nicht erkannt — sie geben im Gegenteil zu erkennen, daß sie gerade diesem Aspekt bei Pollock/Horkheimer einige Plausibilität zusprechen (vgl. das oben angeführte Zitat).

Aus dem generellen Widerspruch des Kapitals folgt aber keineswegs — wie so gern behauptet — der Zusammenbruch der Marktwirtschaft, sondern die Notwendigkeit der Entwertung von Kapital in Form von Krisen. Die Produzenten haben den Widerspruch am eigenen Leib auszuhalten und wenn der Kapitalismus kein ewiger sein soll, müssen schon ***sie*** Hand anlegen. Aus Krisen und Konzentration kann also nicht das Eintreten einer planwirtschaftlichen Steuerungsweise gefolgert werden, weder einer "staatskapitalistischen", noch einer sozialistischen.

Der *"notwendige"* Übergang zum Sozialismus bei Horkheimer

Horkheimer war ein Meister des Arguments, daß der Kapitalismus seine Abschaffung verlangt: *"Negative gesellschaftliche Bedingungen wie Hunger, Arbeitslosigkeit, Krisen und Militarisierung beruhten nur ,in den der Gegenwart nicht mehr angemessenen Verhältnissen, unter denen produziert wird.'"* (S.219) Die Konsequenzen des Kapitalismus, die notwendig zu ihm gehören, werden von ihm abgetrennt und als nicht zur Gesellschaft an sich gehörig behauptet, weswegen das System sich überlebt hätte (gemessen an den Aufgaben, die die Gesellschaft an und für sich hätte!). *"Das allgemeine gesellschaftliche Elend, verursacht durch anachronistische, partikularistische Verhältnisse, sei, gemessen am Potential der Produktivkräfte, irrational geworden."* (S.219) Wenn man den Kapitalismus nicht als eine interessenbestimmte Gesellschaft nimmt, sondern als eine, die allgemeine Probleme menschlichen Wirtschaftens lösen müßte, dann hat die Ausbeutung keinen rationalen Zweck und wird in dem Ausmaß, wie sie ihren geschichtlich notwendigen Zweck (für wen?) geleistet hat, 'irrational'!

Da die Marxsche Theorie in den 40 Jahren und danach bei den Arbeitern auf wenig Widerhall stieß, Horkheimer aber schwer der Ansicht war, daß die Arbeiterklasse eigentlich revolutionär sein müßte, sie also nicht zum Kapitalismus passe, leuchtete ihm die von Lenin ausgedachte Idee der ***Korrumpierbarkeit der Arbeiterklasse*** ein (4). Auch hier ist wieder das Bemühen zu beobachten, das Resultat kommunistischer Agitation — revolutionäres Bewußtsein — den Arbeitern als a priori Bestimmung umzuhängen. Disposition zur Revolution?

Brick/Postone interessiert an Horkheimers Denken leider wieder der vorher schon angeführte Hauptgesichtspunkt. Sie spüren der "pessimistischen Wende" (S.220) hinterher, sind froh, daß er 1937 wenigstens noch die "Möglichkeit" der Revolution gesehen hat, weil sich sein Pessimismus nur auf die Wahrscheinlichkeit derselben bezog und kritisieren, daß er am Staatskapitalismus nicht dessen emanzipatorische Momente zu seiner Selbstaufhebung herausgearbeitet habe: *"Horkheimer redete von Zusammenbruch, aber er zeigte nicht seine Vorbedingungen."* (S.223)

Bricks/Postones "optimistische" Variante

Gegen Horkheimer halten Brick/Postone entgegen: *"Freiheit begründet sich rein voluntaristisch"*, und: *"Begreift man die industrielle Produktionsweise als kapitalgeprägt, dann kommt man ebensowenig automatisch zu einer anderen Form der Produktion wie aus der Unfreiheit in die Freiheit. Da Horkheimer den traditionellen Marxismus in dieser Hinsicht nicht revidierte, begriff er Freiheit nicht mehr als bestimmte historische Möglichkeit, sondern als unhistorisch und daher gesellschaftlich unbestimmt."* (S.225)

Sie haben da insofern recht, als Horkheimer tatsächlich die gesellschaftliche Planung im Realsozialismus verwirklicht sah. Nur ist eben der Schluß daraus — die Widersprüche im Realsozialismus führten "automatisch zu einer anderen Form der Produktion" — so falsch wie der Beweiszweck selbst: die Einführung des Sozialismus bleibt bei Brick/Postone weiterhin nicht nur möglich, sondern geradezu ein Erfordernis der Widersprüche.

Brick und Postone wollen sich nicht mit dem Nachweis begnügen, daß der Pollocksche Begriff von Staatskapitalismus sich von den ökonomischen Bestimmungen emanzipiert hat, und daß zwei so verschiedenartige Gesellschaftssysteme wie der Realsozialismus und der Faschismus nur unter der falschen Abstraktion, es ginge ihnen um die Macht um ihrer selbst willen, unter eine Käseglocke gebracht werden können. Genausowenig genügt den beiden der Nachweis der notwendigen Schädigung der Produzenten im Kapitalismus. Die Widersprüche ***des*** Systems werden vielmehr auch bei ihnen verdoppelt in ihre konkrete Gestalt und in die Möglichkeit der Aufhebung des Kapitalismus. Da sie aber den Kapitalismus konstituieren, sollen sie auch Möglichkeit der Aufhebung ihrer selbst sein. Der Gegenstand wird als Möglichkeit zu seiner Beseitigung, als Möglichkeit zu seiner Unmöglichkeit bestimmt.

Die Banalität, daß man den Kapitalismus abschaffen kann, ist damit nicht gemeint.

Das würden auch Pollock und Horkheimer nicht bestreiten. Vielmehr geht es darum, den Willen zu seiner Abschaffung mit einer Notwendigkeit getrennt von den Schädigungen seiner Funktionsweise zu versehen. Seine Widersprüche erfordern seine Abschaffung, das System selbst wird Kronzeuge seiner Unzeitgemäßheit. Die Widersprüche sind nämlich dynamisch, sie bleiben nicht wie sie sind und der historische Wind der Fäulnis pfeift schon durch's Gebälk. Auch Brick und Postone entfernen sich einfach von der Feststellung, daß die Arbeiter tausend Gründe haben, die Ausbeutung aufzuheben und daß sie mit dem Realsozialismus auch nicht gut gefahren sind: Das eigentliche Antriebsmotiv soll die Historie aufgrund ihrer Dynamik sein. Deswegen reicht es ihnen

auch nicht am Revisionismus dessen Eintreten für eine gerechtere Distributionsweise zu kritisieren. Gemäß der von demselben erfundenden Geschichtsteleologie müssen sie unbedingt festhalten, daß auch der in den Staatskapitalismus umgedeutete Realsozialismus nicht "als historisch endgültig verstanden" werden darf. Damit kritisieren sie die revisionistische Theorie mit einem Versatzstück derselben; und fertig ist er, der Kampf von Optimismus gegen den Pessimismus: *"Eine solche Grundlage* (eine stärkere theoretische, Anm. des Autors) *würde auch, wie wir zeigen wollen, den Pessimismus als notwendiges Element einer Staatskapitalismusanalyse in Frage stellen."* (S.197)

Richtig oder falsch werden damit als Kriterien einer Theorie zweitrangig: zuerst einmal muß eine Theorie 'beweisen', daß der Kapitalismus und der Realsozialismus abschaffbar sind (5).

A.K., Berlin

Anmerkungen:

1) Zu: Barbara Brick und Moishe Postone: Kritischer Pessimismus und die Grenzen des traditionellen Marxismus, in: Sozialforschung als Kritik, Hrsg. V. Bouß und A. Honneth, Suhrkamp 1982, S.179-239

2) Pollock (1941 a): State Capitalism: its possibilities and limitations. In: Studies in philosophie and social science. Vol. IX, S.200-225

3) Die genauere Analyse würde den Text sprengen; aber nachzulesen in: Karl Held: "Das Lebenswerk des M. Gorbatschow. Von der Reform des Realen Sozialismus zur Zerstörung der SU." München 1992. ISBN 3-929211-00-9

4) Bestochen werden muß schließlich nur eine Arbeiterklasse, die theoretisch in einen bewußten, unauflöslichen Gegensatz zum Kapitalismus gestellt wird. Die Analyse des Staatsbürgerdaseins der Arbeiter wird nicht betrieben.

5) Dynamik ist nämlich kein Kennzeichen einer bestimmten Gesellschaftsform; jede bewegt sich und ist nicht statisch und die von 'historischen Materialisten' gerne zitierte 'Erkenntnis', daß 'alles fließt', sollte man nicht als Maßstab von Gesellschaftskritik und als optimistische Begrüßung der Notwendigkeit des Sozialismus fortleben lassen. Der Sozialismus bleibt schließlich auch nicht stehen (statisch) und unterscheidet sich vom Kapitalismus und Realsozialismus nicht dadurch, daß er keine Widersprüche beherbergt, die über ihn hinausweisen, durch die Ausrichtung der Produktion auf den Verein freier Menschen. Die kapitalistischen Widersprüche drücken zwar so manchen in die Scheiße, sind aber kein Anzeichen der historischen Begrenztheit dieser Gesellschaftsordnung. Es ist nämlich nicht die Historie, die sich durch allerhand Gesellschaftsformen hindurchquält, bis sie endlich widerspruchsfrei bei sich selbst (im Sozialismus) ist. Das Verfahren der bürgerlichen Geschichtswissenschaft — den Kapitalismus als die Endweisheit der sich logisch zu ihm hinentwickelten Geschichte präsentieren — hätten Brick/Postone lieber dieser überlassen sollen anstatt es umzudrehen.

"Links, wo keine Heimat ist"

Jürgen Elsässers Buch zur Renaissance des deutschen Antisemitismus

Chronologie

Beginnen wir mit dem Schluß: Die letzten 26 Seiten des neuerschienen Bändchens zum neuen deutschen Antisemitismus von Jürgen Elsässer bestehen aus einer Chronologie antisemitischer Vorfälle seit der Wiedervereinigung. Ihre Häufung, die der Alltagswahrnehmung zu entgehen droht, in der Reihung wahrzunehmen, bewirkt Erschrecken. Es ist zu erkennen, wie sehr sich Anwürfe gegen jüdische Repräsentanten und Institutionen richteten — von der radikalen Rechten ebenso, wie aus dem Zentrum bürgerlicher Politik. Ebenso wurde massiver Geschichtsrevisionismus von ganz rechts wie aus der gesellschaftlichen Mitte betrieben, begleitet von wiederkehrenden antisemitischen Stereotypien.

Die Darstellung endet im Juni 1992: Die massive antisemitische Welle nach Rostock konnte so noch keine Berücksichtigung finden. So dramatisch die Chronologie bereits wirkt, zeigt [illegible] im nachhinein, daß antisemitische [illegible] Berichterstattung und Kohl-Hetze gegen den Jüdischen Weltkongreß nur einen Auftakt darstellten, dem nun massive Wellen von Anschlägen und von Friedhofschändungen folgen; die Zuspitzung geht bis hin zum — zumindest auch — antisemitisch motivierten Mord in Wuppertal durch Mitglieder der "Nationalistischen Front" im November. Die Dringlichkeit, die Chronologie fortzuschreiben, liegt auf der Hand.

Im Überblick

Die neueren Beispiele belegen indes nur zusätzlich die Hauptthese des Autors von einer antisemitischen Renaissance, die mit der Wiedervereinigung einsetzte: Der enge Zusammenhang der wahnhaften Ideologie zur nationalen Konstruktion wird in der Argumentation immer wieder betont und nachgewiesen.

Dabei liegt mit dem Band kein wissenschaftliches Werk vor, es dominiert ein eher feuilletonistischer Stil, der es flüssig lesbar macht. Zum Beginn der Kapitel sind zum Weiterdenken und -recherchieren animierende Zitate verschiedener LiteratInnen und AutorInnen zur Theorie des Nationalismus und des Antisemitismus eingefügt. Der Text selbst stellt die Entwicklungen entlang analysierter Ideologieelemente, konkreter politischer Ereignisse, antisemitischer Vorfälle und von Analysen des Massenbewußtseins vor. Immer wieder finden sich interessante neue Bewertungen und Gedankengänge des Autors, viele Aspekte und Themengebiete werden dabei berücksichtigt, teils nur kurz angeleuchtet. Dabei bleibt die theoretische Grundlage, auf der der Autor agiert, immer erkennbar — die Erklärungen gehen im wesentlichen von sozialpsychologischen und von wertkritisch-erkenntnistheoretischen Ansätzen aus. Mit solchen Erklärungsmodellen setzte sich die Linke in der Vergangenheit, wie Jürgen zurecht kritisiert, zu wenig auseinander. Dieser Mangel wird nicht nur im Inhalt des Bandes kritisiert, sondern die Form des Textes soll erkennbar zugleich die Überwindung dieses Mangels befördern und anregen.

Den theoretischen Grundlagen, auf die das Buch reflektiert, entspricht eine Bewertung des Antisemitismus nicht als bloßes "Vorurteil", sondern als eine kollektive Halluzination, die [illegible] der bürgerlichen Gesellschaft [illegible] *"Da kein Mensch vernünftig* [illegible] *nen wirk-* [illegible] *de sein Bild* [illegible] *per se, dem* [illegible] (S.8)

Historikerdebatte

Der erste Teil des Bändchens behandelt die "Vorgeschichte" der Wiedervereinigung. Der Schwerpunkt liegt auf einem genauen Nachzeichnen des Geschichtsrevisionismus, der unter dem Titel "Historikerdebatte" ab 1986 betrieben wurde. Insbesondere wird herausgearbeitet, w[illegible] oft übersehen wird: daß die [illegible] ion bereits im engstem Zusammenhang mit dem Anliegen verstanden werden muß, eine "Renationalisierung" der Bundesrepublik voranzutreiben. Infolgedessen wird als eine zentrale Schwäche der "linken" Diskussionsteilnehmer unter den Historikern herausgearbeitet, daß sie — mit Habermas — auf eine inkonsequente Haltung des Verfassungspatriotismus als Gegenkraft zum nationalistischen Kurs Stürmers und Noltes setzten: Dem Verfassungspatriotismus sei, so Jürgen, der Übergang zum völkischen Denken schon eingeschrieben, wie das Grundgesetz bereits eine völkische Haltung abfordere.

Die antisemitische Renaissance

Der Mittel- und Hauptteil des Buches ist verschiedenen Betrachtungen zur offen antisemi-

tischen Renaissance gewidmet, wie sie seit der Wiedervereinigung grassiert. Analysiert wird z.B. das rechtsradikale Wählerpotential: Das Buch sucht aufzuräumen mit den Mythen, DVU- und REP-Wähler seien in erster Linie "sozial Benachteiligte" — gerade der auf Massenebene verankerte Antisemitismus zeigt, daß es sich im Gegenteil meist um originär faschistische Wähler handelt. Dabei machen referierte Umfrageergebnisse aus der Zeit der alten Bundesrepublik deutlich, daß dieser Antisemitismus stets vorhanden, daß er in der Vergangenheit lediglich tabuisiert war.

Was sich änderte, ist, daß nach dem Ende solcher Tabuisierung wieder offene und aktivistische Erscheinungsformen zutage treten — und daß der Antisemitismus in der Jugend (die ebenfalls nie *frei* davon war) wieder in der Offensive ist, überdurchschnittlich vertreten wird. Vor diesem Hintergrund wendet sich der Autor gegen eine bloß negative Bewertung des "verordneten" DDR-Antifaschismus. In der Tat, und bei aller berechtigten Kritik an der inszenierten DDR-"Wirklichkeit": Wie anders, als verordnet, hätte der "Antifaschismus" zumindest in der Zeit direkt nach 1945 sein können?

Den oberflächlichen "Philosemitismus" in der Tradition bundesdeutscher Israel-Politik bewertet Jürgen als im Wesentlichen zweckbestimmt: Mit Zitaten, z.B. Adenauers, wird nachgewiesen, daß die Israel-Politik in erster Linie der Reetablierung der deutschen Nation dienen sollte; dennoch waren, wie ebenfalls ausführlich auseinandergesetzt wird, israelfreundliche Handlungen, z.B. die Aufnahme diplomatischer Beziehungen, immer wieder starken Widerständen ausgesetzt. Nun, da mit dem 2+4-Vertrag und der vollen deutschen Souveränität der Zwang zur Rücksichtnahme weitgehend entfallen ist, könne, so die im Buch nahegelegte These, bei entsprechender Interessenlage der künstliche und interessengeleitete politische Philosemitismus schnell in eine gegenteilige Haltung umschlagen.

Aktuelles

Im dritten Teil des Textes finden sich Ausführungen zur aktuellsten Entwicklung — der Autor untersucht Zusammenhänge von Wohlstandsrassismus und Antisemitismus, stellt Überlegungen an, die den marktüblichen Gedanken wie denen z.B. Leggewies widersprechen. An einem Zitat der Nationalzeitung des DVU-Vorsitzenden Frey wird eine Verknüpfung der Ideologie von den Untermenschen (Rassismus) mit der vom Übermenschen (Antisemitismus) verdeutlicht: der anhaltende Zustrom von Asylbewerbern, heißt es da, werde von den *"Feinden deutscher Lebensinteressen"* als Waffe gegen das sich vereinende Deutschland gesehen; Ziel sei die *"Entdeutschung der hiesigen Bevölkerung"*; Jürgen merkt dazu treffend an: *"Das Bild einer unheimlichen Verschwörung, die hinter den nur scheinbar spontanen Migrationsbewegungen steckt, verweist auf den jüdischen Drahtzieher."* (S. 58f)

Kritik der Linken

Ebenfalls vor allem im dritten Teil führt Jürgen die Kritik an der Linken, der in puncto Antisemitismus eklatantes theoretisches Versagen vorgeworfen wird. Gegen latenten und wieder manifest werdenden Antisemitismus habe sie nonchalant reagiert, teils ihn reproduziert: Die passive und unverständige Haltung gegenüber einem Ereignis wie Bitburg belege diese Problematik. Außerdem habe ihr Antizionismus in der Vergangenheit als Türöffner antisemitischer Stereotype gewirkt. Arbeite die Linke solche Fehler und theoretischen Verkehrungen nicht grundsätzlich auf, werde sie angesichts der kommenden antisemitischen Renaissance notwendigerweise versagen. Da er Antisemitismus und Nationalismus als eng verkoppelt begreift, sieht Jürgen als wesentlich an, eine konsequent antinationale Haltung zu entwickeln — *"Links"*, schließen diese Ausführungen, *"ist da, wo keine Heimat ist"...*

Diese Textpassagen dürften in unseren, den an "Nie wieder Deutschland"-Kampagnen aktiven Kreisen am meisten Stoff für Diskussionen bieten. Die von Jürgen getroffenen Grundaussagen sind überzeugend, und zahlreiche angeführte Beobachtungen belegen sie — am Detail wäre der Text aber da und dort doch kritisch zu hinterfragen. Ein Beispiel: Jürgen zitiert mehrfach Ergebnisse von Befragungen, nach denen antisemitische Einstellung und propagierter Antizionismus sich überlappen, und daß bei größerer Intensität des einen auch der jeweils andere Wert wächst. Ein relevanter Teil der Antizionisten, berichtet er ebenfalls, könne den Umfrageergebnissen gemäß allerdings nicht als antisemitisch bezeichnet werden. Dennoch folgert er, daß der linke Antizionismus grundsätzlich als Statthalter des Antisemitismus gewirkt habe. Eine solche Schlußfolgerung — die hier der Sache nach gar nicht beurteilt, bestritten werden soll — kann aber aus der angeführten Empirie keinesfalls gefolgert werden, vielmehr müßte nachgewiesen werden, *inwiefern* der vertretene linke Antizionismus *im Konkreten* entsprechende Stereotypen beförderte.

Doch sind provokante Gedanken, die zur Auseinandersetzung reizen — wie z.B. eine kurzgefaßte Kritik an Marx' "Zur Judenfrage", die jenem unter anderem verkürzende Kapitalismuskritik bescheinigt — wie das Salz in der Suppe, das, neben Erkenntnisgewinn und dem hohen Gebrauchswert im "Nachschlagen" verschiedenster Ereignisse, dem Buch in "NWD"-Zirkeln eine hohe LeserInnenquote sichern müßten. Zu wünschen wäre dem Text aber vor allem eine Verbreitung auch in solchen Kreisen, in denen die Grundthesen des Buches bisher nicht geteilt, oder gar energisch bestritten wurden...

Berthold Brunner

Jürgen Elsässer, Antisemitismus — das alte Gesicht des neuen Deutschland, Dietz-Verlag Berlin 1992, 158 S. 19,80 DM.

Rezensionen

Die freundliche Zivilgesellschaft

Dieses Buch hätte man sich schon letztes Jahr gewünscht, auch wenn es selbstverständlich alles andere als veraltet ist: Es versammelt politische Reflexionen eines Teils derjenigen, die sich 1990 mit dem Ansatz "Nie wieder Deutschland" dem nationalen Coming-out entgegenstellten. Dabei ist das theoretische Niveau höher als im vergleichbaren Sammelband der "Radikalen Linken", der 1990 im isp-Verlag erschien.

Gut gelungen ist der Versuch, aktuelle Analysen der deutschen Entwicklung aus den unterschiedlichen Perspektiven marxistischer oder kritischer Theorie vorzunehmen. Was beispielsweise Demirovic zum Rassismus zu sagen hat, ist gleichzeitig eine erhellende Einführung in Horkheimer/Adornos Arbeiten zum autoritären Charakter und zum Antisemitismus, wie ihre Abgleichung mit den Formveränderungen der bürgerlichen Gesellschaft, die unter dem Stichwort "Postfordismus" diskutiert werden. Die verschiedenen Aufsätze zum Nationalismus leisten einerseits eine materialistisch fundierte Herleitung des Begriffes der "Nation" und ihrer notwendig rassistischen Implikationen, andererseits eine Bestimmung der besonderen Gefahren, die vom "zu spät gekommenen" Deutschland ausgehen. Flotte Polemiken gegen die Multikultis sorgen zusätzlich noch für Amusement.

Wenn man eine neupolitisierte Studi oder einen abgeschlafften Marxologen zum profunden Antinationalismus bringen will, waren 20 DM selten besser angelegt!

Redaktion diskus: Die freundliche Zivilgesellschaft. Rassismus und Nationalismus in Deutschland. Edition ID-Archiv, Amsterdam und Berlin 1992, 170 S., 20 DM.

Antisemitismus und Volksstaat

Abneigung gegen die Freiburger ISF hin oder her — an den von ihnen inspirierten Arbeiten zum Komplex Antisemitismus kommt man nicht vorbei. Das von Ulrich Enderwitz vorgelegte Buch ist ein unbedingtes Muß für alle, die in der Analyse des Antisemitismus den Kern einer Kapitalismusanalyse sehen, eine Art historischer Materialismus des Antisemitismus. Es schildert die Herausbildung kapitalistischer Verhältnisse im Feudalismus, den Absolutismus als Mischform, den politischen Triumph der Bourgeoisie, die Übertragung der politischen Herrschaft auf den relativen autonomen Staat, den Übergang dieses Staates zum Volksstaat, sein Überkippen in den völkischen Staat. Jedem Produktionstyp entspricht ein anderer Staatstypus — und eine andere Form von Antisemitismus.

Ähnlich wie Moishe Postone geht der Autor von der Wertkritik im Band I des Kapitals aus, kommt aber zu anderen Ergebnissen. Während Postone die Triebkräfte des modernen Antisemitismus im verkürzten und biologisierten antikapitalistischen Ressentiment sieht, stellt Enderwitz die Staatskritik ins Zentrum seiner Ausführungen: Als Exekutor des Wertgesetzes vereinigt der Staat den gesellschaftlichen Antisemitismus zur politischen Kraft.

Der Ansatz von Enderwitz greift einige Widersprüche in (nicht nur) unserer Diskussion der letzten Jahre auf: So behauptet er die relative Autonomie des Staates, nimmt also die Bourgeoisie aus dem Zentrum seiner Kritik, ohne deswegen zum Apologeten des Kapitalismus zu werden (ganz im Gegenteil spitzt er die Kritik am Kapital durch die Kritik am Staat zu). Und er schafft es, die Spezifik des deutschen Sonderwegs herauszuarbeiten (Postone schrieb dazu nur eine Fußnote), ohne deswegen die "westliche" Variante des Kapitalismus von der Tendenz zur antisemitischen Barbarei freizusprechen (wie das Dan Diner u.a. neuerdings tun).

Ulrich Enderwitz, Antisemitismus und Volksstaat, Zur Pathologie kapitalistischer Krisenbewältigung. Ca ira-Verlag, Freiburg, 156 S. 18 DM.

Der freie Westen, der vernünftige Krieg ...

Die Autoren gehören zur Sparte der "vernünftigen Autonomen", die man sich öfter wünscht. Ihr Buch ist der Versuch, die während des Golfkrieges aufgebrochenen Gräben nicht zuzuschütten, sondern ihre Tiefe auszuloten. Sie formulieren dabei eine Art "Mittelposition" und kritisieren gleichermaßen den autonomen Mainstream und die anti-deutsche Strömung. (Wenn die Bemerkung erlaubt ist: Mit ihrer Anti-Gremliza-Position hätten sie auch in der Gruppe K einen guten Stand gehabt...). Auch wenn man ihnen nicht zustimmt, muß man die Sorgfalt loben, mit der sie die Argumente von anderen durchgearbeitet haben und darstellen, bevor sie sich darüber hermachen.

In der Linken konstatieren sie nicht Antisemitismus, sondern Indifferenz ihm gegenüber, räumen jedoch ein, daß der Unterschied zwischen den beiden Phänomenen "gegen Null tendiert".

Das Hauptproblem ihres Ansatzes liegt für mich darin, daß sie, wie auch der Titel nahelegt, von einer relativen Einheitlichkeit des Westens ausgehen. In diesem Weltbild schließen die Linken ihren Frieden mit dem System nur via Westannäherung. Daß man auch von einer antiwestlichen zu einer nationalistischen Haltung kommen kann, bleibt so unerklärlich. Ein deutscher Sonderweg in der Außenpolitik und ein antiwestlicher Nationalismus nach NS-Art erscheinen ihnen ausgeschlossen. Die Sicherheit, mit der sie das vertreten, impliziert eine Verharmlosung der Situation: Im Hause des Henkers sprechen sie nicht vom Strick.

Klaus Schönberger, Claus Köstler: Der freie Westen, der vernünftige Krieg, seine linken Liebhaber und ihr okzidentaler Rassismus. Selbstverlag, Marbach a.N.. Sommer 1992, 188 S. 17.80 DM (Bestelladresse: AZ Marbach, c/o Café Provinz, Cottaplatz 4, 7142 Marbach a.N.)

Jürgen Stuttgart